

Geschichte unserer Zeit

Dr. Karl Siegmund Baron von Galéra

Band 3

3. Teil: Die Krisis des Reiches 1922-1923

Nationale Verlags-Gesellschaft m. b. H., Leipzig © 1932-1935.

Dieses Digitalisat © 2020 by **The Scriptorium** und ins Netz gestellt am 11. November 2020, dem 102. Jahrestag der Waffenstillstandserklärung, die den Ersten Weltkrieg beendete und den wohl unheilvollsten Frieden der Neuzeit einleitete. - Alle Illustrationen stammen aus dem Original.

Eingriffe durch Scriptorium:

der besseren Lesbarkeit halber wurden stellenweise ausgeschriebene Zahlenworte in Ziffern abgeändert (z.B. hundertfünfzigtausend → 150 000) und bei solchen Textstellen Betonung (Fettdruck) hinzugefügt, wo es aus heutiger rückblickender Perspektive angebracht schien.

Die Textgliederung wurde leicht vereinfacht und geringfügige Druck- bzw. Satzfehler wurden korrigiert.

Druckversion 2021 gesetzt vom Hilfsbibliothekar, alle externen Verweise führen zu den Quellen im Netz.



Scriptorium dankt Herrn M. P. S.

für seine großzügige Spende dieser Bücher zwecks Digitalisierung auf unserer Netzseite!



Inhalt des Dritten Bandes:

III. Teil: Die Krisis des Reiches 1922-1923

1. Kapitel: Der Einbruch der Franzosen in das Ruhrgebiet

Kabinetts Cuno. - Haltung der Parteien. - Cunos Programm. - Cunos Vorschlag an Bonar Law. - Cunos Sicherheitsangebot. - Feststellung des Wiedergutmachungsausschusses. - Deutschlands "Verfehlungen". - Konferenz in Paris. - Ankündigung der Ruhrbesetzung. - Kriegserklärung Poincarés. - Protest der Reichsregierung. - Besetzung Essens. - Vormarsch der Franzosen. - Passiver Widerstand. - Blutvergießen in Bochum. - Beschlagnahme der Finanzen und Zölle. - Verhaftung von Zechenbesitzern. - Kohlsperre. - Aufforderung der Reichsregierung zum passiven Widerstand. - Französische Gewalttaten. - Not der Presse. - Erschwerung des Unterrichts. - Grausamkeiten gegen Kranke usw. - Raub und Mord. - Qualen der Gefangenen. - Ausweisungen. - Besetzung der Zechen. - Weitere Ausdehnung der militärischen Besetzung. - Eisenbahnregie. - Massenausweisungen. - Beraubung von Banken und Bahnzügen. - Auflösung der Polizei. - Bluttaten in Buer und Essen. - Kommunistenaufstand in Mülheim a. Rh. - Begünstigung durch die Franzosen. - Umfangreiche Requisitionen. - Kriegsgerichte: Krupp und Schlageter. - Schlageters Erschießung. - Bluttaten in Dortmund. - Mißerfolg der Micum. - Drakonische Verordnungen. - Überfall auf Barmen. - Aufgabe des passiven Widerstandes. - Der Ruhrkampf im Urteil des Auslandes. - Die politische Karikatur.

2. Kapitel: Die Zustände im Reich, Cunos Sturz, Aufgabe des passiven Widerstandes

Maßnahmen der Regierung. - Ministerreden. - Kommunistisch-sozialistische Quertreibereien. - Nationale Organisationen. - Deutschvölkische Freiheitspartei. - Nationalsozialisten in Bayern. - Adolf Hitler. - Parteitag in München. - Reichswehr. - Erhöhte Tätigkeit der Linksparteien in Thüringen und Sachsen. - Zeigner-Regierung in Sachsen. - Zeigners Kulturpolitik. - Zustände in Thüringen. - Auseinandersetzungen in den Landtagen Preußens und Bayerns. - Severing gegen die Deutschvölkische Freiheitspartei. - Sozialistisch-Kommunistische Vorstöße in Bayern. - Cunos Note vom 2. Mai. - Ablehnung. - Cunos Note vom 7. Juni. - Erneute Ablehnung. - Konflikt zwischen Reich und Sachsen. - Zeigners und Schützingers Drohungen. - Antifaschistenkundgebungen. - Streik und Raub. - Zeigners Konflikt mit der Reichswehr. - Rücktritt Cunos. - Dr. Gustav Stresemann. - Große Koalition. - Zeigner in Berlin. - Unruhen in Sachsen. - Stresemanns Verständigungswille. - Poincarés Hartnäckigkeit. - Gefahren des Reiches. - Aufhebung des passiven Widerstandes.

3. Kapitel: Die Reichsexekution gegen Sachsen und Thüringen, Putsch in Küstrin, Erhebungen in Bayern, Hungerrevolten

Exekutivgewalt der Reichswehr in Sachsen. - Kommunistischer Generalstreikbeschuß- - Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung. - Proletarische Hundertschaften und Kontrollausschüsse. - Forderung des Generals Müller. - Befehlsgewalt über sächsische Landespolizei bei General Müller. - Verhalten der Regierung Zeigner. - Generalstreik. - Eingreifen der Reichswehr. - Vorgänge in Freiberg. - Reichkommissar Heinze. - Absetzung der Regierung Zeigner. - Interimsregierung Fellisch. - Sozialistisch-kommunistische Regierung in Thüringen. - Zustände in Thüringen. - Terror der proletarischen Hundertschaften. - Eingreifen der Reichswehr. - Ostelbien. - Schwarze Reichswehr. - Küstriner Putsch. - Maßnahmen der preußischen Regierung gegen nationale Verbände. - Zustände in Bayern. - Monarchische Separatisten. - Nationalsozialisten. - General Ludendorff. - Ausnahmezustand. Monarchische Kundgebungen. - Reichswehrkonflikt zwischen Bayern und Reich. - Drohung der Reichsexekution. - Bündnis Kahr-Hitler-Ludendorff. - Vorgänge am 8. November im "Bürgerbräu-Keller". - Umfall Kahrs und Lossows. - Blutvergießen am 9. November. - Anklagen und Vorwürfe. - Beginn der Oktober-Krawalle. - Gewalttaten und Hungerrevolten in allen Teilen des Reiches. - Umtriebe der Kommunisten. - Verhaftungen. - Moskaus Anteil.

4. Kapitel: Die besetzten Gebiete, Separatistenaufland in Rheinland und Pfalz

Besetzung. - Delegierte. - Requisitionen und Erpressungen. - Knebelung der persönlichen Freiheit. - Französische Propaganda. - Ausschaltung der Reichshoheit. - Rechtsprechung. - Rückwirkungen der Ruhrbesetzung auf besetzte Gebiete. - Not der Presse. - Bericht eines Schriftleiters. - Separatisten. - Dorten und Tirard. - Verschiedene Gruppen. - Separatistische Bewegung 1921 und 1922. - Dariac im Rheinland. - Erneute Anstrengungen Dortens. - Joseph Smeets. - Stand der separatistischen Bewegung im Frühjahr 1923. - Geheimbericht Tirards. - Zwist in der Smeetsgruppe. - Joseph Friedrich Matthes. - Einigung der Separatisten unter Matthes. - Militärische Banden der Separatisten. - Blutbad von Düsseldorf. - Kundgebung in Köln. - Neue Pläne. - Haltung der Franzosen. - Oktobererhebungen der Separatisten. - Die "Provisorische Regierung". - Haltung der Engländer. - Innere Uneinigkeit und Katastrophe der Sonderbündler. - General de Metz in der Pfalz. - Herrschaft der Franzosen und Separatisten. - Terror. - Aufstände. - Englischer Generalkonsul Clive in der Pfalz. - Haltung Poincarés. - Deutscher Protest. - Abbau der Separatistenherrschaft. - Zustände im Saargebiet. - Wirtschaftsüberfremdung. - Französische Wirtschaftspolitik im Saargebiet. - Separatismus. - Schlußbetrachtung.

5. Kapitel: Stürzende Regierungen, Die Rentenmark, Neue Reparationsversuche

Stinnes. - Streit um Ermächtigungsgesetz. - Rücktritt des Kabinetts Stresemann. - Neues Kabinett Stresemann. - Ermächtigungsgesetz. - Wiederherstellung der Reichsautorität in Sachsen und Thüringen. - Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen. - Versuche zur Beendigung des Währungschaos. - Währungsprobleme. - Gold- und Dollaranleihe. - Rentenmark. - Rentenbank. - Buchdruckerstreik. - Rücktritt der zweiten Regierung Stresemann. - Kabinett Marx. - Neues Ermächtigungsgesetz. - Verhandlungen mit Wiedergutmachungsausschuß. - Ablehnende Haltung Poincarés. - Micumverträge. - Englische Vermittlung. - Fortgang der Reparationsverhandlungen. - Zwei Sachverständigenausschüsse. - Dawes.

6. Kapitel: Die Inflation und ihre Folgen

Entwicklung der Inflation. - Wirtschaftliche, moralische, politische Ursachen. - Reparationsverpflichtungen. - Ruhrkampf. - Inflation und Bauern. - Ausländer. - Neureiche: "Raffkes". - Julius Barmat. - Versinkende Volksschichten. - Los der Offiziere. - Beamtenstand. - Politisierung der Beamtschaft durch Sozialdemokratie. - Korruption des Beamtentums. - Allgemeine Not. - Krankheit und Kinderelend. - Not der Alten. - Vernichtung des Sparsinns und des Nationalvermögens. - Spielleidenschaft. - Verbrechen. - Mundraub. - Raub und Schändung. - Kommunistische Überfälle. - Unsittlichkeit. - Die deutsche Kulturschicht. - Werkstudententum. - Wohnungsnot. - Kleinkrieg zwischen Hausbesitzer und Mieter. - Mietsgesetzgebung. - Verfall der Häuser. - Steuerpolitik und Steuerlast. - Einkommensteuer. - Ruhrkampfststeuer. - Druck des Versailler Vertrages. - Charakter des Geldes. - Ansichten der Regierung. - Kampf gegen Valutaspekulation und Wucher. - Haltung der Gerichte: "Mark gleich Mark". - Versuche der Regierung. - Helfferichs Plan. - Ende der Inflation.



1. Kapitel: Der Einbruch der Franzosen in das Ruhrgebiet.

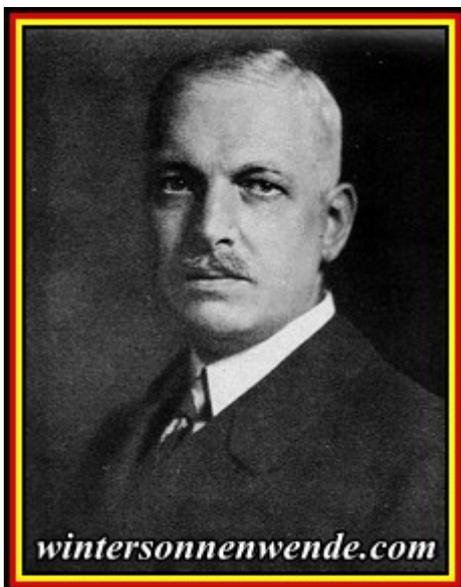
**Kabinett
Cuno**

Zwei Tage nach dem Rücktritt der Regierung Wirth beauftragte der Reichspräsident **Dr. Cuno mit der Bildung des neuen Kabinetts**. Dr. Cuno war Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie und stand im 46. Lebensjahre. Bereits unter der kaiserlichen Regierung war er im Reichsdienst tätig gewesen, und so war ihm das Gebiet der Politik aus eigenen Erfahrungen bekannt. Ohne der Deutschen Volkspartei anzugehören, sympathisierte er stark mit ihr und vertrat, besonders in wirtschaftlichen Fragen, ihre Ziele und Anschauungen. Cuno bildete ein Ministerium nicht nach den Parteigrundsätzen des parlamentarischen Systems, sondern nach dem Gesichtspunkte fachmännischer Befähigung. Sein Ziel war nicht eine Regierung der Parteien, sondern ein **Kabinett der Arbeit**, von dem man nach all den bisherigen Mißerfolgen endlich bessere Ergebnisse hoffte.

Für die Berufung Cunos waren **lediglich außenpolitische Gesichtspunkte** maßgebend gewesen. Als Leiter eines Weltverkehrsunternehmens genoß er besonders bei den angelsächsischen Staaten ein gewisses Ansehen, so daß er geeignet erschien, die äußeren Beziehungen des Reiches wieder zu ordnen, die infolge der durch den sozialistischen Erfüllungswillen heraufbeschworenen Inflation gründlich verfahren waren. Auf diesem Gebiete trat Cuno ein schweres Erbe an, um so schwerer, als in Frankreich ein Mann am Ruder saß, der schonungslos und ohne Nachsicht vorging. Im Innern hatte Cuno keineswegs sicheren Boden unter den Füßen. Die sozialistische Zersetzung war zu weit vorgeschritten, als daß die von einem Vertreter des Kapitals betriebene Politik eine breite Basis der Zustimmung und Unterstützung finden konnte. Noch waren die tiefen Wunden, die der Rathenau-Mord dem deutschen Volke geschlagen, zu frisch, als daß der hieraus sich ergebende und zerrüttende Zwiespalt über Nacht aus der Welt geschafft werden konnte. -

**Haltung der
Parteien**

So erhielt die deutsche Republik, als sie in das fünfte Jahr ihres Bestehens eingetreten war, die achte Regierung, welche zugleich das erste nachrevolutionäre fast ausschließlich aus Fachleuten zusammengesetzte Ministerium war. Am 22. November war die Regierungsbildung beendet, und trotzdem der überparteiliche Standpunkt stets betont worden war, **hatte sich die Sozialdemokratie ferngehalten**. Sie war der Ansicht gewesen, daß die Überparteilichkeit nur der Deckmantel für die Große Koalition sein sollte, welche die Deutsche Volkspartei zugleich mit der Sozialdemokratie zu gemeinsamer Tätigkeit vereinen sollte. **So stand die Regierung Cuno lediglich auf der schmalen Basis von der Deutschen Volkspartei über Demokratie zum Zentrum, worin sie der Regierung Fehrenbach (vom Sommer 1920 bis Frühjahr 1921) gleich**. Damals schrieb die *Kölnische Zeitung*: "Es gilt, mit den sozialistischen Experimenten abzubauen, ohne gleichzeitig die Massen in innerpolitische Unruhen hineinlaufen zu lassen." Das war ein vorausschauender Ausspruch. Deutschland lehnte zukünftig in seiner Außenpolitik die sozialdemokratischen Utopien ab, die schon manche schwere Enttäuschung erleiden mußten.



Dr. Wilhelm Cuno. Photo Scherl.

Die neue Regierung hatte von Anfang an mit dem **Widerstand der Sozialdemokratie und der Kommunisten** zu rechnen. Die Kommunisten bezeichneten sie überhaupt nur als eine "kapitalistische Minderheitsregierung" und prophezeiten ihr eine kurze Lebensdauer. Der sozialdemokratische Abgeordnete Breitscheid bemerkte, es sei mit dem parlamentarischen System kaum vereinbar, daß ein Nichtparlamentarier mit der Regierungsbildung betraut worden sei, und betrachtete die Regierung Cuno lediglich als ein Übergangsstadium.

**Cunos
Programm**

Am 24. November stellte Cuno seine Regierung dem Reichstag vor. Der Reichskanzler hielt eine längere Rede, worin er ausführte, daß seine Politik die Fortsetzung der Wirthschen sein würde, soweit sie unter der Losung stände: "Erst Brot, dann Repara-

tionen!" Diese Politik sei die **Politik der Selbsterhaltung der Nation, der Stärkung der deutschen Wirtschaft**, indem man für die Alliierten bestmögliche Leistungen aus den Überschüssen gewähren würde, die sich nach Stärkung des dringenden deutschen Bedarfs ergeben würden. Die neue Regierung stehe ohne Einschränkung auf dem Boden der Note, welche Wirth am 14. November den Alliierten habe übergeben lassen, und mache sich das Wort der Sachverständigen zu eigen: "Deutschland muß sich eine eigene, aufbauende Politik schaffen, auch wenn Gefahren damit verbunden sind." Diese aufbauende Politik bestehe aber in einer **grundsätzlichen Politik der Wirtschaftsgesundung**, die entschlossen sei zu allen technischen Maßnahmen der Währungsstützung, wie sie die Note vom 14. November ankündige. Insbesondere müsse Deutschland auf drei oder vier Jahre von sämtlichen Bar- und Sachleistungen aus dem Versailler Verträge befreit sein, auch müsse ihm ein ausländischer Bankkredit in ausreichender Höhe zur Verfügung gestellt werden.

Diese Gedanken entsprachen durchaus den Zielen der von Wirth bereits eingeleiteten Politik, und man konnte nicht sogleich von einer Kursänderung nach außen hin sprechen. In England war um die gleiche Zeit der liberale Lloyd George von dem konservativen Bonar Law in der Führung der Regierung abgelöst worden, doch auch hier trat in bezug auf die Reparationsfrage kein Systemwechsel ein, da Sir John Bradbury, englisches Mitglied der Reparationskommission, ebenso Bonar Laws vertrauter Ratgeber wurde wie er derjenige seines Vorgängers gewesen war. Als am 10. Dezember die alliierten Premierminister in London versammelt waren, beeilte sich Cuno, einen hohen Reichsbeamten als Kurier dorthin zu entsenden und ein Schreiben an Bonar Law überbringen zu lassen. Hierin wurde der englische Ministerpräsident gebeten, **das Wiedergutmachungsproblem möglichst schnell auf der Grundlage der Note vom 14. November zu regeln**. Die Mark sollte durch eine Auslandsanleihe stabilisiert werden, und die Reparationslasten der nächsten Jahre wolle man durch eine im In- und Auslande aufzulegende Goldanleihe tilgen. Für die Zeichnung der Goldanleihe war man zu großen Zugeständnissen an die deutschen Zeichner bereit. Man versprach 4 Prozent Zinsen, ½ Prozent Amortisation, Befreiung von der Erbschafts- und Kapitalertragssteuer und Amnestie für Verstöße gegen die Kapitalfluchtgesetze. Dadurch hoffte man auf ein günstiges Ergebnis und Rückkehr des ins Ausland gebrachten deutschen Kapitals. Dafür aber beantragte Deutschland für zwei Jahre Befreiung von sämtlichen Bar- und Sachleistungen. Doch schon am gleichen Tage antwortete Bonar Law, daß der Plan zwar den in London versammelten alliierten Premierministern vorgelegt worden sei, aber nach ihrer Auffassung keine Lösung darstelle.

**Cunos Vorschlag
an Bonar Law**

Es unterlag keinem Zweifel, daß die Verbandsmächte die von Deutschland vorgeschlagene Lösung nicht annehmen würden, und damit hatte sich jede weitere Erörterung über die Aufbaupläne des Herbstes 1922 erledigt. Andererseits rückte damit auch die **Gefahr einer Ruhrbesetzung** in immer größere Nähe, da ja Poincarés unnachgiebige und unerbittliche Weise gegenüber der deutschen Zahlungsunfähigkeit hinreichend bekannt war. Um dieser von Frankreichs Seite drohenden Möglichkeit beizeiten vorzubeugen, entschloß sich Cuno im Dezember 1922 dazu, zum ersten Male nach dem Weltkrieg die bedeutungsvolle **Sicherheitsfrage** anzuschneiden. Die Frage nach der europäischen Sicherheit war ja ursprünglich von Frankreich ausgegangen, das ständig in dem Wahne lebte, von Deutschland überfallen zu werden. Dieser französischen Sicherheit dienten nicht nur die militärischen Bündnisse mit Belgien, Polen und der Tschechoslowakei, sondern vor allem auch die Entwaffnung Deutschlands und insbesondere die Entmilitarisierung der Rheinzone, wie diese im Versailler Verträge festgesetzt waren. Jetzt aber, im Dezember 1922, hatte ein größeres und unmittelbarer Interesse an der europäischen Sicherheit das deutsche Volk - jetzt, als infolge der Zuspitzung der Reparationsfrage die Ruhrbesetzung drohte.

Der Reichskanzler wies den deutschen Botschafter in Washington an, der Regierung der Vereinigten Staaten zu erklären, **Deutschland erkenne die Sicherheitsfrage als ein politisches Problem für Frankreich an und sei bereit,**

**Cunos
Sicherheitsangebot**

"wenn Regierung und Volk der Vereinigten Staaten zur Rettung Europas mit dem Vorschlag hervortreten sollten, daß die am Rhein interessierten Mächte, nämlich Frankreich, England, Italien und Deutschland, sich gegenseitig zu treuen Händen der Regierung der Vereinigten

Staaten feierlich verpflichten möchten, für ein Menschenalter ohne besondere Ermächtigung durch Volksabstimmung keinen Krieg gegeneinander zu führen, so würde Deutschland nicht zögern, eine solche Verpflichtung zu übernehmen."

Der amerikanische Staatssekretär Hughes übermittelte am 18. Dezember den deutschen Vorschlag dem französischen Botschafter Jusserand, der ihn nach Paris telegraphierte.

Poincaré jedoch, dieser Totengräber Europas, wie ihn seine Landsleute nannten, der weniger um seinem Vaterlande zu nützen als seine Vernichtungsgier zu befriedigen handelte, **hatte anderes im Sinn**. Die Sicherheitsfrage interessierte ihn gar nicht, denn er war entschlossen, das Reparationsproblem und das Problem der Rheinlande in seinem Sinne zu lösen, **durch Besetzung des Ruhrgebietes und Trennung der Rheinlande vom Reich**. Er lehnte also das "deutsche Manöver" schroff ab, da der Pakt ja doch nur auf ein Menschenalter, das heißt 30 Jahre, begrenzt sei und durch den Vorschlag der Volksabstimmung das Vorrecht des französischen Parlamentes, über Krieg und Frieden zu beschließen, beseitigt würde. Außerdem binde Artikel 10 des Versailler Vertrages bereits durch seine Nichtangriffsklausel Frankreich und ein dem Völkerbund beigetretenes Deutschland. Das dreißigjährige Versprechen des deutschen Vorschlages und die Instanz der Volksabstimmung würden sogar den Wert dieses Artikels verringern.

Der Reichskanzler erklärte zwar, daß sein Vorschlag lediglich als eine Grundlage für eine Erörterung zu betrachten sei und daß die deutsche Regierung bereit sei, auch über andere Formulierungen zu verhandeln. Dagegen hatte Poincaré einzuwenden, daß der deutsche Vorschlag Deutschland "die Freiheit geben würde, Polen und die Tschechoslowakei und sogar Neutrale anzugreifen, um die von Dänen und Polen bewohnten Gebiete wieder an sich zu reißen und mit der Vorbereitung seiner Vorherrschaft wieder zu beginnen". So war also auch dieser Versuch der Regierung Cuno, das deutsche Volk vor weiterem Unglück zu bewahren, gescheitert, und furchtbare Gewitterwolken türmten sich über der unglücklichen Nation, als das Jahr 1922 seinem Ende entgegenging.

Am zweiten Weihnachtsfeiertage hielt der Wiedergutmachungsausschuß in Paris eine entscheidende Sitzung ab. Es wurde einstimmig festgestellt, **daß Deutschland seine Holzlieferungen an Frankreich für 1922 nicht vollständig erfüllt habe gemäß Teil 8, Anhang 4 des Versailler Vertrages**.

*Feststellung des
Wiedergutmachungsausschusses*

Weiter wurde entschieden, daß diese Nichtausführung **einen vorsätzlichen Verstoß Deutschlands** gegen die Bestimmungen über seine Zahlungsverpflichtungen gemäß Anhang 2 § 17 darstelle. Bei der Abstimmung über die vorsätzliche Verfehlung stimmten der Franzose und der Belgier dafür, während der Engländer John Bradbury seine Stimme dagegen abgab. Er bezeichnete das Versäumnis als "fast mikroskopisch klein" und warf den Franzosen vor, sie machten aus einem Maulwurfshügel einen Berg. Es fehlten nämlich nur 20 000 Kubikmeter Holz und 135 000 Telegraphenstangen sowie 2½ Millionen Tonnen Kohle an den aufgegebenen Lieferungen. Diese Rückstände hatten einen Wert von 24 Millionen Goldmark, während 1922 tatsächlich für 1480 Millionen Goldmark geliefert worden waren. **"Diese lumpige Anklage", rief John Bradbury aus, "ist nur als Vorbereitung für eine Offensive auf anderem Gebiet vor die Kommission gebracht worden."** Aber seine ruhigen und vernünftigen Einwendungen hatten keinen Erfolg, denn Frankreich und Belgien waren sich einig und gaben den Ausschlag. Es wurde beschlossen, die Entscheidung der Kommission unverzüglich den interessierten alliierten Regierungen Frankreichs, Belgiens, Italiens und Englands mitzuteilen.

*Deutschlands
"Verfehlungen"*

Diese Feststellung des Reparationsausschusses war außerdem insofern vertragswidrig, weil er früher ausdrücklich der deutschen Regierung die Möglichkeit zugestanden hatte, als Ersatz Barzahlungen zu leisten, jetzt aber diese Barzahlungen ablehnte, als sich Deutschland bereit erklärte, sie zu erstaten. Deutlicher ließ es sich nicht begreiflich machen, daß Poincaré, der als treibende Kraft hinter der Reparationskommission stand, wie schon 1914 so auch jetzt wieder den Krieg gegen Deutschland wollte, bis zu dessen vollständiger Vernichtung!

Noch einmal wurde versucht, das von Frankreich mit Belgiens Hilfe heraufbeschw-

*Konferenz
in Paris*

rene Verhängnis zu bannen, doch erfolglos. **Vom 2. bis 4. Januar tagte in Paris unter Poincarés Vorsitz eine Reparationskonferenz, an welcher noch Bonar Law, della Torretta und Theunis teilnahmen.** Es sollte entschieden werden, ob Deutschland am 15. Januar die Barzahlungen auf Reparationskonto wieder aufnehmen solle oder nicht und ob eine absichtliche Verfehlung Deutschlands vorliege, wenn es erkläre, daß es am 15. Januar nicht zahlen könne. Poincaré entwickelte seinen Plan. Man müsse sofort die Pfänder, Kohle und Holz, beschlagnahmen. Eine Interalliierte Kontrollkommission von Ingenieuren unter französischem Vorsitz solle nach Essen geschickt werden, um die Tätigkeit des Kohlensyndikates zu überwachen; die Rheinlandkommission solle die Befugnis haben, im Ruhrgebiet Ordonnanzen zu erlassen. Aber wenn sich die deutsche Regierung widersetze, dann sollen Essen, Bochum und Teile des Ruhrbeckens militärisch besetzt werden und eine Zolllinie östlich um das gesamte besetzte Gebiet gezogen werden.

Jetzt legte Bonar Law seinen Plan vor. In Berlin sollte ein Finanzrat mit weitreichenden Vollmachten unter dem "ex officio"-Vorsitz des deutschen Finanzministers eingerichtet werden. Die Gesamtschuld Deutschlands sollte auf 50 Milliarden Goldmark endgültig festgesetzt werden, ferner würde man ein vollständiges Moratorium für die Dauer von vier Jahren gewähren und dann die jährlichen Gesamtleistungen staffelweise von zwei bis auf 3½ Milliarden erhöhen. Dafür sollte Deutschland zur Bedingung gemacht werden, die Mark zu stabilisieren. Von Seiten der Alliierten aber sollten alle Pläne aufgegeben werden, die sich auf Ergreifung von Pfändern und Anwendung von Sanktionen erstreckten.

Poincaré und Theunis waren über diese Vorschläge sehr enttäuscht. Besonders Poincaré lehnte sie schroff ab. Eine Verminderung der deutschen Gesamtschulden sei unzulässig, ein Moratorium ohne Pfänder biete keine Sicherheit, und der Gedanke, an Stelle der Wiedergutmachungskommission mit ihrem französischen Vorsitzenden und dem Sitze in Paris einen internationalen Finanzrat unter deutschem Vorsitz in Berlin zu setzen, war für französische Gehirne ganz und gar unfaßbar. Belgien schloß sich diesem französischen Proteste an, aber Torretta konnte weder Bonar Law noch auch Poincaré zustimmen. Er schlug ein zweijähriges Moratorium vor, währenddem jedoch die Sachlieferungen fortzusetzen seien, Deutschland solle eine Auslandsanleihe von 3 Milliarden aufnehmen, um seine Währung zu festigen, doch sollten die Alliierten produktive Pfänder nehmen: die Kontrolle über Ein- und Ausfuhr, Rheinzollgrenze, die Kontrolle über Staatsgruben und -forsten und die Kontrolle der Staatsbergwerke an der Ruhr. Doch auch dieser unglückliche Kompromiß, der den Wünschen Frankreichs sehr weit entgegenkam, wurde von Poincaré abgelehnt. Bonar Law konnte nur noch erklären, daß Frankreichs Vorschläge unheilvolle Folgen für die wirtschaftliche Lage Europas haben würden. England könne sich ihnen nicht anschließen und müßte die Verantwortung dafür ablehnen. **Als der englische Ministerpräsident am 4. Januar wieder nach Hause zurückkehrte, hatten sich die Wege Englands und Frankreichs getrennt, und Poincaré hatte freie Hand seine Pläne zu verwirklichen: Der Weg an die Ruhr war gebahnt.**

Das deutsche Volk wußte, was ihm bevorstand. Noch einmal versuchte die Reichsregierung, das Verhängnis abzuwenden. Sie bestritt energisch, sich absichtlich Verfehlungen zuschulden kommen lassen zu lassen. Die Kohlenlieferungen seien zu 90 Prozent erfüllt, und der Fehlbetrag sei zum größten Teile zurückzuführen auf willkürliche Weigerungen Frankreichs bei der Abnahme wegen angeblicher Qualitätsmängel, auf Streik, Transportschwierigkeiten und höhere Gewalt, vor allem Frost. Auch betonte die Reichsregierung, daß der angekündigte Einbruch ins Ruhrgebiet die weitere Erfüllung des Friedensvertrages unmöglich machen werde. Nichts mehr vermochte den gefaßten Entschluß der Franzosen zu erschüttern. Am 9. Januar stellten das französische, belgische und italienische Mitglied des Wiedergutmachungsausschusses gegen die Stimme des Engländers Deutschlands Verfehlungen hinsichtlich der Kohlenlieferungen fest, und **am folgenden Tage beschloß der französische Ministerrat unter Poincarés Vorsitz, die "Mission Interalliée de Contrôle des Usines et des Mines" (Micum) nach Essen zu schicken und mit 40 000 Mann an der Ruhr einzufallen.**

**Ankündigung
der Ruhrbesetzung**

Eine in geschmeidigen Worten abgefaßte **Kriegserklärung sandte Poincaré seinen Truppen voraus.** Die französische Regierung denke gegenwärtig nicht

**Kriegserklärung
Poincarés**

daran, zu einer militärischen Operation oder zu einer Besetzung politischer Art zu schreiten. Sie entsende nur ins Ruhrgebiet eine Abordnung von Ingenieuren und Beamten, deren Aufgabe klar umschrieben sei. Sie müsse dafür sorgen, daß Deutschland die im Versailler Vertrag enthaltenen Verpflichtungen achte. Sie lasse ins Ruhrgebiet nur die zum Schutze der Abordnung und zur Sicherstellung der Ausführung ihres Auftrages erforderlichen Truppen einrücken. Es werde also keine Störung, keine Änderung des normalen Lebens der Bevölkerung eintreten. Sie könne in Ruhe und Ordnung weiterarbeiten. Die deutsche Regierung müsse das größte Interesse daran haben, daß die Arbeit der Abordnung erleichtert werde und die zu ihrem Schutze bestimmten Truppen sicher untergebracht würden. Die französische Regierung rechne auf den guten Willen der deutschen Regierung und sämtlicher Behörden. Den Ingenieuren, die mit größten Vollmachten auszustatten seien, sei überall der Zutritt zu gewähren. Das Personal und die Beamtenschaft in Handel und Industrie hätten sich vollständig der Abordnung zur Verfügung zu stellen. Diese Industriellen-Ruhr-Kommission hätte die vom Kohlsyndikat aufgestellten Verteilungspläne für Kohle und Koks zu prüfen und dürfe sie gegebenenfalls abändern. Sollten sich irgendwelche Widerstände zeigen, dann würde man unverzüglich schwerste Zwangs- und Strafmaßnahmen ergreifen.

Protest der Reichsregierung

Die deutsche Regierung erhob energischen Protest gegen diesen Bruch des Völkerrechts. Sie zog ihre Botschafter aus Paris und Brüssel zurück. **Sir John Bradbury, englisches Mitglied des Wiedergutmachungsausschusses, erklärte, niemals seit den Tagen des trojanischen Pferdes sei Holz wieder zu einem so böartigen Zweck verwandt worden.** Die Rechtsberater des englischen Kabinetts waren der Ansicht, das Recht zu Sanktionen könne nach dem Versailler Vertrag nur gemeinsam von den Alliierten ausgeübt werden, und Frankreich habe kein Recht, eigenmächtig vorzugehen. Die Vereinigten Staaten beantworteten den Bruch des Völkerrechts durch Frankreich, in dem sie unverzüglich ihre Besatzungstruppen aus der Koblenzer Zone abberiefen. Auch Italien war nicht wohl zumute, es stellte keine Truppen zum Einbruch ins Ruhrgebiet und zog auch bald seine Ingenieure wieder zurück. Nur Belgien leistete den Franzosen Unterstützung und Hilfe.

Noch nie ist in der europäischen Geschichte eine derartig brutale, durch nichts gerechtfertigte Gewalttat gegen ein hochstehendes Kulturvolk verübt worden wie im Januar 1923 gegen das deutsche! Noch nie hat ein europäisches Volk in einer ähnlichen Lage eine derart heldenhafte Selbstbeherrschung geübt, wie die Deutschen an der Ruhr, während der französisch-belgischen Gewaltherrschaft.

Fünf Divisionen französischer Soldaten, darunter farbige Truppen, Hunderte von Flugzeugen, 75 Tanks, nicht mitgerechnet Kanonen und Maschinengewehre, wälzten sich heran. **Am 11. Januar wurde Essen besetzt.** Hauptbahnhof und Rathaus füllten sich mit Soldaten. Auch Gelsenkirchen wurde erobert. Das Kohlsyndikat hatte bereits vor der Ankunft der Feinde sich von Essen nach Hamburg begeben. Eine Lohe von Wut und Haß schlug den Eindringlingen entgegen, aber kein feuriger Brand, ein eisiges, finsternes Schweigen der Vernichtung. Die Kaufläden waren geschlossen, die Eisenbahnen standen still, die Telephonverbindungen waren unterbrochen, und der Telegraph war stumm. Deutschland aber brüllte auf wie ein gefesselter, wehrloser Löwe, dem meuchlings das Messer in die Flanke gestoßen wurde, und sein Schrei hallte über den Erdball und wurde gehört und erweckte ein lautes Echo. Alle Parteiunterschiede des Volkes waren im Augenblick des Ruhreinfalles vergessen, nur eine Kraft entflammte die Gemüter und führte sie zusammen: der Grimm über das Unrecht, welches dem Vaterlande zugefügt wurde.

Besetzung Essens

Vormarsch der Franzosen

Die deutsche Regierung erhob gegen die Gewalt, die einem wehrlosen Volke angetan wurde, vor der ganzen Welt feierlichen Protest. Sie könne sich gegen diese Gewalt nicht wehren, sei aber auch nicht bereit, sich dem Vertragsbruch zu fügen oder gar, wie ihr angesonnen werde, bei der Durchführung der französischen Absichten mitzuwirken. Sie weise diese Zumutung zurück. Die Verantwortung für alle entstehenden Folgen falle nur auf die Regierungen, die den Einmarsch vollzogen hätten. Solange der vertragswidrige Zustand, geschaffen durch einen gewaltsamen Eingriff ins Zentrum der deutschen Wirtschaft, andauere und seine tatsächlichen Folgen nicht beseitigt



*Ruhrgebiet 1923:
Französische Dragoner in Essen. Photo Scherl.*



*1923: Franzosen in Straßen von Essen.
Photo Sennecke.*

seien, sei Deutschland nicht in der Lage, Leistungen an diejenigen Mächte zu bewirken, die jenen Zustand herbeigeführt hätten. **Auch der Reichstag erhob gegen den Rechts- und Vertragsbruch der gewaltsamen Besetzung des Ruhrgebietes feierlichen Protest**, er werde die Regierung bei der Anwendung jeder zur entschlossenen Abwehr dieser Gewalttat zweckdienlichen Maßnahme mit allen Kräften unterstützen.

Um Mitte Januar hatten die französischen Truppen **Bochum, Witten a. d. Ruhr, Herbede, Recklinghausen, Hattingen, Sewen und Crone besetzt**. Das gesamte Kohlengebiet befand sich jetzt in ihren Händen. Es entspann sich ein Kampf, der nicht furchtbarer sein konnte, wenn er mit den Waffen geführt worden wäre. Die Mittel der Franzosen waren Verbrechen und Meuchelmord, denen die Deutschen nur zähneknirschend grimmiges Schweigen entgegenstellen konnten; ein Kampf der Geister, unerhört in seiner Erbitterung, wie ihn das deutsche Volk schon einmal, zur Zeit Napoleons, durchkämpfen mußte.

Passiver Widerstand

General Degoutte, der Oberstkommandierende der Franzosen, verkündete den Belagerungszustand. Er befahl den Ortsbehörden, ihre Anweisungen von den französischen Kommandostellen entgegenzunehmen. Sämtliche in Privathand befindlichen Waffen seien unverzüglich abzuliefern. Die Polizei blieb vorläufig unbehelligt, auch die Post, der Telephon- und Telegraphenverkehr sollten fürs erste nicht gemaßregelt werden. Auf jeden Sabotageakt, jede schriftliche oder mündliche Anreizung zum Aufruhr und jeden Angriff auf die Ehre oder Sicherheit der Truppen wurden schwere kriegsgerichtliche Strafen gesetzt. **Demgegenüber eröffneten nun die Beamten der Eisenbahn, der Post und Telegraphie auf Befehl der Reichsregierung den passiven Widerstand.** Sie weigerten sich, feindliche Truppen zu befördern, feindliche Telegramme aufzunehmen. Schnell griff der passive Widerstand auf die anderen Betriebe über: die Bergarbeiter stellten die Arbeit ein, wenn Franzosen auf der Zeche erschienen, die Presse weigerte sich, Erklärungen und Verordnungen zu veröffentlichen, die Kaufleute gaben keine Waren heraus, die Bürgermeister beachteten nicht die Requisitionsbefehle, die Wasser- und Lichtleitungen wurden unterbrochen zu den von den Feinden besetzten Gebäuden. Zum ersten Male in der Weltgeschichte griff ein Volk, das zum aktiven Widerstand mit den Waffen unfähig war, zu diesem neuen, nicht minder heldenhaften Mittel des passiven Widerstandes.

Blutvergießen in Bochum

Am 15. Januar kam es zum **ersten Blutvergießen**. 500 Leute, meist Arbeiter und Angestellte, zogen durch die **Königsallee von Bochum** und sangen vaterländische Lieder: "Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen!" Als der Zug beinahe das mit französischem Militär belegte Gebäude der Reichsbahndirektion erreicht hatte, eröffneten die Franzosen ohne vorherige Ankündigung Maschinengewehrfeuer. Der Sohn eines Lokomotivführers wurde getötet, zwei andere Demonstranten wurden schwer verwundet. Der Mord blieb ungesühnt. Doch der *Vorwärts* schrieb: "Das französische Militär hat kein Recht, sich im Ruhrgebiet aufzuhalten und dort Menschen zu erschießen." Schon vier Tage später wurde ein Krankenwärter in Langendreer abends um

halb zehn von hinten erschossen, als er ruhig seines Weges ging.

Beschlagnahme der Finanzen und Zölle

Am 18. Januar erließ die Rheinlandkommission die Ordonnanz 133, welche die **Beschlagnahme sämtlicher Zölle bei Ein- und Ausfuhr zwischen besetztem Gebiet und Ausland anordnete. Die Verwaltung der Finanzen und Zölle und die Grenzüberwachung übernahm die Rheinlandkommission.** Ihrer Befehlsgewalt wurde das deutsche Zollpersonal und sämtliche Finanzbeamte unterstellt. Die Einnahmen aus den Steuern, den Forsten, den Zöllen wurden kurzerhand annektiert. Um dies durchführen zu können, wurden zwei Tage später (Spezialordonnanz 135) **leitende Komitees für Zölle, Ein- und Ausfuhrbewilligungen, Forsten, Kohlen und Bergwerke und ein Spezialkomitee für allgemeine Verrechnung** geschaffen. Ein Strom französischer und belgischer Verwaltungsbeamter ergoß sich ins Land, um die Aufgaben dieser Komitees zu erfüllen. Die Eroberer behandelten Rhein- und Ruhrgebiet, als gehöre es bereits nicht mehr zum Deutschen Reiche, eine Tendenz, die besonders auch auf dem **Gebiete der Rechtsprechung** sogleich zum Ausdruck kam.

Verhaftung von Zechenbesitzern

Mehrere Zechenbesitzer weigerten sich, Requisitionsbefehle auszuführen.

Sie wurden am 20. Januar verhaftet, unter ihnen Fritz Thyssen, und unter militärischer Bedeckung nach Düsseldorf gebracht. Ihre Zechen und Bergwerke wurden von Soldaten besetzt. Die Belegschaften stellten die Arbeit ein, weil sich Degoutte weigerte, ihre Abordnung zu empfangen, die einen entschiedenen Protest gegen die Verhaftung der Zechenleiter vortragen wollte. Schon am 24. Januar verurteilte das französische Kriegsgericht in Mainz die Verhafteten wegen Verstoßes gegen einen Requisitionsbefehl unter Annahme mildernder Umstände zu Geldstrafen in doppelter Höhe der angeforderten Requisitionen. Thyssen mußte eine halbe Million Franken zahlen, die übrigen fünf Angeklagten zusammen mehr als 300 000 Franken. Die Verurteilten legten Berufung ein, die am 22. März vom Kassationshof in Paris verworfen wurde.



1923: Französische Posten auf Ruhrzechen.
Photo Sennecke.



Ruhrgebiet 1923: Abführung der verhafteten
Grubendirektoren Tengelmann, Kesten,
Wüstenhöfer und Thyssen. Photo Sennecke.

Ende Januar legten die Franzosen einen **militärischen Gürtel um das Invasionsgebiet.** So wurde es vollkommen vom übrigen Deutschland abgeschnitten, und Degoutte verhängte den verschärften Belagerungszustand. Jeder Sabotageakt gegen Eisenbahn, Telephon oder Telegraph sollte von den Truppen mit Waffengewalt unterdrückt werden. Von zehn Uhr abends bis sechs Uhr morgens war jeder Verkauf auf der Straße verboten. Ansammlungen und Zusammenrottungen würden mit Waffengewalt gesprengt werden. Zu Versammlungen mußte die Genehmigung der Ortskommandanten eingeholt werden.

Kohlensperre

Vom 1. Februar ab wurde jeder **Kohletransport** aus dem Ruhrgebiet ins Reich gesperrt. Die Folge war, daß der deutsche Eisenbahnverkehr stark eingeschränkt werden mußte. Seit dem 30. Januar wurden die internationalen Schnellzüge Berlin-Köln-Paris, Berlin-Warschau, Berlin-Eydtkuhnen-Riga und Paris-München-Prag eingestellt. Vom 1. Februar ab wurde der deutsche Schnellzugsverkehr auf 60 Prozent eingeschränkt. Ein Fünftel aller Personenzüge fiel aus. Den Umstand, daß die internationalen Schnellzüge eingestellt wurden, benutzte Frankreich, um am 2. Febru-

ar Offenburg und Appenweier zu besetzen. Die Interalliierte Rheinlandkommission unterstellte diese Gebiete dem Brückenkopf Kehl, indem sie den Delegierten von Kehl mit entsprechenden Vollmachten ausrüstete. - Am 12. Februar wurde ein allgemeines Verbot der Warenausfuhr nach dem unbesetzten Deutschland erlassen.



Ruhrgebiet 1923: Französische Kontrolle der Güterzüge. Photo Sennecke.



1923: Franzosen im Ruhrgebiet. Photo Scherl.

Im Ruhrgebiet wurde die Lage immer unangenehmer. Der **Reichsverkehrsminister hatte an sämtliche Reichsbahndirektionen an Rhein und Ruhr einen Erlaß herausgegeben, worin befohlen wurde, den Franzosen und Belgiern keinerlei Unterstützung zu gewähren und die von den Feinden gefahrenen Züge anzuhalten.**

**Aufforderung
der Reichsregierung
zum passiven Widerstand**

"Sämtlichen Beamten und Arbeitern der Reichsbahnverwaltung wird hiermit ausdrücklich verboten, anderen Befehlen als denen der zuständigen deutschen Stellen Folge zu leisten." Die Bahnhöfe waren angefüllt mit Zügen, der Verkehr stockte, und nur die notwendigsten Beförderungen von Lebensmitteln wurden durchgeführt. Es gelang den Feinden nicht, deutsche Beamte und Arbeiter zu zwingen, ihre Züge zu fahren oder ihnen die Einrichtungen deutscher Lokomotiven zu erklären. Tagelang quälten sich die Franzosen und Belgier ab, ehe es ihnen gelang, die Kolosse deutscher Lokomotiven auch nur einen Meter von ihrer Stelle zu bewegen. In der komplizierten Mechanik der Stellwerke und Signale richteten sie greuliche Verwirrung an. Eisenbahnen prallten aufeinander und versperrten die Gleise, viele Güter wurden auf diese Weise vernichtet. Schwere Störungen und Unterbrechungen erlitt der feingliederte Verkehrsorganismus des Ruhrgebietes.

Je mehr die Franzosen erkannten, daß ihre Besetzung des Ruhrgebietes nicht ihren Erwartungen entsprach, um so **grausamer wüteten sie gegen die Bevölkerung.** Um diese besser in die Hand zu bekommen, wurden vor allem und zuerst die Beamten in leitenden Stellungen ausgewiesen. So mußten der Oberpräsident der Rheinprovinz, Fuchs, die Regierungspräsidenten, der deutsche Reichskommissar bei der Rheinlandkommission, Landräte und Bürgermeister das besetzte Gebiet verlassen. Bis Ende Januar waren etwa 300 führende Männer aus dem Ruhrgebiet ausgewiesen worden. Dies wurde in der rücksichtslosesten Weise ausgeführt. Ohne sich von ihrer Familie verabschieden zu können, wurden die Ausgewiesenen in den Kraftwagen gestoßen und, sobald die militärische Grenze des besetzten Gebietes überschritten war, auf offener Landstraße abgesetzt. Es gab kein Erbarmen, keine Rücksicht auf kranke Familienangehörige. Frauen und Kinder mußten zurückgelassen werden in der Hand der zügellosen Horden.

Haussuchungen wurden als Vorwand benutzt, um die tierischsten Begierden zu befriedigen. Ganze Trupps von Soldaten drangen in die Wohnungen verheirateter Beamter und Bergleute ein. Die Ehemänner wurden festgehalten, getreten und gepeitscht, während die Frauen, mitunter Mütter von neun Kindern, trotz verzweifelter Gegenwehr nacheinander von zwei, drei, vier und fünf Bestien vergewaltigt wurden. Auf der Straße wurden Frauen und Mädchen von der Seite des Mannes oder Bräutigams fortgerissen und geschändet, während die Männer unter

**Französische
Gewalttaten**

irgendeinem Vorwande zur Wache geschleppt wurden. Für jede Frau oder jedes Mädchen war es eine Gefahr, allein in dunklen oder einsamen Straßen zu gehen.

Meinungsfreiheit und Presse waren aufs schlimmste geknebelt. Von 66 Zeitungen des besetzten Ruhrgebietes wurden 53 teilweise oder ganz verboten. 15 Verleger und 22 Redakteure wurden für kurz oder lang ihrer Freiheit beraubt. Sechs Verleger-Redakteure wurden ausgewiesen. Dennoch ließ sich der Geist nicht töten. Zum größten Ärger der Franzosen wiesen die erscheinenden Zeitungen immer wieder Überschriften auf: die Angst vor der Wahrheit, Willkür über Willkür, Übergriffe in Bochum und Herne, Schwarze im Ruhrgebiet, Verhaftungen, Ausweisungen und Übergriffe, verschärfte Maßnahmen, aber keine Kohle, genau wie im Kriege.

**Not der
Presse**

Unter ungeheuren Schwierigkeiten erzwangen sich die Zeitungen den Weg an die Öffentlichkeit. Der *Bochumer Anzeiger* war vom 10. Februar bis 5. November sechsmal für zusammen 73 Erscheinungstage verboten. Er war mehr als ein Viertel der Zeit am Erscheinen verhindert. Es wurden in dieser Zeit die verschiedensten Ersatzzeitungen herausgegeben. So wurde beim letzten und längsten Verbot die *Wanne-Eickeler Zeitung* als Ersatz geliefert. Ein Teil des Textes und der Anzeigen wurde in der eigenen Druckerei gesetzt, dann nach Herne zum Druck in der *Herner Zeitung* gebracht und schließlich mit der *Wanne-Eickeler Zeitung*, unter deren Kopf sie vertrieben wurde, an geheimen Plätzen, Lagerschuppen usw. den verteilenden Zeitungsboten übergeben. Da schließlich die Setzerei besetzt wurde, wurden die einzelnen Seiten der Ersatzzeitung in den verschiedensten Druckereien hergestellt. Daß hierdurch natürlich die Redaktion und der Umbruch der Zeitung äußerst schwierig war, liegt auf der Hand. Es gehörte eine kolossale Energie dazu, die Zeitung den Lesern immer richtig zuzustellen, ganz abgesehen davon, daß von den Franzosen Verhaftung und Bestrafung drohte, wenn sie dies entdeckten.

Auch auf eigene Faust versuchten die Franzosen, die Stimmung der Ruhrbevölkerung zu beeinflussen. In der Druckerei des *Düsseldorfer Tageblattes*, welche die Franzosen beschlagnahmt hatten, wurde der "**Nachrichtendienst, herausgegeben durch den französischen Pressedienst Düsseldorf, Berichtigungs- und Informationsblatt für das besetzte Ruhrgebiet**" hergestellt. An dieser Zeitung arbeiteten "deutsche Personen" mit, Subjekte, die wir in einem andern Kapitel näher kennenlernen werden und die anonym bleiben wollten. Es war eine Tageszeitung in deutscher Sprache, die von französischen Soldaten kostenlos auf der Straße verteilt wurde und in hoher Auflage weit ins Ruhrgebiet hinein Verbreitung fand, teils durch Agenten, teils durch die französischen Buchhandlungen. Selbst der deutsche Straßenhandel wurde zeitweise zum Vertrieb gezwungen. Da sich viele Leute wegen der Inflation keine Zeitung mehr halten konnten, griffen sie zu diesem kostenlosen Blatt, und das war die Gefahr. Diese Zeitung wandte sich deshalb in erster Linie an die wirtschaftlich Notleidenden, den Mittelstand, die Arbeiter und die Erwerbslosen. Es war ein Organ französischer Kulturpropaganda, und viele deutsche Zeitungen wagten nicht, aus Furcht unterdrückt zu werden, den Lügen und Hetzereien entgegenzutreten. Alles, was Frankreich tat, wurde gerühmt, aber an den Maßnahmen Deutschlands wurde gehässigste Kritik geübt. Trotzdem aber vermochte auch der "*Nachrichtendienst*" nicht, den Geist der Ruhrbevölkerung zu beeinflussen, die gepeinigten Deutschen den Franzosen geneigt zu machen.

Der Unterricht erlitt schwere Schädigungen, **da die Schulgebäude vielfach zu Kasernen umgewandelt wurden.** So wurden im Regierungsbezirk Münster 39 Schulen mit 266 Klassen, im Regierungsbezirk Arnsberg 60 Schulen mit 323 Klassen, in der Stadt Essen 16 Volksschulen mit 156 Klassen besetzt. In Düsseldorf lagen in 327 Klassen Franzosen und Belgier, in Recklinghausen mußten von 4800 Schülern der Altstadt 3900, über 80 Prozent, ausquartiert werden. In manchen Gemeinden waren die Schulen vollständig belegt. Insgesamt wurden 2900 Schulen beschlagnahmt und 125 000 Kinder am Schulbesuch verhindert.

**Erschwerung
des Unterrichts**

Grausam wurde mit den **Kranken** verfahren. Ende Januar mußten in Essen von tausend Betten der städtischen Krankenhäuser etwa dreihundert den Eindringlingen zur Verfügung gestellt werden. Ohne Rücksicht auf das Schicksal der darin untergebrachten Kinder mußte der Diphtheriepavillon geräumt werden, was den

**Grausamkeiten
gegen Kranke usw.**

Tod vieler der unglücklichen Geschöpfe zur Folge hatte. Auch die Hautklinik mußte aufgelöst werden, ohne Rücksicht darauf, daß die Kranken, die in die Stadt zurückkehrten, die Gefahr einer Epidemie bedeuteten. Auch die Stationen für Scharlach, Masern, Typhus und Keuchhusten verfielen diesem Schicksal. In Dortmund quartierten sich die Eroberer im Waisenhaus ein. Hunderte von unglücklichen Waisenkindern wurden frierend und hungernd auf die Straße gejagt.

Mord, Raub und Gewalttat regierte. Goldwaren, Spirituosen, Brieftaschen wurden geraubt, ja, unter Führung von Offizieren drangen die Soldaten in Lebensmittel- und Zuckerwarengeschäfte ein, um zu plündern. Es kamen an einem Tage Dutzende von Fällen vor, daß harmlose Fußgänger auf offener Straße durchgepeitscht und zu Boden getreten und gestoßen wurden. Als einmal zwei belgische Soldaten die Straßenbahn von **Oberhausen** nach Essen-Borbeck benutzten und keinen Fahrschein lösen wollten, ließ der Schaffner den Wagen halten. Darauf schossen die Belgier mit ihren Revolvern und töteten einen unbeteiligten Fahrgast, einen Schuhmacher, und verletzten den Wagenführer schwer. Am Nachmittage des 8. Februar stürmten ungefähr zwanzig französische Soldaten in **Recklinghausen** über die Dönhoffstraße in die Breite Straße. Ohne vorherige Aufforderung, die Straße zu räumen, stürzten sie sich auf die friedlich vorübergehenden Bürger und mißhandelten sie auf das schimpflichste. Selbst Frauen wurden von den Franzosen gepeitscht und getreten.

Raub und Mord

Vier Tage später hatten in **Gelsenkirchen** zwei französische Soldaten eine Schießerei mit vier deutschen Polizeibeamten provoziert, in deren Verlaufe ein deutscher Polizist so schwer verwundet wurde, daß er starb. Am folgenden Morgen unternahmen die Franzosen eine Strafexpedition nach der Stadt. Ein starkes Truppenaufgebot, bestehend aus Infanterie, Kavallerie, Artillerie, Maschinengewehren, Minenwerfern und Tanks, war herangerückt. Der Oberbürgermeister, sein Stellvertreter, der Polizeipräsident, der Kommandeur der Polizei und der Reichsbankdirektor wurden verhaftet. Die Stadt sollte eine Buße von hundert Millionen Mark zahlen. Auf den beiden Polizeiwachen wurden die Polizeibeamten entwaffnet, verhaftet und abgeführt, wobei die französischen Truppen auf der Hauptwache die größten Ausschreitungen begingen. Die Wache wurde mit Infanterie, Kavallerie und Tanks umstellt, die Infanterie gab eine Anzahl Schüsse ab und zertrümmerte sämtliche Fenster, dann drang sie, von drei bis vier Offizieren geführt, in das Gebäude und trieb die darin befindlichen 21 deutschen Beamten mit Kolbenstößen, Peitschenhieben, Fußtritten und Faustschlägen hinaus. Die Gefangenen, die zum Teil blutende Wunden hatten, mußten auf der Straße länger als tausend Meter Parademarsch ausführen, dann wurden sie über Buer nach Recklinghausen gebracht, wo sie auf dem nackten Fußboden schlafen mußten. Seit ihrer Verhaftung um zehn Uhr vormittags bis zum Mittag des nächsten Tages erhielten sie nichts zu essen und zu trinken. Erst am 15. Februar wurden sie entlassen bis auf sieben, welche verschleppt wurden.

Furchtbar war das Schicksal der Gefangenen. Sie wurden ihrer Wertsachen beraubt, die Kleidung wurde ihnen heruntergerissen; nachdem sie blutig gepeitscht waren, mußten sie stundenlang an einer Wand stillstehen und wurden mit dem Kolben geschlagen und gestoßen, wenn sie wankten. Sie wurden nicht anders als Boche und Cochon bezeichnet. In feuchte Kellerräume wurden sie des Nachts gesperrt, wo sie ohne Decken auf dem nackten Fußboden schlafen mußten. Sie erhielten nichts, um ihren Hunger zu stillen, und für den Durst bekamen sie schlechtes, übelriechendes Wasser. Vielen wurden die Zähne ausgeschlagen. Krankheit, Erschöpfung, geschwollene Beine und Knie waren die Folgen bei den erbarungswürdigen Opfern der französischen Sadisten. Die Franzosen trachteten besonders danach, die Regierungsbeamten und Bürgermeister, die ihnen vor allem infolge ihres Einflusses unbequem waren, in ihre Hand zu bekommen. Bot sich kein unmittelbarer Grund zur Verhaftung, so befahl man seine Opfer unter dem Vorwand einer Unterredung zur Militärbehörde, verhaftete dann den Ahnungslosen und verschleppte ihn im Auto. Dieses Verfahren war sehr beliebt, so daß der Regierungspräsident Grützner von Düsseldorf schließlich dem General Denvignes mitteilte, in Zukunft würden die deutschen Beamten derartigen Befehlen nicht mehr nachkommen. Grützner war selbst am 18. Februar auf diese Weise verhaftet und ausgewiesen worden.

Qualen der Gefangenen

Bis Anfang März waren folgende Beamtenausweisungen aus den besetzten Ge-

Ausweisungen

bieten erfolgt: 55 Postbeamte, 71 Eisenbahnbeamte, 279 Finanzbeamte, 600 Beamte der preußischen Gemeindeverwaltungen, 700 Polizeibeamte. Häufig auch hatten die Franzosen irgendeinen Grund, um mißliebige Deutsche drakonisch zu bestrafen. So verurteilte das Kriegsgericht in Bredeley den Oberbürgermeister Havenstein von Oberhausen zu drei Jahren Gefängnis, weil er durch Verweigerung der Lichtabgabe an den Bahnhof Oberhausen die Sicherheit der Besatzungstruppen gefährdet haben sollte. Bürgermeister Schäfer von Essen, der sich weigerte, Requisitionsbefehle zur Lieferung von Automobilen und Kohlen auszuführen, erhielt zwei Jahre Gefängnis und zehn Millionen Mark Geldstrafe. Gleichzeitig, am 16. Februar, wurde das Polizeipräsidium in Essen besetzt und sämtliche Polizeibeamte wurden verhaftet. Auch in Düsseldorf verhaftete und verschleppte man den Oberbürgermeister Köttgen. In Bochum, wo bereits am 20. Februar das Landgerichtsgebäude besetzt und der Oberstaatsanwalt Eitendinger verhaftet und fortgeführt worden war, sprengten die Franzosen die Stadtverordnetenversammlung und verhafteten den Oberbürgermeister, vier besoldete Stadträte und 18 Stadtverordnete, die nicht Vertreter der Arbeitnehmer waren.



*Absatzstocung im Steinkohlenbergwerk Rheinpreußen: Kohlenhalden im Hafengelände.
Photo Scherl.*

Aber keine noch so brutale Maßnahme vermochte den Geist und den Willen der Bevölkerung zu erschüttern. Das empörte die Franzosen, und ihre Wut kannte keine Grenzen. Die gewaltigen Kohlenbestände auf den Halden der Zechen konnten sie zwar auf Waggons laden und nach Frankreich transportieren. Es gelang ihnen, auf diese Weise bis Mitte Februar zehn Waggons Koks wegzuschaffen, die kaum insgesamt 150 Tonnen entsprachen. Was war das gegen eine deutsche Monatslieferung von 200 000 Tonnen vor der Besetzung! **Die Unkenntnis der deutschen Verkehrseinrichtungen und der passive Widerstand der Bevölkerung machten sich sehr empfindlich bemerkbar.** Und so kam es besonders auf den Gruben oft zu Zusammenstößen. Eines Nachts um halb eins wollten fünf französische Soldaten auf Zeche "Prinzregent" in Dortmund Brennholz stehlen. Doch die Belegschaft verspernte das Tor, worauf die Franzosen schossen. Ein fünfzehnjähriger Arbeiter war sofort tot, ein anderer wurde am Hals verwundet.

**Besetzung
der Zechen**

Kein Mittel ließen die Feinde unversucht, um zu ihrem Ziel zu gelangen. **Sie kauften sich elende Subjekte, die ihnen Spitzeldienste verrichteten, und besonders mit den Kommunisten suchten sie sich gutzustellen,** in der Hoffnung, daß diese irgendwie einen Putsch inszenierten und Verwir-

rung anrichteten; vielleicht eignete sich das Mittel des Bürgerkrieges eher dazu, den passiven Widerstand zu brechen. In der Tat kam es Anfang Februar auf der Zeche "Dorstfeld" zu einem Putsch, der aber kläglich scheiterte, da die überwiegende Mehrzahl der Bergarbeiter dem abscheulichen Treiben der Verräter entgegentrat. Einem Betriebsratsmitgliede der Zeche "Prinzregent" in Dortmund wurde ein täglicher Verdienst von 20 000 Mark geboten, wenn er sich bereit erkläre, die ihm täglich gestellten Fragen zu beantworten. Mit Entrüstung wurde das schmierige Ansinnen der Ingenieurkommission abgewiesen.

Die französische Armee eroberte aber immer weitere Orte des Ruhrgebietes und Rheinlandes.

Nachdem am 2. Februar Vohwinkel und Bahnhof Sinsen durch Infanterie und Kavallerie besetzt worden war, bemächtigten sich die Belgier am 13. Februar, morgens sieben Uhr, der Häfen von Wesel und Emmerich und brachten die dortigen Zollämter in ihre Gewalt. Eine Woche später okkupierten die Franzosen militärisch eine Anzahl Hauptzollämter, Zollämter und Betriebsinspektionen; sie vertrieben mit Gewalt die Beamten des Reiches und verwehrten ihnen den Zutritt. Dies geschah bei den Hauptzollämtern und den ihnen nachgeordneten Dienststellen in Krefeld, Kaldenkirchen, Cleve, Bochum und im altbesetzten Gebiet: Neuß, Ludwigshafen, Landau, Kaiserslautern, Trier, Linden, Frankenthal, Wörth und Zweibrücken.

**Weitere Ausdehnung
der militärischen Besetzung**



1923: Französische Geschütze im Ruhrgebiet.
Photo Scherl.



1923: Franzosen und Belgier im Ruhrgebiet.
Photo Scherl.

Am 24. Februar wurden die Bahnhöfe Recklinghausen-Süd, Wanne und Herne besetzt, bei der Station Frintop begnügte man sich, sie greulich zu verwüsten. An den beiden folgenden Tagen rückten die französischen Soldaten, auch viele schwarze, in die **sogenannten Flaschenhalse zwischen Mainz, Koblenz und Köln** ein. So fielen die Städte Königswinter, Caub, Lorch, Lorchhausen, Nieder- und Oberdollendorf in Feindeshand. Diese Maßnahme sei nötig, um die Rheinzollkontrolle wirksam zu gestalten. Am 3. März erschienen die Franzosen in Hafen, Zoll- und Werftanlage von Mannheim, im Hafen von Karlsruhe und in den Eisenbahnwerkstätten und dem Elektrizitätswerk von Darmstadt. Als Vorwand für diese Besetzung wurde angegeben, daß sie erfolgt sei, weil der Rhein-Herne-Kanal aufs neue durch absichtlich versenkte Kähne gesperrt worden sei, nachdem die französischen und belgischen Behörden die bereits vorher zerstörten Schleusen in Ordnung gebracht hätten. Infolge der britischen Weigerung, sich an der französisch-belgischen Ruhraktion zu beteiligen, besetzten die Franzosen, um die Zollmauer zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet zu schließen, rundherum um den von den Engländern besetzten Kölner Brückenkopf eine zehn Kilometer breite Zone, in denen die Städte Obergruiten, Vohwinkel, Cronenberg, Remscheid, Lennep, Bergborn, Hückeswagen, Wipperführt, Gimborn, Ränderoth und Drabenderhöhe lagen. Ohne jeden weiteren Grund wurde schließlich Mitte Mai Limburg a. d. Lahn besetzt. Am gleichen Tage drangen die Franzosen in den Höchster Farbwerken und der Badischen Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen ein, wo sie versuchten, Werkspionage zu treiben.

Auch andere Freveltaten wurden ausgeführt, um die Bevölkerung zu drangsa-

Eisenbahnregie

lieren. **Eisenbahnlinien und Telegraphen wurden zerstört, um die Zufuhr von Lebensmitteln abzuschneiden.** Eisenbahner wurden schonungslos mit ihren Familien von Haus und Hof vertrieben, weil sie sich weigerten, in den Dienst der Feinde zu treten. Auf Befehl des Reichsverkehrsministers waren die Wasser-, Licht- und Kraftleitungen zu sämtlichen von Franzosen und Belgiern besetzten Bahnhöfen unterbrochen worden. Die Rheinlandkommission gab als Antwort hierauf ihre Verordnung 147 heraus, in welcher unter Androhung der Todesstrafe die deutschen Eisenbahner in den Dienst der fremden Gewalthaber gepreßt werden sollten. Wer vorsätzlich oder durch Enthaltung einen Eisenbahntransport gefährde, sollte mit dem Tode bestraft werden. Wer den Eisenbahnverkehr in schwerer Weise oder für lange Dauer unterbreche, solle mit lebenslänglichem Zuchthaus oder Gefängnis bestraft werden. Die Verurteilten durften sogar in französische Gefängnisse überführt, also deportiert werden.



Ruhrgebiet 1923: Aus Ehrang vertriebene Eisenbahner. Photo Scherl.



1923: 500 ausgewiesene Eisenbahner von Gerolstein auf dem Abtransport von Remagen nach Köln, 24. August. Photo Scherl.

Die Eisenbahn bildet die Hauptsorge der Franzosen. Solange sie, die einzige Lebensader alles Wirtschaftslebens und aller militärischen Operationen, nicht wiederhergestellt war, war jede Hoffnung auf Erfolg der Besetzung vergebens. Ja, es zeigte sich, daß hier und da plötzlich von unbekannter Hand Eisenbahnstrecken zerstört worden waren, welche die Franzosen zur Beförderung ihrer Truppen brauchten. General Laignelot in Recklinghausen sah sich infolgedessen genötigt, die deutschen Beamten dafür verantwortlich zu machen, daß keine Zerstörungen an Schienensträngen, Fernsprech- und Telegraphenleitungen stattfanden. Der Franzose erklärte den Deutschen, daß sie gewissermaßen Geiseln seien für die Erhaltung der Verkehrswege in ihren Bezirken! Aus dem Hauptbahnhof Essen führten die Feinde Anfang März das gesamte rollende Material fort.

Die Franzosen und Belgier mußten schließlich erkennen, daß sie machtlos waren gegen den passiven Widerstand der Eisenbahner. So gingen sie denn Anfang März dazu über, den **Eisenbahnbetrieb in eigene Regie** zu übernehmen, und anderthalb Jahre blieben von nun an die deutschen Eisenbahnen im besetzten Gebiet in französisch-belgischer Verwaltung. Der Reichsverkehrsminister verbot aufs neue den deutschen Beamten jede Unterstützung der Feinde. Daher kamen fremde Eisenbahner aus Frankreich und Belgien ins Land. Um ihnen Wohnungen zu verschaffen, begannen um Ostern **unerhörte Massenausweisungen**. Am Ostersonntag, dem 1. April, klebte an allen Straßenecken ein Plakat des Generals Degoutte mit dem Befehl, daß die Eisenbahner sofort die Arbeit wieder aufzunehmen hätten. Es war dies der letzte Versuch der Franzosen vor entscheidenden Maßnahmen, von dessen Erfolg sie indessen selbst innerlich wenig überzeugt waren. Die Eisenbahner erhielten einen Zettel mit dem Befehl: "Der N.N. hat binnen 24 Stunden seine Arbeit aufzunehmen, widrigenfalls er augenblicklich mit seiner Familie aus seiner Wohnung vertrieben wird." Diese Aktion erstreckte sich auf das Ruhrgebiet und sämtliche von Franzosen und Belgiern besetzten rheinischen Teile, in denen die Bevölkerung und die Eisenbahner ebenfalls im passiven Widerstand verharrten.

Die Eisenbahner lehnten nach den Weisungen der Regierung jede Arbeit ab. So wurde die **sofortige**

Ausweisung befohlen. Die Quartiere mußten innerhalb längstens 24 Stunden geräumt werden. Am Osterdienstag morgens verließen lange, traurige Züge von Eisenbahnerfamilien wie Flüchtlinge im Kriege, die Wagen mit notdürftigstem Hausgerät bepackt, ihre kleinen Häuser, ihre sauberen Gärten, ihr Vieh, - alles, was sie in jahrelanger Liebe gepflegt und vermehrt hatten. Es war ein erschütterndes Ereignis: Tausende, aber Tausende, nein, viele Zehntausende begruben ihr Glück in ihrem Herzen, und in mancher einfachen Brust wuchs, geschmiedet in einer Weißglut von Haß und Rache, ein bitteres, gar zu bitteres Heldentum empor! Zähneknirschend, mit finsternem Schweigen trugen die Männer ihren Heroismus, Frauen schluchzten, Kinder schrien und jammerten.



1923: Franzosen vertreiben Arbeiter aus Rhein-Metall, Düsseldorf. Photo Scherl.



Ruhrgebiet 1923: Französische Posten vor Werkseingang. Photo Scherl.

Hart und unerbittlich waren die Schergen Frankreichs. Hochschwängere Frauen wurden hinausgetrieben, Fieberkranke wankten aus ihren Betten, Gelähmte humpelten an ihren Krücken fort. Die ursprüngliche Frist von 24 Stunden wurde bald auf wenige Stunden verkürzt, so daß die Unglücklichen nichts von ihrer Habe mitnehmen konnten. Wilde und rohe Spahis waren mit der Aufsicht über die Räumung betraut, und mit grinsenden Teufelsfratzen weideten sie sich am Anblick des unsagbaren Elends und vermehrten es, indem sie wehrlosen Frauen und Kindern Gewalt antaten. Hausgerät, Hühner, Enten, Gänse, Ziegen, Kaninchen - alles blieb zurück.

Den ganzen April hindurch wurden die Ausweisungen fortgesetzt. Ihr letztes Stadium erreichten sie anfangs Mai. Da lautete der Befehl: "Hinaus in zehn Minuten! Sämtlicher Hausrat bleibt zurück!" Spahis sorgten mit grausamer Wollust für strikte Durchführung. Den Ausgewiesenen wurde nicht einmal gestattet, sich reisefertig umzuziehen. Die Frauen mußten fort, wie sie aus der Küche und vom Waschtrog kamen. Kinder, die in der Schule waren, durften nicht zurückgerufen werden und mußten zurückbleiben. Transportunfähige Kranke mußten zurückgelassen werden. Die Unglücklichen wurden wie gehetztes Wild zum Bahnhof gejagt, in einem Eisenbahnzug zusammengepfertcht und ohne jede Erfrischung unterwegs ins unbesetzte Deutschland abgeschoben. Herzerreißende Szenen spielten sich ab, und wilde Flüche fuhren auf die französischen Peiniger herab. Über die zurückgelassenen Habseligkeiten aber fielen französische Weiber her, und französische Eisenbahner machten es sich in den verlassenen Wohnungen bequem. **Während des passiven Widerstandes wurden 22 606 Eisenbahner ausgewiesen, mit Familienangehörigen 57 584, 10 000 hiervon entfallen auf das Ruhrgebiet, die übrigen auf das Rheinland.** -

Bereits Anfang Februar **verboten die Franzosen deutschen Ministern, ins Rheinland zu reisen.** Da die deutsche Regierung erklärte, für sie bestehe ein solches Verbot nicht, erließ der General Degoutte einen Befehl, welcher die Polizei und öffentlichen Organe anwies, die Minister, welche das Ruhrgebiet betreten würden, zu verhaften und dem Militärgericht zuzuführen; geschähe dies nicht, würden Sanktionen in Kraft treten, Städte und Ortschaften bestraft werden.

Um sich in den Besitz deutschen Geldes zu setzen, beraubten französische und belgische Soldaten auf höheren Befehl Eisenbahnzüge und Banken. So wurde am 24. Februar auf Bahnhof Hengstey aus dem Berlin-

**Beraubung
von Banken und
Bahnzügen**

Kölner Schnellzug ein Geldtransport der Reichsbank, der für Köln bestimmt war, geraubt. Etwa 13 Milliarden Mark Banknoten und 370 Platten zur Herstellung weiterer Noten wurden geraubt. General Degoutte begründete diesen Straßenraub damit, daß Deutschland nicht die Markvorschüsse für die Besatzungstruppen gemäß dem Rheinlandabkommen gezahlt habe. Die Fälle wiederholten sich. Am 4. März wurde eine Milliarde Mark bei der Reichsbank in **Duisburg** geraubt. Mit Gewalt wurde dem Beamten der Tresorschlüssel weggenommen, sämtliche Kassen wurden entleert. Auf diese Weise eigneten sich die Franzosen bis Mitte Mai 30 Milliarden Papiermark an. Die Raubzüge wurden im Juni und Juli fortgesetzt. In **Essen** wurden der Reichsbank am 26. Mai 92 Millionen weggenommen, der Reichsbank in **Mettmann** am 1. Juni 77 Millionen, in **Dortmund** am 11. Juni sogar 52 Milliarden. Hier ließen die Franzosen außerdem Banknoten über eine Milliarde Mark herstellen und nahmen sie mit, außerdem beraubten sie zwei leitende Beamte tagelang der Freiheit. In **Traben-Trarbach** wurden am 15. Juni 270 Millionen erbeutet. Einen Monat später wurden 80 Milliarden aus der Reichsbank in **Barmen** entwendet, und Anfang September erleichterte man die Reichsbank in **Duisburg** um 50 Milliarden. Den ganzen September hindurch ereigneten sich tagtäglich Raubüberfälle auf Reichsbankstellen in den verschiedensten Städten des Ruhrgebiets.



1923: Essen ohne Polizei. Spielwinkel.
Photo Scherl.

Die Grausamkeit, mit der die wehrlose Bevölkerung behandelt wurde, nahm im Laufe der Zeit nicht ab, sondern zu. Ende Februar hatte General Degoutte die Auflösung der Polizei für Essen, Stadt und Land, angeordnet. Die Beamten aller Dienstgrade der aufgelösten Polizeiorganisation wurden ausgewiesen. Es sollte eine Gemeindepolizei von höchstens 600 Mann gebildet werden, die sich nur aus Einheimischen zusammensetzen dürfe. Die Vernichtung der Polizei lag den Franzosen besonders am Herzen. War doch die Polizei das Rückgrat des Staates, die letzte Stütze aller Ordnung, und mußte doch nach ihrem Verschwinden für die dunklen Kräfte des Aufruhrs, der Kommunisten und der

**Auflösung
der Polizei**

Verbrecher, die Gelegenheit besonders günstig sein, ihr ekelhaftes Handwerk zu treiben. Das aber wollten ja die Franzosen! Die Bevölkerung sollte ihres Schutzes beraubt werden, es sollte zum Bürgerkrieg kommen, um diesen verhaßten passiven Widerstand zu brechen. Den Augenblick, wo das Chaos an der Ruhr ausbrechen würde - und die Wahrscheinlichkeit hierfür lag nach den Ereignissen der früheren Jahre immerhin nahe -, sehnten die Franzosen inbrünstig herbei. Warteten sie ja doch vor allem darauf, daß die **Separatisten**, die fieberhaft arbeiteten, losschlagen würden, das Ruhrgebiet von Preußen losreißen und die Flammen des Aufruhrs zu den Welfen nach Hannover tragen! **Der Bürgerkrieg im Ruhrgebiet unter französischer Besetzung bedeutete den Untergang Preußens, das war die felsenfeste Überzeugung der Franzosen**, ihr Wunsch, ihre Hoffnung. Diesem Aufruhr wollten sie die Wege bahnen, indem sie die Polizei, die letzte Stütze des Staates nach der Ausweisung vieler Beamten, beseitigten, sowie sie ihn förderten, indem sie die Lebensmittelzufuhr durch Zerstörung der Bahnstrecken erschwerten oder unterbanden. **Mit ausgesuchter satanischer Roheit wurden die verhafteten Polizeibeamten behandelt, geradezu zu Tode gequält.**

Die Polizeitruppen wurden auch anderwärts aufgelöst. Der Auflösung der Essener Polizei am 27. Februar folgte am 2. März diejenige der Polizei von **Gelsenkirchen**. Militär rückte ein, entwaffnete die Beamten und verhaftete sie. Ohne jeden Grund wurden in den einzelnen Polizeirevieren von den Franzosen grauenhafte Verwüstungen angerichtet. Am Morgen des 8. März besetzte eine Militärabteilung **Dortmund**, eigens zu dem Zwecke, die Schupo aufzulösen und sämtliche Beamte abzuführen; als dies geschehen war, verschwanden mittags die Soldaten wieder.

Furchtbare Bluttaten begingen die französischen Truppen im März. Schweigen wir von dem schauerhaften Schicksal jenes unglücklichen Buchhalters in Bochum, der verhaftet und so lange

gepeitscht wurde, bis er besinnungslos liegenblieb und ihm das Hemd am blutigen Rücken festklebte. **In Buer waren am 10. März gegen zehn Uhr abends zwei französische Offiziere, anscheinend von französischen Alpenjägern, erschossen worden.** Am nächsten Morgen wurde ein Kriminalbetriebsassistent Burghoff, der nicht im entferntesten an der Mordtat beteiligt war, sondern sich um jene Zeit eine Stunde entfernt vom Tatort aufgehalten hatte, verhaftet. Ein Pole, der von dem Kriminalbeamten einmal verhaftet worden war, hatte ihn denunziert. Burghoff war zu dem Elektromonteur Wittershagen geflüchtet, und so wurde auch dieser verhaftet, trotzdem er ebenfalls ganz unschuldig war. Die beiden Unglücklichen wurden stundenlang im Polizeigefängnis in bestialischer Weise gefoltert und mißhandelt. Stundenlang hörte man das Klatschen der Peitschenhiebe, das dumpfe Schlagen der Gewehrkolben, das Wehklagen der Gemarterten, bis zwei Schüsse dem Leben der unschuldig Gequälten ein Ende machten. Die Leichen der Verstümmelten waren kaum noch zu erkennen.

**Bluttaten
in Buer**

Nun aber begann **ein wütendes Toben gegen die Bürgerschaft der Stadt Buer.** Es war Sonntag. Die Kirchgänger verließen das Gotteshaus, mit Reitpeitschen und Kolbenstößen wurden sie auseinandergetrieben. Der Küster wurde mit Peitsche und Kolben mißhandelt und dann im Quartier der Alpenjäger bis zur Besinnungslosigkeit gefoltert. Ein Arbeiter wurde auf offener Straße niedergeschossen. Gäste der Straßenbahn wurden durch Bajonettstiche schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Abends wurde in die Fenster, in denen Licht brannte, hineingeschossen, trotzdem kein Verbot erlassen war. Der Oberbürgermeister und zwei andere angesehene Bürger wurden als Geiseln festgenommen, indem man ihnen eröffnete, daß sie ohne Urteil erschossen würden, wenn weitere Gewalttaten gegen Franzosen vorkämen. Am nächsten Montag, dem 12. März, fuhr ein bewaffneter Trupp vor dem Gymnasium vor. Die Schüler, die auf dem Hofe waren, wurden mit Peitschenhieben und Kolbenstößen ins Gebäude getrieben; die Lehrer mußten im Konferenzzimmer in Reih und Glied antreten. Ein Studienrat, der im Kriege das rechte Bein verloren hatte, wurde mit Kolbenstößen traktiert, ein anderer erhielt Schläge mit der Reitpeitsche. Der Direktor wurde verhaftet. Die unglücklichen Opfer wurden sang- und klanglos begraben - verscharrt, weil die Franzosen es so befahlen.

**Bluttaten
in Essen**

In der Nacht vom 17. zum 18. März wurde in Essen ein französischer Koch in einem von französischen Truppen besetzten Hotel am Hauptbahnhof erschossen. Darauf wurden am 19. März, morgens zehn Uhr, ein Reichstagsabgeordneter, der Landgerichtspräsident, der Reichsbankdirektor und je ein Direktor der Essener Großbanken als Geiseln verhaftet. Jedoch zu den ruchlosesten Taten, welche die Franzosen im Ruhrgebiet begangen haben, gehört **das Blutbad von Essen, am Ostersonnabend, dem 31. März.** An diesem Tage, morgens um sieben Uhr, besetzten französische Militärabteilungen ohne vorhergehende Ankündigung in den Krupp'schen Werken die beiden Hallen der Last- und Personenkraftwagen. Die Halle der Lastwagen wurde bald geräumt, während bei den Personenwagen ein Kommando von einem Offizier und elf Mann verblieb, die auf höhere Weisung wegen der Beschlagnahme warteten. Nun hatten Direktion und Arbeiterschaft vereinbart, daß, sobald feindliches Militär das Werk besetze, die Sirenen gezogen werden sollten, das Zeichen und die Aufforderung zur Arbeitseinstellung. Anderthalb Stunden, von neun bis halb elf, heulten die Signale. Die Arbeiter verließen ihre Werkstätten und versammelten sich vor der Kraftwagenhalle. Der Betriebsrat beruhigte die erregten Arbeiter und versuchte, obgleich vergeblich, die Franzosen zum Abzug zu bewegen. Die Franzosen sahen mit zunehmender Angst die erregte Menge vor sich, aus welcher die berechtigten Rufe der Empörung laut wurden. Eine Lokomotive, die hinter dem Schuppen stand und ihre Dämpfe abließ, erhöhte ihre Furcht. Sie sahen sich schon im Geiste von Dämpfen verbrüht, mit Steinen beworfen und von Knüppeln niedergeschlagen. In ihrer überhitzten Phantasie sahen sie die Arbeiter, mit Revolvern bewaffnet, ihnen zu Leibe gehen. Plötzlich, ohne daß etwas von Seiten der Arbeiter erfolgt wäre oder daß der französische Offizier zum Auseinandergehen aufgefordert hätte, kurz nach elf Uhr, eröffneten die Franzosen Maschinengewehrfeuer. Die Menge stob auseinander, wurde aber noch auf der Flucht weiter beschossen. Ohne daß ihnen ein Haar gekrümmt worden wäre, verließen die Franzosen das Werk, aber elf Tote, zum Teil Familienväter, und 30 teilweise schwer Verwundete ließen sie zurück. Am

gleichen Tage wurden drei Mitglieder des Direktoriums und ein Abteilungsleiter der Kruppwerke ins Zuchthaus nach Werden abgeführt, da man ihnen die Schuld an dem Blutbad vorwarf.

Dieses Ereignis empörte sogar die Kommunisten, die sich sonst den Franzosen gegenüber sehr zuvorkommend benahmen. Das kommunistische *Ruhr-Echo* brachte am 8. April einen Aufruf, der Proletariermord von Essen sei ein Werk des französischen Imperialismus; am Tage der Beisetzung müsse die Bevölkerung des gesamten Ruhrgebietes in einen 24stündigen Proteststreik eintreten. Eine furchtbare Erregung rauschte durch das Volk, aber sie war gedämpft und verzehrte sich durch sich selbst, denn man war wehrlos und durfte nicht Rache nehmen! Von nah und fern strömten zahllose Menschen zusammen, und die Beisetzung der Toten war eine gewaltige Demonstration, eine furchtbare Anklage gegen Frankreich. Zu diesem Begräbnis begaben sich auch der ehemalige Reichspostminister Giesberts und der frühere Ministerpräsident Stegerwald von Preußen. Doch als sie am 9. April, abends um zehn Uhr, bei Scharnhorst das besetzte Gebiet erreichten, wurden sie aus dem Zuge heraus verhaftet und in der Nacht nach Castrop verbracht, wo sie auf Schulbänken den Morgen erwarten mußten. Dann wurden sie über die Grenze ins unbesetzte Gebiet abgeschoben. Ein Reichsstaatssekretär, der sich in ihrer Begleitung befand, wurde erst am Abend zurückbefördert.

Die rapide Entwertung der Mark und die Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung erleichterten den Kommunisten die Wühlarbeit. Sie gründeten, wie um diese Zeit überall im unbesetzten Deutschland, auch im Ruhrgebiet Rote Hundertschaften, die sich mit Waffen unbekannter Herkunft versahen. Die zunehmende wirtschaftliche Not, die Hoffnungslosigkeit, daß man kein Ende dieser französischen Besetzung absehen konnte, führten den Kommunisten mehr und mehr Anhänger zu. Mit Vorbedacht wiesen sie immer und immer wieder auf die Ruhrindustriellen als die allein Schuldigen hin, die noch von der kapitalistischen Regierung Cuno auf Kosten des Proletariats unterstützt wurden. Wer zahle letzten Endes die Zeche? Nur das Proletariat, denn der Kapitalist wisse, wie er die Lasten auf den wehrlosen Proletarier abwälze. Das war die demagogische Logik jener Leute, welche den Kämpfern an der Ruhr in den Rücken fallen wollten. Beträchtliche Geldmittel flossen den Ruhrkommunisten aus dem Auslande zu. Moskau beteiligte sich mit einer außerordentlichen Spende von 220 000 Goldmark zur Förderung des Klassenkampfes im Ruhrrevier. Auch ging das Gerücht, daß die Franzosen den Kommunisten finanzielle Unterstützungen zuteil werden ließen, außer der schon erwähnten politischen Begünstigung. Am 18. April kam ein **kommunistischer Aufstand in Mülheim an der Ruhr zum Ausbruch.**

Kommunisten, Syndikalisten und Verbrecher hatten sich gefunden. Banden rotteten sich zusammen und waren mit Gewehren ausgerüstet. Sie besetzten die Straßen der Stadt, errichteten an verschiedenen Stellen

***Kommunistenaufstand
in Mülheim a. Rh.***

Barrikaden und plünderten die Kaufläden. Es entwickelte sich ein starkes Feuergefecht, das auf beiden Seiten Tote und Verwundete kostete. Da die Polizei sehr schwach war, mußte sie die Innenstadt vollkommen den Händen der Aufrührer überlassen. Erst als in der Nacht vom 19. zum 20. April Verstärkungen der Polizei aus Oberhausen und Duisburg eingetroffen waren, konnte am Morgen des 20. April die Stadt aus den Händen der Aufrührer befreit werden. Die Kommunisten riefen den Generalstreik aus, der aber kläglich scheiterte. Die Mehrzahl der Bergarbeiter bewies ihnen, daß sie nichts gemein haben wollte mit den Vaterlandsverrättern.

***Begünstigung durch
die Franzosen***

Während des Aufstandes **begünstigten die Franzosen mit sichtlichem Wohlwollen die Aufrührer.** Es erhob sich keine französische Hand zur

Abwehr, im Gegenteil, sie erschwerte der Polizei die Arbeit. General Degoutte hatte anfangs verboten, daß von Duisburg Polizei nach Mülheim zum Schutz gegen den Aufruhr abgehen durfte. Erst nach eindringlichen deutschen Vorstellungen nahm er sein Verbot zurück. War ja doch der Aufstand das Ziel, welches Frankreich ersehnte, und es wünschte, daß der Bürgerkrieg bald das ganze Ruhrgebiet erfasse. Derartige Unruheherde bestanden auch in anderen Städten, ohne daß es dort zu ernstlichen Ereignissen gekommen wäre. Unter der erschütternden Wucht der Pein und Qual gelang es den Kommunisten nicht, ein großes Heer von Anhängern zu gewinnen für ihre verbrecherische Sache, die lediglich den Franzosen genützt, den Deutschen jedoch sehr geschadet hätte. Die Front des passiven Widerstandes konnte nicht durchbrochen werden, weder von den Franzosen noch von

den Kommunisten. Es war eine geistige, sittliche Front, an welcher alle materiellen Gelüste kraftlos zerschellten. Das Heldentum, das fest entschlossen war, Opfer zu bringen, konnte nicht durch zweifelhafte Versprechungen von Glück und Wohlbehagen bezwungen werden. Wie bereits 1807, irrten sich auch diesmal wieder die Franzosen gründlich in der Beurteilung des deutschen Charakters: er war in der Hauptsache nicht käuflich. Und die Lumpe, die es erwiesenermaßen gab, waren derart in der Minderzahl und derart verkommen, daß sie als Maßstab des normal empfindenden Deutschen nicht in Frage kamen. Ende Mai gelang es, in Bochum das kommunistisch-syndikalistische Hauptquartier auszuheben. Damit war den kommunistischen Umtrieben im Ruhrgebiet die Führung genommen.

Umfangreiche Requisitionen

Als die ersten drei Monate der Ruhrbesetzung vergangen waren, ohne daß es den Franzosen gelungen wäre, Deutschland zur Erfüllung seiner Reparationsverpflichtungen zu zwingen, gingen die Eroberer dazu über, **durch Beschlagnahmungen selbst auf Reparationskonto Gegenstände zu requirieren**. Auf Befehl aus Paris gab der Oberkommandierende, General Degoutte, dementsprechende Verordnungen heraus. Danach wurden sämtliche Waren und Erzeugnisse beschlagnahmt, welche alliierte Regierungen oder alliierte Staatsangehörige oder die deutsche Regierung auf Verlangen der Alliierten bestellt hatten auf Grund der Reparationsvorschriften. Außerdem wurden Maschinen, Vieh usw. von dieser Maßnahme betroffen, welche in den Lagern der deutschen Regierung vorhanden und bestimmt waren, der Restitution, d. h. der Rückführung der während des Krieges aus Belgien und Frankreich weggeführten Gegenstände zu dienen. Die Franzosen und Belgier führten die Restitution auch in der Weise durch, daß sie alle Gegenstände, die den alliierten Regierungen oder Staatsangehörigen gehört hatten, mit Beschlagnahme belegten, ohne Rücksicht darauf, in wessen Gewahrsam sie sich befanden. Auch sollten Gegenstände aller Art, die der deutschen Regierung gehörten, für Reparationszwecke requiriert werden. Vieh und Maschinen, Kohle und Holz und Eisenbahnmaterial wurden in langen Zügen nach Westen transportiert. Man drang in Fabriken und Bergwerke und Schlachtviehhöfe ein, holte heraus, was man brauchte, und schob es nach Brüssel oder Paris ab. Es war kein Schutz vor diesem habgierigen Zugreifen, und unter dem Vorwand, die Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, war jeder Deutsche der legalisierten Beraubung durch die Eroberer preisgegeben. Widerstand nützte nichts, denn er wurde mit Gewalt gebrochen.

Kriegsgerichte: Krupp

Grausam geradezu war die **Rechtsprechung der französischen Kriegsgerichte**. Im Anschluß an das Blutvergießen zu Essen am Ostersonnabend hatten die Franzosen **eine Anzahl Angestellte der Krupp-Werke verhaftet**. Diese wurden beschuldigt, dadurch, daß sie die Sirensignale befohlen hatten, ein Komplott gegen die Besatzungstruppen begangen und die öffentliche Ruhe gestört zu haben. Am 8. Mai hatten sich deshalb Dr. Krupp von Bohlen und Halbach und seine Direktoren vor dem Kriegsgericht in Werden zu verantworten. Krupp wurde mit drei gegen zwei Stimmen zu 15 Jahren Gefängnis und 100 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Die neun andern Angeklagten erhielten insgesamt 130 Jahre Gefängnis und 750 Millionen Mark Geldstrafe. Sieben von ihnen wurden einstimmig verurteilt, in schmachvoller Gefangenschaft mußten die Unglücklichen sechs Monate ihrer Strafe - Krupp bis Ende Oktober, die übrigen bis Ende November - verbüßen, nachdem das Düsseldorfer Revisionsgericht die Berufung am 18. Mai verworfen hatte. In feuchten, kalten und dunklen Zellen wurden sie gehalten wie schimpfliche Verbrecher. Es war ihnen verboten, Besuche zu empfangen, selbst nicht von den nächsten Angehörigen. Es war eine Demütigung, die nicht nur den Führern der Industrie, sondern dem gesamten deutschen Volke angedacht war. Lloyd George nannte das Urteil eine prahlerische Brutalität, die Frankreichs Rücksichtslosigkeit kennzeichne.

Kriegsgerichte: Schlageter

Schon am folgenden Tage, dem 9. Mai, fällt das französische Kriegsgericht zu Düsseldorf ein Bluturteil. **Albert Leo Schlageter**, aus Lörrach in Baden gebürtig, war mit sechs anderen Deutschen angeklagt worden, im März und April im Ruhrgebiet Nachrichten, gesammelte Berichte und Schriftstücke an deutsche Behörden übermittelt, Anschläge gegen Personen der Besatzungstruppen, Beamte der Verbündeten oder von ihnen abhängige Personen verübt zu haben. Außerdem warf man Schlageter vor, im März die Bahn Hügel-Essen und im April den



Ruhrgebiet 1923: Krupp-Prozeß vor dem französischen Kriegsgericht im Mai. Photo Scherl.

Werden-Kettwiger Bahnkörper durch Sprengstoff zerstört, beschädigt oder zu beschädigen versucht zu haben. Schlageter war als Kriegsfreiwilliger ausgezogen und 1918 als Offizier zurückgekehrt. Er hatte dann im Baltikum und in Oberschlesien mitgefochten. Er war ein 28jähriger Mann, erfüllt von heißer Liebe zu seinem Vaterlande. Sein Innerstes bäumte sich auf gegen die zügellose und frevelhafte Willkür, welche die Franzosen an der Ruhr entfalteten. Ein mannhafter Wille beseelte ihn, lieber tot als Sklave zu sein. In seinem Bestreben, den passiven Widerstand in einen aktiven zu verwandeln, fand der Todesmutige opferbereite Kameraden und Schicksalsgefährten. Sie vereinigten sich, die Regiebahnstrecken durch Sprengung unbrauchbar zu machen, die Kanalschleusen durch Versenken von Kähnen zu sperren. Nichtswürdige Subjekte, die von den Franzosen gekauft waren, verrieten die tapferen Männer den Feinden, und so gerieten sie in die Gewalt der französischen Häscher. Unbeugsam und voll Würde erschienen Schlageter und seine Freunde vor ihren unbarmherzigen Richtern. **Schlageter wurde zum Tode verurteilt**, sein Kamerad Sadowski zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, zwei andere erhielten 20 und 15 Jahre Zwangsarbeit, die drei übrigen Gefängnis von fünf bis zu zehn Jahren.

Das Todesurteil über **Schlageter** gehört zu den erschütterndsten Ereignissen der jüngsten deutschen Geschichte. Am Tage nach der Urteilsverkündung schrieb der Todgeweihte an seine Eltern:

"Höret das letzte, aber wahre Wort Eures ungehorsamen und undankbaren Sohnes und Bruders. Seit 1914 bis heute habe ich aus Liebe und reiner Treue meine ganze Kraft und Arbeit meiner deutschen Heimat geopfert. Wo sie in Not war, zog es mich hin, um zu helfen. Das letztmal hat mir gestern mein Todesurteil gebracht. Mit Ruhe habe ich es vernommen, ruhig wird mich auch die Kugel treffen, hab' ich doch alles, was ich tat, nur in bester Absicht ausgeführt. Kein wildes Abenteuerleben war mein Verlangen, nicht Bandenführer war ich, sondern in stiller Arbeit suchte ich meinem Vaterlande zu helfen. Ein gemeines Verbrechen oder gar einen Mord habe ich nicht begangen. Wie alle anderen Leute auch über mich urteilen mögen, denkt Ihr doch wenigstens nicht schlecht von mir. Bemühet wenigstens Ihr Euch, das Gute zu sehen, was ich gewollt habe. Denkt auch in Zukunft nur in Liebe an mich und haltet mir ein ehrenvollen Andenken. Das ist alles, was ich in diesem Leben noch verlange. Liebe Mutter! Lieber Vater! Das Herz droht zu brechen bei dem Gedanken, welch gewaltigen Schmerz und welch große Trauer Euch dieser Brief bringt. Werdet Ihr sie ertragen können?"

Meine größte Bitte wird bis zu meiner letzten Stunde die sein, daß unser lieber Gott Euch Kraft und Trost senden möge, daß er Euch stark erhält in diesen schweren Stunden. Wenn es Euch irgend möglich ist, bitte ich Euch, nur noch einige Zeilen zu schreiben. Sie werden mich stärken auf meinem letzten Gang. Ich lege heute gegen das Urteil Revision ein."

Das Düsseldorfer Revisionsgericht verwarf jedoch am 18. Mai die eingelegte Berufung. Noch in letzter Stunde, am 24. Mai, wandte sich die deutsche Regierung mit einer Protestnote nach Paris. Das Verfahren gegen Schlageter könne ebensowenig wie das Verfahren französischer Kriegsgerichte gegen andere Deutsche, Krupp und seine Direktoren, beanspruchen, als Rechtsverfahren zu gelten. **"Französische Kriegsgerichte haben kein Recht, auf deutschem Boden, den sie widerrechtlich betreten haben, über die Freiheit oder gar über Leben und Tod von Deutschen zu befinden."** Auch dieser Schritt blieb erfolglos.

Der 26. Mai war angebrochen. Eine halbe Stunde nach Mitternacht traf in Düsseldorf der Vollstreckungsbefehl ein. Um zwei Uhr rüttelt der französische Offizier den ahnungslosen Schlageter aus dem Schlafe und liest ihm den Befehl vor. Hart und bleich ist das Gesicht des Deutschen; seine Stimme zittert, als er bittet, seinen Eltern **einen letzten Gruß** schreiben zu dürfen. Doch seine Schriftzüge sind fest:

**Schlageters
Erschießung**

"Liebe Eltern! Nun trete ich bald meinen letzten Gang an. Ich werde noch beichten und kommunizieren. Also dann auf ein frohes Wiedersehen im Jenseits. Nochmals Gruß an Euch alle."

Der Seelsorger kommt. Fünf karge Minuten sind für Beichte und Kommunion bewilligt. Der französische Exekutionsoffizier muß während dieser Zeit auf Schlageters Verlangen die Zelle verlassen. In wenigen Minuten ist er wieder da. Er fragt nach dem letzten Wunsche des Verurteilten: eine Zigarette. Draußen steht das Auto. Es jagt durch das Dunkel der Nacht nach dem Norden der Stadt. Am Rande des Nordfriedhofs, **auf der Golzheimer Heide**, hat eine Kompanie Aufstellung genommen. Fahler Morgen dämmt. Blasses Morgenrot wandelt sich schnell in leuchtendes Purpur. Die milde Frühe eines Maimorgens zieht herauf. Am Rande eines Steinbruchs ist eine Grube aufgeworfen, vor ihr ist ein Pfahl in die Erde gerammt. Das Exekutionsaufgebot, bestehend aus mehreren Offizieren und einer Gruppe Infanterie, steht seitlich. Schlageter wird zum Pfahl geführt. Mit klarer Stimme ruft er seinen Verteidigern ein lautes "Auf Wiedersehen" zu. Die Hände werden ihm an den Pfahl gefesselt, ein brutaler Sergeant drückt dem Helden, der aufrecht stehend den Tod erleiden will, die Knie durch, daß er zu Boden sinkt. Trommeln wirbeln. Die Kompanie präsentiert. Straff bäumt sich Schlageter empor, bis er kniet. Das Kommando "Feuer!" ertönt. Ein Dutzend Kugeln haben den im Todeskampfe zuckenden Leib zerfetzt. Ein französischer Offizierstellvertreter durchbohrt mit einem Revolverschuß den Kopf des Gemordeten. - So starb dieser Mann, dessen Leib wohl zerstört, dessen Geist aber nicht vernichtet werden konnte! Sein Tod drückte dem Heldentum an der Ruhr den Stempel des Tieftragischen auf. Er war gestorben als ein ganzer Mann, tief im Herzen die Liebe zu seinem armen, gequälten Vaterlande. Durch Deutschland aber ging ein Aufschrei des Zornes und der Empörung über die französische Verwegenheit, Deutsche um ihrer Vaterlandsliebe willen hinzurichten. Das Schicksal der elf Schillschen Offiziere, die vor mehr denn hundert Jahren in Wesel von französischen Soldaten standrechtlich erschossen worden waren, hatte sich in Schlageter wiederholt.

Alle Versuche der Franzosen, durch Erschwerung des Wirtschaftslebens und durch Hunger die Bevölkerung zur Kapitulation zu zwingen, scheiterten. **Die Zivilbevölkerung vermied es, soweit es irgend anging, die Strecken der Regiebahnen zu benutzen.** So wurde befohlen, den Verkehr mit Lastkraftwagen aufs äußerste einzuschränken oder ganz einzustellen. Franzosen und Belgier waren dem Eisenbahnverkehr in keiner Weise gewachsen, und so geschah es, daß **viele Lebensmittel, die aus dem unbesetzten Gebiet herangeschafft wurden, verdarben und verfaulten, weil sie den Verbrauchern nicht zugeführt werden konnten.** Die Nervosität der Besatzungstruppen wuchs von Tag zu Tage, und es gelang ihnen nicht, den Eisenbahnverkehr voll in ihre Gewalt zu bekommen, auch wenn sie immer neue Bahnhöfe besetzten, wie Herne, Wanne, Gelsenkirchen und Altenessen am 5. Juni.

Da ereignete es sich, daß in der Nacht vom 9. zum 10. Juni in **Dortmund bei einem Streit zwei französische Feldwebel erschossen wurden**. Die Täter wurden nicht ermittelt, aber es wurde sofort der Belagerungszustand über die Stadt verhängt. Als Sühne für die beiden Ermordeten wurde am 10. Juni abends zwischen neun und zehn Uhr eine Razzia auf die Bevölkerung veranstaltet. Eine von einem Offizier geführte Kolonne von 50 Mann zog durch die Straßen. Entgegenkommende Zivilisten, darunter ein junges Mädchen von etwa 20 Jahren, wurden mißhandelt mit Reitpeitsche, Fußtritten und Kolbenstößen und in der Kolonne mitgeführt. Sechs andere Passanten, darunter ein Schweizer Bürger, wurden ohne Anruf und Veranlassung von dem Offizier durch Pistolenschüsse niedergestreckt. Die im Zuge mitgeführten Zivilisten mußten die Leichen mitschleppen und an der Stelle niederlegen, an der in der vorhergehenden Nacht die beiden Franzosen erschossen worden waren. Noch die Leichen wurden von den Soldaten mit Füßen getreten! -

**Bluttaten in
Dortmund**

Trotzdem im April verkündet worden war, daß die Franzosen und Belgier auf eigene Faust sich die Reparationslieferungen verschaffen würden, **war die Mission inter-alliée** (Micum) mit dem Ergebnis höchst unzufrieden. Der passive Widerstand der Bevölkerung und die Unfähigkeit der Franzosen und Belgier, den Verkehr auf dem deutschen Eisenbahnnetz zu bewältigen, zeigten doch, daß auch das anbefohlene Raubwesen nicht die erwarteten Erfolge brachte. General Degoutte verordnete deshalb am 19. Juni, **daß die Berg- und Hüttenwerke von den Franzosen in Besitz genommen werden könnten, wenn die geforderten Gegenstände nicht geliefert würden**. Diese Werke könnten entweder von der französischen Besatzungsbehörde selbst betrieben oder auf dem Wege der Konzessionen an andere Unternehmer vergeben werden. Verweigerung der Lieferung sollte mit Gefängnis bis zu 15 Jahren und mit einer Geldstrafe bis zu 150 Millionen Mark bestraft werden. Sabotageakte wurden mit dem Tode bedroht, und Direktoren, welche diese nicht verhinderten, würden ebenfalls mit 15 Jahren Gefängnis und 150 Millionen Mark bestraft. Als Ergänzung hierzu kam vier Tage später eine Verordnung heraus, wonach **sämtliche Kohlenlager im besetzten Gebiet, deren Ausnutzung die französisch-belgische Kontrollkommission für nötig erachtete, beschlagnahmt werden sollten**. Aber auch dies half nicht viel. Denn es erwies sich, daß die Franzosen, die noch im Mai 5355 Tonnen Kohle und 7000 Tonnen Koks von den Ruhrhalden nach Frankreich verluden, im Juli nur noch 4365 Tonnen Kohle und 3500 Tonnen Koks verfrachten konnten. Welchen Mißerfolg hatte die Micum, da sie infolge des passiven Widerstandes kaum in der Lage war, den zwanzigsten Teil von den Mengen zu versenden, welche Deutschland aus den Ruhrzechen herausholte! Die französischen, von Degoutte im Juni gebilligten und angeordneten Bemühungen, selbst in die Schächte zu steigen und Kohlen zu fördern, schlugen fehl. -

**Mißerfolg
der Micum**

Eine besondere Erschwerung für die Deutschen bestand noch darin, daß seit Mitte Juni nach einer Ordonnanz der Rheinlandkommission Einfuhrzölle und Gebühren im besetzten Gebiet nicht mehr in deutscher Mark, sondern in hochwertigen Devisen entrichtet werden mußten. Bei dem Tiefstand der deutschen Währung mußte diese Bestimmung geradezu ruinös auf das deutsche Wirtschaftsleben wirken. Viele deutsche Importeure suchten sich deshalb der Vorschrift zu entziehen, doch sie wurden mit drakonischen Strafen bedacht. Man drohte ihnen mit Strafen bis zu 10 000 Goldmark und Gefängnis bis zu fünf Jahren. Bei Zollhinterziehung mit einer Geldstrafe bis zu 20 000 Goldmark.

**Drakonische
Verordnungen**

Das Verhalten der Franzosen war keineswegs geeignet, sich die Sympathien der Bevölkerung zu erwerben, denn schon der geringste Anlaß genügte den Eroberern, drakonische Maßnahmen zu treffen. In der Nacht des 30. Juni überfuhr ein mit belgischen Soldaten besetzter Personenzug die Brücke zwischen Duisburg und Rheinhausen. Plötzlich explodierte in einem Abteil ein Sprengkörper, und außer großem Sachschaden gab es neun Tote und etwa 40 bis 50 Verwundete. Sofort sperrte die Rheinlandkommission den gesamten Verkehr zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet bis 16. Juli mitternachts. Die Sperre wurde nachträglich noch um zehn Tage verlängert. Die Stadt Duisburg hatte außerdem 30 Milliarden zu zahlen. Auch später, am 3. September, wurde nochmals aus einem anderen nichtigen Anlaß eine Verkehrssperre verhängt.

Überfall auf Barmen

Im Juli hatten französische Zollbeamte und Soldaten die Grenze des besetzten Ruhrgebietes überschritten, versehentlich, wie sie behaupteten, und waren dabei an deutsche Polizisten geraten. Hierbei ergab sich ein kleiner Konflikt, den die Franzosen benutzten, um **in der Frühe des 13. Juli mit Panzerwagen und Maschinengewehren in Barmen einzurücken**, das Rathaus, die Post, die Reichsbank und die Handelskammer zu besetzen, 80 Milliarden aus der Reichsbank und die Akten der Düsseldorfer Regierung aus dem Rathaus zu rauben und schließlich den Reichsbankdirektor und eine Polizeihundertschaft zu verhaften. Nachdem dies geschehen war, verließen sie die Stadt mittags wieder. Im übrigen hatten es die Franzosen seit dem Juli darauf abgesehen, durch die **Besetzung industrieller Werke** (Bochumer Verein 10. Juli, Phönixwerke in Duisburg 4. September) und durch **Ausrauben der Reichsbankstellen** (Duisburg, Essen, Dortmund, Neuwied usw.) sich möglichst für den Ausfall der deutschen Reparationen zu entschädigen.

So vergingen acht Monate, ohne daß einer der Kriegführenden an der Ruhr einen endgültigen und unbestrittenen Sieg verzeichnen konnte. Wohl erkannten die Franzosen, daß sie, wie auch im Weltkrieg, einen militärischen Erfolg nicht zu verzeichnen hatten. All ihre Mittel der Grausamkeit und Bestechung waren unzulänglich, die heroische Standhaftigkeit der Bevölkerung zu erschüttern. Sie wußten, daß es ihnen nicht gelungen war, acht Monate hindurch unter Anwendung schlimmster und fürchterlichster Mittel den passiven Widerstand zu brechen. Sie wußten, daß es ihnen nie gelingen würde, in absehbarer Zeit aus eigener Kraft Reparationsleistungen zu erbeuten und die deutschen Eisenbahnen zu beherrschen. Und weil all dies so war, hatten sie auch keinen militärischen Sieg zu erwarten. Dennoch aber waren sie voll Zuversicht auf ihren schließlichen Erfolg. Sie erhofften ihn nicht von ihren Waffen, sie erhofften ihn von der Politik, von ihrer eigenen, und vor allem von der deutschen! Wie schon einmal fünf Jahre vorher, so ereignete sich auch wieder im Herbst 1923 jene erschütternde Tragik: **das deutsche Volk, durch Waffen nicht bezwungen, brach in sich zusammen**. Müde und ausgehungert war Deutschland, und aus dem Zusammenbruch der Nerven, unterstützt durch die kleinliche Angst vor dem Anschwellen der nationalen Idee, entwickelte sich der Zwist und Hader der Parteien, der den Blick auf das große Ziel verdüsterte, Deutschland taumelte und kapitulierte. Die drosselnde Not des wirtschaftlichen Unterganges saß ihm an der Kehle, und so geschah es, **daß am 26. September die Reichsregierung zur Einstellung des passiven Widerstandes aufrief**. Die Bevölkerung des besetzten Gebietes habe namenloses Leiden erduldet, das Wirtschaftsleben im besetzten und unbesetzten Deutschland sei zerrüttet, es sei Zeit, den Kampf zu beenden.

Aufgabe des passiven Widerstandes

So kam es, daß, während die Franzosen noch bis an die Zähne bewaffnet an der Ruhr standen, **die Deutschen die Demütigung auf sich nahmen, unter der Herrschaft und Aufsicht der Feinde zu arbeiten**. Der Kampf war zu Ende, der 121 deutschen Männern und Frauen das Leben, 180 000 Deutschen aber Haus und Hof und Heimat gekostet hatte. Und dennoch war es ein Pyrrhussieg für Poincaré. War es denn nur die Absicht gewesen, Deutschland für nicht gelieferte Reparationsleistungen zu bestrafen, als die Armee der Französischen Republik in das Ruhrgebiet einfiel? Thukydides unterscheidet in seiner Geschichte des Peloponnesischen Krieges zwischen den tieferen, unsichtbaren, gewissermaßen geistig-sittlichen Ursachen, und dem äußeren Anlaß der großen geschichtlichen Ereignisse. Für Poincaré waren die sogenannten deutschen "Verfehlungen" nur der äußere, willkommene Anlaß für den Krieg an der Ruhr gewesen. Die tieferen, unsichtbaren, geistigen Ursachen waren ganz andere: **es war der Wille Frankreichs, das verhaßte Deutsche Reich durch Abschnüren seiner Hauptwirtschaftsader in den politischen Zerfall, die Auflösung in territoriale Atome herbeizuführen**. Fieberhaft schürte die französische Propaganda im Jahre 1923 die **separatistische Bewegung** am Rheine, sie streckte ihre habgierigen Finger nach Bayern aus und hoffte auf die Welfen in Hannover. Mit Genugtuung verfolgte man in Paris die Zerfleischung der deutschen Parteien untereinander. Von Monat zu Monat erwartete man sehnsüchtig das Ende des verhaßten Reiches, es stehe ganz nahe vor dem Zusammenbruch, nur noch ein kleines Weilchen Geduld!

Es war also nicht bloß ein Kampf der Wirtschaft und der Soldaten, der sich an der Ruhr abspielte, es war vielmehr **ein Kampf der Geister**. Es war vielleicht einer der gewaltigsten geistigen Kämpfe, die je in der Welt mit politischen Mitteln ausgetragen worden sind und der schließlich doch mit dem Siege desjenigen Gegners endete, der einer stark bewaffneten militärischen Übermacht nicht einen einzigen Soldaten entgegenstellte! In unbezwingbarer Treue stand das Volk an Rhein und Ruhr zu seinem Vaterlande, zu seinem Reiche. Es scheute nicht die schrecklichsten Opfer an Gut und Blut, um sich den Stolz und die Freiheit des Geistes zu bewahren. Es ließ sich quälen, knechten, demütigen, foltern, - bezwingen ließ es sich nicht. Und deshalb empfand Poincaré seinen politischen Sieg nur als einen unvollkommenen, unbefriedigenden. Denn **das Deutsche Reich war ihm durch die Kapitulation zuvorgekommen**. Als das Gebäude des Reiches unter den Stößen der schweren wirtschaftlichen Not zu wanken begann, als im besetzten und unbesetzten Deutschland Kräfte zu wirken begannen, welche ein Chaos herbeizuführen drohten, da kapitulierte die Regierung. **Indem sie den kleinen Kriegsschauplatz an Rhein und Ruhr preisgab, siegte sie auf dem großen des gesamten Reiches, sie setzte den zerstörenden Kräften aufbauende, gestaltende gegenüber und rettete die unversehrte Einheit Deutschlands**.

Deutschland unterlag 1918, als es einer Welt von Waffen gegenübergestanden hatte, es siegte 1923, als es ohne Wehr und Waffen den Franzosen gegenüberstand. Bei der Beurteilung der Kapitulation vom 26. September müssen nicht nur die äußeren militärischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte berücksichtigt werden, sondern vor allem die inneren politischen und geistigen. Frankreich verzeichnete einen augenblicklichen Scheinerfolg, der dauernde Sieg war auf Deutschlands Seite, nicht zuletzt durch die unerschrockene Standhaftigkeit von dreizehn Millionen Deutschen an Rhein und Ruhr.

Alle Welt war davon überzeugt, daß Frankreich in der unwürdigsten Weise gehandelt hatte, als es gegen Deutschland marschierte. **Dennoch fand Deutschland nicht einen Bundesgenossen, der es tatkräftig verteidigt, beschützt hätte, es stand ganz allein auf sich**. Die englische Regierung richtete am 11. August an Frankreich und Belgien eine Note, worin sie den französischen Rechtsbruch geißelte und den passiven Widerstand der deutschen Bevölkerung anerkannte.

Der Ruhrkampf im Urteil des Auslandes

"Die höchsten juristischen Autoritäten in Großbritannien haben S. M. Regierung davon unterrichtet, daß die Einwendungen der deutschen Regierung wohlbegründet sind. S. M. Regierung hat niemals ihre Ansicht verhehlt, daß die französisch-belgische Aktion der Ruhrbesetzung, ganz abgesehen von der Frage der Zweckmäßigkeit, keine durch den Vertrag selbst gerechtfertigte Sanktion war."

Selbst die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, an der sich auch England vorübergehend beteiligte, sei nicht durch den Versailler Vertrag gerechtfertigt. Es sei vielmehr eine gemeinsame Bedrohung Deutschlands durch die Alliierten gewesen, ebenso, wie sie es auch mit Erneuerung des Krieges hätten bedrohen können. Es sei auch nicht zulässig, daß Frankreich sich auf § 18 der Anlage II zu Teil VIII des **Versailler Vertrages** stütze. Über die militärische Besetzung spreche sich lediglich Teil XIV des Vertrages aus, der sich mit den Bürgschaften befasse. Artikel 430, der im Falle der Nichterfüllung durch Deutschland eine Wiederbesetzung etwa schon geräumten Gebietes vorsehe, würde vollkommen überflüssig sein, wenn die Verbündeten schon aus einer weiteren Klausel des Vertrages ein unbeschränktes Recht hätten, deutsches Gebiet zu besetzen. - Auch Lloyd George, der mächtigste Mann Europas bis zu seinem Sturze, sprach sich in zahlreichen Aufsätzen scharf gegen die französische Ruhrbesetzung aus. So schrieb er am 11. September 1923, Frankreich habe mit Gewalt Gebiete seines Nachbarn besetzt, im direkten Gegensatz zu den Bestimmungen des Versailler Vertrages. Die Sieger seien ängstlich bemüht, ihre eigene Urkunde in Mißkredit zu bringen.

Amerika protestierte offiziell gegen die Ruhrinvasion, indem es noch im Januar seine Truppen aus Koblenz zurückzog und seine Besatzungszone den Franzosen überließ. Wilson, der einst für Frankreich den Krieg gegen Deutschland erklärt hatte, meinte (11. November 1923), Frankreich und Bel-

gien seien dahin gekommen, den Versailler Vertrag als einen Fetzen Papier zu betrachten. Kurz vor seinem Tode erklärte er: **"Ich möchte es brennend gern sehen, wenn Deutschland Frankreich ausrottete, und würde gern Jusserand, dem französischen Botschafter, begegnen, um ihm dies ins Gesicht zu sagen."**

Nitti, dessen wir schon öfter gedachten, schrieb in seiner *Tragödie Europas*, der Einbruch in das Ruhrgebiet sei die ungeheuerlichste Verletzung des Völkerrechts und der größte internationale Raubakt, dessen die Geschichte gedenke. Erschütternd ist die kurze Schilderung über die Franzosen an der Ruhr, und sie sei, als Urteil eines ehemals führenden italienischen Staatsmannes, hier wiedergegeben:

"Gewalt und Tod ergossen sich vom ersten Tage an wie ein Bergstrom über das Ruhrgebiet. Frankreich scheute sich nicht, ebenso wie in das hochgebildete Rheinland, auch in dieses Industriegebiet, das die erlesensten Techniker der Welt sein eigen nennt, die Söhne der afrikanischen Kannibalen als Vertreter der neuesten Kultur Versailles' zu schicken. Die von den französischen Besatzungsbehörden erlassenen Verordnungen bilden ein Denkmal der Gewalt, das in der modernen Geschichte Europas ohne Beispiel ist.

Edle deutsche Patrioten, Männer in hoher Stellung, wurden mit solcher Brutalität behandelt, daß sie oft dem Tode nahe waren; in die Gefängnisse geworfen und mit Vagabunden zusammengespart, blieben sie ohne Pflege und ärztliche Behandlung. Und unter ihnen waren Bürgermeister großer Städte und Männer höchster sozialer Stellung. Mit den Arbeitermassen sprang man mit maßloser Grausamkeit wie mit wilden Tieren um. Nichts war mehr heilig, weder öffentliche Gebäude noch Privathäuser, nicht einmal Armenasyle und Hospitäler. Was nur irgendeinen Wert hatte, fiel der Beschlagnahme oder der Verwüstung anheim.

Von einem Skandinavier und einem Amerikaner, die sich auf den neuesten französisch-belgischen Kriegsschauplatz begeben hatten, sind mir Sammlungen und Photographien zur Verfügung gestellt worden, die Beispiele scheußlicher Entartung geben und mich mit Ekel und Schauer erfüllt haben. Männer wurden gepeitscht, Kinder totgeschlagen, Häuser und Büros geplündert - Szenen, wie sie nur der wildeste Sadismus sich vorzustellen imstande ist. Ohne Zweifel sollte hier das infame Wort Clemenceaus, daß in Deutschland zwanzig Millionen Menschen zuviel seien, seine erste Anwendung finden. Aber das wahre Ziel war doch, die deutsche Produktion und damit das Gesamtleben Deutschlands bis zu dem Grade zu zerrütten, daß die soziale und politische Auflösung des Reiches sich automatisch daraus ergeben mußte."

Aber nicht nur die führenden Staatsmänner des Auslandes, auch **sämtliche Völker Europas gaben ihr Urteil ab über die Gewalttaten der Franzosen an der Ruhr**. Die Sprache der Völker ist die Presse, aber tausendmal wirksamer als lange Abhandlungen und Erörterungen ist die Zeichnung, die **Karikatur**. Und so finden sich in den Zeitungen jener Zeit zahlreiche Karikaturen auf Poincaré und die Franzosen.

**Die politische
Karikatur**

In **Deutschland** karikierten besonders der *Kladderadatsch* und der *Simplizissimus* die Politik Poincarés. Hier wird der französische Premierminister als Gefängniswärter, dort als Einbrecher mit Blendlaterne und Dietrich abgebildet. Auf einer anderen Zeichnung wird er als Sisyphus dargestellt. Auch die Rolle des Xerxes wird ihm zugelegt: "Wie er auch peitscht, der ekelhafte Hasser, all seine Wut bleibt doch ein Schlag ins Wasser." Auch Degoutte, der Kommunisten- und Einbrechergeneral, der napoleonische Herostrat, und seine Soldaten geben dankbare Bilder ab.

War in Deutschland besonders die rechtsgerichtete Presse fruchtbar in der Karikatur auf den Ruhrkampf, so waren es in **Frankreich** die kommunistischen und sozialistischen Blätter: *"Ere nouvelle"*, *"L'Oeuvre"*, *"L'Humanité"*, *"Progrès civique"*, *"Le Peuple"*. Jedoch die eiserne Faust Poincarés verhinderte hier, daß jene Deutlichkeit wie in Deutschland zum Durchbruch kam. Die Zeichnungen sind wesentlich zahmer.

Auch **England** sparte nicht mit Spott, besonders über die französische Habgier, die nie genug Repa-

rationen bekommen kann. Auf einer Zeichnung des *John Bull* in London ist ein Felsblock mit der Inschrift "Ruhr" dargestellt. Auf ihm steht Poincaré mit der Trikolore und ruft: "Hier bin ich, hier bleib' ich!" Um den Felsblock herum breitet sich ein Meer, das als Weltmeinung gekennzeichnet ist, und in einem Kahn fährt John Bull davon, der nach rückwärts gewendet Poincaré zuruft: "Gib aber acht auf die Flut!" In den **Niederlanden**, in der **Schweiz**, in **Schweden**, in **Italien** und **Rußland**, überall tauchten Bilder in den Zeitungen auf, welche Poincaré als brutalen Mars verspotteten. Nie hat sich die politische Karikatur so ausgiebig auf Frankreichs Kosten betätigt, wie im Jahre 1923, da Poincaré als moderner Don Quichotte eine Armee gegen Windmühlenflügel kämpfen ließ. -



2. Kapitel: Die Zustände im Reich, Cunos Sturz, Aufgabe des passiven Widerstandes.

Als die Franzosen an der Ruhr einfielen, befand sich **das deutsche Volk in einem trostlosen Zustande innerer Zerrissenheit**. Es war kaum ein halbes Jahr vergangen, seitdem die Nation durch die Ermordung Rathenaus bis in ihre tiefsten Tiefen erschüttert worden war. Die politischen Gegensätze, welche durch dieses Ereignis aufgedeckt worden waren, waren viel zu elementar, als daß sie durch eine Katastrophe, die von außen über das Volk hereinbrach, hätten verwischt werden können. Die wirtschaftliche Not wuchs von Tag zu Tag. Es gab nicht nur Arbeiter und Angestellte, sondern auch viele hunderttausende bürgerliche Familienväter, die nach sorgenvoll durchwachten Nächten jedem Morgengrauen entgegenbangten, weil sie nicht wußten, wie sie für ihre Kinder und Familien das tägliche Brot beschaffen sollten. Die Mark war vernichtet (galten doch 5000 Papiermark kaum noch eine Goldmark), Vermögen und Sparpfennige waren zerstört. Aber ein stiller Grimm gegen die wenigen Großkapitalisten fraß sich in die Herzen, wodurch eine weitere Zerklüftung des Volkes herbeigeführt wurde. -

Maßnahmen der Regierung

Cuno hatte vom ersten Augenblicke an den französischen Ruhreinfall als völkerrechtswidrig verurteilt. Er konnte nicht daran denken, den Eindringlingen mit Waffengewalt entgegenzutreten, wenn er nicht das wirtschaftliche Herz Deutschlands, das Ruhrgebiet, in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandelt sehen wollte. Und aus der Erkenntnis heraus, daß Deutschland keine materielle Gewalt anwenden konnte und durfte, **bemühten sich der Reichskanzler und seine Minister um so mehr, die sittlichen Kräfte des Volkes zu mobilisieren, sie verkündeten den passiven Widerstand und forderten von allen den Willen zum Aushalten**. Nun, es zeigte sich, daß die Deutschen an Rhein und Ruhr, welche unmittelbar unter der drakonischen Grausamkeit der Franzosen zu leiden hatten, ziemlich geschlossen diesen passiven Widerstand durchführten, wenn es auch dort schon Verräter an der deutschen Sache gab. Wie anders aber sah es doch im unbesetzten Gebiete aus!

Die Reichsminister wurden nicht müde, den Willen zum Widerstande wach zu halten in den Massen. Man rief zu freiwilligen Spenden für das deutsche Volksoffer auf, um damit die Bedrängten und die Vertriebenen zu unterstützen. Und in der ersten Begeisterung kamen namhafte Summen zusammen, die aber zum größten Teile durch die Geldentwertung aufgezehrt wurden. Die Landwirte spendeten Lebensmittel, jeder, der nur irgend etwas entbehren konnte, trug sein Scherflein dazu bei, die Not der Ruhrkämpfer zu lindern. Familien nahmen die Kinder der Vertriebenen auf und pflegten sie, als seien es ihre eigenen. Im Reichshaushalt wurde ein besonderer Posten von 500 Milliarden für Unterstützungszwecke an Vertriebene, Beamte, Angestellte, Sozial- und Kleinrentner, gemeinnützige Anstalten, Kinderspeisungen, für die Versorgung des Ruhrgebietes mit Lebensmitteln, Entschädigung für Requisitionen, Kreditgewährung an leistungsschwache Gemeinden eingesetzt. Ein Notgesetz wurde vom Reichsrat angenommen, worin die obersten Landesbehörden ermächtigt wurden, **Vorschriften über Einschränkungen von Vergnügungen und Lustbarkeiten** herauszugeben; Schieber und Wucherer sollten an den Pranger gestellt werden, ihre Namen sollten öffentlich in Zeitungen und Anschlägen bekanntgegeben werden. Dem Reichspräsidenten wurde die Befugnis erteilt, in besonders kritischen Zeiten den Paßzwang und Sichtvermerkszwang einzuführen. Den Vertriebenen wurde ein Vorzugsrecht vor allen anderen Wohnungssuchenden eingeräumt. Schließlich wurde der Reichsregierung das Recht der Gesetzgebung übertragen, die erforderlich sein wür-

de, um den Folgen des Ruhreinfalles unter der Bevölkerung nach Möglichkeit vorzubeugen. Man dachte in erster Linie an wirtschaftliche Gesetze. Die Regierung wurde mit Vollmachten ausgestattet, die etwas Diktatorisches hatten. Der Reichstag, der sich solange und immer durch seinen schleppenden Geschäftsgang als hemmendes Element erwiesen hatte, sollte ausgeschaltet werden, wenn es Fragen zu lösen galt, welche sich auf den Krieg an der Ruhr bezogen.

Der Reichspräsident Ebert gab mehrere Verordnungen heraus, welche das gleiche Ziel verfolgten, das Volk vor den Gefahren des Ruhrkampfes zu schützen. So verordnete er Anfang März, daß **Spione, welche dem Feinde wirtschaftliche, politische oder militärische Angelegenheiten verraten, mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren oder lebenslänglichem Zuchthaus bestraft werden sollten**. Dieselbe Strafe wurde allen denen angedroht, die solche Spione verbergen, aufnehmen oder ihnen Beistand leisten. Vier Wochen später (29. März [1923]) verbot der Reichspräsident, Waren zu liefern oder sonstige Leistungen zu bewirken, wenn bekannt sei oder den Umständen nach angenommen werden müsse, daß sie unter Mitwirkung von Dienststellen der an der Ruhrbesetzung beteiligten Mächte oder anderer nach den deutschen Vorschriften nicht zuständigen Stellen dem Besteller oder einem sonstigen Empfänger zugeführt werden sollten. Es erwies sich auch als notwendig, daß man unsichere Kantonisten, von denen angenommen werden konnte, daß sie die Franzosen und Belgier an der Ruhr unterstützten, in ihrer persönlichen Freiheit beschränkt werden mußten, wenn sie in das besetzte Gebiet reisen wollten. Eine dementsprechende Verordnung ließ der Reichspräsident am 17. April verkünden.

Die Reichsregierung unterließ nichts, mit Wort und Schrift **eine eindrucksvolle Propaganda für den passiven Widerstand zu entfalten**. Die Minister reisten im Reiche herum, hielten Reden und erläuterten den Sinn des stillen Kampfes an der Ruhr. Ihre ganze Tätigkeit stellten sie unter den hohen Gedanken, den Schiller in der Rütli-Scene seines "Wilhelm Tell" zum Ausdruck bringt:

Ministerreden

"Wer von Ergebung spricht,
Soll rechtlos sein und aller Ehren bar.
Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern,
In keiner Not uns trennen und Gefahr."

Es war ein Kampf um hohe Ziele, um sittliche Ziele: Freiheit und Einheit. Cuno und seine Minister waren von diesem Geiste getragen, und sie besaßen den rechten Willen, ihn dem Volke einzuflößen. Auf einer Rede in Darmstadt führte der Reichsinnenminister Öser (13. Februar) aus:

"Die Linie des Widerstandes geht dahin, daß keine deutsche Hand sich rühren darf, um den Feinden ihre Maßregeln in Deutschland zu erleichtern, und jeder deutsche Kopf muß denken: Was kann ich an dieser Stelle, auf die ich gestellt bin, tun, um meinem Vaterlande zu helfen? - Ein Nachgeben darf es hier in keiner Hinsicht geben. Der Widerstand muß auf der ganzen Linie durchgeführt werden in der Ablehnung alles dessen, was unrechtmäßig von uns verlangt wird... Unser Endziel ist, Deutschland freizumachen von jeder Fremdherrschaft, die deutschen Hoheitsrechte wiederherzustellen und uns zu Herren unserer eigenen Wirtschaft zu machen."

In Stuttgart erklärte Cuno, der Reichskanzler (am 23. März):

"Der passive Widerstand in der Art, in der er geleistet wird, ist meines Erachtens unüberwindlich, wenn die Voraussetzungen für die Weiterführung dieses passiven Widerstandes so gesichert sind, wie sie es heute unbedingt sind. Es gibt kein Mittel und keine Waffe, die die verschränkten Arme des Bergmannes wie des Eisenbahners zur Tätigkeit bringen könnte, es kommt nur auf eins noch ganz besonders an, darauf, daß diese Disziplin, diese Selbstzucht, diese moralische Stärke, die uns die Ruhr- und Rheinbevölkerung Tag für Tag zeigt, auch übertragen wird auf uns alle im unbesetzten Gebiet. Wer die innere Ordnung stört, indem er unbesonnen handelt, von welcher Seite es immer kommen mag, vergeht sich am Vaterland."

Aber gerade dies letzte war es, was die Regierung Cuno trotz allem guten Willen nicht verhindern

konnte. Das deutsche Volk war infolge jahrelanger innerer Zerrüttung zu sehr in parlamentarische Anschauungen und parteipolitische Doktrinen verbissen, als daß es sich vorbehaltlos der Führung einer Regierung anvertraut hätte, von der es außerdem feststand, daß sie auf sehr schmaler parteipolitischer Basis stand. Die Regierung hatte nicht die Kraft, in der schweren Stunde des Reiches ihren Willen durchzusetzen, denn eine der größten Parteien, die **Sozialdemokratie**, befand sich, wenn auch anfänglich nicht in offener, so doch aber in feststehender und gegebener Opposition. Diese wurde geradezu bis zur Feindseligkeit gesteigert in der Furcht, daß, wie dies infolge der Ruhrbesetzung der Fall war, sich ein starkes Nationalempfinden erhob und daher die Gefahr bestand, daß die bürgerliche Regierung, nicht durch Sozialdemokraten gezügelt und gebändigt, schwach genug sein könnte, sich von den nationalistischen Kräften fortreißen zu lassen. Welche furchtbaren Perspektiven blutiger Verwicklungen nach außen und nach innen eröffneten sich in diesem Falle! **Darum betrachtete es die Sozialdemokratie als ihre Aufgabe, die Wucht des passiven Widerstandes abzuschwächen, die Energie des nationalen Gewissens zu paralisieren.** Sie wollte, indem sie die Regierung Cuno der Kraft beraubte, die Republik vor nationalistischen und monarchistischen Gefahren schützen, denn diese Gefahren wurden um so größer, je länger Cuno und seine Umgebung die Kraft besaßen, den passiven Widerstand durchzuhalten. Die gefährlichen Folgen eines siegreichen Krieges an der Ruhr waren den Sozialdemokraten von vornherein klar. Sie mußten, wie schon 1918, so auch hier, darauf hinarbeiten, daß die deutsche Regierung zum mindesten keine Erfolge gegen Frankreich errang. Nur so glaubte sie ihre Erfolge von 1918 sichern zu können.

Schon die Reichstagssitzung vom 13. Januar zeigte, daß der **Wille zum passiven Widerstande keineswegs Allgemeingut der Nation war.** Zwar war sich der Reichstag von rechts bis noch weit in die Sozialdemokratie hinein einig in der Verurteilung des Ruhreinfalles, und der Protest hiergegen wurde mit 283 Stimmen angenommen. Nur 12 Kommunisten stimmten dagegen, und 16 Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme. Da erhob sich dann der Kommunist Frölich und bestritt dem Bürgertum das Recht zur Entrüstung, weil es von jeher selbst für Gewaltpolitik gewesen sei. Die Kommunisten fühlten sich in dieser Stunde als Brüder ihrer französischen Genossen, einig mit ihren ausländischen Brüdern, vor allem mit Sowjetrußland. Man bedürfe keiner nationalen Einheitsfront, sondern der Einheitsfront des Proletariats. Nur der Sturz der Regierung Cuno könne das deutsche Volk retten. Und im preußischen Landtag hieb der Kommunist Dahle in die gleiche Kerbe. Der Feind der Arbeiterschaft sei der Kapitalismus überhaupt, und zu seiner Bekämpfung solle die Arbeiterschaft eine Einheitsfront bilden. Cuno sei ebenso eine Marionette der deutschen Industriellen wie Poincaré ein Hampelmann der französischen. Nur das deutsche Proletariat könne das deutsche Volk retten. - In der Geschichte der deutschen Republik gab es noch nie einen Augenblick, da der Zwiespalt zwischen den Linksradikalen und der jeweiligen Reichsregierung überbrückt worden wäre. Jetzt aber, in der Stunde, da der Feind in deutsches Land eingebrochen war, mußte die besondere Betonung dieses Zwiespaltes und die Forderung des Regierungssturzes von vornherein die Zuversicht am Gelingen des Ruhrkampfes heftig erschüttern.

Gar bald fanden aber die **Kommunisten mehr und mehr Bundesgenossen in der Sozialdemokratie.** Diese, stets voller Argwohn gegen die Monarchisten und überall Komplote gegen die Republik witternd, knurrte vor Groll, daß eine Regierung, an der sie keinen Teil hatte, mit diktatorischen Machtmitteln ausgerüstet wurde. Hatte doch der Reichstag selbst die Regierung zu allen Maßnahmen ermächtigt, welche notwendig sein würden, um die wirtschaftlichen und sozialen Gefahren abzuwenden. Die Steuerdebatte Ende Januar gab den Sozialdemokraten im Reichstag die beste Gelegenheit, um der Reichsregierung vor breiter Öffentlichkeit eine gehörige Bremse anzulegen.

**Kommunistisch-
sozialistische
Quertreibereien**

"Die Kritik des Auslandes an dem französischen Gewaltakt", meinte der Sozialist Wels am 25. Januar, "ist zurückzuführen auf die Abneigung gegen den Militarismus. Die Stimmung des Auslandes würde sich sofort gegen Deutschland wenden, wenn an die Spitze der deutschen Abwehraktion Männer wie Ludendorff und Helfferich träten. Der Staat ist erst durch die Demokratie zur Volkssache und nationalen Angelegenheit geworden, die uns den Wider-

stand an der Ruhr ermöglicht. Wenn jetzt die von der Rechten geförderten Faschistenelemente die Zerklüftung unseres Volkes betreiben, dann ist das Verrat an der nationalen Sache. Darum ist es so sehr bedauerlich, daß zwischen den Nationalsozialisten und gewissen Stellen der Reichswehr Verbindungen bestehen... Die Feindschaft gegen die Republik wird von den pensionierten Offizieren gefördert, die zusammen 50 Milliarden von der Republik als Pensionen beziehen, mehr als die Renten aller Kriegskrüppel betragen. Wann kommt endlich das Gesetz über die Kürzung der Pensionen?"

Seine Parteigenossen Breitscheid und Ledebour und Frölich, der Kommunist, unterstützten Wels in seiner Polemik, indem sie behaupteten, nur das Proletariat zahle Steuern. Die Stundung der Kohlensteuer infolge des Ruhreinfalles sei eine Ungerechtigkeit. Besonders scharf griffen sie Helfferich, den Vorkämpfer der Steuerpolitik der Rechtsparteien, an.

Das war schon eine gefährliche Saite, die von der Sozialdemokratie angestimmt wurde. Sie griff zu den Waffen des Klassenkampfes, um die nationale Erhebung zu dämpfen und der Regierung Cuno das Handeln zu erschweren. Wurde doch schon im Ruhrgebiet selbst die Stimme des Thersites laut. Am 28. Januar waren die von den Franzosen verurteilten Industriellenführer nach Essen zurückgekehrt, von vielen Tausenden Essener Einwohnern umjubelt. Doch schon am nächsten Tage brachte die sozialdemokratische *Essener Arbeiterzeitung* Artikel gegen die deutschen "nationalistischen Orgien", "gegen das nationalistische Gesindel", die "agrarischen Wucherer" und die "deutschen kapitalistischen Ausbeuter". Das große sozialdemokratische Organ des Ruhrreviers drohte, daß die Gewerkschaften im Falle der Wiederholung nationaler Kundgebungen gegen Frankreich die Arbeitermassen "zum Schutze der Republik" aufbieten würden, damit dem "nationalistischen Gesindel" die Lust an weiteren nationalistischen Kundgebungen "ausgetrieben" werden könnte. Außerdem wurde gedroht, daß das Ruhrvolk durch den Wucher des deutschen Kapitals "zur Verzweiflung getrieben" werde. So wurden die Geister zielbewußt gegen die deutsche Regierung mobilisiert.

Diese Kräfte der Opposition stärkten sich im Laufe der Zeit, da die wirtschaftliche Bedrängnis infolge des Ruhrkampfes immer stärker wurde. Die Kaufkraft der Mark sank immer mehr, die Lebensbedürfnisse wurden immer teurer, der Eisenbahnverkehr wurde eingeschränkt; um den notwendigsten Verkehr aufrechtzuerhalten, mußte aus England sogar Steinkohle in Menge eingeführt werden, ein Ereignis, das in der Wirtschaftsgeschichte Deutschlands, des Landes der Steinkohlen, einzig dastand.

Die nationalen Organisationen standen zu Cuno, doch hatten sie mit zwei Schwierigkeiten zu kämpfen: es fehlte die einheitliche Leitung, und sie mußten im geheimen wirken. Bald nach dem Rathenaumord waren **auf Grund der Republikschutzgesetze fast sämtliche rechtsgerichteten Verbände**, unter anderen auch die große nationale Frontkämpferorganisation "Stahlhelm", aufgelöst worden. Damit waren diese Verbände allerdings nicht von dem Erdboden verschwunden. Die örtlichen Vereinigungen erstanden unter anderem Namen wieder als Turnerschaften, Wandervereine, Kegelklubs usw. So gab es einen Sportklub "Olympia", einen Vergnügungsklub "Humboldt" usw. Manche glaubten festgestellt zu haben, daß die Mitgliederzahl der Rechtsverbände infolge der Unterdrückung noch erheblich zugenommen habe.

**Nationale
Organisationen**

Die Sozialdemokratie fürchtete diese unsichtbare Macht, die etwa eines Tages nach dem Vorbild des italienischen Faschismus die Gewalt an sich reißen könnte. Da gab es vor allem **die Organisation des Oberleutnants Roßbach**. Dessen Soldaten, ehemalige Baltikumkämpfer, hatten, wie die Brigade Ehrhardt, tätigen Anteil am Kapp-Putsch genommen. Nach dessen Scheitern wurde das Freikorps, das noch vollkommen nach außen hin seinen militärischen Charakter hatte, durch die Regierung Bauer zur Bekämpfung der Kommunisten an der Ruhr geschickt. Hiernach zog sich die Truppe nach Pommern, in den Kreis Greifenhagen zurück. Hier herrschte die größte Unsicherheit. Kein Einwohner wagte, das Dorf zu verlassen. Banden trieben sich auf den Feldern herum, welche die Ernte stahlen. Da bewährten sich die Roßbacher als ausgezeichnete Schutz auf den Gütern. Sie waren in Hundertschaften eingeteilt, die auf pommerschen Gütern und Rittergütern zerstreut lagen und dort als Aufseher, Flurschutzbeamte oder Landarbeiter Dienste verrichteten. Die Landbesitzer,

welche wohl wußten, welchen Schutz sie den Leuten Roßbachs zu danken hatten, verstanden auch die Organisation vor der Auflösung zu bewahren, welcher um die Mitte 1921 alle anderen Selbstschutzorganisationen verfielen. Nach außen hin erschien sie dezentralisiert, und das Band des inneren Zusammenhangs war der Öffentlichkeit verborgen. Der Charakter dieses Verbandes ließ sich nicht genau feststellen. Es handelte sich zwar um Zivilisten, die dem Berufe einfacher Arbeiter nachgingen. Aber es war eine gewisse militärische Organisation und Disziplin nicht zu verkennen. Auch hielten sich die Leute an die Gesetze und Bestimmungen, die sie aus der Zeit des aktiven Militärdienstes her kannten. Sie behaupteten, bei Truppenteilen der Reichswehr registriert zu sein. Da ihnen aber kein Sold gezahlt wurde, mußten sie ihren Lebensunterhalt durch Landarbeit verdienen.

Vier Jahre bestand diese Vereinigung nun, und es war infolge ihres friedlichen Charakters als Arbeitertruppe sehr schwer, ja unmöglich, sie aufzulösen. Dem widersetzten sich auch die Rittergutsbesitzer. Die Truppe ergänzte sich dauernd durch Leute, die aus der Reichswehr ausschieden. Besonders auffällig war es, daß die Roßbacher streng über die Hütung des Geheimnisses wachten, das über ihnen ruhte. Es fiel auf, daß hin und wieder Angehörige dieses Bundes verschwanden, die ihren Kameraden nicht hinlänglich sicher erschienen oder sich durch irgendwelche Äußerungen des Verrates verdächtig gemacht hatten. Man fand dann plötzlich irgendwo im Walde oder an einer abgelegenen Stelle ihre Leichen. Aus diesen Vorgängen entwickelten sich später die sogenannten Prozesse wegen der Fememorde, doch ist keineswegs einwandfrei festgestellt worden, daß es sich um irgendwelche auf Grund bestehender Satzungen anbefohlene Mordtaten handelte.

Diese Organisation wurde das Rückgrat des nationalen Widerstandes gegen die Ruhrbesetzung. Der Oberleutnant Roßbach ging im Januar daran, die einzelnen losen und lokalen Verbände der aufgelösten vaterländischen Organisationen zu sammeln und zu **Ortskartellen** zusammenzuschließen. Er bediente sich dabei der **Deutschvölkischen Freiheitspartei**, welche Ende 1922 als Zuflucht für die Mitglieder der aufgelösten Verbände gegründet war und nach außen hin, um keinen Anlaß zum Verbot zu geben, als politische Partei erschien, während sie innerlich analog den vaterländischen Verbänden organisiert war. Aus dem Drange der vaterländisch Gesinnten, wieder in einer großen Organisation vereinigt zu sein, bildete sich auch der "Wehrwolf", eine neue große Vereinigung, ein Sammelbecken für alle Männer, welche die französische Tyrannei ablehnten. Auch junge, militärisch nicht geschulte Leute wurden hier aufgenommen. Der "Wehrwolf" verbreitete sich alsbald über ganz Norddeutschland und gründete in allen Städten und größeren Orten Ortsgruppen, in denen sich besonders Arbeiter, Angestellte, Handwerker und Bauern zusammenfanden. So war tatsächlich in dem Streben, deutsches Land und deutsches Volk zu befreien, durch die Ruhrbesetzung der Franzosen neue Tatkraft entfacht. Die Unterdrückungs- und Knebelungsmaßnahmen, die in Norddeutschland seit August 1921 gegen alles, was nationale Freiheit und Macht forderte, ergriffen wurden, waren nicht imstande, die starke Lebenskraft dieser Bewegung zu ersticken und zu erdrücken. Im Frühjahr 1923 gelang es, sämtliche vaterländische Organisationen unter eine einheitliche Führung zu sammeln in der großen Spitzenorganisation: "Vereinigte Vaterländische Verbände Deutschlands", nachdem auch das Verbot des "Stahlhelms" wieder aufgehoben worden war.

**Deutschvölkische
Freiheitspartei**

Eine geräuschvollere Initiative entfaltete die **nationalsozialistische Bewegung in Bayern**. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei war nach dem Zusammenbruch 1918 von einem Schlosser Drechsler gegründet worden. Sie hatte ein **sozialistisches** Ziel: den Kampf gegen den Wucherkapitalismus, und ein **nationales**: aktive Abwehr des Versailler Friedensdiktates. Die Partei stand also weder ausgesprochen links noch ausgesprochen rechts, hatte aber, besonders in Süddeutschland, aus Arbeiterkreisen starken Zulauf. Auch trat sie sehr energisch für den Anschluß Österreichs an Deutschland ein. Der Träger des Anschlußgedankens war vor allem auch **Adolf Hitler, der, 1889 in Braunau, Oberösterreich, geboren, die Führung der Partei 1919 übernommen hatte**. Die Nationalsozialisten, an und für sich robust und radikal, waren der Ansicht, daß man dem flagranten Rechtsbruch Frankreichs an der Ruhr nur mit der Waffe entgengetreten könne. Es wurde allen Ernstes bei vielen

**Nationalsozialisten
in Bayern**

**Adolf
Hitler**

Leuten der Gedanke laut, eine Armee aufzustellen und an den Rhein zu marschieren. Da die Regierung Cuno jedoch, in der Erkenntnis der Katastrophe, die aus diesem gutgemeinten, aber undurchführbaren Projekte für Deutschland entstehen würde, derartige Ideen als absurd abwies, gab es auch nach dieser Seite hin, wie gegen Sozialdemokraten und Kommunisten, Spannungen und Reibungen.

Die bayerische Regierung empfand das laute Wesen der Nationalsozialisten unangenehm. Am 27. Januar sollte **in München der Parteitag der Nationalsozialisten stattfinden**.

Parteitag in München

Am Tage zuvor eröffnete die bayerische Regierung Kahr, die rechtsgerichtet war, den nationalsozialistischen Führern, daß angesichts der gespannten Lage sämtliche Veranstaltungen und Festlichkeiten unter freiem Himmel verboten seien. Hitler war empört, behauptete, so etwas gäbe es nicht, und drohte mit Gewalt gegen den Staat. Daraufhin wurde der Ausnahmezustand verhängt und der Innenminister Dr. Schweyer zum Generalstaatskommissar ernannt. Dieser verbot für den folgenden Tag sämtliche zwölf von den Nationalsozialisten angesetzten Versammlungen sowie die von Sozialdemokraten und Kommunisten geplanten Gegenversammlungen. Jedoch das Volk war hiermit nicht einverstanden, und die bürgerliche Presse, besonders die *Münchener Neuesten Nachrichten*, übten scharfe Kritik an der Regierungsmaßnahme. Darauf nahm die Regierung die gegen die Nationalsozialisten ausgesprochenen Verbote im wesentlichen zurück. Es blieben nur die öffentlichen Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel untersagt, die allerdings von den Nationalsozialisten niemals angekündigt oder in Aussicht genommen waren. Abgesehen von den geschlossenen Versammlungen der aus Norddeutschland und Österreich Eintreffenden, wurden sechs öffentliche Versammlungen und die Fahnenweihe des nationalsozialistischen Sturmtrupps im Zirkus Krone gestattet.

Die Nationalsozialisten hatten infolge der von ihnen geforderten Befreiungsaktion für das Ruhrgebiet ungeheuren Zulauf, und so kam es, daß sie mehr als die sechs erlaubten Versammlungen abhielten, die von vielen Tausenden besucht wurden. Man erging sich in maßlosen Angriffen gegen die bayerische Regierung. Hitler leitete die Tagung ein mit einem Aufruf im *Völkischen Beobachter*. Er brachte wütende Drohungen gegen die Sozialdemokratie vor, und hielt den sozialistischen Führern ihr "infames Verbrechen" vor. Er forderte unerbittliche Vergeltung für den "größten Gaunerstreich der Weltgeschichte".

"Wie nun auch das Schicksal seine Hiebe auf Deutschland fallen lassen mag, solange dieses Volk nicht den Meuchelmördern im eigenen Körper das Handwerk legt, wird ihm ein Erfolg nach außen nie beschieden sein. Während man papierne und rednerische Proteste gegen Frankreich hinausbläst, ist der Todfeind der deutschen Rasse noch innerhalb der Mauern des Reiches und treibt sein wühlerisches Handwerk weiter. Nieder mit den Novemberverbrechern, mit all dem Geflunker und Geschwätz von Einheitsfront usw.! Hüten wir uns, zu vergessen, daß sich zwischen uns und die Volksbetrüger, Arbeiterverführer und bürgerlichen Parteiverbrecher zwei Millionen Tote schieben! Unser Rechtsempfinden sagt uns, daß nicht nur der kleine Dieb zu hängen ist, sondern der große National- und Vaterlandsverräter zu richten ist."

Hitler hielt in den Versammlungen aufpeitschende Reden, und rauschender Beifall belohnte ihn. Jedoch, seine Ideen waren zu extravagant, als daß sie bei der großen Masse nachhaltigen Widerhall gefunden hätten, abgesehen von einer kleinen Schar, die unentwegt zu ihm hielt und allerdings auch beträchtlich angewachsen war. Man nahm eine Entschließung an, worin sofortige Ungültigkeitserklärung des Versailler Vertrages, Einstellung jeglicher Geld- und Sachlieferungen, sofortige Währungsreform, rücksichtsloser Kampf gegen Vaterlandsverräter, Aufhebung der Republik-Schutzgesetze, Verhaftung der Novemberverbrecher und die Todesstrafe gegen Wucherer und Schieber gefordert wurde. -

Reichswehr

Ein großer Zug der Freiheitsbegeisterung rauschte durch das deutsche Volk. Er ergriff auch die **Reichswehr**, und viele Offiziere und Soldaten brannten auf den Augenblick, da sie in den Kampf gegen Frankreich ziehen durften. Und dennoch war die deutsche Freiheitsbewegung jener Tage zum Scheitern verurteilt, aus verschiedenen Gründen. Bei vielen, sehr vielen kam der Wil-

le, das Vaterland von der Fremdherrschaft zu befreien, aus tiefster, innerster, heiliger Überzeugung. Sie waren durchdrungen von aufrichtiger Vaterlandsliebe. Dann aber gab es auch sehr viele, die aus reiner Abenteuerlust sich nach dem ungebundenen Leben des Krieges sehnten, sei es, daß ihnen die Energie zu andauernder Arbeit fehlte, sei es, daß sie hofften, als Soldaten allen wirtschaftlichen Nöten entrückt zu sein. Diese geistige Zwiespältigkeit, welche ideale und materielle Gründe vermengte, konnte auf die Dauer nicht ein Heer schaffen, das Großes zu leisten imstande war. War doch die Anschauung von der widerspruchslosen Pflichterfüllung, wie sie die Grundlage und die Stärke der alten Armee war, in den letzten Jahren bedenklich erschüttert worden, seitdem es keine allgemeine Wehrpflicht mehr gab. Dann aber mußte jeder einsichtige Beobachter von vornherein zugeben, daß ein bewaffneter Aufstand für Deutschland der Ruin sein würde. In dem Augenblick, da bewaffnete Deutsche den Marsch an die Ruhr antreten würden, standen eine Million Franzosen und Belgier, aufs beste und modernste ausgerüstet, mitten in Deutschland und verwandelten blühende Städte und Gefilde in trostlos zerstörte Wüsten. Und würden überhaupt England, Italien, Polen, die Tschechoslowakei und wie sie alle heißen - würden sie bei einem solchen Waffengange untätig zugesehen haben? Zu guter Letzt wären die deutschen Sozialisten und Kommunisten der Regierung Cuno in den Arm gefallen, sobald sie Miene gemacht hätte, den Krieg zu eröffnen. Es war phantastisch, an Krieg zu denken, und **aus diesem Grunde lehnten der Reichskanzler und der Reichswehrminister alle Vorschläge ab, die sich etwa in dieser Richtung bewegten.**

Dann aber noch etwas anderes: die deutsche Freiheitsbewegung jener Tage war zu geräuschvoll. Sie ließ außer acht, was die Geschichte lehrte, daß nur in der Stille, in unbemerkter Heimlichkeit die Früchte der Freiheit reifen. Gewiß gab es kleine Gruppen, die verschwiegen waren und arbeiteten, ohne daß es gesehen wurde; aber sie befanden sich, im ganzen betrachtet, in einer derartig verschwindenden Minderzahl, daß sie keinen Ausschlag geben konnten. Schließlich aber fehlte die einheitliche Führung, die Hauptvorbedingung für jedes große Unternehmen, welches Erfolg haben soll. Die Kräfte waren zu zersplittert, und jede Gruppe behauptete, sie allein beschreite den richtigen Weg, und jeder Führer von hundert Mann betrachtete sich im stillen als den berufenen Befreier Deutschlands. Es fehlte die große, zusammenfassende Energie des wirklichen Führers. Hitler hielt faszinierende Reden, damit aber war seine Kraft erschöpft, und Ludendorff, der große Praktiker des Weltkrieges, dachte nicht daran, die Führung einer ungeschulten Truppe zu übernehmen. - Da die Dinge so standen, war an eine erfolgreiche Erhebung nicht zu denken.

In den Köpfen der Sozialdemokraten und Kommunisten aber spukte die faschistische Gefahr. Die an sich schon bestehende Nervosität der Linksparteien wurde durch die überlaute Rührigkeit der nationalen Elemente noch verstärkt, sie wuchs aber besonders dadurch, daß man, wie ich bereits zeigte, der bürgerlichen Regierung Cuno nicht recht traute. Es war geradezu der selbstverständliche Gang der Dinge, wenn die Anhänger der Linksparteien bald vergaßen, daß die Franzosen an der Ruhr standen, und nur auf Mittel und Wege sannen, die "Faschisten" zu unterdrücken. Es bildete sich bald ein zielbewußtes Programm heraus, in dem vor allem vier Ziele aufgestellt wurden: Abbau des passiven Widerstandes, der nur die Tätigkeit der vaterländischen Verbände stärkte, die ihn in einen aktiven Widerstand umwandeln wollten, Auflösung der vaterländischen Organisationen, Bewaffnung roter, proletarischer Hundertschaften und Kampf gegen die Reichswehr, die vermeintlich reaktionär, monarchisch gesinnt war. -

Nach dem Schluß des nationalsozialistischen Parteitages in München zerstreuten sich seine Teilnehmer wieder in Deutschland. So kam ein Zug von etwa 500 Personen, der nach Norddeutschland wollte, auch durch **Thüringen**. Die sozialistische Regierung dieses Landes ließ von diesen 370 Personen verhaften - darunter 40 Offiziere -, während der Rest entkommen konnte. Man fand bei den Verhafteten Geheimbefehle, welche zur Bildung von Freischaren aufforderten. Es kamen noch andere derartige Fälle vor. In **Sachsen** wurde sogar wegen solcher Vorkommnisse von den Kommunisten die sozialdemokratische Regierung gestürzt. Der sozialistische Innenminister Lipinski hatte schon beim Beginn des Ruhreinbruchs vor Unbesonnenheiten gewarnt. Die Regierung werde alle Kraft einsetzen, um neuen Kriegstreiberien und einem neuen Kriegsbrande entgegenzuwirken. Da fand Ende Janu-

***Erhöhte Tätigkeit
der Linksparteien in
Thüringen und Sachsen***

ar in Leipzig eine Versammlung der Rechtsparteien statt, die von den Kommunisten angegriffen und gestört wurde. Bei der Aussprache im Landtage hierüber warfen die Kommunisten der sächsischen Regierung vor, sie unterstütze die Gegenrevolution. Die Kommunisten brachten einen Mißtrauensantrag ein, der von den Deutschnationalen und Demokraten unterstützt wurde. Es stimmten 54 Stimmen für, 39 sozialdemokratische Stimmen gegen den Antrag. Dies hatte den Rücktritt der Regierung zur Folge (30. Januar). Der Landtag unternahm mehrmals den vergeblichen Versuch, eine neue Regierung zu bilden. Der bürgerlichen Uneinigkeit war es schließlich zu danken, **daß am 21. März der radikalsozialistische Dr. Zeigner mit 49 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt wurde.** Es begann nun ein schärferer Wind in Sachsen zu wehen. Wie sich Bayern in der Folgezeit als Stützpunkt der radikalnationalen Elemente entwickelte, so wurde Sachsen von jetzt an zum Sammelpunkt der radikal-sozialistischen Kräfte. Zwei Gegensätze wuchsen heran, nahmen zu an Kraft und Umfang, so daß sie in späteren Monaten eine ernste Gefahr für die Einheit des Reiches bedeuteten.

**Zeigner-
Regierung
in Sachsen**

Die sächsischen Kommunisten hatten eine ungeheure Angst davor, daß die Nationalsozialisten von Bayern das Reich erobern und die Republik stürzen könnten. Um diese faschistische, konterrevolutionäre Erhebung zu vereiteln, forderten sie bereits am 27. Januar unverzüglich Arbeiterwehren, Unterdrückung aller reaktionären Verbände und Verhaftung der Führer. Den ganzen Februar hindurch füllten in Sachsen **Verhandlungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten** über die Regierungsbildung aus, und schließlich wurde zwischen den Verhandlungsausschüssen eine Einigung erzielt. Die Kommunisten traten zwar nicht in die Regierung ein, denn das hätte ihren Grundsätzen widersprochen, aber sie versprachen, eine neue sozialdemokratische Regierung zu unterstützen, wenn eine Amnestie für Not- und Abtreibungsdelikte verkündet, das Gesetz über Arbeiterkammern durchgeführt, Maßregeln zur Wucherbekämpfung ergriffen und proletarische Abwehrorganisationen gegen die faschistische Gefahr gebildet würden. **Diese proletarischen Hundertschaften sollten gemeinsam von beiden Parteien errichtet werden und sozusagen eine Verstärkung der staatlichen Polizei darstellen.** Am 19. März gaben die beiden Parteien ihre Zustimmung zu dieser Vereinbarung, welche über die Unterstützung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung durch die Kommunisten zustande gekommen war. Der Regierung Zeigner, die nun zwei Tage später gebildet wurde, war die Marschroute also klar und unzweideutig vorgezeichnet.

Der sozialdemokratische Parteivorstand in Berlin hatte bereits am 6. Februar die Notwendigkeit verkündet, scharf den Trennungsstrich gegen die "nationalistische Verhetzung" zu ziehen und den "Kampf gegen die politische Reaktion nachdrücklich fortzusetzen". Fünf Tage später nahm die sozialdemokratische Partei **Thüringens in Weimar** mit zwanzig gegen neun Stimmen eine Entschließung an, in der es hieß, daß es nach vier Wochen Ruhrbesetzung immer klarer werde, daß die weitere, schier unbegrenzte Fortdauer dieses Zustandes - des passiven Widerstandes nämlich - zur wirtschaftlichen und politischen Katastrophe führen müsse; der passive Widerstand werde nicht zu dem gewünschten Erfolge führen, "wenn der Kampf nicht gleichzeitig durch eine entsprechende, zielklare Außenpolitik der Reichsregierung abgekürzt und beendet werde". Man müsse zurückkehren zur Erfüllungspolitik, der "wichtigsten Voraussetzung für den Beginn erfolgreicher Verständigungsverhandlungen". In dieser Richtung müsse ein Einfluß auf den Reichskanzler Cuno ausgeübt werden. Der Nationalismus sei durchaus abzulehnen, denn die deutsche und französische Schwerindustrie wollten sich nur vertrauen, um das Proletariat auszubeuten. Um die Erfüllungspolitik erfolgreich aufzunehmen, sei Erfassung der Sachwerte notwendig. Auch die radikale Ledebourgruppe, die am 30. und 31. März in Berlin tagte, lehnte Einheitsfront und passive Resistenz entschieden ab und forderte die Arbeiter geradezu auf, den Ruhrkonflikt zu benutzen, um das deutsche Kapital zu der von ihm verschuldeten Wiedergutmachung zu zwingen. Ledebour war zwar der Ansicht: "Wir dürfen nichts tun, was so ausgelegt werden könnte, als wollten wir Poincaré und seine Soldateska unterstützen", aber er blieb stark in der Minderheit.

**Zeigners
Kulturpolitik**

Thüringen und Sachsen fühlten sich bewußt als die republikanischen Bollwerke Deutschlands gegen das reaktionäre Bayern und gegen die unzuverlässige Reichsregierung. Schon gleich nach dem Ruhreinfalle, im Februar, begann ein systematischer Kampf in

Sachsen gegen die bürgerliche Weltanschauung und Wirtschaftsweise. Es gehörte zu den letzten Taten des Ministeriums Buck, daß man **gegen Kirche und Religion** zum Angriff überging, und Zeigner ging auf diesem Wege weiter. Man entzog der christlichen Kirche die finanzielle Grundlage, indem man sich weigerte, den notleidenden Pfarrern von Staats wegen Zuschüsse zu geben. Die Inflation hatte die Kirchenvermögen vernichtet, und es gab keine Mittel, um die Beamten zu besolden. Es kam vor, daß Pfarrer, welche Väter kinderreicher Familien waren, sich kärglichen Lebensunterhalt verdienen mußten, indem sie wochentags als einfache Handarbeiter in Fabriken oder Bergwerken arbeiteten. Aber man ging viel weiter. Nicht genug, daß zwei christliche Feiertage aufgehoben wurden, wurde ein Gesetz veröffentlicht, welches an staatlich nicht anerkannten Feiertagen Lehrern und Schülern künftig in keinem Falle mehr Unterrichtsbefreiung zum Zwecke der Teilnahme an religiösen Feiertagshandlungen gewährte und jede Art religiöser Beeinflussung außerhalb des Religionsunterrichts verbot. Andachten, Gebete und Kirchenlieder waren nur noch auf die Religionsstunden beschränkt. Schüler, die hiergegen verstößen würden, sollten unverzüglich von der Schule verwiesen werden. Jetzt gab es in den Schulen verwegene Gotteslästerungen zu hören, und das Heilige und Erhabene, das in junge Herzen gepflanzt werden sollte, wurde in den Kot gezogen. Statt vom Kreuzestode des Erlösers unterhielten sich die Lehrer mit ihren Schülern über nichtswürdige Dinge. Man erörterte die Frage der freien Liebe und veranstaltete Nackttänze. Mit Gewalt sollten die Gewissen in die Gottlosigkeit des Materialismus gezwungen werden, denn die Religion diente der Verdummung der Massen. Der Haß gegen die "Pfaffen" und gegen die Kirche wurde schon der zartesten Jugend eingepflegt. Bitterer Unmut, tiefer Groll aber erwuchs hiergegen in den Eltern, in den Familien.

Die sächsische Regierung strebte danach, das **Ideal der sozialistischen Schule** nicht bloß auf dem Gebiete der Religionsfeindschaft zu verwirklichen. Unentgeltlich sollte der Besuch der Schulen und Hochschulen werden, die Lernmittel sollten frei sein. Lehrer, die sich diesen Zielen widersetzen, wurden gemaßregelt. Auch die anderen Gebiete des Gemeinschaftslebens unterlagen der sozialdemokratischen Diktatur. Leute, die wegen der **Not- und Abtreibungsverbrechen** verurteilt worden waren, wurden begnadigt. Die Amnestie wurde gegen die Stimmen der Bürgerlichen durchgesetzt. **Besonders in der Justiz führte Zeigner ein strenges Regiment.** Verdächtige Beamte wurden ihres Amtes enthoben. Der Minister erzog, wie es einmal im Reichstag ausgedrückt wurde, seine Beamten durch Druck auf den Magen zu Republikanern. Es bildete sich ein System von Gesinnungsschnüffelei und Denunziantentum heraus, das alle moralischen Empfindungen überwucherte. Der Beamte mißtraute seinen Kollegen, denn ein wohlorganisiertes Spitzelsystem breitete sich über den ganzen Staat. Jede unbedachte Äußerung konnte zum Verhängnis werden, denn es konnte in jener Zeit der Inflation keinen Beamten ein größeres Unglück treffen als dieses, brotlos zu werden. Selbst in den Familien war Vorsicht geboten, denn die Wände hatten Ohren. Und wenn schon ein Beamter die Aufmerksamkeit des Ministers erregt hatte, dann war er vom Schicksal gezeichnet. Jeden Augenblick konnte der Blitz auf ihn niederfahren. Von den Gerichten war kein Schutz zu erwarten. Fanatische Sozialdemokraten wurden zu Staatsanwälten bestellt, und diese beherrschten als Freunde des Ministers die Rechtsprechung, besonders bei politischen Vergehen. Von Sozialdemokraten und Kommunisten wurden **Arbeiterhundertschaften** gebildet, die augenblicklich bereit waren, in der Stunde der Gefahr der **Polizei** zu Hilfe zu eilen. Diese selbst war im Sinne der Regierung radikal gereinigt worden. Zeigner beabsichtigte auch, das **sozialistische Wirtschaftsprogramm** zu verwirklichen. Er erklärte am 3. April im Landtag, seine Regierung werde alles tun, was geeignet sei, um die Entwicklung von der Privatwirtschaft zur Gemeinwirtschaft vorwärtszutreiben. Den Arbeitern versprach er eine umfangreiche Kontrolle in den Betrieben einzuräumen.

Die **Zustände in Thüringen** glichen vollkommen denen in Sachsen. Auch hier triumphierte der **fanatische Haß gegen Kirche und Religion**. Das Bildungsniveau der Lehrer sank zusehends, da nicht mehr Kenntnisse und Fähigkeiten, sondern Parteistandpunkt ausschlaggebend war. Die sittlichen Bande der Schule lockerten sich. Der Pfarrer war eine geächtete Persönlichkeit. **Arbeiterkommissionen kontrollierten die Gaststätten**, daß der Bourgeois keine Milch, keine Sahne, keine Butter verzehre, um nicht den Proletarierkindern

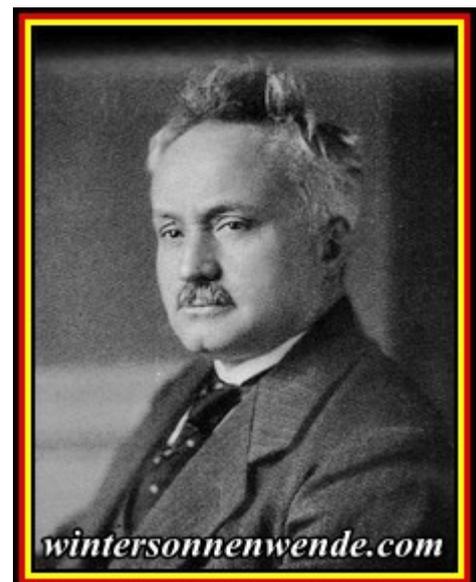
**Zustände in
Thüringen**

die Milch zu entziehen. Die **Lebensmittelpreise wurden diktiert**, und in der Verteilung wurde die Arbeiterschaft bevorzugt. Im Reichsinnenministerium hatte im März eine Besprechung mit dem thüringischen Staatsminister Frölich stattgefunden über die Bildung von **proletarischen Selbstschutzorganisationen**. Frölich erklärte zwar im Landtag, diese Konferenz sei in den kollegialsten Formen vor sich gegangen, habe aber zu keiner Einigung geführt. Die thüringischen Minister hätten erklärt, daß, solange sich die rechtsradikalen, republikfeindlichen Kampforganisationen bemerkbar machten, man den Parteien nicht verbieten werde, den Schutz der Republik durch Abwehrgorganisationen zu sichern und wahrzunehmen. Wenn die rechtsradikalen Kampfverbände tatsächlich beseitigt würden, würden die von den republikanischen Parteien gebildeten Verbände von selbst verschwinden. Die akute antirepublikanische Gefahr sei sehr groß, wie aus einem Abteilungsbefehl hervorgehe, den man bei einem in Gera verhafteten Kurier gefunden habe. Es wurden in der Tat im April und Mai zur Abwehr des Faschismus von Sozialdemokraten und Kommunisten sogenannte **republikanische Notwehren** begründet, welche der Regierung als Ergänzung der Polizei zur Verfügung stehen sollten. Diese roten Hundertschaften waren gut bewaffnet und machten unbekümmert, zumeist abends und nachts, teilweise sogar am Tage Felddienstübungen. Die Sozialisten waren auch mit den Kommunisten über den Eintritt in die Regierung in Unterhandlungen getreten, doch brachen die Sozialisten diese Besprechungen ab (26. Mai), da die Kommunisten zuviel Sitze verlangten.

So schob sich ein **starker sozialistischer Keil zwischen den Norden und den Süden Deutschlands**. Doch auch in Preußen und Bayern machten die Sozialdemokraten Vorstöße gegen die Rechtsorganisationen; die Kommunisten gingen weiter und verlangten Bewaffnung proletarischer Hundertschaften. Am 24. März hatte der **preußische Landtag** abzustimmen über einen kommunistischen Antrag, der die Auflösung der bürgerlichen Selbstschutzorganisationen und die Bewaffnung proletarischer Abwehrformationen forderte. Dieser Antrag wurde im ersten Teil gegen die gesamte sozialistische Linke, im zweiten gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Selbst den preußischen Sozialdemokraten schien es ein gefährliches Spiel mit dem Feuer, den Freunden der Bolschewisten Gewehre in die Hände zu geben. Man hatte aus den Aufständen der früheren Jahre gelernt. Nichtsdestoweniger waren die Kommunisten weit entfernt, ihren Lieblingsgedanken aufzugeben. Half ihnen nicht der Staat, nun, so halfen sie sich selber. Sie vereinigten sich in den Städten und auf dem Lande zu militärischen Einheiten, die zwar keine Waffen hatten, sich aber dennoch in Feld und Wald bei Hörnerklang und Trommelwirbel kriegerischen Gefühlen hingaben.

Nun kam es doch vor, daß sich in unmittelbarer Nachbarschaft Thüringens die Dinge weiterentwickelten, als es der preußischen Staatsregierung angenehm war. Irgendwoher, man weiß nie genau, wie sich so etwas abspielt, waren rote Hundertschaften plötzlich mit Waffen ausgerüstet worden und brüsteten sich mit ihrem militärischen Schmuck vor dem Volke. Diese mit Recht aufsehenerregende Erscheinung veranlaßte den **preußischen Innenminister Severing** unverzüglich, Mitte April ein **Polizeikommando nach Suhl** zu schicken, welches den kriegsbegeisterten Proletariern die Gewehre wieder wegzunehmen hatte. Ohne Zweifel standen die Vorgänge in Thüringen im Zusammenhange mit denen des Ruhrgebiets. Nach Mülheim im besetzten Ruhrgebiet reichte allerdings der Arm des preußischen Ministers nicht, daher konnten sich dort, wie wir schon sahen, Tumulte und Unruhen entwickeln, die von den bewaffneten Kommunisten angezettelt und von den Franzosen gebilligt wurden. Die Suhler Vorgänge riefen bei den Kommunisten ein lautes Geschrei hervor, und der Landtag hatte sich des langen und breiten noch einmal mit der Frage zu beschäftigen, ob es zulässig sei, Kommunisten Gewehre in die Hand zu

**Auseinandersetzungen
in den Landtagen
Preußens und Bayerns**



Karl Severing. Photo Scherl.

geben. Severing, welcher Sozialdemokrat und preußischer Innenminister war, verneinte die Frage entschieden. Ebenso unverantwortlich wie es sei, Kindern die Waffe in die Hand zu drücken, sei es, den Kommunisten Gewehre auszuliefern. Ja, eine Staatsregierung, die dies tue, begehe geradezu Selbstmord. Davon aber könne keine Rede sein, und es liege auch keine Veranlassung dazu vor. Immerhin aber, so meinte er: "Diese Arbeiterbataillone sind bei weitem nicht so gefährlich wie die Organisationen von rechts."

**Severing gegen die
Deutschvölkische
Freiheitspartei**

Auch Severing war nervös geworden durch die hohe Aktivität der vaterländischen Verbände. Dies verleitete ihn dazu, die **Deutschvölkische Freiheitspartei aufzulösen**, und als diese hiergegen Einspruch erhob, trat der Staatsgerichtshof der Severingschen Verordnung bei, und die Partei blieb verboten. Die Sozialdemokratie und die Minister sahen die Partei als die logische Fortsetzung der aufgelösten Organisationen an und begrüßten die Severingsche Verordnung. Die Deutschvölkische Freiheitspartei war, wenn man sich einmal so ausdrücken darf, das Gehege, in welchem Roßbach und seine Freunde wirkten. Sie war nach außen hin das Schild, welches die militärische Freiheitsbewegung dem Staate gegenüber decken sollte, indem man der Ansicht war, daß die Konstituierung als Partei der parlamentarisch-politische Freibrief, das Amulett war, welches vor dem Eingreifen der Staatsgewalt schützen sollte. Roßbach selbst wurde verhaftet und dem Untersuchungsgefängnis des Reichsgerichts zugeführt. Er berief sich zwar darauf, um sich zu rechtfertigen, daß er mit den höchsten Stellen des Reiches, dem Reichskanzler Cuno und dem Kommandierenden General der Reichswehr, Seeckt, in Verbindung gestanden und mit deren Einvernehmen gehandelt habe. Doch Seeckt wie Cuno sagten ohne Umschweife aus, daß Roßbach zwar die Verbindung mit ihnen gesucht habe, sie selbst aber diese nicht hätten zustande kommen lassen. Laute Anklagen wurden im Landtage laut. Severing geißelte die gefährliche Tätigkeit der Partei, er legte ihre letzten Beweggründe dar und deckte das Wesen der Organisationen auf. Er häufte Vorwürfe auf die Führer, Ludendorff, Hitler, Roßbach, Hennig, Wulle, von Gräfe. Wochenlang wühlte und rumorte die Angelegenheit der Deutschvölkischen Freiheitspartei in Volk und Parlament wie ein Fieber, das, zu früh unterdrückt, unter der Oberfläche weiterglimmt und schüttelt, bis es langsam verlischt. Mitte Mai gab es noch im Reichstag eine große Debatte darüber. All die längst bekannten Vorwürfe und Verdächtigungen der Sozialdemokraten wurden wieder vorgebracht: die Deutschvölkische Freiheitspartei sei nur ein Deckmantel, unter den alle verbotenen Organisationen unterschlüpfen könnten; Roßbach sei der Führer, und in den einzelnen Provinzen seien Unterführer eingesetzt. Man sprach von einem Kriegsplan zur militärischen Niederwerfung Berlins, den man gefunden haben wollte. Man behauptete, daß in der Reichswehr nach einwandfreien Feststellungen elf Millionen Mark für die Partei gesammelt worden seien. So lag ein Geist des Mißtrauens und der Schwäche auf dem Volke, statt daß es einig gewesen wäre in der entschlossenen Abwehr all der Gewalttaten, welche die Ruhrtragödie mit sich brachte.

In **Bayern** hatten die **Sozialdemokraten** im März den Antrag eingebracht, alle bestehenden Sturmabteilungen und Sturmtrupps sofort aufzulösen, wirksame Vorkehrungen gegen Neubildungen zu treffen und die Ausübung der verfassungsmäßigen Versammlungsfreiheit unverzüglich sicherzustellen. Demgegenüber brachte die Bayerische Volkspartei einen Antrag ein, der erklärte, daß Stoßtrupps, Sicherheitsabteilungen usw. einen doppelten Zweck verfolgen können: entweder den Schutz der Versammlungsfreiheit der eigenen Partei oder Störung der Versammlungsfreiheit anderer Parteien. Deshalb solle die Regierung ersucht werden, in jedem Einzelfalle nachzuprüfen, welche Ziele verfolgt würden. Demgemäß sollten Organisationen, die Gewalttätigkeit, Bedrohung der Staatsgewalt oder Gefährdung der öffentlichen Ordnung bezweckten, unnachsichtlich sofort unterdrückt werden, Einrichtungen aber, die nach ihrem Programm oder ihren Satzungen lediglich einen geordneten Selbstschutz verfolgten, sollten scharf auf Einhaltung der Satzung überwacht und jeder Verstoß sollte streng bestraft werden.

Die **Demokraten** suchten sich den Forderungen der Sozialdemokratie, etwas gemildert, anzuschließen. Sie beantragten deshalb, alle Sturmabteilungen, Stoßtrupps, bewaffnete Sicherheitsabteilungen oder sonstige parteipolitisch eingestellte Organisationen ähnlicher Art, die zum gewaltsamen inneren Kampf in Land und Reich bestimmt seien, sofort aufzulösen und wirksame Vorkehrungen gegen

Neubildungen zu treffen, ferner die Ausübung der Versammlungsfreiheit unverzüglich sicherzustellen und die Störungen dieser Freiheit unnachsichtlich zu ahnden.

Am 20. März hatte sich der Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtages mit diesen Anträgen zu beschäftigen. Bei der Abstimmung ergab es sich, daß die Anträge der Sozialdemokraten und der Demokraten abgelehnt wurden, dagegen derjenige der Bayerischen Volkspartei mit fünfzehn gegen zwölf Stimmen Annahme fand. Auch als der Landtag am 24. April über die Anträge abstimmte, wurden diejenigen der Sozialdemokraten und Demokraten abgelehnt, dagegen derjenige der Bayerischen Volkspartei angenommen. Im Grunde genommen war ja die Prüfung, ob ein Trupp dem Schutz oder der Störung von Versammlungen diene, und das Ergebnis dieser Prüfung höchst subjektiver Natur, und es hätte keineswegs des Antrages der Bayerischen Volkspartei bedurft, denn tatsächlich blieb alles so, wie es war.

**Sozialistisch-
Kommunistische
Vorstöße in Bayern**

Auch die **Kommunisten** rührten sich in Bayern. Sie bildeten rote Hundertschaften, wie sie es in Sachsen, Thüringen und Preußen sahen. Den 1. Mai begingen sie wie alljährlich, so auch diesmal in festlicher Weise. Der robuste Charakter der Bayern, das gute Bier und der Furor der Nationalsozialisten brachten es mit zwingender Notwendigkeit dahin, daß es vielerorts zu ganz soliden Holzereien und Raufereien kam. Es war für beide Teile ein großes Gefühl der Befriedigung und Erleichterung, wenn sie erst einmal ihren Groll gegeneinander entladen hatten. Das veranlaßte die bayerische Regierung am 11. Mai, ihr Volk auf die "Gefahren von zwei Seiten" hinzuweisen und zur Ruhe zu ermahnen. Entschieden wurde die "Diktatur des Proletariats" verurteilt. "Eine Staatsregierung, die auf Autorität hält, darf nicht zugeben, daß private Organisationen oder doch deren Führer sich eine vom Staate unabhängige Gewalt beilegen und sich der Regierung entgegenstellen." Aus dieser richtigen Erkenntnis heraus wurde eine Notverordnung vom gleichen Tage verkündet, die jeden mit exemplarischen Strafen bedrohte, wenn er die öffentliche Ruhe störte, das Versammlungsrecht mißbrauchte und das öffentliche Leben vergiftete. -

Zu diesen innerpolitischen Schwierigkeiten gesellten sich alsbald die **schweren wirtschaftlichen Nöte**, welche an dem Willen der Regierung Cuno zum passiven Widerstande rüttelten. Der Arbeiter seufzte und hungerte, der Unternehmer sah seine Sachwerte mit dem Werte der Mark zerfließen. Gar manchem mag schon nach wenigen Wochen der Gedanke gekommen sein, es sei besser, den passiven Widerstand aufzugeben und sich mit Frankreich zu vergleichen. Es war das Resultat einer schüchternen Betrachtungsweise, geboren aus der Sorge um Zukunft und Existenz. Bereits am 20. März verfaßte der **Geheimrat Fritsch**, der einem Kreise von Bankiers angehörte, eine Denkschrift, worin er den Gedanken eines "**kooperativen Zusammengehens**" mit **Frankreich** erörterte. Er forderte geradezu Unterwerfung unter den vertragsbrüchigen Gegner und Anerkennung der französischen Vorherrschaft, um einen Zusammenstoß der deutschen und französischen Industrie zu ermöglichen. Es waren dies Lieblingsgedanken einer Gruppe internationaler Industrieller und Bankiers, die auf einen Zusammenschluß der französischen Steinkohle und des deutschen Stahles hinarbeiteten. Die Denkschrift blieb auf den kleinen Kreis derjenigen beschränkt, für die sie hergestellt worden war, und insofern hatte sie keine Bedeutung für das Volk. Auch auf Cuno hatte sie keinen Einfluß. Dadurch aber, daß die hierin ausgesprochenen Gedanken auch in maßgebende Kreise des Auslandes eindringen, spornte sie die Hoffnung der Franzosen an und erschütterte das Zutrauen zum deutschen Volke. Insofern hatte die Denkschrift einen Anteil am weiteren rapiden Sinken der Mark.

**Cunos Note
vom 2. Mai**

Wesentlich wichtiger war es, **daß Lord Curzon am 20. April im Oberhause den Gedanken äußerte, sobald Deutschland mitteilen werde, wieviel es zahlen könne und ein Garantieangebot an Frankreich mache, werde sich Englands Hilfe für beide Parteien zeigen.** Er hoffe, daß auf dieser Linie noch eine Lösung gefunden werden könne. Es war der englischen Regierung auf alle Fälle darum zu tun, daß Europa aus der Sackgasse herauskam, in die es sich durch den Ruhreinfall der Franzosen verrannt hatte. Lord Curzon gab eine Anregung, einen Fingerzeig, und Cuno begriff den Wink. Am 2. Mai ging eine **gleichlautende Note der deutschen Regierung an Amerika, England, Belgien, Italien, Japan und Frankreich ab.** Sie machte Vor-

schläge zur Regelung der Reparationsfrage, um, wie man sagte, die ständig sich verschärfende Spannung zu lösen. Deutschlands Gesamtverpflichtungen in Bar- und Sachleistungen wurden auf 30 Milliarden Goldmark begrenzt, von denen 20 Milliarden bis zum 1. Juni 1927, 5 Milliarden bis zum 1. Juni 1929 und der Rest bis 1. Juni 1931 durch Ausgabe von Anleihen aufzubringen seien.

"Die deutsche Regierung ist überzeugt, daß sie mit diesem Vorschlag **bis an die äußerste Grenze dessen gegangen ist, was Deutschland bei Anspannung aller Kräfte zu leisten vermag**; sie hat nach der durch die Ruhrbesetzung verursachten weiteren schweren Störung und Schwächung der deutschen Wirtschaft ernste Zweifel, ob nicht der Vorschlag die Leistungsfähigkeit Deutschlands übersteigt. Die deutsche Regierung ist ferner davon überzeugt, daß kein Unbefangener, der die Schmälerung der Produktionsbasis Deutschlands und die Verringerung seiner Vermögenssubstanz durch die bereits bewirkten großen Leistungen berücksichtigt, bei objektiver Beurteilung zu höheren Schätzungen gelangen kann."

Sollte jedoch keine Einigung erzielt werden, dann schlug man für diesen Fall eine **"von jeder politischen Einwirkung unabhängige internationale Kommission"** vor, welche die Leistungsmöglichkeiten prüfen und dann die Leistungsverpflichtungen festsetzen sollte. Deutschland sei ferner bereit, **seinen gesamten Besitz und seine gesamte Wirtschaft** als Garantie zu verpfänden. Die deutsche Regierung ging dann in der Note weiter dazu über, die schon im Dezember 1922 angeschnittene **Sicherheitsfrage** zu behandeln, wie dies Lord Curzon auch gewünscht hatte.

"Im gleichen Interesse friedlicher Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs ist die deutsche Regierung, wie sie auch mit ihrer Anregung zum Abschluß eines Rheinpaktes bekunden wolle, zu jeder friedensichernden Vereinbarung bereit. Insbesondere ist sie zu einer Vereinbarung bereit, die Deutschland und Frankreich verpflichtet, alle zwischen ihnen entstehenden Streitfragen, die nicht auf diplomatischem Wege geschlichtet werden können, in einem friedlichen, internationalen Verfahren zu behandeln, und zwar Streitigkeiten rechtlicher Art in einem schiedsgerichtlichen Verfahren, alle übrigen Streitigkeiten in einem Vergleichsverfahren nach dem Muster der Bryan-Verträge."

Als Voraussetzung für alle Unterhandlungen über Reparationen und Sicherheit forderte Cuno die Wiederherstellung des status quo ante an Rhein und Ruhr, das heißt Räumung des Ruhrgebietes, Rückkehr der Vertriebenen, Aufhebung der verhängten Strafen usw.

Doch schon nach drei Tagen traf **Frankreichs Antwort** ein. Sie lautete: "unzulänglich und unannehmbar". Die von Deutschland vorgeschlagenen 30 Milliarden seien ja nur der vierte Teil der vom Wiedergutmachungsausschuß festgesetzten Summe. Am 13. Mai antwortete Lord Curzon. England sei enttäuscht, vor allem über das Angebot der unzulänglichen Summe. Man erwarte eigentlich eine viel ernsthaftere und bestimmtere Mitwirkung Deutschlands, welche die Verbündeten als billig und aufrichtig ansehen könnten. Auch Italien, Mussolini, lehnte am gleichen Tage ab. Cuno setzte sich daraufhin **mit den großen deutschen Wirtschaftsverbänden** in Verbindung und fragte, ob sie bereit seien, sich bis zu einem bestimmten Grade für Reparationsleistungen zu verpflichten; er fragte, ob sie freiwillig im Interesse der Nation einen Teil der Tribute übernehmen wollten. Am 25. Mai übergab der **Reichsverband der deutschen Industrie** dem Reichskanzler eine Denkschrift. Zunächst wurde festgestellt, daß es völkerrechtlich nicht möglich sei, das Privateigentum für Leistungen des Reiches haftbar zu machen. Im internationalen Verkehr hafte nach wie vor das Reich für die Reparationsleistungen. Dennoch aber sei die deutsche Privatwirtschaft willens, der Reichsregierung zu Hilfe zu kommen und bis zu einem bestimmten Grade die Leistungen zu übernehmen. Voraussetzung sei, daß die Arbeitsleistung des deutschen Volkes gesteigert und die Belastung der Privatwirtschaft verringert werde. Auch die **Landwirtschaft** erklärte: "Wenn die deutsche Privatwirtschaft, und zwar subsidiär, mithaften soll, so sind den in erster Linie verpflichteten Garant, Reich und Ländern, Vorausleistungen aufzuerlegen." Es sei zwar nicht gerecht, wenn nur der unbewegliche Besitz haften solle, wenn aber die Landwirtschaft Reparationslasten tragen solle, dann fordere sie Freiheit der Wirtschaft, geringere Steuern, Schutzzölle und Staatsschutz vor sozialistischem Terror.

Ablehnung

Am 7. Juni ging die deutsche Denkschrift zur Note vom 2. Mai an die interessierten Staaten ab. Das Deutsche Reich bot den Reparationsgläubigern nunmehr folgende Garantien: 10 Milliarden Goldmark Obligationen der Reichsbahn,

**Cunos Note
vom 7. Juni**

welche jährlich 500 Millionen Mark Zinsen bringen würden; ferner sollten Industrie, Banken, Handel, Verkehr und Landwirtschaft, die gesamte Wirtschaft, mit 10 Milliarden Goldmark erststelliges Pfandrecht auf gewerblichen, städtischen, land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitz belastet werden, woraus ebenfalls 500 Millionen Mark jährliche Zinsen zu erwarten waren; schließlich sollten Zölle auf Genußmittel und Verbrauchssteuern auf Tabak, Bier, Wein und Zucker und der Ertrag des Branntweinmonopols, insgesamt 800 Millionen Goldmark jährlich, verpfändet werden. Im Grunde genommen war es ein furchtbares Angebot, geboren aus der ganzen verzweifelten Not eines großen Volkes: **das ganze Deutschland, Besitzende und Besitzlose, beugten sich unter das Kaudinische Joch der Reparationen.**

**Erneute
Ablehnung**

Aber auch das nahm Frankreich nicht an. Es forderte sofortige Aufgabe des passiven Widerstandes. Im Grunde ihrer Seele hatten ja auch die Franzosen ihr

Ruhrabenteuer herzlich satt, der passive Widerstand war ihnen furchtbarer geworden, als sie anfangs geglaubt hatten. Am 3. Juni erklärte der Minister Loucheur bei irgendeiner Gelegenheit in Maubeuge, Frankreich werde bald das Ruhrgebiet verlassen, da Deutschland durch die Besetzung sehr geschädigt sei. Jedoch der Zeitpunkt, da die französischen Truppen zurückgezogen werden sollten, wurde immer weiter hinausgeschoben, denn Poincaré hoffte im stillen, daß der passive Widerstand schließlich eines Tages an der inneren Uneinigkeit des deutschen Volkes zusammenbrechen würde. - Nachdem der zweite Schritt des Reichskanzlers ebenfalls ergebnislos verlaufen war, war für Deutschland die Angelegenheit erledigt, und man unternahm vorläufig nichts weiter in dieser Sache. -

**Konflikt zwischen
Reich und Sachsen**

Um so mehr spitzte sich die **Lage im Innern** zu. Eine Entscheidung zwischen rechts und links, ein Kampf um Leben und Tod schien immer unvermeidlicher zu werden unter dem Druck der nationalen Not, und der Kampf nahm seine äußere Gestalt an zunächst in einem **Konflikt zwischen dem Reich und Sachsen**. In aller Stille hatte Zeigner seine Herrschaft befestigt. Justiz und Polizei hatte er sich willfährig gemacht, und die errichteten und heimlich bewaffneten roten Hundertschaften schienen ihm nicht nur eine sichere Rückendeckung gegen irgendwelche unvorhergesehenen Ereignisse, nein, im Hinblick auf sie schien ihm der Augenblick nicht mehr ferne zu sein, da er aus eigener Initiative das sozialistische Regime restlos verwirklichen konnte: Sozialisierung der Wirtschaft, Zerschmetterung der Bourgeoisie. Es waren verwegene Gedanken, die in dem Hirne dieses Mannes reiften; mußte er sich doch sagen, daß er - außer dem kleinen Thüringen - keinen Bundesgenossen in Deutschland hatte und daß Sowjetrußland infolge innerer Veränderungen wenig Aussicht auf Unterstützung bot. Aber die Erregung, die infolge der Teuerung das Volk ergriffen hatte, beflügelte den Mut des Ministers. Ende Mai war es in Dresden vier Tage lang zu ernstesten und umfangreichen Erwerbslosenumulten gekommen, und Innenminister Liebmann, Zeigners Genosse, beschuldigte grundlos die rechtsgerichteten Kreise, sie mißbrauchten die Erwerbslosen, um einen Vorwand für ein aktives Eingreifen der Reichswehr zu schaffen.

Am 16. Juni hielt der sächsische **Ministerpräsident Zeigner in Niederplanitz eine Rede, die gleichsam ein Fanfarenstoß für die kommende Revolution war** und in Deutschland nicht nur Aufsehen, sondern Angst und Sorge und Unmut erregte. Die Reichswehr wurde in der rücksichtslosesten Weise angegriffen.

**Zeigners und
Schützingers
Drohungen**

Sie sei kein Instrument zum Schutze der Republik, sie sei aufs innigste mit den monarchistischen Geheimorganisationen verkettet. In Wirklichkeit werde die Republik nur durch die Arbeiterschaft geschützt. Es sei nicht Zufall, daß in Leipzig und Dresden rechtsradikale Elemente angetroffen würden, es sei nicht Zufall, daß der Reichswehr die Waffen abhanden kämen. Für Sachsen stehe viel auf dem Spiele; es gehe der Kampf um den Bestand und die Sicherung der Republik; viel müsse noch geschehen. Überall zeige sich eine große Nervosität, es brauche nur der Funke ins Pulverfaß zu fliegen. Cunos Politik sei bankrott; die Ruhrfront zeige Risse. Für Mitteldeutschland bergen die

nächsten Monate große Gefahren, und es werde dazu kommen, daß der Arbeiterschaft die Faschisten bis an die Kehle bewaffnet gegenüberstünden. Bayern sei der Sammelplatz und Ausgangspunkt der Bewegung, und wenn Cuno vor einem zweiten Versailles stände und dann abtreten müsse, dann sei der Augenblick für die jungdeutschen und faschistischen Wellen gekommen und auch für Süddeutschland, wo Hitler eine Gefahr für den Staat geworden sei, wo die Faschisten mit der Reichswehr Übungen abhalten. Die Gegensätze würden sich austoben und sich vom Ausgangspunkte fortwälzen. Große Teile Deutschlands würden ihre eigenen Wege gehen.

Diese in Form von Prophezeiungen ausgesprochenen Gedanken enthüllten den Willen und die Absicht der sächsischen Regierung. **Ein Bürgerkrieg sollte heraufbeschworen werden, der letzten Endes kein anderes Ziel als die Errichtung der Räteherrschaft und die Zertrümmerung des Reiches hatte.** Noch hatten die Führer des Proletariats ihre Hoffnungen und Wünsche auf die Räteherrschaft nicht aufgegeben, und günstiger als in früheren Jahren erschien ihre Verwirklichung in der Not und Bedrängnis, in welche das Volk durch den Ruhrkampf geraten war. Den proletarischen Massen allerdings ging es um etwas anderes, viel Wichtigeres, um Brot. So drängten Führer und Massen der Linken gegenseitig zur Handlung, doch mit verschiedenen Absichten. Die Regierung Cuno erkannte, daß Zeigner anfang, gefährlich zu werden, und sie vermahnte ihn dringend in aller Stille. Doch schon wenige Wochen später ertönte ein zweites Signal zum Bürgerkriege. **Der sächsische Polizeioberst Schützinger, ebenfalls eine maßgebende Persönlichkeit, hatte es unternommen, in der Glocke bedenkliche Erörterungen über die "Möglichkeiten eines Bürgerkrieges" zu veröffentlichen.** Auch er wählte die von Zeigner angewandte Form einer desinteressiert erscheinenden Betrachtungsweise mit versteckten Aufforderungen. Doch die Geschichte ist unbarmherzig. Sie begleitete diese Ideen und Wünsche mit einem Kommentar blutiger Ironie. Gerade in der Zeit, da Sachsens Proletariat in Schützingers Ausführungen schwelgte, gelang es dem im Leipziger Untersuchungsgefängnis inhaftierten **Kapitänleutnant Ehrhardt**, zu entfliehen. Am 23. Juli sollte er sich wegen Verstoßes gegen das Republikenschutzgesetz vor dem Staatsgerichtshof verantworten; zehn Tage vorher fuhr ein Kraftwagen vor dem Gefängnis vor, dem einige beherzte junge Leute entstiegen. Sie öffneten mit Schlüsseln die eisernen Türen und konnten den auf diese Weise befreiten Gefangenen entführen, ohne daß ihre Handlungsweise irgendwelches Aufsehen erregt hätte. Ganz Deutschland war von einem homerischen Gelächter erfüllt, daß ein solches Ereignis im Machtbereiche des republikenschützenden Zeigner und des allgewaltigen Polizeiobersten Schützinger vorfiel!

Indes, die **Reichsregierung** beantwortete Schützingers Auslassungen mit einer Kundgebung (18. Juli), in der sie versicherte, sie **werde rücksichtslos alle Machtmittel einsetzen, um Anschläge gegen Bestand und Verfassung des Reiches niederzuwerfen.** An welche Adresse die Kundgebung gerichtet war, ließ deutlich der letzte Satz erkennen: "daß die Reichsregierung auch bemüht ist, mit den Landesregierungen von Sachsen und Thüringen im Interesse der ruhigen Entwicklung unserer inneren Verhältnisse ein Einvernehmen zu pflegen, ist bekannt. Sie wird es auch in dieser Beziehung nicht an pflichtmäßiger ernster Aufmerksamkeit fehlen lassen." Die *Sächsische Staatszeitung* bemerkte dazu offiziös zunächst folgendes: "die Aufmerksamkeit gegenüber Sachsen sei überflüssig". Nachdem sich Zeigner mit seinem Ministerium besprochen hatte, schrieb er, am 25. Juli, einen geharnischten Brief nach Berlin. Er inkriminierte die letzten Sätze, die er wörtlich anführte. Diese Erklärung habe außerordentlich überrascht. Bedürften etwa Sachsen und Thüringen einer besonderen Oberaufsicht? Soll "in dieser Beziehung" behauptet werden, in Sachsen hätten die inneren Verhältnisse derartige Formen angenommen, daß von Sachsen aus ein Bürgerkrieg drohe?

Am Sonntag, dem 29. Juli, fand **die von den Kommunisten veranstaltete große "Antifaschistenkundgebung"** statt. Lan-

Antifaschistenkundgebungen

ge Proletarierkolonnen mit wütenden, grimmigen Gesichtern und roten Fahnen wälzten sich von früh bis spät durch die Straßen. Die Internationale wurde gesungen, und an allen Ecken verteilte man Flugblätter blutrünstigen Inhalts gegen den Faschismus, für den Bürgerkrieg und gegen die Regierung Cuno. Ebensolche Reden wurden gehalten. Wie die kommunistische Parteileitung behauptete, hätten sich Millionen von Arbeitern, Arbeiterinnen, Angestellten, Beamten in Stadt und

Land unter der Führung der KPD. gesammelt. In Berlin haben nicht die Säle ausgereicht, um die zu den Versammlungen strömenden Mengen zu fassen. Besonders imposant verlief der Tag in Sachsen und Thüringen. Hier marschierten die Massen in einem Umfange auf, der die Zahl der am 1. Mai Demonstrierenden überstieg - unter Zeigners Ägide.

Nach dieser Herzensstärkung erließen die Kommunisten am 1. August ein Bulletin, das, endlos lang wie alle amtlichen Erlasse dieser Partei, schließlich in folgenden Forderungen gipfelte:

"Gemeinsamer Kampf aller Werktätigen in Stadt und Land zur Eroberung der politischen Macht, zur Erkämpfung der Arbeiterregierung, das ist die gemeinsame nächste Aufgabe. Die Lebensmittel müssen beschlagnahmt werden! Die Devisen des Großkapitals müssen beschlagnahmt werden! Die Wucherer und Schieber müssen ins Zuchthaus! Den Faschisten müssen die Waffen abgenommen werden! Alle Waffen in die Hände der Arbeiter! Fort mit der Regierung Cuno! Fort mit jeder Koalitionsregierung! Es lebe die Arbeiterregierung! Es lebe das Bündnis mit Sowjetrußland! Es lebe der gemeinsame Kampf aller Werktätigen!"

Millionen berauschten sich an dieser verwirrenden Fülle kommunistischer Herzenswünsche, und alsogleich brachen **rings im Lande Streiks** aus, nicht einheitlich organisiert, gewissermaßen ohne System und deswegen zur Erfolglosigkeit verurteilt. Der von der Parteileitung geforderte Generalstreik wurde nicht durchgeführt, da sich die Sozialdemokratie nicht beteiligte, und so verzettelte sich die große Aktion, indem sie sich nur auf die Kommunisten beschränkte. Schon in der Frühe der heißen sonnigen Augusttage zogen die jungen Arbeiter mit roten Fahnen, nackter Brust und kurzen Kniehosen hinaus ins Grüne, wobei sie sich lediglich darauf beschränkten, Revolutionslieder zu singen. Sie zogen den unschuldigen Naturgenuß mühseliger und gefährlicher Revolutionsarbeit vor. War es aber schon eine Sünde, wenn in jenen Tagen schwerer wirtschaftlicher Not die Maschinen in den Fabriken stillstanden, so war es geradezu ein Verbrechen, daß die Landarbeiter von den Feldern gingen und die schwerreife Ernte, die in Garben aufgestellt der Einbringung harnte, gewissenlos den Witterungsunbilden und nächtlichen Diebstählen, die damals üblich waren, aussetzten. Ja, vielfach ging man noch weiter. Irgendeine streikende Bande aus der Stadt oder vom Lande fielen wie ein Heuschreckenschwarm über ein gemähtes und gebündeltes Kornfeld her und drosch das Getreide an Ort und Stelle aus, die Körner in Säcke füllend und fortführend. Die Besitzer und die Polizei waren machtlos. Sie wurden in Schach gehalten und vertrieben durch Banditen, welche mit Gewehren, Revolvern und Handgranaten bewaffnet waren. Auch kam es vor, daß nachts der dunkle Himmel in düsterrotem Schein aufflammte, weil irgendwelche Fanatiker gefüllte Getreidescheuern angezündet hatten. So wurde mit dem kostbarsten Gut, das das deutsche Volk damals besaß, mit dem Brotgetreide, gewüstet! Aber die kommunistische Bewegung verzettelte sich. Der Wille war da, aber gelähmt. Es fehlte irgendwo an der hinreißenden und mitreißenden Gewalt: das Volk war ausgehungert, die Massen ließen sich nicht mehr zu einer großen Aktion aufpeitschen. Das Selbstvertrauen fehlte, weil der Magen knurrte. In Deutschland werden nicht nur gute Geschäftsabschlüsse, sondern auch gute Revolutionen nur nach einem handfesten Frühstück getätigt. Sonst bleibt alles Stümperei. **Die Revolution mit knurrendem Magen mauserte sich schließlich zu einem regelrechten Mundraub großen Stiles.** So auch ist es zu erklären, daß die kommunistische Presse Sachsens einen kläglichen Mißerfolg hatte, als sie am 13. August zum sofortigen Generalstreik aufrief: den Führern ging es noch um politische Ziele, den Massen nur noch um leibliche. Auch das war eine Folge der Inflation.

**Streik
und
Raub**

Zeigner indessen schwelgte in seinem Element. Besessen von dem Gedanken, dazu berufen zu sein, den Sozialismus restlos zu verwirklichen, ging ihm in seiner Verblendung jede Vorstellung von der wahren Stärke, oder besser gesagt Schwäche, desjenigen Volksteiles ab, auf den er sich bei seiner Tätigkeit stützte. Er verwechselte seine politischen Ziele mit den wirtschaftlichen Interessen der ihm folgenden Massen und merkte nicht, daß auch die Sozialdemokratie der anderen deutschen Länder in dem Maße von ihm abrückte, als er Zugeständnisse an die Kommunisten machte. Er verfolgte mit maßlosem Haß die Bourgeoisie, zu der er im Grunde genommen als wohlbezahlter Minister selbst gehörte. **Jetzt tobte er gegen die Reichswehr** und war vermessen genug, sich im Bewußtsein der hinter ihm stehenden Massen die

**Zeigners Konflikt
mit der Reichswehr**

Kraft zuzutrauen, dies letzte Bollwerk der Staatsordnung in Deutschland zu zerbrechen. Der *Vorwärts*, das sozialdemokratische Organ, hatte Ende Juli die Treue der Reichswehr gegen die Republik angezweifelt. Er stützte sich dabei auf angebliche Dokumente, welche Beziehungen zwischen Reichswehr und monarchistischen Verbänden und einen Vormarschplan gegen Hamburg betreffen sollten. Das war Wasser auf Zeigners Mühle. Am 7. August hielt er in Leipzig vor einer sozialdemokratischen Versammlung eine Rede, in der er maßlose Verdächtigungen gegen das Heer aussprach. Er behauptete, die rechtsradikalen Kreise wollten durch Morde und ähnliche Taten die Arbeiterschaft zum Aufruhr reizen, damit die Reichswehr Grund zum Eingreifen habe. Diese aber sei monarchistisch, und ihre Hilfstruppen seien die Geheimverbände, welche Waffenlager besäßen. Um das Ruhrgebiet herum seien diese Geheimverbände zusammengezogen, sie würden von der Reichswehr organisiert und aus Ruhrkrediten finanziert. Hier könne nur schärfster Kampf der Sozialdemokratie helfen. Es müsse gehandelt werden. Die Partei handle und rücke in der klarsten und schärfsten Weise von der Regierung Cuno ab. Tue sie es nicht, dann möge sie die Anzeige mit dem schwarzen Rande selbst bestellen!

So sinnlos diese Worte waren, so demagogisch aufreizend wirkten sie. Es war ganz natürlich, daß nach dieser Rede der **Kommandeur des Wehrkreises IV, Generalleutnant Müller in Dresden**, dem Reichswehrminister Dr. Geßler erklärte, die Reichswehr könne unter diesen Umständen nicht an der sächsischen Verfassungsfeier teilnehmen. Diese Erklärung billigte der Minister, worauf die sächsische Regierung den Rücktritt Geßlers forderte, wie dies die *Sächsische Staatszeitung* in einem amtlichen Artikel "Sächsische Regierung und Reichswehrminister" am 3. September tat. Den ganzen September über setzte Zeigner seinen Kampf gegen den Reichswehrminister in den ungehobeltesten Formen fort. Es handle sich darum, daß das Vertrauen der Arbeiterschaft zu einer republikanischen Regierung wiederhergestellt werde. Die Sozialdemokratische Partei im ganzen Reiche sei im wachsenden Umfange in einer lebhaften Bewegung gegen die Reichswehr begriffen, wenn nicht die Frage Geßler endlich geklärt werde. So rechtfertigte der sächsische Ministerpräsident sein Verhalten, als er den Reichswehrminister herausforderte.

Doch etwas geschah: **die Regierung Cuno trat ab**. Cuno hatte schon längst den Wunsch gehabt, sich von den Geschäften des Reiches zurückzuziehen. Die Verstärkung der inneren Gegensätze erhöhte dies Verlangen. Nun hatte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschlossen, dem Reichskanzler wegen seiner Tatenlosigkeit ein Mißtrauensvotum zu erteilen, jedoch jede andere Regierung zu unterstützen, die sich verpflichte, gewisse Forderungen, z. B. Aufgabe des passiven Widerstandes, zu erfüllen.

Am 13. August, es war ein Sonntag, fiel die Entscheidung. Die Stille eines drohenden, schweren politischen Unwetters drückte auf Berlin. Totenstill, menschenleer waren die Straßen. Kein Fuhrwerk, kein Automobil, keine Droschke, keine Straßenbahn war zu sehen. Die Elektrizitätswerke arbeiteten nicht. Die unheimliche Ruhe eines lähmenden Streiks lastete auf der Reichshauptstadt. Es schien, als sammle die Verzweiflung des Todes ihre Kräfte, um im nächsten Augenblick mit verheerender Gewalt loszubrechen.

Im Reichstag hatte die Regierung Cuno die Fraktionen zu sich gerufen, um mit ihnen einen Ausweg aus der fürchterlichen Situation zu finden. Noch war Cuno unentschieden, ob er zurücktreten solle. Da zeigte sich aber, daß die Deutsche Volkspartei unter ihrem Vorsitzenden, Dr. Gustav Stresemann, die bisher die Reichsregierung unterstützt hatte, auf die Seite der Opposition überschwenkte. Im Laufe der Verhandlungen machte Cuno die Beobachtung, daß er allein stand, daß die Große Koalition von der Volkspartei bis zur Sozialdemokratie eine geschlossene Front gegen ihn bildete. Jetzt war es an der Zeit für das Kabinett Cuno, seine Entlassung zu nehmen. Der Regierung waren die Zügel aus den Händen geglitten, sie scheiterte an ihrer Rat- und Hilflosigkeit. Frankreich gegenüber hatte Cuno Mut und Stärke bewiesen, aber man warf ihm vor, daß er es an ernstem Verständigungswillen haben lassen. Im Innern war es ihm nicht gelungen, die Verhältnisse zu meistern. In der achten Abendstunde kamen die Parteien der Großen Koalition überein, die Führung des Reiches Dr. Stresemann, dem Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei und Vorkämpfer der Großen Koalition, zu übertragen.

**Rücktritt
Cunos**

**Dr. Gustav
Stresemann**

Dr. Gustav Stresemann war am 10. Mai 1878 als Sohn eines Gastwirts in Berlin geboren. Nach Beendigung seiner volkswirtschaftlichen, geschichtlichen und philologischen Studien in Berlin und Leipzig wurde er Syndikus des Verbandes Sächsischer Industrieller in Dresden und zog bereits als 28jähriger in den Reichstag ein. Ursprünglich ein Anhänger von Friedrich Naumanns Nationalsozialer Partei schloß er sich bald der Nationalliberalen Partei Bassermanns an, deren Vorsitz er nach Bassermanns Tode 1917 übernahm. Stresemann war während des Weltkrieges stark monarchisch und annexionistisch eingestellt. Nach dem Zusammenbruch im November 1918 suchte er maßgebenden Einfluß bei den Demokraten zu gewinnen, wurde dort aber zurückgewiesen, weil er sich während des Krieges stark kompromittiert habe. Stresemann sammelte jetzt die Reste der Nationalliberalen Partei, soweit sie nicht von den Demokraten aufgesogen waren, und gründete die Deutsche Volkspartei, welche ihre monarchische Einstellung stark betonte. Die neue Partei, die zunächst zahlenmäßig noch recht schwach war, konnte erst bei den Reichstagswahlen ihr richtiges Stärkeverhältnis zu den Demokraten gewinnen.

Unter Febrbach erhielt die deutsche Volkspartei zum ersten Male Einfluß auf die Regierung. Stresemann ging also aus der monarchisch orientierten Opposition zur demokratischen Mitarbeit über. Seit dieser Zeit rückten er und seine Partei von ihren monarchischen Forderungen ab, nahmen die Republik als gegebene Tatsache hin und gewannen die Überzeugung, daß ohne Mitwirken der Sozialdemokratie im neuen Reiche nicht regiert werden könne. Als Febrbach zurückgetreten war, wollte sich die Volkspartei nicht wieder sang- und klanglos aus der Regierung verdrängen lassen und versuchte, den Gedanken der Großen Koalition zu verwirklichen. Sie strebte nach Englands Unterstützung, dessen rühriger Botschafter Lord d'Abernon sich großen Einfluß auf einen Kreis deutscher Politiker, auch auf Stresemann, verschafft hatte. Dieser Lord d'Abernon hatte hochfliegende Pläne. Er wollte sein englisches Vaterland, das ebenfalls schwer unter den Nachwirkungen des Krieges litt, entlasten, indem er den deutschen Staatsmännern riet, auch unter Opfern zu einer Verständigung mit Frankreich zu gelangen. D'Abernon richtete dabei sein Augenmerk mehr auf Stresemann als auf Rathenau, in dem er lediglich einen Bolschewisten sah.

Die Beziehungen Stresemanns zur Regierung Wirth waren anfänglich gespannt, sie besserten sich erst seit der Ermordung Rathenaus trotz der von der Reichsregierung hervorgerufenen, gegen das nationalgesinnte Bürgertum gerichteten inneren Verwicklungen. Im Herbst 1922 war Wirth soweit, daß er seine Regierung durch Einbeziehung volksparteilicher Mitglieder nach rechts erweitern wollte. Dieser Versuch scheiterte aber, wie wir sahen, am Widerstande der Sozialdemokratie. Es kam das überparteiliche Kabinett Cuno, welches die Unterstützung Stresemanns und seiner Partei erhielt, bis es, Mitte August 1923, reif zum Sturze war. Jetzt erst, nachdem auch die Sozialdemokratie nicht länger mehr der Großen Koalition widerstrebte, war für Stresemann der Zeitpunkt gekommen, seine Pläne durchzuführen.

**Die Große
Koalition**

Der Reichspräsident beauftragte also den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, **Dr. Stresemann,** mit der Regierungsneubildung. Der neue Reichskanzler brachte zum ersten Male ein Kabinett zustande, das weder nur aus der Revolutionskoalition noch nur aus Mitgliedern bürgerlicher Parteien bestand: er schuf seine **Große Koalition,** welche neben drei Volksparteilern vier Sozialdemokraten, zwei Demokraten und zwei Zentrumsanhänger umfaßte. Das war eine ganz neue Erscheinung in der Republik, und sie bewies, daß in der allgemeinen Not des Vaterlandes sich auch die Sozialdemokratie allmählich dahin geläutert hatte, ihren intransigenten Standpunkt, mit der Volkspartei nicht zusammen in einer Regierung zu sitzen, aufzugeben. Dies konnte sie um so eher, als Stresemann seinem Kabinett zwei Aufgaben stellte, an denen auch die Sozialdemokratie seit langem mitzuarbeiten bereit war: **Aufgabe des passiven Widerstandes und Stabilisierung der deutschen Währung.** Erwartungsvoll blickte das Volk auf diese neue Form der Regierung, die von vielen mißtrauisch als Experiment bewertet wurde. Die deutsch-nationale Presse verhielt sich ablehnend und prophezeite der Regierung eine kurze Lebensdauer. Im Reichstag lehnte Hergt im Namen der Deutschnationalen Volkspartei jede Verantwortung für den Regierungswechsel ab. Die Krise sei in der höchsten Not des Vaterlandes, als die auswärtige Politik Erfolge zu zeitigen schien, unter dem Druck der Straße hervorgerufen worden. Die Deutschnatio-

nale Volkspartei erblicke in dem Vorgehen der Regierungsparteien ein gefährliches Spiel mit den höchsten Interessen von Volk und Vaterland. Die Rückkehr zum System der Parteiregierung könne nicht zu einer Zusammenfassung der Kräfte führen.

Die neue Regierung fand trostlose Zustände vor: ein sich in politischen Gegensätzen zerfleischendes Volk, eine durch die Inflation zerstörte Währung und Wirtschaft, einen nach Millionen zählenden dem Untergange geweihten Mittelstand, ein vom Hunger zur Verzweiflung getriebenes Proletariat, ein von grausamen Feinden gequältes Rhein- und Ruhrgebiet, drohende Aufstände der Nationalsozialisten, der Kommunisten, der Separatisten. Entschlossenes Handeln war nötig, um den Ausweg aus diesem Labyrinth des Unterganges zu finden.

**Zeigner
in Berlin**

Bereits **Mitte August hatte Stresemann den sächsischen Minister nach Berlin kommen lassen und ihm das Gefährliche seiner Handlungen vorgehalten.** Zeigner wies auf die **große Erregung der sächsischen Arbeiterbevölkerung** hin, die sich aus der allgemeinen Notlage des besonders hart betroffenen Industrielandes Sachsen ergeben habe und mit polizeilichen Mitteln allein nicht bekämpft werden könnte. Vorbeugende Maßregeln wirtschaftlicher und finanzpolitischer Art seien erforderlich. Ferner betonte Zeigner den festen Willen der sächsischen Regierung, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Man war einig darin, daß zur schnellen Wiederherstellung normaler Zustände es vermieden werden müsse, die bisherigen bedauerlichen Vorgänge zu politischen Zwecken aufzubauschen, wie es teilweise in der Presse geschehe. Der Reichskanzler stellte **Zeigners volle Zustimmung dazu fest, im Zusammenwirken mit der Reichsregierung die Grundlagen der heutigen Staatsordnung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu schützen.**

Zeigner war als Staatsmann viel zu klug, als daß er nicht die Drohung erkannt hätte, die in diesem letzten Satze versteckt war. Bedeutete der Sinn der Worte doch nichts anderes, als daß eines Tages Reichswehr in Sachsen einrücken und der Herrlichkeit Zeigners ein Ende bereiten würde, wenn der sächsische Ministerpräsident nicht selbst allen Ernstes an einer Besserung der Zustände arbeiten würde. Kaum aber war Zeigner nach Dresden in den Kreis seiner Freunde zurückgekehrt, als er auch schon seinen kühnen Mut wiederfand, der ihm vorübergehend in Berlin verlorengegangen war, alle Bedenken in den Wind schlug und nicht nur das, sondern sogar gegen sein Versprechen die bedauerlichen Vorgänge in der Presse politisch auszubeuten, seinen oben beschriebenen, höchst ordinären Feldzug gegen Geßler intensiv fortsetzte.

Der September wurde durch die rapide steigende Teuerung ein kritischer Monat. Es kam zu Kundgebungen in vielen Orten, die teilweise in offenen Aufruhr ausarteten. Im südlichen Baden, in Lörrach, Säckingern und andern Orten des Wiesetales fanden Lohnverhandlungen statt, und im Anschluß daran hielten die kommunistischen Arbeiter Straßenkundgebungen ab, wobei es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam (14.-18. September). Auf beiden Seiten fielen Schüsse, und es gab Tote und Verwundete. In Freiburg im Breisgau wurde am 19. September der allgemeine Ausstand ausgerufen, der aber bereits nach einem Tage zusammenbrach. Das badische Staatsministerium beugte weiteren Ausschreitungen vor, indem es den Ausnahmezustand über die Amtsbezirke Lörrach, Schopfheim, Schönau und Säckingern verhängte.

**Unruhen
in Sachsen**

In **Sachsen** dagegen ging es anders zu. In Dresden veranstalteten am 11. September die sogenannten revolutionären Erwerbslosen, eine besonders in Sachsen gezüchtete Kategorie, einen Demonstrationenzug, wobei es vor dem Rathaus zu einem Handgemenge mit der grünen Polizei kam. Schüsse krachten hin und her, und acht Demonstranten wurden verletzt. Schon am nächsten Tage wiederholten sich die Vorgänge, und es erwies sich, daß diesen Demonstrationen eine tiefere Absicht zugrunde lag, als nur gegen die Teuerung zu protestieren. Am 24. September wurde die sächsische Hauptstadt aufs neue der Schauplatz von Kundgebungen, radikaler Trupps, die sich die Not der Erwerbslosen zunutze machten und die Schließung der Läden und Banken zu erzwingen suchten. Als die Polizei einen Führer der Demonstranten festnehmen wollte, wurde dieser plötzlich durch einen Schuß aus den Reihen seiner eigenen Leute getötet. All dies spielte sich gleichsam **unter den Augen Zeigners** ab, ohne daß dieser auch nur Miene machte, die Staatsgewalt

gegen derartige Tumulte zu mobilisieren, den Ausnahmezustand zu verhängen. Wehrlos war die Bevölkerung dem Terror und der Brutalität der Putschisten ausgeliefert, und alle anständig Denkenden riefen nach Hilfe. Hatte es nicht den Anschein, als ob der Ministerpräsident mit innerer Freude und äußerem Wohlwollen diese Ereignisse begrüßte? Er wehrte diesen staatszerstörenden Kräften nicht, und ihr Mut wuchs. Am 26. September kam es **in Zittau zu schweren Unruhen**. Ein gewaltiger Demonstrationszug versuchte das Rathaus zu stürmen. Man fuhr einen Wagen mit Mauersteinen heran und bewarf Polizeiwache und Rathaus mit Steinen. Eine Waffenhandlung wurde gestürmt, dann schoß man auf die Polizei. Ein allgemeiner Sturm auf das Rathaus setzte ein. Mit Gewehrfeuer schlug ihn die Polizei ab. Zwei Aufrührer wurden getötet, vierzehn schwer verwundet. Auch einige Polizeibeamte wurden verletzt. - Es war jetzt in Sachsen der Zustand erreicht, daß jeder Bürger, jeder Besitzende vogelfrei war und ohne Bedenken niedergeschossen werden konnte. -

Der Reichskanzler **Stresemann war von vornherein entschlossen, mit Frankreich eine Verständigungsmöglichkeit zu finden**, welche den passiven Widerstand um den Preis der Ruhräumung von seiten der Fran-

**Stresemanns
Verständigungswille**

zosen überflüssig machen würde. Er war zu großem Entgegenkommen bereit. Anfang September erklärte er in Stuttgart, wenn es sich darum handle, daß die am Rhein interessierten Staaten sich vereinigen sollten, um sich die Unversehrtheit des gegenwärtigen Gebietszustandes auf eine zu bestimmende Zeit gegenseitig zu sichern, so sei Deutschland jederzeit bereit, einem solchen Bündnis beizutreten. Jedoch widerstrebe diesem Geiste des Friedens eine Zerstückelung Deutschlands, der Versuch, deutsche Gebiete abzutrennen oder die Grenzgebiete wirtschaftlich und verkehrstechnisch zu beherrschen. Folgte der Reichskanzler in der Sicherheitsfrage dem Vorbild Cunos, so schloß er sich seinem Vorgänger auch bezüglich der Fragen der Ruhrbesetzung, des passiven Widerstandes und der Reparationen an. Dies war das dritte deutsche Sicherheitsangebot innerhalb von neun Monaten. Am 12. September sprach Stresemann vor den Berliner Vertretern der deutschen Presse. Er wies auf die äußerste Spannung nicht nur nach außen, sondern auch im Innern hin. Die Regierung würde es sich als das größte Verdienst anrechnen, wenn sie den Ruhrkonflikt soweit als möglich abkürzen könnte. **Aber die Schwierigkeiten lägen bei Frankreich, bei Poincaré, der positive Pfänder statt allgemeiner Garantien haben wolle.** Deutschland sei ja bereit, auch den Privatbesitz durch hypothekarische Belastung für Reparationszwecke heranzuziehen. Das war ja der Vorschlag Cunos vom Juni schon gewesen. Dadurch sei die Möglichkeit gegeben, daß Frankreich sofort größere Zahlungen erhalte. Dieser Vorschlag sei also geeignet, die Frage des passiven Widerstandes zu erledigen,

"wenn man uns die Sicherheit dafür gibt, daß auf Grund einer solchen Vereinbarung das Ruhrgebiet geräumt wird und im Rheinland die alten Rechte wiederhergestellt werden. Gibt man uns die Sicherheit, daß jeder, der von Rhein und Ruhr vertrieben ist, frei der Heimat wiedergegeben wird, so besteht kein Grund mehr dagegen, dieses große, einst blühende Wirtschaftsgebiet seiner alten Arbeitsfreudigkeit wiederzugeben. Ich hoffe auf die Möglichkeit einer solchen Regelung."

Es handle sich jetzt nicht mehr um Fragen der Parteipolitik, um Einzelinteressen von Berufsständen, sondern um das Leben und Sterben des deutschen Volkes.

Aber alle Hoffnungen Stresemanns auf eine möglichst schnelle Erledigung der Ruhrfrage erwiesen sich als trügerisch. Der **deutsche Verständigungswille scheiterte an der Hartnäckigkeit Poincarés**. Dieser französische

**Poincarés
Hartnäckigkeit**

Staatsmann baute auf die Erhebung der Separatisten, die gerade in jener Zeit im Rheinland einsetzte und von uns in einem späteren Kapitel behandelt wird. Auch hoffte er auf einen Sieg der infolge der Inflation und der Putschversuche radikaler Parteien drohenden Zerrüttung Deutschlands. Mit erregter Freude glaubte sich der französische Ministerpräsident dicht vor der Erfüllung all seiner Ziele und Wünsche. Er sah schon im Geiste das Deutsche Reich aufgelöst, zerfallen, und Rheinland und Ruhrgebiet hatte Frankreich annektiert. "Die unglaubliche Ungeschicklichkeit der deutschen Politik", sagte er einmal in einer Kammersitzung, "die finanzielle Unordnung im Reiche, der Sturz der Mark hätten im Reich den alten Antagonismus zwischen gewissen Gegenden und die Gegensätze

zwischen gewissen Lokalinteressen wieder wachgerufen. Die Folge davon seien zentrifugale Bestrebungen in Bayern, Sachsen, Hannover und an mehreren Stellen der besetzten Gebiete gewesen. In diesen letzteren seien gerade die belgische und die französische Zone der Schauplatz verschiedener Unternehmungen. Die Besatzungsmächte seien keineswegs verpflichtet, die Berliner Regierung gegen Bildung neuer Staaten, gegen die Veränderung bestehender Staaten, ja auch nur gegen den Bruch der Reichseinheit zu schützen. Es sei zweifellos noch verfrüht, vorauszusagen, was sich aus den Ereignissen, die sich augenblicklich in den besetzten Gebieten abspielen, entwickeln werde. Aber an gewissen Stellen, so in Trier und in der Pfalz, scheine doch ein mächtiges Streben nach völliger Unabhängigkeit zu bestehen, und in den Städten, die einem völligen Separatismus am wenigsten geneigt seien, bestehe bestimmt ein wachsendes Verlangen nach Autonomie. Man könne also früher oder später auf Änderungen in der politischen Verfassung des ganzen besetzten Gebietes oder eines Teiles desselben rechnen. Es sei eine Entwicklung von ungeheurer Bedeutung für Frankreich." Und Poincaré vertröstete seine Regierung auf die Zeit, wenn der Wein reif sei.

Gefahren des Reiches

Eine düstere Hoffnungslosigkeit breitete sich nach wie vor über Deutschlands außenpolitische Lage. **Es war gar nicht daran zu denken, daß in absehbarer Zeit der passive Widerstand zu dem erhofften Erfolg der Ruhrbefreiung führen würde.** Stresemann unterschätzte nicht die **kommunistische Gefahr im Innern**, aber er überschätzte sie auch nicht. Er sah diese Gefahr nicht in der unmittelbaren Gegenwart, sondern erst in der Zukunft. Hunderttausende von Arbeitern und Angestellten, die vielleicht heute noch ablehnend den Umtrieben und Hetzereien der Kommunisten gegenüberstanden, würden vielleicht in wenigen Wochen, zur Verzweiflung getrieben durch die weitere katastrophale Zerstörung der Wirtschaft und der Mark, blindlings den staatsfeindlichen Demagogen Folge leisten und Deutschland in ein bolschewistisches Chaos verwandeln. Besonders gefährlich war es, daß die Regierung Sachsens, dieses dichtbevölkerten, reichen und wirtschaftlich blühenden Landes, sich zur Hochburg dieser gefährlichen, staatsumstürzenden Kräfte entwickelte. Abhilfe mußte geschaffen werden, der passive Widerstand, der das Reich und die Wirtschaft mit enormen Summen und Ausgaben belastete und die wirtschaftliche Zerstörung dadurch nur verschlimmern würde, mußte aufgehoben werden, um einer wirtschaftlichen und politischen Gesundung des deutschen Volkes den Weg zu ebnen. Andererseits würde diese Maßnahme eine **Gefahr von rechts** heraufbeschwören. Die aufgepeitschten, zur Tat drängenden Leidenschaften nationaler Kreise würden ungeheure innere Erschütterungen heraufbeschwören. Auch dagegen galt es, sich zu sichern. So berief der Reichskanzler zum 25. September die Ministerpräsidenten der deutschen Länder nach Berlin und verhandelte mit ihnen **die Frage der Stillelegung des passiven Widerstandes**. Man war sich vollkommen einig darüber, daß der passive Widerstand aus innenpolitischen, vor allem aus finanziellen Gründen abgebrochen werden müsse. Dies müsse geschehen in einer der Ehre und Würde des Reiches entsprechenden Form. Sollten etwa Versuche gemacht werden, die Reichseinheit anzutasten, so seien alle verantwortlichen Leiter der deutschen Länder fest entschlossen, die Reichseinheit als ein unantastbares Gut der Nation zu bewahren und zu verteidigen.

Aufhebung des passiven Widerstandes

Am folgenden Tage **proklamierte die Reichsregierung die Einstellung des passiven Widerstandes**. Die Unterstützungen des Reiches für Rhein und Ruhr wüchsen ins Ungemessene. In der vergangenen Woche seien allein für diesen Zweck 3 500 Billionen Mark ausgegeben worden, in der laufenden Woche verdoppele sich die Summe. Das Reich sei nicht mehr in der Lage, die feiernden Beamten und Arbeiter an Rhein und Ruhr zu bezahlen. Mit furchtbarem Ernst drohe die Gefahr, daß beim Festhalten an dem bisherigen Verfahren die Schaffung einer geordneten Währung, die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens und damit die Sicherung der nackten Existenz für das deutsche Volk unmöglich werde. Diese Gefahr müsse im Interesse der Nation abgewendet werden. "Um das Leben von Volk und Staat zu erhalten, stehen wir heute vor der bitteren Notwendigkeit, den Kampf abzubrechen." Um allen Störungen von rechts oder links vorzubeugen, verordnete der Reichspräsident gleichzeitig die **Diktatur des Reichswehrministers**. Beschränkungen der persönlichen Rechte und Freiheit, des Eigentums, der Presse und Versammlungen, Eingriffe in das Brief-, Fernsprech- und Telegraphen-

geheimnis über das verfassungsmäßige Maß hinaus seien zulässig und notwendig. Die vollziehende Gewalt wurde dem Reichswehrminister übertragen, und dieser hatte das Recht, ohne die Zustimmung des Parlamentes einzuholen, sofort einzuschreiten, sobald von irgendeiner Seite die Sicherheit des Reiches oder der Staatsform bedroht oder angegriffen wurde. - Über Deutschland aber brauste es wie das Dröhnen einer nahenden Sturmflut.



3. Kapitel: Die Reichsexekution gegen Sachsen und Thüringen, Putsch in Küstrin, Erhebung in Bayern, Hungerrevolten.

**Exekutivgewalt
der Reichswehr
in Sachsen**

Bereits am 27. September übertrug der Reichswehrminister Dr. Geßler **die vollziehende Gewalt im Freistaat Sachsen auf den Kommandeur des Wehrkreises IV, Generalleutnant Müller in Dresden.** Es waren bei der Verkündung der Militärdiktatur für die einzelnen Wehrkreise gleichzeitig Zivilkommissare ernannt worden, welche die Generale hinsichtlich der zivilen Staatsverwaltung zu unterstützen hatten. Dr. Zeigner hatte den Wunsch, selbst einen Zivilkommissar zu ernennen, und nicht einen vom Reiche verordneten zu erhalten. Aber Geßler lehnte den Wunsch ab. Es liege offensichtlich in Sachsen eine nicht ganz zutreffende Beurteilung des Wesens des militärischen Ausnahmezustandes und insbesondere der Aufgabe des Regierungskommissars vor. Der militärische Ausnahmezustand solle für Zeiten gespannter Lage die sonst fehlende Reichsexekutive schaffen. Seinem Unmut gegen die Reichsregierung machte Zeigner in seinem amtlichen Blatt, der *Sächsischen Staatszeitung*, Luft, indem er erklärte, die Sozialdemokratie stehe im Reich heute vor der Frage, ob sie durch eine rücksichtslose, von Koalitionshemmungen befreite Politik das Vertrauen der Massen erhalten oder auf dem Wege weiterer Konzessionen langsam verbröckeln und damit den Ausblick in eine wirkliche deutsche Demokratie zerstören wolle. In wesentlich schärferen Tönen und Drohungen ergingen sich die **kommunistischen Zeitungen**; sie riefen zum Generalstreik auf, zum Protest gegen die brutale Militärdiktatur; die Republik sei in Gefahr, wenn ihr Schutz der Reichswehr anvertraut sei, die ja mit monarchistischen Verbänden zusammenarbeite. Man forderte sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes. **General Müller verbot hierauf sämtliche kommunistischen Zeitungen Sachsens auf unbestimmte Zeit.**

Den ganzen Umständen nach hielt Zeigner seine Lage für äußerst günstig. Aus allen Teilen des Reiches trafen Nachrichten von Teuerungsunruhen ein, welche sich besonders in den Großstädten, z. B. Mannheim, Berlin, Breslau abspielten und zum Teil einen blutigen Charakter annahmen. Das deutsche Volk schüttelte sich wieder einmal im Wechselfieber einer Revolution, und Zeigner hoffte zuversichtlich auf den bevorstehenden Ausbruch einer großen Bewegung, indem er materielle Beweggründe mit politischen verwechselte. Thüringen war Sachsens Beispiel gefolgt. Nationalsozialistische Unruhen hatten sich in Preußen und Bayern entwickelt. Am Rhein tobten die Separatisten. Und schließlich saßen ja in der Reichsregierung auch Sozialdemokraten, die schon dafür sorgen würden, daß im rechten Augenblick der Reichswehr in Sachsen die Hände gebunden würden.

Angesichts der Gefahr, welche der deutschen Republik von der Reichswehr in Sachsen drohte, hatten sich die **Kommunisten entschlossen, der sächsischen und thüringischen Regierung ihren Eintritt anzubieten.**

**Kommunistischer
Generalstreikbeschluß**

Auch gaben sie sich alle erdenkliche Mühe, zur Unterstützung der bedrängten sächsischen Regierung **im Reiche den Generalstreik zu entfachen** und die Lebensmittelkrawalle ins Politische zu ziehen. Damit hatten sie aber kaum Erfolg, denn die Arbeiterschaft war müde und verdrossen und zeigte wenig Lust, ihre Nahrungsmittelsorgen für politische Experimente ausschachten zu lassen. Die Reichszentrale der kommunistischen Partei teilte dem Volke am 5. Oktober den Entschluß zum Eintritt in die sächsische und thüringische Regierung mit folgenden Worten mit:

"Angesichts der großen Gefahr, die dem deutschen Proletariat und vor allem der sächsischen und thüringischen Arbeiterschaft droht, die das erste Angriffsziel des Faschismus bildet, hat die Zentrale der KPD. beschlossen, alle Bedenken zurückzustellen und in die thüringische und sächsische Regierung einzutreten, um gemeinsam mit den thüringischen und sächsischen Sozialdemokraten die Arbeiterschaft zur Abwehr der faschistischen Gefahr zusam-

menzuschweißen. Die Zentrale der KPD. ist davon überzeugt, daß die gesamte Arbeiterschaft im Reich die sächsische und thüringische Regierung verteidigen und verhindern wird, daß die Faschisten die thüringische und sächsische Arbeiterschaft niederschlagen."

Am gleichen Tage fand **in Dresden eine Besprechung zwischen dem Landesarbeitsausschuß und der Landtagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Sachsens** statt, wobei das Regierungsprogramm für den Eintritt der Kommunisten in die Regierung

***Eintritt der Kommunisten
in die sächsische
Regierung Zeigners***

aufgestellt wurde. Das Programm sah folgendermaßen aus: Ziel der gemeinsamen Arbeit sollte sein die Befestigung der Republik, die Hebung der sozialen Lage der werktätigen Bevölkerung, Reform der Wirtschaft auf sozialistischer Grundlage, planmäßiger Ausbau und Erweiterung der Staatsbetriebe, vollständige Republikanisierung der Landespolizei, Verbot aller illegalen antirepublikanischen Versammlungen, Ausbau der proletarischen Hundertschaften als Abwehrorganisationen gegen die Feinde der Republik. "Ihre Verwendung für den Schutz der Republik ist vorzubereiten", das heißt sie sind restlos zu bewaffnen. Der Staatsapparat sollte von allen republikfeindlichen Elementen befreit werden. Ferner sollten Kontrollausschüsse zur Bekämpfung des Wuchers gebildet werden. Lebensmittel sollten durch Zwangslieferungen beschafft werden. Für die Besitzenden wurde schärfste Besteuerung vorgesehen. Von der Reichsregierung wollte man eine durchgreifende Republikanisierung der Reichswehr fordern, ferner Säuberung von reaktionären Offizieren und rücksichtslose Anwendung der Schutzgesetze. Ferner wollte man schärfste Besitzbesteuerung, Erfassung der Sachwerte und gesetzliche Festlegung des Achtstundentages verlangen. Wohnungsbau und produktive Erwerbslosenfürsorge sollten gefördert werden. Schließlich beschloß man, eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten zu bilden, welche alle Vorlagen und Anträge der Regierung und beider Parteien vor ihrer Erledigung im Plenum durchberaten sollte, gewissermaßen als oberster Sowjet.

Feilschten Sozialdemokraten und Kommunisten bei früheren Gelegenheiten wochenlang miteinander, ohne zu einem Ergebnis zu kommen, so wurden sie diesmal im Handumdrehen einig, da Gefahr im Verzuge war. **Seit früh neun Uhr tagte am 8. Oktober die sächsische Regierung mit den Leitungen der beiden Parteien**, und am 10. Oktober lag die Ministerliste fertig vor. Zeigner behielt das Präsidium, vier Minister waren Sozialdemokraten, zwei Kommunisten: der Finanzminister Böttcher, von Beruf ehemaliger Buchdrucker, und der Wirtschaftsminister Heckert, ein früherer Maurer, der außerdem ein Mitbegründer der USPD. und des Spartakusbundes war. Die Leitung der Sächsischen Staatskanzlei wurde dem Kommunisten Brandler übertragen, der ebenfalls das Maurerhandwerk gelernt hatte, ein Freund und Spießgeselle von Max Hölz war, infolgedessen zu fünf Jahren Festung verurteilt, dann aber entflohen und amnestiert worden war.

Zeigner stellte die neugebildete Regierung dem Landtag als die "**Regierung der republikanischen und proletarischen Verteidigung**" vor. Sie werde sich jederzeit als die Regierung der gesamten werktätigen Bevölkerung fühlen und betätigen. Um ihren Abwehrkampf führen zu können, werde sie den Staatsapparat weiterhin energisch säubern von allen, die für die verfassungswidrige Diktatur des Großkapitals offen oder versteckt tätig seien. Sie rechne bei ihrem Kampfe gegen die Feinde der Republik nicht nur mit den staatlichen Machtmitteln, sondern erwarte die opferbereite Mitarbeit aller proletarischen Schichten und ihrer Organisationen; diese Organisationen mit allen Kräften zu fördern, werde eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung sein.

Der sächsische Ministerpräsident führte jetzt sein schwerstes Geschütz ins Feld, seine **wohlbewaffneten proletarischen Hundertschaften**. Es war schon ganz unsicher geworden auf den Landstraßen, denn überall trieben sich die sogenannten "Kontrollausschüsse" herum, Rudel von einem Dutzend bewaffneter junger Burschen, welche die Kraftwagen auf offener Landstraße anhielten und mit vorgehaltenen Revolvern eine Durchsuchung nach Waffen erzwangen. Der Kraftwagen der Stadt Zwickau wurde bei einer solchen Gelegenheit durch Steinwürfe schwer beschädigt. Besonders schlimm waren die Zustände in Westsachsen: Chemnitz, Werdau, Aue, Annaberg. Im Erzgebirge hatten die "Kontrollausschüsse" Ausweise, von den Bürgermeistern der Städte unter-

***Proletarische
Hundertschaften und
Kontrollausschüsse***

schrieben, welche sie berechtigten, nachts auf der Straße jeden Kraftwagen nach Waffen zu durchsuchen. Banden drangen in die Wohnungen bekannter Anhänger bürgerlicher Parteien ein und nahmen Haussuchungen nach Waffen und Belastungsmaterial vor. Diese "Ausschüsse" rekrutierten sich, wie die "Hundertschaften", fast ausschließlich aus radikalen Jugendlichen, die auch gegen die zurückhaltenden älteren Arbeiter den schlimmsten Terror ausübten und sie bis in die Familien hinein bedrängten. Von den Betrieben erpreßten sie Geld und Lebensmittel, sie drangen in Kaufläden ein und plünderten sie, ohne daß sie zur Rechenschaft gezogen wurden; sie mißhandelten wehrlose Bürger und fühlten sich als die Herren. Sie kümmerten sich nicht um den militärischen Ausnahmezustand, sondern fuhren unbekümmert fort, die Bevölkerung durch Drohungen und Gewalttaten zu drangsalieren. Ja, der provisorische Zentralausschuß der roten Hundertschaften verlangte sogar unverzüglich Bildung einer gemeinsamen Kampfleitung.

***Verhalten der Reichswehr -
Forderung des Generals Müller***

General Müller verfügte am 13. Oktober die Auflösung der Hundertschaften und Aktionsausschüsse und verbot jede Neugründung dieser Art, außerdem forderte er sofortige Ablieferung der Waffen in ihrem Besitz. In der Tat wurden in Dresden größere Waffenbestände des Proletariats von der Reichswehr beschlagnahmt (17. Oktober). Aber die roten Hundertschaften erklärten, sie dächten gar nicht daran, sich aufzulösen. Es wurden Versammlungen einberufen, die überfüllt waren und laute Proteste losließen. In einer solchen kommunistischen Versammlung im Zoo zu Leipzig, die angeblich von 6000 Arbeitern und Arbeiterinnen besucht war, sprach am 13. Oktober der kommunistische Minister Böttcher. Es gäbe entweder eine weiße oder eine rote Diktatur. Das Proletariat müsse bewaffnet werden. Die Arbeiterschaft protestiere gegen das Verbot der proletarischen Hundertschaften und sei gewillt, dies Kampfmittel nun erst recht auszubauen. An diesem Tage war auch Roßbach aus dem Leipziger Untersuchungsgefängnis entlassen worden. Auf Zeigners Anordnung bemühte sich die Polizei, diesen "reaktionären Bandenführer" wieder einzufangen; allerdings vergeblich.

Der Hohn auf die Reichswehr und die Autorität des Reiches konnte nicht blutiger sein, und es erweckte allgemeine Verwunderung, daß das Heer eine so langmütige Untätigkeit zur Schau trug. Man führte diese Erscheinung mit Recht auf gewisse hemmende Einflüsse der sozialdemokratischen Reichsminister zurück, auf die Zeigner im stillen seine Hoffnung setzte. Man war in bestimmten Berliner Kreisen der Ansicht, die Anwesenheit der Truppen allein würde genügen, um geordnete Zustände wiederherzustellen. Ein aktives Eingreifen, so fürchtete man, werde nur die Erbitterung steigern und Blutvergießen verursachen. Um den Reichskanzler Stresemann zu binden, drohten die sozialdemokratischen Minister stets mit ihrem Rücktritt, den der *Vorwärts* tatsächlich auch verlangte. Wäre dieser erfolgt, dann wäre die Sozialdemokratie offen auf die Seite der Aufrührer getreten, und der Bürgerkrieg war entfesselt im ganzen Reiche. Dieser Möglichkeit trug Stresemann Rechnung und mußte sich infolgedessen zu Zugeständnissen in Sachsen verstehen. So wurden zunächst sozialdemokratische Zivilkommissare ernannt, welche Kompetenzstreitigkeiten heraufbeschworen und auf diese Weise nach dem Wunsche ihrer Berliner Freunde die militärische Energie des Generals Müller lahmlegten. Es war für den Reichskanzler ebenso schwierig wie für den General, sich in Sachsen durchzusetzen. Ohne Zweifel spielten für die Sozialdemokratie Erinnerungen an die Jahre 1918, 1919 und 1920 eine große Rolle bei ihrem Verhalten.

Einen harten Stoß versetzte es jedoch Zeigner, **als ihm am 16. Oktober die Befehlsgewalt über die gesamte Landespolizei entzogen und diese dem Kommando der Reichswehr, General Müller, unterstellt wurde.** Der Ministerpräsident erging sich in schweren Vorwürfen vor dem Landtag:

***Befehlsgewalt über
sächsische Landespolizei
bei General Müller***

"Eine Republik, eine Demokratie, die leider so wenig imstande gewesen ist, die großen Zusagen zu halten, die in der Reichsverfassungsurkunde niedergelegt sind, die darf doch wohl ganz ernstlich unter Kritik gestellt werden! Auch die Verfassung war ein Eid, gegeben dem deutschen Volke. Dieser Eid ist noch nicht eingelöst worden. Man soll uns und den andern Herren, die aus der kommunistischen Partei mit uns gemeinschaftlich sich jetzt dieser mühseligen Arbeit unterziehen, den Karren aus dem Dreck herauszuholen, in den die Reichs-

politik ihn hineingefahren hat, nicht vorwerfen, wir seien es, die nicht fähig, nicht gewillt seien, diesen in der Verfassung niedergelegten Eid zu halten."

So also wurde Zeigners ehrlicher Wille, die republikanische Verfassung zu schützen, belohnt! In furchtbarem Groll wettete er am folgenden Tage gegen die Reichsregierung, gegen Bayern, gegen die Reichswehr. General Müller habe von ihm Aufklärung über Böttchers Ausspruch in Leipzig am 13. Oktober verlangt.

"Wir lehnen es ab, ihm überhaupt Antwort zu geben. Wir stehen auf dem Boden der Verfassung. Wir werden verfassungsmäßige Anordnungen einer über uns stehenden Reichsbehörde ausführen, das weiß das Wehrkreiskommando. Für den Fall aber, daß Herr General Müller seine Andeutung wahr machen sollte, daß er die Fortführung der Mitarbeit der sächsischen Regierung nur gestatten werde, falls wir ihm Rede und Antwort geben, für diesen Fall erkläre ich schon jetzt, Herr General Müller scheint nicht zu wissen, daß er im Begriff ist, den Boden des Rechtes und der Verfassung zu verlassen. Wir warnen, aber wir warnen nicht nur, wir fordern auch von dieser Stelle aus von der Reichsregierung, daß endlich gegen ein so unwürdiges Verhältnis durchgegriffen und eingeschritten wird. Von der sächsischen Bevölkerung aber erwarten wir, daß sie sich geschlossen zur Verteidigung hinter die Regierung stellt."

**Verhalten der
Regierung Zeigner**

Diese Unbotmäßigkeit brachte das Maß zum Überlaufen. Nachdem auch Bayern die diplomatischen Beziehungen zu Sachsen abgebrochen hatte für die Dauer der kommunistischen Regierung, schrieb General Müller am 20. Oktober dem Ministerpräsidenten einen Brief, worin er mitteilte, **daß er beauftragt sei, mit den ihm zur Verfügung stehenden und zur Verstärkung geschickten Machtmitteln verfassungsmäßige und geordnete Verhältnisse wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten.** Gleichzeitig wurde der Bevölkerung durch Aufruf des Wehrkommandos folgendes bekanntgegeben: "Durch fortwährende Eingriffe in die Produktion drohe das wirtschaftliche Chaos. Man strebe nach der gewaltsamen Aufrichtung der Vorherrschaft einer Klasse, nach der Rätediktatur. Der Kommunist Böttcher habe öffentlich hierzu aufgefordert. Solches Verhalten sei Hochverrat gegenüber dem Reiche. Im Lande und bei den Auführern werde dadurch der Glaube erweckt, als stünde die sächsische Regierung hinter den Auführern."

Generalstreik

Die Regierung Zeigner beruhigte sich nicht hierbei, sondern, im Glauben an die fernere Untätigkeit der Reichswehr und an die Unterstützung der gesamten deutschen Arbeiterschaft, versuchte ihren letzten Trumpf, den **Generalstreik**, auszuspielen. Am 21. Oktober tagte in Chemnitz ein Betriebsrätekongreß, auf dem der kommunistische Ministerialdirektor der sächsischen Staatskanzlei, Brandler, zum Generalstreik aufforderte, ohne allerdings dabei die Zustimmung der Betriebsräte zu erhalten. Der Arbeitsminister Graupe beantragte nach diesem Mißerfolg, die Frage einer Kommission von vier Kommunisten und vier Sozialdemokraten zu überweisen mit dem Auftrag, sofort den Generalstreik auszurufen, sobald die Reichswehr etwas gegen Sachsen unternahme. Der kommunistische Wirtschaftsminister Heckert wandte sich gegen die privatkapitalistische Wirtschaft, und der sattsam bekannte Finanzminister Böttcher erging sich in scharfen Worten gegen General Müller, Reichskanzler und Reichspräsident, worauf Graupe den Austritt der Sozialdemokraten aus der Großen Koalition forderte. Die Delegierten aus dem Reiche erklärten, daß bei etwaigen militärischen Aktionen gegen Sachsen die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands geschlossen hinter der sächsischen Regierung stehen würde. Von dem Eifer dieser Regierung zeugte auch die Tatsache, daß sie den Entwurf eines Vertrages mit Sowjetrußland wegen Hergabe eines Brotkredites an Sachsen fertiggestellt hatte, der dann später, am 28. November, vom Landtag in geheimer Sitzung abgelehnt worden ist. Große Plakate verkündeten dem hungernden Volk in den Städten, daß die Kommunistische Internationale in Moskau 25 000 Zentner Mehl nach Sachsen verfrachtet habe. Dies sei der Dank des russischen Proletariats für die Hilfe der deutschen Arbeiter während der russischen Hungerperiode. Nicht ein Zentner davon erreichte Sachsen.

**Eingreifen der
Reichswehr**

Jetzt endlich entschloß sich die Reichswehr nach allzu langem Zaudern zum

aktiven Eingreifen. Die Sprache der sächsischen Gewalthaber wurde immer deutlicher, unverhölener, herausfordernder, und mit Eifer betrieben sie die Bewaffnung und Organisation der proletarischen Hundertschaften. Die Dinge mußten eines Tages zur Katastrophe treiben, besonders jetzt, da die sächsische Regierung auch vor dem Generalstreik nicht mehr zurückscheute, der, wie man seit Jahren erfahren hatte, immer der Anfang eines kommunistischen Bürgerkrieges war. Die Truppen hatten erhebliche Verstärkungen erhalten durch das Zusammenziehen entfernter Formationen an der preußischen Grenze, und am 22. Oktober rückte eine Abteilung in **Meißen** ein. Aus dem Hinterhalt wurde auf die Artillerie geschossen, doch binnen kurzem war die Reichswehr Herr der Lage. Am folgenden Tage wurden **Dresden** und **Pirna** besetzt. Während der Einmarsch in der sächsischen Hauptstadt ohne Zwischenfall vor sich ging, kam es in Pirna zum Feuergefecht, das von den Auführern eröffnet wurde. Einer der aufsässigen Erwerbslosen war tot, mehrere wurden verletzt. Die Truppen verblieben in der Gegend Pirna, Niedersedlitz, Potschappel, Grimma, Bad Lausick, Borna, Ölsnitz, Plauen i.V. In den Orten dicht westlich von Dresden mußten sie öfter gegen radikale Elemente durchgreifen, die sich zusammenrotteten, die Reichswehr beschimpften und mit Waffen bedrohten. Die Auführer setzten ihrer Entwaffnung zähen Widerstand entgegen, so daß nur gründliche Haussuchungen Erfolg versprachen.

Als Zeigner erkannt hatte, daß es Ernst würde mit der Reichsexekution, mäßigte er in etwas wenigstens seine Ausdrücke; er zog sich auf die erste Rückzugslinie zurück und warnte seine Scharen dringend vor Unbesonnenheiten. "In diesen Wochen werde in Sachsen die Frage entschieden, ob die deutsche Republik zu einer Farce werden oder leben und sich entwickeln solle", meinte er im Landtag. Aber alle Unbesonnenheiten seien zu vermeiden, damit die Reichswehr keinen Grund zum Einschreiten habe; eiserne Selbstzucht sei notwendig gegen diesen Ansturm, der nur erfolge, weil das sächsische Proletariat sich geeinigt habe.

Vorgänge in Freiberg

Am 27. Oktober rückte eine Reichswehrkompanie in die Bergstadt **Freiberg** ein. Eine von finsterem, fanatischem Haß beseelte Menschenmenge empfing die Soldaten mit verwegenen Drohungen. Männer, Weiber und Kinder drängten sich in den Straßen. Der Offizier forderte mehrmals zum Auseinandergehen auf. Höhnische Weigerung war die Antwort. Die Soldaten mußten schießen. Wilde Erregung zischte über die Massen, und im Nu krachten Schüsse aus der Menge gegen die Truppe. Es zeigte sich, daß alles nach einem überlegten Plane sorgfältig vorbereitet war. Ein Haus der "Roten Grube" war der Stützpunkt der Meuternden. Von hier gab es sogar Maschinengewehrfeuer. Ein erbittertes Handgemenge entstand, in dem 23 Auführer getötet, 31 verletzt wurden. Zuletzt stürmte die Menge in regelloser Flucht davon. So sehr also war schon den Regierenden die Führung über die Massen, die sie gerufen hatten, aus den Händen geglitten, daß Zeigners Mahnung zur Zurückhaltung nicht mehr beachtet und blutiger Straßenkampf heraufbeschworen wurde! In den Leidenschaften, die sie entfesselt hatte, ging die sächsische Regierung unter.

Reichskommissar Heinze

Es war nur die letzte Drehung der Schraube, als der Reichskanzler nach Ermächtigung durch den Reichspräsidenten am 29. Oktober den **ehemaligen Reichsjustizminister Dr. Heinze zum Reichskommissar für Sachsen** ernannte. Er sollte die verfassungsmäßigen Zustände wiederherstellen. Damit sei unvereinbar, daß Kommunisten an der Regierung teilnahmen. Es müsse eine Regierung ohne Kommunisten gebildet werden, hinter der die Mehrheit des Landes stehe. Bis diese Regierung gebildet sei, sollten alle Rechte auf den Reichskommissar übergehen. Dieser sei angewiesen, die Bildung einer solchen Regierung möglichst zu unterstützen. Auch sollten Landes- und Gemeindebehörden, die sich gegen die Verfassung auflehnten, ihrer Stellung enthoben und andere Personen mit der Führung der Geschäfte beauftragt werden. Das war der Todesstoß für die sächsische Regierung. **Unverzüglich, noch am gleichen Tage, enthob der Reichskommissar die sächsischen Minister ihrer Ämter.** Das Landtagsgebäude, das Ministerialgebäude und das Haupttelegraphenamt in Dresden wurden von Truppen besetzt, im Gebäude der Ministerien erschien ein Offizier, von Soldaten begleitet, und forderte die Minister auf, sofort ihre Dienststellen zu verlassen. Die Minister befolgten ohne Widerrede die Weisung, nur der Kommunist Böttcher erklärte, er wei-

Absetzung der Regierung Zeigner

che allein der Gewalt. Darauf führten die Soldaten ihn hinaus. Solch ein unwürdiges Ende fand die Regierung Zeigner, nachdem sie in maßloser Verblendung der Ordnung und der Reichsgewalt Trotz geboten hatte! Aber sie beruhigte sich nicht damit. Sie erließ einen Aufruf an ihr Volk, worin sie vom Staatsstreich und Verfassungsbruch der Reichsregierung sprach. Der Staatsstreich vermöge nichts an der Tatsache zu ändern, daß die sächsische Regierung nach wie vor die gesetzliche Vertretung des Landes sei. Sie sei nur der Gewalt gewichen und erwarte, daß die verfassungstreue Bevölkerung zu ihr stehe. Da mußte Zeigner eine neue Demütigung erleben: der Landtag wandte sich von ihm ab und entschloß sich zur Wahl eines neuen Ministerpräsidenten. Darauf teilte Zeigner dem Landtag mit (30. Oktober), daß er das Amt des Ministerpräsidenten niederlege.

Die hinter Zeigner stehenden revolutionären Massen proklamierten zum Protest einen dreitägigen Generalstreik. Aber es zeigte sich, daß nicht, wie der abgesetzte Ministerpräsident behauptet hatte, die Gesamtheit der arbeitenden Massen mit seiner Politik einverstanden war. In Bautzen allerdings ruhten sämtliche Betriebe. Es gab keine Elektrizität, kein Wasser und keine Zeitungen. Nur teilweise gestreikt wurde in Chemnitz und Zwickau, während in Dresden, Leipzig und Freiberg zum größten Teil gearbeitet wurde. Doch die Not zwang auch die Streikenden, schnell wieder an die Arbeit zu gehen.

Der Reichskommissar setzte eine **interimistische Regierung** ein, doch schon am 30. Oktober wurde vom Landtag der Sozialdemokrat Fellisch mit 46 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. Als dann am 1. November die neue Regierung gebildet war, trat Heinze zurück.

**Interimsregierung
Fellisch**

Am letzten Oktobertage kam es in **Großhain** noch zu einem größeren Krawall, wobei 15 Personen verwundet wurden. Die Menge wollte einen von vier Reichwehrsoldaten verhafteten Kommunisten befreien, wurde aber von der Polizei zurückgetrieben. Aber die Gefahr war vorüber, Sachsen wurde ruhiger. Brandler, der verhaftet werden sollte, floh nach Moskau, und **Zeigner wurde zum Landgerichtsdirektor in Dresden ernannt**. Vierzehn Tage später legte er sein Landtagsmandat nieder. Am 21. November nachts halb zwölf Uhr wurde er verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis nach Leipzig überführt. Er hatte sich nämlich schon während seiner Tätigkeit als Justizminister der Bestechlichkeit schuldig gemacht. Er hatte verschiedenen Leuten, welche wegen Lebensmittelwuchers verurteilt worden waren, Strafen erlassen und dafür Geschenke entgegengenommen, einen Pelzmantel, einen Siegelring, ein Brillantkollier für seine Frau, Zigarren, Mehl, einen Schinken, Würste, Geflügel, einen Sack Kaffee, ja sogar Geld. Auch hatte er es sich gefallen lassen, daß ihm von Moskau aus Geschenke für den in Aussicht gestellten Handelsvertrag mit Rußland gemacht worden waren. So wurde der Mann, der sich als der treueste Hüter der republikanischen Verfassung gebärdete, der gemeinsten Verbrechen überführt! Das Schicksal hatte ihn nicht nur politisch vernichtet, sondern auch menschlich. Er wurde im März 1924 zu drei Jahren Gefängnis und Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Es kriselte noch wochenlang in Sachsen. Fellisch, das Haupt der neuen sozialdemokratischen Regierung Sachsens, kritisierte zwar das Vorgehen des Reiches gegen Zeigner, versprach aber doch, alles tun zu wollen, um das Wirtschaftsleben zu fördern. Die Kommunisten stellten einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung, und die Deutsche Volkspartei beantragte Landtagsauflösung. Diese wurde aber mit den 48 Stimmen der Sozialdemokraten und Demokraten gegen die 48 Stimmen der Deutschnationalen, Deutschen Volkspartei und Kommunisten abgelehnt. Auch der kommunistische Antrag auf Landtagsauflösung vom 29. Dezember wurde abgelehnt. Die Krisis erreichte erst dadurch ihr Ende, **daß am 4. Januar 1924 eine Koalitionsregierung gebildet wurde, in der außer vier Sozialdemokraten ein Demokrat und zwei Volksparteiler saßen**. Eine Landtagsauflösung erwies sich nun als überflüssig. -

**Sozialistisch-kommunistische
Regierung in Thüringen**

Das sozialdemokratisch-kommunistisch regierte Sachsen fand einen eifrigen Bundesgenossen an **Thüringen**. Hier lagen allerdings die Verhältnisse insofern etwas anders, als die gebirgige Gestalt des Landes, die schwierigen Verkehrsverhältnisse und die ausgedehnten Wälder den Zusammenschluß kompakter Massen wesent-

lich erschwerte, während Sachsen ein dichtbevölkertes Arbeiterland mit guten Eisenbahnverbindungen ist. Die thüringischen Unruheherde waren die Industriestädte, die vor allem im nördlichen Teile des Landes und im Osten lagen, wo sie den Ausstrahlungen Sachsens unterlagen: Apolda, Weimar, Gotha, Jena, Gera, Greiz, Schleiz. - Wie in Dresden, hatten auch **in Weimar Besprechungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten Anfang Oktober stattgefunden**, die einen Eintritt der Kommunisten in die Regierung zur Folge hatten. Das bei dieser Gelegenheit aufgestellte Regierungsprogramm glich im wesentlichen dem sächsischen. Man versprach sich gegenseitig Abwehr der Reaktion und Militärdiktatur in engster Verbindung mit der sächsischen Regierung, verschärfte Besitzsteuern und Abwälzung der Reparationen auf die Besitzenden, schärfsten Kampf gegen alle Pläne, die, gestützt auf Bayern und die Militärdiktatur, den Ruhrkonflikt auf Kosten der werktätigen Bevölkerung liquidieren wollten; die sozialdemokratisch-kommunistische Regierung Thüringens sollte mit allen Kräften gefestigt und erhalten werden, auch wollte man alle Kräfte unterstützen, die, ebenso wie in [Sachsen], die Bildung einer Arbeiterregierung für das Reich zu verwirklichen suchen. Republikanische Notwehren zum Schutze der Verfassung sollten geschaffen und ausgebaut und der Regierung zur Verfügung gestellt werden, eine Angelegenheit, die durch Bekämpfung der nationalen Geheimorganisationen mit Hilfe der Polizei besonders wirksam werden sollte. Den nach sächsischem Muster zu bildenden Kontrollausschüssen sollte die Anerkennung der Behörden gewährt werden. Die Schulreform sollte nach der Einheitsschule hin fortgeführt werden. Schließlich wurde, wie in Sachsen, als oberste Kontrollinstanz für alle dem Parlamente vorzulegende Gesetzentwürfe ein parlamentarischer Arbeitsausschuß begründet.

Zustände in Thüringen

Schon am 7. Oktober war der thüringische Ministerpräsident Frölich mit seinem Justizminister nach Leipzig geeilt, wo er im Volkshaus mit Dr. Zeigner und dem sächsischen Justiz- und Innenminister zusammentraf, um eine Allianz der mitteldeutschen Staaten gegen den "anwachsenden bayerischen Faschismus" abzuschließen.

Am 16. Oktober war die neue Regierung gebildet. Ihr gehörten drei Sozialdemokraten und zwei Kommunisten an: Dr. Korsch für Justiz und Tenner für Wirtschaft. Zwar lehnten 24 Landtagsabgeordnete das neue Regiment ab, aber die 48 Sozialdemokraten und Kommunisten sprachen sich dafür aus. Die **Forderung der bürgerlichen Parteien auf Landtagsauflösung** blieb unberücksichtigt. Der sozialdemokratische Innenminister Frölich erklärte, die Aufgabe der thüringischen Regierung sei deshalb so wichtig, weil Thüringen das Grenzland Bayerns sei und dieses an der Ausführung seiner Absicht hindern müsse, den "Marsch nach Berlin" anzutreten und die "Herrschaft des Marxismus zu brechen". In Hirschberg, einem thüringischen Grenzort am Oberlauf der Saale, kam es dann auch zu einem Scharmützel zwischen bayerischen Nationalsozialisten und Angehörigen proletarischer Organisationen, worauf bayerische Polizisten und mit Karabinern bewaffnete Zivilisten an der thüringischen Grenze erschienen. Aber die kleinen Grenzzwischenfälle, gewissermaßen aus der politischen Hochspannung zwischen dem bayerischen und thüringischen Nachbar hervorgegangen, blieben ohne Bedeutung.

Terror der proletarischen Hundertschaften

Machtvoll entwickelten sich die **proletarischen Hundertschaften**. Sie waren, wie in Sachsen, gut bewaffnet und hielten in größter Sorglosigkeit an Sonntagvormittagen ihre militärischen Übungen ab. Sie bestanden fast ausnahmslos aus jungen, unreifen Burschen, die im Gefühle ihrer Überlegenheit einen verwegenen Terror in der Fabrik, auf der Straße und in der Familie ausübten. Sie maßten sich Aufsichtsrechte bei der Verteilung der Lebensmittel an, erzwangen sich Einlaß auf den Gütern, beschlagnahmten Getreide, suchten nach Waffen. Ja, es kam auch vor, daß Feldscheunen voll wertvollen Brotgetreides über Nacht ein Raub der Flammen wurden, wenn sie einem besonders unbeliebten Besitzer gehörten. Man drang in Wohnungen ein, veranstaltete Haussuchungen nach monarchistischen Umsturzplänen und Waffen; Angehörige der Rechtsparteien wurden auf offener Straße überfallen und mißhandelt. Selbst die Reichswehr wurde angegriffen; so kam es in Meiningen eines Nachts zu einem großen Handgemenge zwischen 40 Soldaten und über 200 Zivilisten, von denen zwei getötet und sieben verwundet wurden (14. Oktober). Man träumte von sowjetrussischer Herrlichkeit und erwartete

sehnsüchtig, daß Moskaus Heerscharen der thüringischen und sächsischen Regierung zu Hilfe eilen sollten. Trotzdem Generalleutnant Reinhardt, der Kommandeur des fünften Wehrkreises, von der Regierung die **Auflösung und Entwaffnung der Hundertschaften** gefordert hatte, taten die verantwortlichen Stellen nicht das geringste, um dem Unwesen und der Drangsalierung friedlicher Bürger zu steuern. Deshalb unterstellte General Reinhardt am 5. November die gesamte thüringische Landespolizei dem Kommandeur der dritten Kavalleriedivision, Generalleutnant Hasse, und beauftragte diesen, die Auflösung und Entwaffnung der Hundertschaften durchzuführen. Ein Protest der thüringischen Regierung beim Reichswehrminister blieb ohne Erfolg.

Eingreifen der Reichswehr

Die Entwaffnungsaktion der Reichswehr ging in Thüringen weniger gewaltsam ab als in Sachsen. Es wurden bei dieser Gelegenheit über 300 Kommunisten verhaftet. Infolge dieser Vorgänge entzweiten sich die Sozialdemokraten mit den Kommunisten, weil diese eine Machtprobe, mit andern Worten den Bürgerkrieg, einer friedlichen Entwaffnung vorzogen, während die Sozialdemokraten an dem sächsischen Beispiel das Aussichtslose eines solchen Planes darlegten. Darauf legten die kommunistischen Minister am 12. November ihre Ämter nieder. Am 7. Dezember trat die thüringische Regierung zurück, und acht Tage später wurde der Landtag aufgelöst. So hatte das sozialdemokratisch-kommunistische Zwischenspiel auch in Thüringen sein Ende gefunden.

Waren die Ereignisse in Sachsen und Thüringen die unmittelbare Folge des Ruhrkampfes, so waren die **Erhebungen in Preußen und Bayern** in der Hauptsache auf die Einstellung dieses Kampfes zurückzuführen; sie gingen also von einer der sozialdemokratisch-kommunistischen Richtung entgegengesetzten, der nationalsozialistischen aus. Die **Nationalsozialisten** nährten einen ingrimmigen Haß gegen die "marxistisch verseuchte" Regierung Stresemann, die durch die Aufhebung des passiven Widerstandes neuen Schimpf auf Deutschlands Namen geladen habe. Die Ernennung des aus dem Kapp-Putsch her bekannten Herrn von Kahr zum Generalstaatskommissar von Bayern beflügelte den Mut der Nationalsozialisten, und es wäre bereits in der Nacht zum 28. September in München zu einem Putsch der Anhänger Hitlers gekommen, wenn nicht der Belagerungszustand verhängt worden wäre. Auch in Preußen war man in der Hoffnung auf Bayern zum gewaltsamen Sturz der Reichsregierung entschlossen. Der Herd der nationalsozialistischen Bewegung war hier das agrarische Gebiet der **Marken** und **Pommerns**.

Ostelbien war derjenige Teil Preußens, wo sich der Haß gegen die aus der Staatsumwälzung hervorgegangenen Regierungen am tiefsten festgesetzt hatte und am mächtigsten wirkte. Hier war seit Jahrhunderten jene allgemein als Junker bezeichnete Klasse mit dem Boden verwachsen, jene Kaste, welche durch das Herrenhaus und das Offizierkorps das preußische Volk beherrscht hatte. Es war eine nicht immer glückliche Herrschaft gewesen, denn oft lag den Worten von den hohen sittlichen Staatspflichten ein gut Teil persönlicher Wünsche nach Nutzen und Vorteil zugrunde. Jetzt war das Herrenhaus verschwunden, eine Regierung mit starkem sozialistischen Einschlag stand an der Spitze, die Armee war aufgelöst, der Offizier spielte nicht mehr die überragende Rolle wie früher. Von dem allgemeinen Einfluß auf die Staatsführung waren die Junker ausgeschaltet, und das erfüllte sie mit einem unversöhnlichen Groll. Aber in ihren Dörfern waren sie nach wie vor die Herren. Das patriarchalische Verhältnis, das sie zu ihren Arbeitern hatten und welches menschlich sehr anerkennenswert war, war nur wenig erschüttert worden. Noch immer war der Herr derjenige, der die Entscheidung über Wohl und Wehe seiner Arbeiter in Händen hatte und mit dem man im allgemeinen zufrieden war. Noch immer hingen an den adligen Kirchstühlen der Patronatskirchen die Herrschaftswappen mit der goldenen Krone, und kaum ein Mensch nahm Anstoß daran. - Diese großen Besitzer machten ihre eigene Politik. Sie nahmen die verabschiedeten Offiziere auf, beschäftigten sie als Inspektoren und Aufseher und schmiedeten mit ihnen in ihren Mußestunden Pläne. Sie gewährten den entlassenen Soldaten eine Zufluchtsstätte, stellten sie als Landarbeiter ein, wie wir das bei der "Organisation Roßbach" sahen. Sie tanzten nicht nur bei den Erntedankfesten mit ihren Arbeitermädels, sondern sie arrangierten rauschende Kriegerfeste und verwirrten den einfachen Pferdeknecht durch ihre Leutseligkeit. Diese Junker waren ein natürliches, aber ein herrisches Geschlecht, mit allen Vorzügen und Fehlern der Herrenkaste, denn wo finden sich

Ostelbien

Menschen, die vollkommen wären? Ihre durch die Revolution herbeigeführte Entthronung verletzte aufs tiefste ihren Stolz, das war verständlich, jeden Tag verglichen sie aufs neue die alte Zeit mit der neuen, jene leuchtenden Tage der Monarchie, da sie an der Spitze des Staates standen, an der Spitze eines mächtigen, geachteten und gefürchteten Reiches, und diese trüben Tage der Republik, die immer aufs neue Demütigungen, Erniedrigungen und Entwürdigungen brachten. Rein gefühlsmäßig waren diese Junker Gegner jeder republikanischen Regierung, wenn sie auch im stillen aus Gründen der Vernunft dankten, daß ihnen jetzt eine nie wiederkehrende günstige Gelegenheit geboten wurde, durch die Inflation ihre Schulden aus früheren Zeiten loszuwerden.

Aber der Junker an sich fühlte sich mehr zur Rolle eines großherzigen Beschützers, eines Mäcen für politische Abenteurer berufen, als daß er selbst sich kopfüber in solche Abenteuer gestürzt hätte. Und es gab genug Leute in Deutschland, die dies wußten und ausnutzten. Die **Deutschvölkische Freiheitspartei** hatte ihre Finanzanker in den Boden der ostelbischen Großbesitzer geworfen, und große Spenden wurden von hier den meisten vaterländischen Organisationen zugeführt mit dem Hintergedanken, die Hohenzollern zu restituieren. War es bei diesem Zustande verwunderlich, wenn einige Hitzköpfe, nachdem sie lange genug über Plänen und Taten gebrütet hatten, schließlich zu der Überzeugung kamen, Preußen und Deutschland müßten von Ostelbien aus zurückerobert werden?

Während des passiven Widerstandes waren im Lande dezentralisierte militärische Verbände ins Leben gerufen worden, um etwa drohende Angriffe der Polen auf das deutsche Oberschlesien abzuwehren. Auch die Abteilung des Oberleutnants Schulz, der später wegen "Fememorden" zum Tode verurteilt wurde, verdankte diesem Zwecke ihren Ursprung. Als nun die Reichsregierung den passiven Widerstand aufgegeben hatte, hätten sich die Leute zerstreuen und nach Hause gehen müssen. Das aber taten sie nicht. Enttäuscht, daß ihre militärische Laufbahn zu Ende sein sollte, richteten sie ihren Groll gegen die marxistisch infizierte Reichsregierung, die in einer ihrer Ansicht nach unwürdigen Weise vor Frankreich kapituliert hatte. Sie waren sich einig darin, daß der Reichskanzler gestürzt und eine neue Regierung der Befreiung gebildet werden müsse.

Major von Buchrucker, einer jener Offiziere, die es nicht vergessen konnten, durch die Revolution aus ihrem Berufe vertrieben worden zu sein, und ein Anhänger der nationalsozialistischen Bewegung, trug sich ebenfalls mit Umsturzgedanken. Seit dem 27. September sammelte er die sogenannte "Schwarze Reichswehr", eben jene Verbände, welche der an sie ergangenen Aufforderung, sich aufzulösen, nicht Folge leisteten, unauffällig in der Nähe Berlins, in Döberitz. Es sollen etwa achttausend (8000) Mann gewesen sein. Getragen vom Geiste seiner Truppe und aus Furcht, sein Vorhaben könne bei längerem Zögern vereitelt werden, beschloß Buchrucker, der Aufdeckung seiner Pläne durch die Tat zuvorzukommen. Gestützt auf die ostelbische Operationsbasis, versuchte er sich zunächst der **Garnison Küstrin**, des östlichen Schlüssels zur Reichshauptstadt, zu bemächtigen. In der Nacht zum 1. Oktober zog Buchrucker so viele seiner Anhänger als er erreichen konnte, etwa 400, in Küstrin zusammen, wo er sie in einem alten Festungswerk verbarg. Als der Morgen anbrach, wurde die militärisch nicht belegte Altstadt überrumpelt, und die wichtigsten Punkte und Zugänge wurden besetzt. Buchrucker und einige andere Rädelsführer begaben sich zum Kommandanten, Oberst Gudovius, um die Reichswehr zu sich herüberzuziehen. Der Oberst aber ließ sofort alle Putschisten verhaften. Ein nachdringender Stoßtrupp, der die Verhafteten befreien wollte, wurde von der Wache festgenommen. Die ihrer Führung beraubten Aufständischen wurden im Zeughof eingeschlossen. Es kamen von auswärts neue Trupps bewaffneter Aufrehrer, die den vergeblichen Versuch machten, ihre eingeschlossenen Kameraden zu befreien. Ein kurzes Feuergefecht entwickelte sich, bei dem die Aufständischen einen Toten und sechs Verwundete hatten. Erst nachdem Truppenverstärkungen eingetroffen waren, ergaben sich die im Zeughof Eingeschlossenen, 381 Mann, darunter 13 Rädelsführer. Ein in der nächsten Umgebung der Stadt versteckter Trupp von 30 Mann wurde ebenfalls ausgehoben und gefangengenommen. Schon am nächsten Tage konnten die auswärtigen Reichswehrtruppen in ihre Garnison zurückkehren. Der Putsch war niedergeschlagen. Geßler nannte ihn später eine lächerliche Komödie. **Der nationalsozialistischen Trup-**

Schwarze Reichswehr

Küstriner Putsch

pe, die sich in Döberitz versammelt hatte, gelang es zum größten Teile noch, zu entkommen, ehe das Lager von Reichswehr umzingelt war. Nur wenige konnten gefangengenommen werden. Die jungen, wettergebräunten Landsknechte aber, die ihrem Schicksal entgangen waren, beeilten sich, die Berliner Bahnhöfe zu erreichen und möglichst schnell den Boden zu verlassen, der ihnen zu heiß geworden war.

Maßnahmen der preußischen Regierung gegen nationale Verbände

Aber das Ereignis zog seine Kreise. Der preußischen Regierung war wieder einmal zum Bewußtsein gekommen, daß ihre Feinde eifrig am Sturze des herrschenden Systems arbeiteten, und sie beschloß, den Zusammenhängen und Ursachen der Erhebung aufs gründlichste nachzugehen. Der sozialdemokratische Innenminister Severing ordnete **Haussuchungen bei den Führern der Deutschvölkischen Freiheitspartei und des "Stahlhelms"** an, und eine beträchtliche Anzahl Verhafteter wurde in das Untersuchungsgefängnis Kottbus überführt. Hier wurde gegen 112 Angeklagte wegen Hochverrats verhandelt. Der Prozeß dauerte nur wenige Tage, und das am 27. Oktober verkündete Urteil lautete gegen Buchrucker wegen Hochverrats auf zehn Jahre Festung und 100 Milliarden Mark Geldstrafe, sechs oder sieben andere, meist verabschiedete Offiziere, erhielten Gefängnisstrafen. Alle anderen Angeklagten gingen frei aus, da man ihnen keine hochverräterischen Umtriebe nachweisen konnte.

Zustände in Bayern

Bayern hatte seit der Revolution seine eigene Entwicklung gehabt. Nach der kurzen Herrlichkeit kommunistisch-sozialdemokratischer Räteherrschaft im Frühjahr 1919 waren die Linksparteien fast zu völliger Bedeutungslosigkeit herabgesunken, ein Umstand, der den Sozialdemokraten der anderen deutschen Länder schwere Sorge bereitete und zu dauernden Reibungen zwischen dem Reiche und Bayern führte. Die Bayern konnten es dem sozialdemokratisch-republikanischen preußischen Deutschland nicht vergessen, daß ihre schönsten und besten Sonderrechte - Heer, Eisenbahn, Post - durch die Weimarer Verfassung beseitigt worden waren. Sie betrachteten sich zu einer Provinz degradiert, von Preußen-Berlin unterworfen, entrechtet und geknechtet. Der Vergleich mit den alten schönen Zuständen der Wittelsbacher Zeit entfachte den Groll gegen das neue Reich und die Sozialdemokratie nur noch mehr. Schon nach dem Rathenau-Mord war zwischen der bayerischen Regierung und der von Wirth geleiteten Reichsregierung ein ernster Konflikt über das Republikenschutzgesetz ausgebrochen, und die Verstimmung, wiewohl formell beigelegt, blieb doch bestehen. Als der Reichskanzler Cuno Anfang Juni den Alliierten die **Verpfändung der Reichsbahn** vorschlug, protestierte die Bayerische Volkspartei, indem sie die alten Wunden wieder aufriß. Bayern werde entweder zur Provinz herabsinken oder eine Aktion zum "wirksamen Abbau der hypertrophischen Berliner Zentralstellen" einleiten und damit den Grund zur Gesundung der deutschen Finanzen legen. Damit würde Bayern "zum Führer werden für die Rückkehr zum Bismarckschen deutschen Bundesstaat, zu dem föderativen Staats- und Wirtschaftsprinzip, auf dem die Höhe der deutschen Kultur seit eineinhalb Jahrtausend beruht".

Der Durchschnittsbayer war, schon aus Opposition zu Preußen und dem Reich, monarchisch eingestellt. Und so kam es, daß in diesem Lande die monarchische Bewegung sehr ausgebreitet war. Im November 1920 war die **Bayerische Königspartei** gegründet worden durch den Grafen Bothmer, der die monarchischen Gefühle des Volkes mißbrauchte, um seine eigenen separatistischen Bestrebungen damit zu verdecken. Unterhielt er doch Beziehungen zu Dr. Dorten in Wiesbaden und zu französischen Kreisen. - Trotzdem die Partei sich im Februar 1922 den Titel "Christlich-föderalistische Volkspartei in Bayern" beilegte, die bei kommenden Wahlen eigene Kandidaten aufstellen wollte, blieb sie ihren separatistischen Bestrebungen treu und proklamierte den Kampf gegen die Weimarer Verfassung und den großpreußischen Gedanken.

Monarchisch-separatistische Strömungen in Bayern

Auch **Dr. Heim, der bayerische Bauernführer und Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei**, interessierte sich für Dorten. Er beteuerte zwar seine Treue zum Reich, aber in einer bundesstaatlichen Verfassung, wobei Bayern im Rahmen des geeinten Deutschlands weitgehende Autonomie behalten sollte. Er wollte Bayern die wittelsbachische Monarchie wiedergeben. **Es haben zwischen Bothmer, Heim und Dorten des öfteren Zusammenkünfte in Darmstadt, Mainz, Wiesbaden**

stattgefunden. Ein anderer dieser interessanten Leute war der **Prinz Isenburg**, Sohn einer österreichischen Erzherzogin und Gemahl einer Prinzessin von Sachsen-Weimar, den die französischen Reaktionäre als einen Freund Frankreichs bezeichneten. Dieser **unterzeichnete im Januar 1922 das Abkommen zwischen den Habsburgern und Wittelsbachern zur Wiederherstellung der Throne von Bayern und Ungarn.** Noch im Herbst 1922 wurden zwischen Dr. Heim und Dorten unter dem fördernden Einfluß des französischen Gesandten Dard Verhandlungen über ein etwaiges Zusammengehen gepflogen, die aber schließlich abgebrochen wurden, weil sich Frankreich beharrlich weigerte, einen monarchischen Zusammenschluß Bayerns und Österreichs zur Donaukonföderation zu gestatten. Dies aber war das Ziel Heims. Inwieweit sich die Kurie an diesen Mächenschaften beteiligte, ist noch nicht geklärt.

Dem Kunsthistoriker Professor **Fuchs** ging aber die Sache viel zu langsam, daher machte er auf eigene Faust Politik. Er beabsichtigte, sich der Tschechoslowakei und Frankreich zu nähern, Bayern gewaltsam aus dem Reichsverbande zu reißen und die Republik zu stürzen. Er hatte auch schon mit Frankreich, der hessischen Separatistenbewegung und der Arbeitsgemeinschaft der vaterländischen Verbände Fühlung genommen, war aber so unvorsichtig, die Methoden und Ziele seiner Geheimdiplomatie Anfang 1923 in die Öffentlichkeit dringen zu lassen, so daß das Münchener Volksgericht ihn am 4. Juni 1923 mit vier Genossen, darunter Machhaus, wegen Hochverrats verurteilen mußte.

Diese ganz undurchsichtigen Zustände in Bayern veranlaßten das *Journal de Genève* am 25. März 1923 folgendes zu schreiben:

"Alle diese Strömungen haben ihre Quelle in dem alten bayerischen Partikularismus. Doch sind dabei verschiedene Tendenzen zu beobachten. Zunächst die der alten Separatisten um Kronprinz Rupprecht, deren einziger Traum die Wiederherstellung der Wittelsbacher Dynastie ist. Diesen liegt wenig an der deutschen Einheit, und die Enthüllungen bei der kürzlichen Entdeckung eines Komplottes (Fuchs-Machhaus) haben bewiesen, daß sie keine Bedenken trugen, bei Frankreich Hilfe zu suchen. In ihrem reaktionären Wahne planen sie sogar die Annexion Österreichs und im Herzen Europas die Bildung einer Donaukonföderation einschließlich Ungarns unter Führung der bayerischen Krone."

Die *Action Française* kommentierte tags darauf diese Auslassungen so:

"Die Unterstützung Frankreichs könnte und müßte sogar den Bayern gewährt werden, denen an der deutschen Einheit nicht viel liegt, wenn sie auch von irgendeinem 'reaktionären Wahne' beseelt wären. Doch verdient der Plan einer Annexion Österreichs ernstliche Beachtung. Wir glauben durchaus nicht, daß der Quai d'Orsay sich in ein Abenteuer einlassen wird, das mit einem Wien-Berliner Techtelmechtel enden könnte."

Begrüßten also die Franzosen die separatistischen Bestrebungen in Bayern an und für sich, so war ihnen doch der Gedanke einer katholischen Donaukonföderation nicht sympathisch, der besonders in klerikalen Kreisen Anhänger fand.

Diese monarchische Strömung beherrschte weite Kreise des bayerischen Volkes und hatte auch in der **Bayerischen Volkspartei** einen starken Rückhalt. Die Gegenspieler waren die **Nationalsozialisten**, die nicht die Wiederherstellung der Wittelsbacher auf Kosten der Reichseinheit, sondern ein starkes, von sozialdemokratischer Herrschaft befreites Großdeutsches Reich erstrebten. Dieser Partei stand **General Ludendorff** nahe, da er mit wachsender Sorge die klerikal-monarchistischen Umtriebe und ihren Einfluß auf das Volk beobachtete. Er wünschte, daß der bayerische Separatismus in ein Fahrwasser geleitet würde, welches dem gesamten Deutschland nützlich und zweckdienlich war. Er war bereit, die herrschende monarchistische Bewegung in Bayern zu unterstützen und zu fördern, wenn es ihr Ziel war, die sozialdemokratisch beeinflusste und gehemmte Reichsregierung durch eine starke, von einem nationalen Willen getragene Reichsdiktatur zu ersetzen. Und dies war es, was **den großen Feldherrn des Weltkrieges** an die Seite der Nationalsozialisten führte. Von irgendwelchen gewundenen Hintergedanken war da keine Rede;

sondern für Ludendorff gab es nur eine Richtlinie: darauf achtzugeben, daß der Widerstreit zwischen der bürgerlichen Regierung Bayerns und der Koalitionsregierung des Reiches nicht eines Tages von unverantwortlichen separatistisch beeinflussten Monarchisten benutzt wurde, um die Reichseinheit zu zerstören, sondern daß er zu einem positiven Ergebnis führen sollte, zur Errichtung einer starken nationalen Reichsregierung ohne Sozialdemokraten. Solchen Plänen, die in der Tat nur von reiner Vaterlandsliebe getragen wurden, war Ludendorff zugänglich: er wollte schließlich das, was die Regierung Cuno in ihrer Schwäche nicht erreichen konnte, in die Tat umsetzen. Die letzte Konsequenz Cunoscher Politik war nur im Zusammengehen mit den Nationalsozialisten zu verwirklichen unter gleichzeitiger Hinzuziehung der bayerischen Regierung, jedoch war sich der General von vornherein darüber klar, daß das Operieren mit nur einem der beiden Faktoren aussichtslos sei.

Das *Journal de Genève* schrieb am 25. März 1923 in scharfsichtiger, aber feindlich pointierter Form:

"General Ludendorff nährt dagegen andere Hintergedanken. An der Rückkehr der Wittelsbacher liegt ihm wenig. Bayern soll für ihn nur der starke Hort sein, von wo die Wiederherstellung des deutschen Kaiserreiches und das Signal der Revanche ausgehen soll. Er gibt sich den Anschein, mit dem bayerischen Partikularismus zu sympathisieren, nützt ihn aber zu seinem Zwecke aus. Deshalb sucht er die rein bayerischen Organisationen zu unterminieren und unterstützt in Österreich die Anhänger der Habsburger gegen die Wittelsbacher. Er will nämlich nicht die Bildung eines Donaureiches, sondern die Vereinigung der österreichischen Monarchie mit dem deutschen Kaiserreich."

Ludendorff strebte nicht nach Kaiserreich und Revanche, derart utopische Gedanken lagen ihm fern. **Er strebte nach einem starken, geeinten Großdeutschen Reiche, worin die partikularistisch-monarchistischen Tendenzen Bayerns und der Einfluß der Sozialdemokratie ausgeschaltet seien.** In diesen beiden unversöhnlichen Faktoren sah er die Ursache für die unseligen Zustände in Deutschland. Jedoch Held, der Führer der Bayerischen Volkspartei, warnte vor Ludendorff. Damit sei, wie das *Journal de Genève* meinte, der Krieg erklärt zwischen den bayerischen klerikalen Separatisten und den alldeutschen Reaktionären.

Hie Monarchisten, hie Nationalisten, das war die große Spannung in Bayern, die im Herbst 1923 nicht offen, aber um so nachhaltiger versteckt zur Entladung drängte. Den Ausschlag gab die **Haltung der bayerischen Regierung**. Das Kabinett von Knilling gab sich zunächst den Anschein der Neutralität. Es verharrte, wie die *Schweizer Zeitung* sagte, in nachsichtiger Haltung. Es genüge ihm, daß das Komplott letzten Endes gegen die Republik gerichtet sei. Dennoch standen Knilling und seine Minister mehr auf Seiten des Kronprinzen Rupprecht als auf Seiten des Österreichers Hitler und des preußischen Generals Ludendorff. Die Mitglieder der Regierung waren sehr vorsichtig, sie gingen in ihrem öffentlichen Bekenntnis zur Monarchie nicht weiter, als dies den Gefühlen des Volkes entsprach. Auch gegen Ludendorff und Hitler enthielten sie sich der Feindseligkeiten, und ihr ganzes Streben war darauf gerichtet, im eigenen Lande Frieden haltend, einen Konflikt mit Berlin heraufzubeschwören. Die gewollten Folgen dieses Kampfes würde man hernach als gegebene Naturnotwendigkeiten hinnehmen.

Der Konfliktstoff war bald gegeben: **Die Einstellung des passiven Widerstandes durch die Regierung Stresemann**. Schon einige Tage vorher, am 21. September, erklärte die Bayerische Mittelpartei, das nationale Deutschland könne sich die verschleierte Kapitulation Stresemanns an der Ruhr als eine nationale Schmach und wegen ihrer verheerenden Folgen nach innen und außen nicht stillschweigend und ohne Mitwirkung gefallen lassen. Man habe den einmütigen Willen, der den Bestand des Reiches bedrohenden Politik mit allen Mitteln entgegenzutreten. Dazu bemerkte die von der bayerischen Regierung inspizierte *Bayerische Staatszeitung*, dies sei keineswegs nur die Ansicht der Bayerischen Mittelpartei, sondern der Reichskanzler stehe vor der Gefahr, das Vertrauen der besten Kreise des Volkes zu verlieren. Klarheit sei jetzt mehr denn je zuvor notwendig. Man erklärte offen, die marxistisch verseuchte Reichsregierung sei unfähig, die Geschicke des deutschen

Volkes zu leiten. Ein weiterer Grund zu Konflikten wurde das **Verlagern der Regierung Stresemann nach dem Ermächtigungsgesetz**. Bayern konnte sich nicht vorstellen, wie es dazu kommen sollte, der Reichsregierung, mit der es an und für sich unzufrieden war, nun gar noch erweiterte Vollmachten zu erteilen!

Im gleichen Augenblick, als das Kabinett Stresemann die Aufhebung des passiven Widerstandes verkündete, verhängten der **bayerische Ministerpräsident von Knilling und sein Ministerium am 26. September den Ausnahmezustand über Bayern**, damit die gärende Unruhe und die

**Ausnahmezustand -
Monarchische
Kundgebungen**

Verzweiflungsstimmung der weitesten Kreise - gedacht war vor allem an die Nationalsozialisten - dem Staate nicht gefährlich würden. Herr von Kahr, der schon im Frühjahr 1920 nach dem Kapp-Putsch in Bayern die Rechtsregierung gebildet hatte, wurde zum Generalstaatskommissar ernannt. Er erklärte sein Programm: Seine Aufgabe sei die Wiederherstellung der Staatsautorität und ihre Festigung. Dazu sei die Mithilfe aller nationalgerichteten Kreise und Organisationen notwendig. Diejenigen, die nicht national seien, brauche er nicht. Die Monarchie werde er nicht ausrufen, aber sie wachse und entwickle sich und komme ganz von selbst. Kahr betrachtete sich gewissermaßen als Statthalter der Monarchie, und mit diesem Gedanken hatte er bereits die Verfassung gebrochen. Wie es ja denn überhaupt der tiefere Sinn seiner späteren Handlungsweise war, den stark unitarischen Charakter der Reichsverfassung zu bekämpfen.

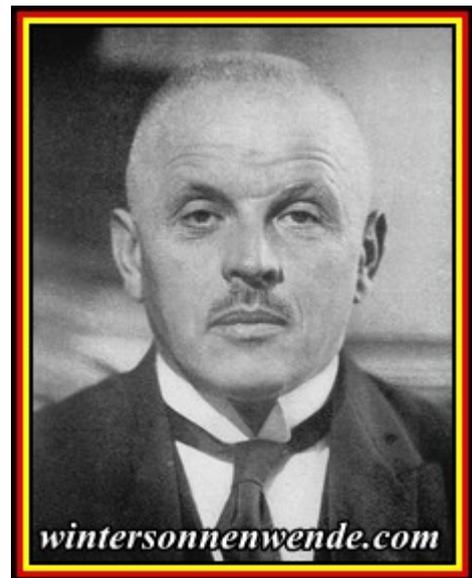
München erlebte, als habe man nur darauf gewartet, am letzten Septembertage seine **große Kundgebung für die Monarchie**. Das Leibregiment weihte eine Gedenktafel für seine Gefallenen ein. Im Hofe der Kaserne hatten sich etwa 20 000 ehemalige Angehörige des Regiments versammelt. Kronprinz Rupprecht, viele Prinzen und Prinzessinnen, der Ministerpräsident von Knilling, die Generale von Lossow und von Bothmer waren zugegen. General Epp hielt die Ansprache, dann enthüllte der Kronprinz die über dem Eingang in die Kaserne angebrachte Gedenktafel. Darauf führte das Leibregiment den Vorbeimarsch vor dem Kronprinzen aus, der von der Volksmenge stürmisch mit dem Rufe begrüßt wurde: "Es lebe der König!" Der Wittelsbacher begab sich nun zum Armeemuseum, vor dem die Münchener Schutzmannschaft zur Feier ihres 25jährigen Jubiläums Aufstellung genommen hatte. Hier hielt noch Minister Schweyer die Festrede über "die Verbrechen der Novemberrevolution". Es war dies alles ein großartiges Schaugepränge, hinter dem ein tieferer Sinn steckte: **Die neue diktatorische Regierung Kahr, die sich nicht als Statthalterin der Monarchie betrachtete, musterte ihre Heerscharen, und sie war zufrieden.**

Auch **Hitler** fand, daß sich seine Armee gut durch die "Leiber", die Angehörigen des Leibregimentes, vermehren lassen könnte, und forderte sie wie auch alle ehemaligen Frontsoldaten zum Eintritt in die nationalsozialistischen Verbände auf. Er nahm den Oberleutnant Roßbach, der aus der Leipziger Untersuchungshaft entlassen war, auf und ließ ihn in nationalsozialistischen Versammlungen Münchens sprechen. Doch die Spannung zwischen der monarchiefreundlichen Regierung und den Nationalsozialisten ließ sich auf die Dauer nicht verbergen. **Kahr** verbat sich die "Extratouren" des Völkischen Beobachters, worauf Hitler mit einer gereizten Charakteristik der Diktatur Kahr quittierte: sie sei das Ergebnis eines Kompromisses parlamentarischer und außerparlamentarischer Kreise, die der völkischen Freiheitsbewegung bisher kühl, wenn nicht ablehnend gegenüberständen. Vorläufig jedoch galt es Kahr, die **Wühlereien des Kommunismus** zu bekämpfen. Streik und Sabotage wurden verboten, mit Zuchthaus und, falls Menschenleben dabei umkamen, mit Todesstrafe bedroht. Einige Tage später, am 6. Oktober, wurde die Herstellung und der Vertrieb sämtlicher kommunistischer Zeitungen und Zeitschriften untersagt.

Seine Gegner, vor allem die Nationalsozialisten, warfen Kahr vor, er diene dem Separatismus, er zerstöre das Reich. Der Generalstaatskommissar erwiderte, sein Kampf gegen den Marxismus und die Weimarer Verfassung habe nichts mit Separatismus zu tun. Am 18. Oktober brach er die Beziehungen zu Sachsen ab.

Nun begab es sich, daß der **Reichswehrminister Geßler am 1. Oktober die Regierung Kahr anwies, den Völkischen Beobachter zu verbieten, weil sich dieser unentwegt in maßlosen Angrif-**

fen gegen die Reichsregierung erging und deshalb die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdete. Die bayerische Regierung allerdings hielt das Verbot für unbegründet, denn in der Stellung zur Reichsregierung war sie mit den Nationalsozialisten einig. In Berlin jedoch behauptete man, Kahr habe Angst vor der Straße, das heißt vor den Anhängern Hitlers. Geßler, der infolge des Zustandes der Militärdiktatur die vollziehende Gewalt für das gesamte Reichsgebiet innehatte, beauftragte seinerseits den General von Lossow, den Kommandeur der 7. bayerischen Division, das Verbot durchzuführen. Lossow, der als Reichswehroffizier diesen Befehl auszuführen hatte, beging offene Gehorsamsverweigerung, indem er sich auf die Seite Kahrs stellte und am 19. Oktober an General von Seeckt telegraphierte, er lehne es ab, das von Geßler ausgesprochene Verbot des in München erscheinenden *Völkischen Beobachters* durchzuführen, da die Ausführung dieses Befehls ihn in einen Konflikt mit der bayerischen Regierung bringe. Um nicht die Meuterei vor aller Öffentlichkeit zu erörtern, begab sich Geßler selbst nach München, um persönlich mit Lossow zu sprechen. Doch dieser war nicht erschienen. Jetzt enthub der Reichswehrminister den unbotmäßigen General seines Dienstes und übertrug die vorläufige Führung der 7. Division dem nächstältesten bayerischen Offizier, dem Generalmajor Freiherrn Kreß von Kressenstein.



*Geßler, Reichswehrminister.
Photo Scherl.*

Jedoch jetzt **setzte die bayerische Regierung Lossow zum Landeskommandanten ein und beauftragte ihn mit der Führung der bayerischen Reichswehr.** Gleichzeitig kündigte sie an, daß sie die bayerischen Truppen selbst in Pflicht nehmen würde. Bayern betrachte es als seine heiligste Pflicht, in dieser Stunde eine Hochburg des bedrängten Deutschtums zu sein. Daraufhin erließ General von Seeckt einen Aufruf an die Reichswehr, worin es hieß:

**Reichswehrkonflikt
zwischen Bayern und Reich**

"Der Schritt der bayerischen Regierung ist ein gegen die Verfassung gerichteter Eingriff in die militärische Kommandogewalt. Wer dieser Anordnung der bayerischen Regierung entspricht, bricht seinen dem Reiche geleisteten Eid und macht sich des militärischen Ungehorsams schuldig. Ich fordere die 7. Division des Reichsheeres hierdurch feierlichst auf, ihrem dem Reich geleisteten Eid treu zu bleiben und sich dem Befehl ihres höchsten Militärbefehlshabers bedingungslos zu fügen."

Kahr erwiderte, er stütze sich auf den vierten Absatz des Artikels 48 der Reichsverfassung, so daß ihm der Vorwurf des Verfassungsbruches zu Unrecht gemacht werde. Im übrigen unterdrückte er Seeckts Aufruf; wie es ebenfalls auf seine Weisung hin die Staatspolizei Fürth-Nürnberg tat.

Am 22. Oktober fand die **Vereidigung der bayerischen Reichswehrtruppen auf die bayerische Staatsregierung statt.** Den Soldaten wurde der Regierungsaufruf vorgelesen, dann hatten sie den Diensteid in folgender Formel zu schwören:

"Auf Grund des hier eben vorgelesenen Aufrufes der bayerischen Staatsregierung bekenne ich, daß ich von der bayerischen Staatsregierung als der Treuhänderin des deutschen Volkes bis zur Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen Bayern und dem Reich in Pflicht genommen bin und erneuere meine Verpflichtung zum Gehorsam gegenüber meinen Vorgesetzten."

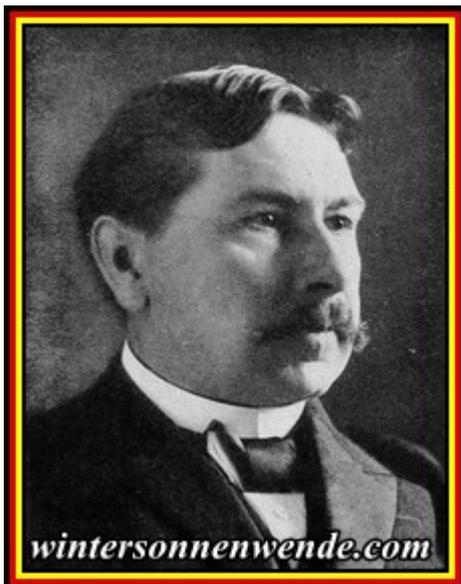
Gleichzeitig wurde von Nürnberg aus gefunkt, Bayern denke nicht daran, dem Reiche die Treue zu brechen. Bayern sei der Hort deutscher und nationaler Gesinnung und lasse sich nichts von der unter marxistischem Einfluß stehenden Berliner Regierung aufzwingen. Kahr selbst lehnte jedes Verhandeln mit der gegenwärtigen Reichsregierung über die Beseitigung des Konfliktes ab; Bayern stehe auf dem Boden der Verfassung. Aber mit einer Reichsregierung, die einen Zeigner weiter im

Amte belasse, sei eine gedeihliche Lösung nicht zu erreichen, denn ihr fehle die Kraft und die Überzeugungstreue, Deutschland durch die jetzige Katastrophe hindurchzusteuern. Man müsse das Eigenleben der deutschen Länder von den erstickenden Fesseln befreien, in die sie der marxistische Unitarismus geschlagen habe. Nur so werde wieder die lebendige Reichseinheit entstehen.

Bei dieser Entwicklung war es nicht weiter sonderbar, **daß die Separatisten**, die sich in bayerischen Angelegenheiten sehr gut auskannten, **auf Umwegen von Paris her einen Sondierungsversuch beim Generalstaatskommissariat unternahmen**. Ein angeblicher holländischer Geistlicher erschien, der behauptete, im Auftrage der französischen Generalität dem Generalstaatskommissar die Frage vorlegen zu sollen, wie sich Bayern zu einem Anschluß an Frankreich stellen würde. Der Mann, dessen Personalien nicht sofort festgestellt werden konnten, wurde der Polizei übergeben. Schon die Möglichkeit einer solchen Anfrage war für Kahr und seine Freunde eine beschämende Bloßstellung; wurde doch damit angedeutet, daß Beziehungen irgendwelcher Art bestanden. Aber die Regierung ging klug und diplomatisch zu Werke. Ihr Herz war bei den wittelsbachischen Sonderbündlern, aber ihr Mund troff von Reichstreue. Die Mehrzahl der Bayern hätte die Wiederherstellung der Monarchie begrüßt, sie wäre aber nicht einverstanden gewesen mit den bedenklichen Zielen der monarchistischen Franzosenfreunde; und die Monarchie war jetzt erst die zweite Frage, zunächst mußte der Konflikt mit Berlin erledigt werden. Deswegen war es im Augenblick wichtiger, **vor der Öffentlichkeit die Bundesgenossenschaft der Nationalsozialisten zu besitzen, als sich auf die Seite der Separatisten zu stellen**.

Nachdem eine Ministerbesprechung in Berlin, in welcher der Reichskanzler den Ländern größere Selbständigkeit versprach, ergebnislos verlaufen war, richtete das Reich am 27. Oktober eine Note an Bayern, worin die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes gefordert wurde; andernfalls werde die **Reichsexekution** einsetzen. Die Bayerische Volkspartei brachte ein einstimmiges Vertrauensvotum für Knilling und Kahr heraus, Geheimrat Held erklärte: "Wir lehnen es ab, diese politische Angelegenheit über den Weg militärischer Formeln zu erledigen. Ich halte es für unmöglich, daß die bayerische Staatsregierung, die im Falle Lossow den Weg des bedrängten Rechtes gegangen ist, den General heute fallen lassen wird." Das war eine unzweideutige Absage an Berlin. Bayern war unerschütterlich, es ließ sich nicht demütigen. Nun unternahmen am 29. Oktober Abgeordnete des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei einen letzten Vermittlungsversuch beim Reichskanzler, wodurch das Einsetzen der Reichsexekutive verzögert wurde.

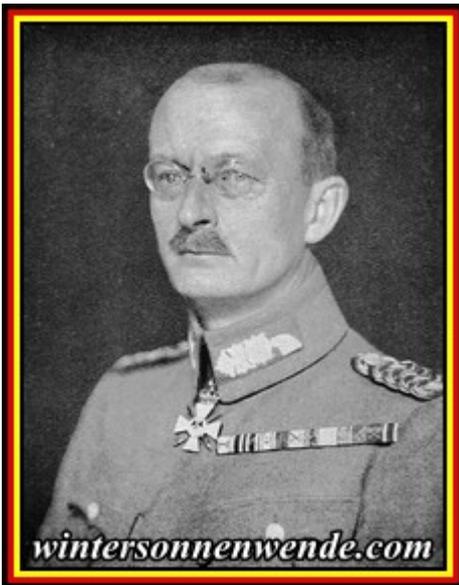
Drohung der Reichsexekution



Dr. von Kahr. Photo Scherl.

In Bayern aber führte die Berliner Kriegserklärung zur **endgültigen Waffenbrüderschaft der Monarchisten Kahr-Lossow mit den Nationalsozialisten Hitler-Ludendorff**. Die beiden, einander mißtrauenden und im geheimen bekämpfenden Richtungen hatten jetzt klar ihre gemeinsame Front gegen Berlin erkannt und beschlossen gleichsam impulsiv, ihre inneren Streitigkeiten hinter dem großen Ziel der Bekämpfung des Berliner Marxismus zurückzustellen. Gefahr war im Verzuge. Kahr, Lossow und Seißer, der Polizeiminister, erklärten dem General Ludendorff, sie seien bereit zum Marsch nach Berlin. Ludendorff und Hitler meinten, daß an Stelle der nationalen Phrasendrescherei endlich einmal die nationale Befreiungstat treten müsse, eine Auffassung, welcher die drei Regierungsmitglieder beipflichteten. **Am 31. Oktober erklärte Lossow dem General Ludendorff, daß er bereit sei, den Zug nach Berlin anzutreten**. Auch dem politischen Leiter des Bundes "Oberland", Dr. Friedrich Weber, hatten Lossow und Seißer persönlich erklärt, sie seien überzeugt von der Notwendigkeit einer Reichsdiktatur Hitler-Lossow-Seißer, gestützt auf das von Pöhner und Kahr geführte Land Bayern. Zwischen Kahr und Hitler bestand also vollste Übereinstimmung, die sich

Bündnis Kahr-Hitler-Ludendorff



*General von Lossow.
Photo Scherl.*

auch darin ausdrückte, daß die bayerische Regierung auf Veranlassung der Nationalsozialisten am 3. November für das rechtsrheinische Bayern den Vertrieb des *Berliner Börsenkuriers*, des *Berliner Tageblattes*, der *B. Z. am Mittag*, der *Frankfurter Zeitung*, des *Vorwärts* und der *Vossischen Zeitung* verbot. Zwei Tage später hielten die Verbündeten eine Heerschau über ihre Truppen ab. In München wurde vor dem Armeemuseum der Grundstein für das Kriegerdenkmal gelegt. Der Bezirk München des Bayerischen Kriegerbundes hielt eine große Trauerfeier für die 13 000 im Weltkriege gefallenen Söhne der bayerischen Hauptstadt ab. Die Herren von Knilling, von Lossow, von Kahr und Kronprinz Rupprecht waren als Ehrengäste anwesend, auch zwei Ehrenkompanien der Reichswehr waren erschienen. Auf dem weiten Platze vor dem Reiterdenkmal Ottos von Wittelsbach hatte eine Ehrenkompanie der Reichswehr mit den alten Kriegsfahnen Aufstellung genommen. Auch die vaterländischen Verbände und die Hitlerorganisationen mit ihren Hakenkreuzfahnen standen da. Nach

der Gedenkrede des Generals von Reuter trat Kronprinz Rupprecht an den Grundstein und tat die ersten Hammerschläge. Dann nahm er an Lossows Seite den Vorbeimarsch der Fahnenkompanien, der Kriegervereine, der vaterländischen Verbände und der Hitlerschen Kampforganisationen ab. Stürmischer Jubel umbrauste ihn, als er im Kraftwagen abfuhr. Kein Mißklang, kein Zwischenfall störte den Einklang der Feier. Jedermann sah: Kahr und Hitler hatten Frieden geschlossen.

Am nächsten Tage, dem 6. November nachmittags halb fünf Uhr, fand im Generalstaatskommissariat wieder eine **Besprechung zwischen Regierungsvertretern und Deputierten der Nationalsozialisten und vaterländischen Verbände statt**. Kahr erklärte, daß von Bayern aus eine Reichsdiktatur geschaffen werden müsse, da sie im Norden aus eigener Kraft nicht kommen könne und daß dafür jetzt der "anormale Weg" unter allen Umständen vorzubereiten sei. Jedoch konnte sich Kahr aus lauter Vorbereitungen, Prüfungen und Erwägungen nicht zur Tat entschließen. War er vielleicht von den Monarchisten gewarnt worden, Hitler und Ludendorff bei der Errichtung der Reichsdiktatur behilflich zu sein? Denn die Monarchisten befürchteten, daß eine Hitlerdiktatur Bayern vollends zu einer bedeutungslosen Provinz degradieren würde. Auch bei den Nationalsozialisten regte sich Argwohn. Sollte Kahr tatsächlich separatistisch-monarchistische Absichten haben? Sollte er es nicht ehrlich meinen mit der Treue zum Reiche? Jedenfalls kam Hitler zu dem Entschluß, daß die **Stimmung im Volke und in den Verbänden, die Witterungsverhältnisse und die wirtschaftliche Lage jeden weiteren Aufschub unmöglich machten, daß es höchste Zeit zum Handeln sei**. Eine von Ludendorff angeregte Aussprache am 7. November lehnte Kahr ab, jedoch fand diese Unterredung am Nachmittag des 8. November statt, wobei der **Generalstaatskommissar erklärte, daß er zur Tat entschlossen sei**, nur müßten in die neue Reichsregierung noch Persönlichkeiten aus dem nördlichen Deutschland einbezogen werden.

Am gleichen Abend des 8. November hielt Kahr im Münchener "Bürgerbräukeller" eine Rede, um die aufgeregte Bevölkerung zu beruhigen. Hitler hielt dies für den günstigsten Augenblick für seine Initiative, um dem zaudernden, allmählich mißtrauisch betrachteten Kahr die Gelegenheit zum Handeln zu geben. In der Art und Weise aber, wie er sein Vorhaben ausführte, verstieß er gegen das dem Generalstaatskommissar gegebene Versprechen, nichts auf eigene Faust zu unternehmen, sondern seine Pläne erst nach Rücksprache mit der bayerischen Regierung auszuführen, und dieser, in der Form gewaltsamer Überrumpelung ausgeführte Vorstoß war der schwerste Vorwurf, den ihm Kahr später machte.

**Vorgänge am 8. November
im "Bürgerbräu-Keller"**

Gegen drei Viertel neun Uhr abends drang Hitler mit 600 Mann in den "Bürgerbräukeller" ein. Ein ungeheurer Tumult entstand. Hitler eilte an das Rednerpult, feuerte einen Pistolenschuß

gegen die Decke, um sich Gehör zu verschaffen, und rief: "Die Sache geht nicht gegen Kahr." Darauf trat ein Stabsoffizier Hitlers auf, der in großen Zügen den Sinn der Umwälzung erklärte. Das Ministerium Knilling sei abgesetzt, Kahr Landesverweser; Pöhner sollte bayerischer Ministerpräsident werden. Die Reichsregierung und der Reichspräsident seien abgesetzt, eine Nationalarmee unter Ludendorffs Oberbefehl sollte gebildet werden. Lossow sei Militärdiktator, Seißer Reichspolizeiminister, die Leitung der Politik übernehme Hitler selbst. "Heute beginnt die nationale Revolution. Sie richtet sich ausschließlich und allein gegen die Berliner Judenregierung. Die neue Reichsregierung Hitler-Ludendorff-Pöhner, sie lebe hoch!" Es ging alles ungeheuer schnell, kaum einer der Anwesenden begriff im ersten Augenblick, worum es sich handelte; dennoch rauschte stürmischer Beifall durch die überrumpelte Menge.

Inzwischen hatten die Nationalsozialisten die bayerischen Minister v. Knilling, Schweyer, Gärtner und Wurzlhofer verhaftet, während sich Hitler und Pöhner mit Kahr, Lossow und Seißer in ein angrenzendes Zimmer begaben. Ludendorff, der nicht anwesend war, wurde im Kraftwagen von Ludwigshöhe herbeigeholt. Hitler setzte die Beweggründe seiner Tat, die politische Lage und das, was jetzt zu geschehen habe, auseinander und fragte dann Ludendorff, ob er bereit sei, die Führung der Nationalarmee mit diktatorischen Vollmachten zu übernehmen. Nach kurzer Überlegung erklärte der General, daß er es für seine Pflicht halte, in dieser Stunde die Stelle Deutschlands wegen anzunehmen. Er erwarte von Lossow und Seißer und bitte sie des Vaterlandes wegen, ebenfalls die ihnen angetragenen Ämter zu übernehmen. Lossow trat darauf an Ludendorff heran mit den Worten: "Wenn Exzellenz zusagen, dann bin ich bereit. Die Bitte von Exzellenz ist mir Befehl!" Er gelobte mit Handschlag Ludendorff treue Mitarbeit. Oberst von Seißer tat unverzüglich dasselbe. Nur Kahr äußerte, er könne sich nicht anschließen, da er auf dem Wege aus dem Saal in das Zimmer mit dem Revolver bedroht worden sei. Es würde aussehen, als ob er unter Zwang handle. Fast eine halbe Stunde lang mußten Hitler, Pöhner und Ludendorff ihn inständigst um seine Zusage bitten, bis er endlich, auch auf Zureden Lossows und Seißers, schweren Herzens zustimmte und die Stelle des bayerischen Landesverwesers übernahm. Er gab darauf Ludendorff und Hitler die Hand. Es war also nun eine bayerische Regierung gebildet, die über die Machtmittel des bayerischen Staates verfügte und die nationalsozialistische Bewegung mit der Regierung Kahr in aller Form verband.

Man begab sich nun wieder in den Saal und Kahr gab folgende Erklärung ab:

"In des Vaterlandes höchster Not übernehme ich die Leitung der Staatsgeschäfte als Statthalter der Monarchie, **der** Monarchie, die heute vor fünf Jahren so schmachlich zerschlagen wurde. Ich tue dies schweren Herzens und, wie ich hoffe, zum Segen unserer bayerischen Heimat und unseres lieben deutschen Vaterlandes."

Jedoch, schon diese Erklärung des Generalstaatskommissars bedeutete den Umfall, die **Rückkehr zu den sonderbündlerischen Monarchisten, die Abkehr vom Reichswillen der Nationalsozialisten**. Dem Zugeständnis an Ludendorff fügte Kahr im gleichen Atemzuge das Zugeständnis an die Monarchisten bei. Während Kahr nochmals in einer während der Nacht mit Pöhner gehaltenen Unterredung seine Hitler gegebene Zusage vollständig aufrechterhielt, hatten er, Seißer und Lossow, **den Verrat schon organisiert**. Die Polizei wurde mobilisiert, und Truppen aus den umliegenden Garnisonen rückten heran. **Ein Telegramm wurde in alle Welt hinausgefunkt, daß Kahr, Lossow und Seißer den Hitlerputsch ablehnten und die mit Waffengewalt erpreßte Stellungnahme im "Bürgerbäukeller" ungültig sei**. Dieser Stimmungsumschwung war einerseits dem gewalttätigen Vorgehen Hitlers, andererseits auch dem nationalsozialistischen Eingriff in die bayerischen Regierungsverhältnisse zuzuschreiben. Denn gerade das, was Kahr an Berlin bekämpfte, die Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes, hatten die Nationalsozialisten mit der Ernennung der neuen bayerischen Regierung und der Verhaftung der übrigen Minister getan in einer Weise, die von Kahr und seinen Mitarbeitern geradezu als brutal empfunden werden mußte. Die Kluft, die seit Ende Oktober geschlossen schien, tat sich aufs neue, diesmal aber unüberbrückbar, auf. Es war eben ein ungleiches Zweigespann, der bayerische Separatismus und der großdeutsche, nationalsozialistische Unitarismus, das vor den Staatswagen gespannt werden sollte.

**Umfall Kahrs
und Lossows**

Ludendorff begab sich ins Wehrkreiskommando, ohne dort General von Lossow anzutreffen. Kurz nach Mitternacht hatten die Nationalsozialisten die Empfindung, als sei die **Stellung der Reichswehr** zweifelhaft. Hitler beauftragte seinen Adjutanten, Major Siry, sich bei Lossow zu vergewissern. Siry begab sich in die Kaserne, in der sich Lossow, Kahr, Seißer und ein Unbekannter befanden. Es war drei Viertel drei Uhr morgens. Siry erklärte: "Ich komme in Hitlers Auftrage, um mich über die Haltung der Truppen Ew. Exzellenz zu den heutigen Ereignissen zu erkundigen." Eisiges Schweigen. Dann äußerte Lossow: ein mit Pistolen erpreßtes Wort sei null und nichtig. Kahr und Seißer gaben dieselbe Erklärung ab. Siry meinte nun, er wolle die veränderte Lage Ludendorff und Hitler mitteilen, um die Möglichkeit eines Bruderkampfes der Polizei und Reichswehr gegen die Hitlerorganisation zu vermeiden. Kurz und hart erwiderte Lossow: "Mit Rebellen wird nicht verhandelt" und ließ Siry verhaften. **Um sechs Uhr früh teilte Oberst Leupold dem General Ludendorff die verhängnisvolle Wendung der Dinge mit, und Ludendorff erkannte, daß das Unternehmen zusammengebrochen war.**

Ludendorff, der es für seine Pflicht hielt, einen Bürgerkrieg zu vermeiden, begab sich zu Hitler in das "Bürgerbräu", wo noch die Nationalsozialisten versammelt waren. **Hitler hoffte, durch Straßenpropaganda die Stimmung in der Stadt für sich zu gewinnen.** Inzwischen schoben sich bis gegen Mittag Reichswehrposten an die Isar vor. Es mußte gehandelt werden. Einige schlugen ein Ausweichen nach Rosenheim vor. Ludendorff hielt dies im Interesse der Bewegung für ausgeschlossen, er war für einen Demonstrationszug durch die Stadt, der am Bürgerbräu beginnen und enden und Klarheit darüber schaffen sollte, welchen Widerhall die Bewegung in der Stadt fände. Diesem Vorschlag wurde zugestimmt. Es wurde die Weisung gegeben, nicht zu schießen. Der Zug setzte sich in Gruppenkolonne mit fliegenden Fahnen in Bewegung. Voran gingen die Führer, darunter der völlig unbewaffnete General Ludendorff und Hitler.

**Blutvergießen
am 9. November**

Der an der Isarbrücke stehende Posten schwärmte beim Herannahen des Zuges zunächst aus, wich aber dann zur Seite. Überall in der Stadt wurde der in vollster Ordnung marschierende Zug, der vaterländische Lieder sang, stürmisch begrüßt. Als sich der Zug der Residenz und der Feldherrnhalle näherte, schwärmte abermals ein Posten der Sicherheitswehr aus und wich sodann auf Befehl seines Führers zurück. **Da lief plötzlich eine bisher nicht gesehene Kompanie die Treppe der Feldherrnhalle hinab, schwenkte im Laufschrift ein und eröffnete sofort ohne Warnung oder Ankündigung aus nächster Entfernung ein wildes Feuer auf die Spitze des Zuges.** Gleichzeitig wurde auch aus den Gebäuden gefeuert. Einige der den General Ludendorff umgebenden Männer wurden getötet oder verwundet. Der Zug warf sich zu Boden, General Ludendorff schritt aufrecht, von einem Hauptmann begleitet, durch die feuernde Linie hindurch, ohne verwundet zu werden. Beide wurden etwa 200 Meter hinter der Truppe verhaftet. Die Nationalsozialisten hatten 12 Tote und 16 Verwundete, während nur zwei Polizeibeamte getötet worden waren.

Jetzt konnte kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die Erhebung vollends zusammengebrochen war. **Hitlers Überrumpelungsversuch, sein Staatsstreich war mißglückt.** Nach kurzem Kampfe wurde am Nachmittag das Wehrkreiskommando, in dem sich ein nationalsozialistischer Trupp festgesetzt hatte, von Regierungstruppen genommen. Hitler und Ludendorff wurden, nachdem sie ihr Ehrenwort gegeben hatten, sich in keiner Weise mehr an dem Unternehmen zu beteiligen, wieder freigelassen, allerdings ständig bewacht. Kahr verhängte das Standrecht und löste die Nationalsozialisten sowie die Bünde "Oberland" und "Kriegsflagge" auf. Der *Völkische Beobachter* wurde verboten. Gehässige Schmähungen gegen den "Preußen" Ludendorff und den Österreicher Hitler, den "Bazi", wurden allenthalben laut.



**9. November 1923: Abgesperrte
Isarbrücke in München. Photo Scherl.**

Kahr und Lossow behaupteten, sie hätten Hitler und Ludendorff vor einem gewaltsamen Aufstand

gewarnt und keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß ein Putsch rücksichtslos militärisch unterdrückt würde. Sie beteuerten ihre Unschuld und hatten auch insofern recht, als sie bei ihrem gemeinsamen Plan eines Vormarsches nach Berlin von der Voraussetzung ausgingen, daß von nationalsozialistischer Seite aus keine Eingriffe in die inneren Verhältnisse Bayerns geschehen würden. Des Landes und der Hauptstadt aber bemächtigte sich gewaltige Erregung. Am Sonntag, dem 11. November, durchzogen **große Trupps nationalsozialistischer Studenten**, vaterländische Lieder singend, München. Die Polizei wurde beschimpft und sogar beschossen. Die Kommunisten, ihrem Dialekt nach zu urteilen wahrscheinlich aus Sachsen und Thüringen zugewandert, verteilten Flugblätter und wurden verhaftet. Noch am folgenden Tage hielt die Erregung an. Die **Akademi-schen Blätter**, das Organ der deutschen Studentenschaft, brachte einen Artikel, dessen Inhalt etwa in folgenden Worten gipfelte: "Hoch Hitler, nieder mit Kahr, Rache für unsere Toten!"

Die Nationalsozialisten waren vollkommen zusammengebrochen. Ihre Führer wurden verhaftet, ihre Verbände waren aufgelöst. Dennoch kam es in **Augsburg** zu einem kurzen Aufstand, der mit der Entwaffnung und Verhaftung der Beteiligten in kurzer Zeit niedergeschlagen wurde. In **Hof** demonstrierten 2000 Anhänger Hitlers, ohne daß es zu ernststen Zusammenstößen kam. Kahr war vollkommen Herr der Lage.

Eine besondere Note erhielt der Kampf der Geister nach dem Zusammenbruch des Hitlerschen Staatsstreiches noch **durch das Moment des konfessionellen Streites**. Die Nationalsozialisten warfen den klerikalen ultramontanen Kreisen vor, sie hätten die Erhebung verraten. Das war auch Ludendorffs Ansicht. Die Katholiken antworteten darauf mit starken Ausfällen gegen den Protestantismus, die aber ungerechtfertigt waren, da die größte Mehrzahl der unzufriedenen Hitleranhänger selbst katholisch war. Die evangelischen Gemeinden Münchens sahen sich genötigt, gegen die auch vom Zentralkomitee der Münchner Katholiken begünstigten Angriffe eine Erklärung abzugeben am 14. Dezember, in der es hieß:

"1. Die bedauerlichen Angriffe gegen die katholische Kirche und ihre Würdenträger sind, wie jedermann beobachten konnte, aus der politisch erregten Münchener Gesamtbevölkerung hervorgebrochen, die doch überwiegend katholisch ist.

2. Wir verwarfen uns energisch dagegen, daß die Evangelischen in Gegensätze hereingezogen werden, mit denen sie nichts zu tun haben, und sogar für jugendliche Ausschreitungen verantwortlich gemacht werden, die mit evangelischem Bewußtsein nicht in der geringsten Beziehung stehen. Wir lehnen es entschieden ab, daß die evangelische Bevölkerung Münchens nachträglich den Blitzableiter bilden soll.

3. Wir bedauern, daß in der Entschließung des Zentralkomitees im Widerspruch zu der verfassungsmäßig garantierten Gleichberechtigung der Konfessionen von einem 'katholischen München und Bayern' und von der Wahrung des 'Haus- und Bürgerrechts' der Münchener Katholiken gegen Andersgläubige gesprochen wird, obwohl die Evangelischen ein Sechstel der Münchener und ein Drittel der bayerischen Bevölkerung bilden. Wir Evangelisten können uns keineswegs als geduldet betrachten; wir nehmen für uns dasselbe Haus- und Bürgerrecht in München und Bayern in Anspruch wie unsere katholischen Mitbürger und sprechen der Staatsregierung das Vertrauen aus, daß sie auch unsere Rechte gemäß den besten Traditionen des bayerischen Staates schützen wird."

Eine tiefere Zerrüttung als diese, die wie in den Zeiten der Religionskämpfe auch noch die Gemüter spaltete, war kaum noch möglich.

Von allen Aufständen des Herbstes 1923 ist **der Hitlerputsch der tragischste**. Wenn auch nicht geleugnet werden konnte, daß der Überfall im "Bürgerbräukeller" eine Gewalttat war, so waren doch die Nationalsozialisten von den besten und edelsten Absichten für das gemeinsame Vaterland durchdrungen. Es waren keine eigensüchtigen und niedrigen Motive, die sie trieben, stand doch der wertvolle Teil des deutschen Bürgertums, die **akademische Jugend**, in der vordersten Linie dieser Kämpfer. Besonders tragisch war das **Schicksal Ludendorffs**. Der gewaltigste und gefürchtetste

General des Weltkrieges handelte ebenfalls nicht aus egoistischen Interessen. Er hatte seine Pension, ein sorgenfreies Leben, eine geachtete Stellung und seinen Ruhm. Er handelte aus dem unbezwingbaren Drang heraus, seinem gequälten Vaterlande zu dienen, ihm zu helfen. Man warf ihm Ehrgeiz vor. Nun, ist Ehrgeiz ein Verbrechen? Ist er nicht im Gegenteil die Quelle aller gewaltigen Taten, welche die Menschen groß machen und die Welt erschüttern?

Im Frühjahr 1924 wurde der Hochverratsprozeß gegen Hitler und Ludendorff verhandelt. Hitler, Weber, Kriebel und Pöhner erhielten je fünf Jahre Festung. Ludendorff wurde freigesprochen. Das Gericht vertrat die Auffassung, daß Kahr wirklich oder zum Scheine eine viel weitergehende Verfassungsänderung vorgenommen habe, als er sich nämlich zum Statthalter der Monarchie machte, also an Stelle der Republik ein Königreich setzen wollte. Ludendorff dagegen habe am Abend des 8. November im besten Glauben gehandelt, da er dachte, daß der Gedanke der Reichsdiktatur im Sinne Kahrs greifbare Gestalt angenommen habe. Nicht Ludendorff, sondern Kahr traf also der moralische Vorwurf für die Vorgänge im November!

Anklagen und Vorwürfe

Der Hitlerputsch war eine Episode, die aber deswegen von Bedeutung war, als sie grell und blitzartig die Zustände in Deutschland beleuchtete. Die Spannung zwischen Bayern und dem Reich war aber nicht behoben, sie dauerte noch weiterhin an. Am 24. November schlugen die bayerische Regierung, unterstützt von der Bayerischen Volkspartei eine Lösung vor, indem sie für eine **föderalistische Umgestaltung der Reichsverfassung eintraten**. Erst Anfang Dezember ließ sich ein Fortschritt zur Entspannung erkennen. Damals trat der Bayer Dr. Emminger als Justizminister in die Reichsregierung ein. So war die Möglichkeit eines friedlichen Ausgleichs zwischen München und Berlin nicht nur angebahnt, sondern schon erheblich gefördert. -

Beginn der Oktober-Krawalle

Das Bild über die damaligen Zustände in Deutschland wäre aber unvollständig, wenn wir uns nur auf die Betrachtung der planmäßigen Angriffe auf das Reich und die Verfassung in Sachsen und Thüringen, in Preußen und Bayern beschränken würden. Es war eine unruhige Zeit; die Katastrophe der Mark stürzte Deutschland in einen rasenden Strudel des Elends. Hunger, Not und Entsetzen würgten das Volk. Die Mark, die von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde immer jüher in den bodenlosen Abgrund taumelte, machte es den meisten unmöglich, sich die notwendigsten Lebensbedürfnisse anzuschaffen. Die Verzweiflung packte die Massen, sie griffen zur Selbsthilfe. **In fast allen Städten des Reiches brachen blutige Teuerungskrawalle aus.** Blind gegen alle Vernunft, stürmten die Massen die Läden, raubten und plünderten. Es ging hier nicht mehr um politische Systeme, es ging ums nackte Leben. **Um den 11. Oktober begann die Welle der blutigen Teuerungsunruhen.** Einen Monat lang schüttelten und peitschten sie Deutschland. Die städtischen Arbeiter Berlins forderten an diesem Tage einen Stundenlohn von 480 Millionen Mark, die Werkstättenarbeiter einen solchen von 600 bis 750 Millionen.

Schon am 12. Oktober züngelte die Flamme des Aufruhrs bedenklich empor. In Berlin-Schöneberg hatten sich mittags 1000 Menschen vor dem Rathaus versammelt und versuchten es zu stürmen, um den Bürgermeister zur Herabsetzung der Lebensmittelpreise zu zwingen. Doch die Polizei trieb sie auseinander. Auf dem Güterbahnhof von **Steglitz** mußten die Polizisten 800 Menschen vertreiben, welche einen mit Kartoffeln beladenen Waggon zu plündern versuchten. Auch in **Höchst am Main** kam es zu Zusammenstößen. Die Erwerbslosen demonstrierten vormittags vor dem Rathaus und forderten einen Vorschuß von zehn Milliarden Mark für den Kopf. Da ihnen dieser nicht bewilligt wurde, bemächtigte sich ihrer große Erbitterung, und sie warfen mit Steinen nach den Polizeibeamten. Diese feuerten in die Menge, wobei ein Arbeiter getötet, drei schwer, zwei leichter verletzt wurden. Das Rathaus wurde weiter belagert, und am Nachmittag kam es zu großen Plünderungen. Die Polizei wurde zurückgezogen, und französische Truppen drohten einzurücken. In **Köln** kam es ebenfalls an diesem Tage zu Plünderungen. In **Düsseldorf** zog abends die Menge durch die Kölner Straße, schlug die Schaufenster ein und räumte Schuh-, Kleidungs- und Lebensmittelgeschäfte aus; dann wälzte sich die Masse in andere Stadtteile und plünderte die Hildebrandtstraße aus. Sackweise wurden die Sachen fortgeschleppt. Den ganzen folgenden Tag wurden die Plünderungen fortgesetzt, da die Polizei viel zu schwach zum Widerstand war. Erst nachdem sie

Gewalttaten und Hungerrevolten in allen Teilen des Reiches

Unterstützung französischer Truppen erhalten hatte, wurde sie Herr der Lage.

In **Frankfurt am Main** wurden am Vormittag des 13. Oktober ausgebrochene Plünderungen von der Polizei unterdrückt, während zur gleichen Zeit in **Leipzig** die Marktstände gestürmt wurden. Schon am folgenden Tag wiederholte sich in Frankfurt der Erwerbslosenkrawall. Am 15. Oktober gab es in **Köln** blutige Plünderungen, und gleichzeitig artete in **Mannheim** eine Erwerbslosendemonstration in eine großartige Plünderungsaktion aus, die zwei Tage anhielt. Unter den 17 Verwundeten befanden sich vier Polizeibeamte. Am Vormittag des 16. Oktober zogen große Trupps Erwerbsloser von **Neukölln und Lichtenberg** vor das Berliner Rathaus. Tausende von Menschen, die sich gegenseitig zu Plünderungen aufreizten, erfüllten die Königstraße. Gegen Mittag kam es in der Roßstraße zu Zusammenstößen mit der Polizei, wobei ein Mann lebensgefährlich, zwei schwer verletzt wurden. Am gleichen Tage plünderten in **Leipzig** halbwüchsige Burschen Lebensmittelgeschäfte und Brotwagen.

In Berlin verdoppelten sich täglich die Preise. Die Bäcker kündigten eine Erhöhung des Brotpreises auf 650 Millionen Mark an. Ein Pfund Butter kostete 2 Milliarden, ein Preis, der für 95% Prozent der Bevölkerung unerschwinglich war. Die Polizei war nicht mehr in der Lage, die Markthallen vor den Ausschreitungen der aufgeregten Käufermassen zu schützen. In **Lichtenberg und Neukölln** terrorisierten Hundertschaften der Erwerbslosen. In **Stralau-Rummelsburg** wurden nachts die Läden ausgeplündert. Am gleichen Tage, dem 17. Oktober, stürmten Arbeiterfrauen das Verwaltungsgebäude einer Fabrik in **Gelsenkirchen** und richteten furchtbare Verwüstungen an. Die Polizisten, welche man mit Steinen bewarf, schossen und verletzten zwei Arbeiter schwer. Unterdessen kam es in **Mannheim** abermals zu blutigen Unruhen. Die Betriebsräte riefen den Generalstreik aus, die Zufuhr von Gas und Wasser war empfindlich gestört, die Straßenbahn mußte den Betrieb einstellen. Zusammenstöße mit der Polizei ereigneten sich, und es gab zahlreiche Tote. Das Wehrkreiskommando machte bekannt, daß Verbrechen, die sonst mit Zuchthaus bestraft würden, mit dem Tode geahndet werden müßten.

Am folgenden Tage wurde der **Norden und Osten Berlins** von neuen Ausschreitungen heimgesucht. In **Neustadt in der Pfalz** gab es bei Erwerbslosenunruhen acht Verletzte. In **München** wurden die Läden der Lebensmittelhändler und Fleischer geplündert. Jeder Tag brachte neue Katastrophen. Am 19. Oktober gab es in **Tilsit** Tote und Verwundete. In **Wiesbaden** und **Lahr** griff man Fabriken und Villen an. Von einer schweren Revolte wurde **Mannheim** betroffen. 21 Tote und 65 Verwundete blieben auf dem Platze.

Das Elend wurde immer grauenhafter. In **Köln**, einer Stadt von 700 000 Einwohnern, wurden 80 000 Erwerbslose und Hunderttausende von Kurzarbeitern gezählt. Jeder dritte Einwohner der Stadt wurde nicht mehr vollbeschäftigt.

Während in Berlin an einem Sonntag, dem 21. Oktober, Bäckerläden gestürmt und ausgeplündert wurden, brachen in **Hamburg** schwere Lebensmittelunruhen aus, die, von **Kommunisten** angefaßt, vier Tage lang dauerten. Am 23. Oktober, morgens 3 Uhr, gab es eine große Schießerei. Kommunisten, hauptsächlich weibliche Agitatoren, hatten das Volk aufgehetzt. Verschiedene Polizeiwachen wurden in der Nacht gestürmt, die Beamten entwapnet. Heftige Feuergefechte fanden statt, während die Lebensmittelgeschäfte geplündert wurden. Zeitungsautos wurden gestürmt und zerstört. An diesem Tage wurden 14 Tote, darunter 7 Polizisten, und 106 Verwundete, darunter 19 Polizisten, gezählt. Die Fabriken ruhten, der Hafen war tot. Am Abend wurden die Kämpfe in **Barmbeck** erneuert. Aus Häusern und von den Dächern wurde geschossen. Auch in **Altona** und **Wandsbek** wurde die Polizei angegriffen. Am folgenden Tage wurde im Innern der Hansestadt geplündert. Halbwüchsige Burschen überfielen das Gefängnis, wurden aber zurückgeschlagen. In **Bergedorf** legten die Erwerbslosen sämtliche großen Fabriken still. Ein Zug von 1000 Hamburger Kommunisten wälzte sich nach **Geesthacht**, um die Dynamitfabrik stillzulegen. Allmählich wurde die Polizei Herr der Unruhen. Bei Barmbeck mußte sie ein Gehölz unter schweren Verlusten für die Aufrührer säubern. Am Abend des 24. Oktober war die Ruhe wiederhergestellt. Die Kämpfe forderten insgesamt 24 Tote, darunter 11 Polizisten, und über 250 Verwundete.

Auch in Ostpreußen, in **Marienburg** und **Allenstein**, drang die aufgeregte Menge in die Läden der Bäckereien, Lebensmittel- und Kleiderhändler ein und plünderte sie aus. Mehrere wurden verwundet, andere verhaftet. Besonders unruhig aber war das **Ruhrgebiet**. In Essen brachen am 26. Oktober neue Teuerungskrawalle aus. Die Erwerbslosen unterbrachen die Stadtbahngleise, errichteten Barrikaden und warfen Steine auf die Polizeibeamten. 7 wurden getötet, etwa 30 verletzt. Drei Tage später war **Düsseldorf** der Schauplatz von Plünderungskrawallen. Von den Aufrührern wurde eine Handgranate geworfen, welche 5 Menschen teilweise schwer verletzte.

Anfang November gab es in Deutschland **4½ Millionen Arbeitslose**. Der vierte Teil der erwerbstätigen Männer bezog Arbeitslosenunterstützung. Das war ungeheuer. Wer sollte das hungernde Volk sättigen? Wer ihm Kleidung und Kohle und Wohnung liefern? Deutschland stand tatsächlich am Ende seiner Kraft. Mit zwingender Notwendigkeit mußten sich die Teuerungsunruhen fortsetzen, verstärken. In **Berlin** ereigneten sich am 5. November schwere Unruhen. Das Volk rottete sich zusammen und plünderte Bäcker-, Fleischer-, Lebensmittel- und Tabakläden. Vor dem Rathaus in **Lichtenberg** demonstrierten 3000 Erwerbslose. Im Scheunenviertel fanden nachmittags und abends bis in die Nacht hinein Massenplünderungen statt. Auf Devisenschieber wurde eine förmliche Jagd veranstaltet. In der Münz-, Grenadier-, Dragoner-, Hirten- und Linienstraße wurden jüdische Geschäfte ausgeplündert. Jüdisch aussehende Personen wurden bis aufs Hemd ausgezogen. Vor der Börse kam es zu Tumulten. Man riß einem Juden die Kleider vom Leibe, bis er nackt dastand, dann raufte sich die Menge um seine mit Devisen gefüllte Briefftasche.

Am gleichen Tage demonstrierten in **Dessau** die Erwerbslosen vor dem Rathause und mußten mit der Waffe zerstreut werden. Am 9. November konnte die Stadtverwaltung **Kottbus** den Erwerbslosen keine Unterstützung zahlen, da sie kein Geld in der Kasse hatte. Doch die Erwerbslosen halfen sich selbst, sie plünderten die Läden der Bäcker, Fleischer und Tabakhändler aus. Auch in **Breslau** wurde am 12. November geraubt und geplündert. Am 16. und 23. November war **Essen** wiederum der Schauplatz blutiger Auseinandersetzungen. Am 24. November kam es in **Gelsenkirchen und zahlreichen andern Orten des Ruhrgebiets** zu schweren Plünderungen. Der Grund für die Gelsenkirchener Vorgänge lag darin, daß die Erwerbslosen die ihnen von der Stadt gewährte Unterstützung von 700 Milliarden für den Tag und eine ledige Person als zu gering betrachteten. 6 Tote und 23 Verletzte kostete die Revolte. Am 27. November wurde **Berlin** wieder von Plünderungen heimgesucht.

Mit der **Einführung der Rentenmark** traten wieder geordnete Zustände ein. Deutschland war mit einem Schläge gleichsam befreit von inneren Unruhen und Erschütterungen. Das Volk, müde von Aufregungen und Entbehrungen, hatte keinen anderen Wunsch, als sich aus dem Zustande seiner schweren Erschöpfung zu erholen. **So verschwinden mit dem Ausgang des Novembers die Teuerungskrawalle aus der deutschen Geschichte.** Sie waren spontan, aus dem verzweifelten Willen der Hungernden hervorgebrochen, sie fragten nicht nach Organisation und zentraler Leitung, sie standen nicht im Dienste irgendeiner politischen Idee, sie hatten nur ein Ziel: den vom Hunger verkrampften Magen zu beruhigen.

Dennoch arbeiteten die **Kommunisten mit geradezu fieberhaftem Eifer daran**, eine große politische Aktion zu entfachen, um den Bolschewismus in Deutschland einzuführen. Das war die unerschütterliche Absicht der kommunistischen Leitung für das ganze Reich, und diese Ideen waren von Moskau inspiriert. Brandler, der in Sachsen eine Rolle spielte, kam Anfang Oktober aus Moskau zurück und brachte folgendes Programm mit: Bewaffnete Arbeitergruppen erfassen die Lebensmittel auf dem Lande; sämtliche nichtkommunistischen Zeitungen werden für immer verboten; sämtliche nichtkommunistischen Führer sind zu verhaften; jeder Widerstand gegen die neue Regierung wird mit dem Tode bestraft. Man rechnete in diesen Kreisen ganz sicher mit der **Errichtung der Räteherrschaft**, und man machte kein Hehl daraus, daß alle Andersdenkenden umgebracht werden sollten. Leute, die auf dem Friedhof liegen, stören nicht mehr. Das war die herrschende Auffassung. Die freien Gewerkschaften und die kommunistischen Zeitungen taten ihr möglichstes, um die herrschende Panikstimmung des Volkes gegen die Industriellen und Rechtsputschisten aufzupeitschen.

**Umtriebe der
Kommunisten**

Gewitzigt durch die Ereignisse der früheren Jahre, waren die **Regierungen der deutschen Länder** wachsam und unterdrückten bei der geringsten Veranlassung alle kommunistischen Aufwiegelungsversuche. Bereits am 13. Oktober hatte die preußische Regierung in **Breslau** 20 Kommunisten verhaften lassen, weil man sie beschuldigte, daß sie zur Bildung von bewaffneten Hundertschaften aufreizten. Eine Woche später wurden nachts in **Stuttgart** kommunistische Agitatoren verhaftet, welche Generalstreik und Sabotage vorbereiteten. Am 22. Oktober erfolgte in **München** die Festnahme von 32 Kommunisten. In der zweiten Hälfte des Monats schien es aber doch, als ob stellenweise die rein wirtschaftlichen Unruhen von den **Bolschewisten ihren Zwecken dienstbar gemacht werden** könnten. Die Untersuchung der besonders hartnäckigen **Hamburger Unruhen** ergab, daß es sich um einen großangelegten kommunistischen Putschversuch handelte. Raffiniert bediente man sich **weiblicher Agitatoren**, welche man mit kluger psychologischer Berechnung für die Aufreizung der Hausfrauen als sehr geeignet hielt. In **Heide**, im Holsteinischen, erschien am 17. Oktober ein mit Karabinern bewaffneter kommunistischer Haufe, beschoß das Gefängnis und forderte Freigabe eines dort gefangengehaltenen Führers. Erst herbeigerufene Polizei konnte die Landfriedensbrecher vertreiben. In **Stettin** rotteten sich unter kommunistischem Einfluß die Werftarbeiter zusammen, so daß die Vulkanwerft geschlossen werden mußte. In der **Niederlausitz** wurde der Generalstreik proklamiert. In **Braunschweig** beunruhigten kommunistische Hundertschaften die Bevölkerung, so daß die Polizei 250 Personen entwaffnete und 21 Hundertschaftsführer verhaftete. Die Erwerbslosen verlangten am folgenden Tage in einer großen Demonstration vor dem Rathause die Freigabe der Verhafteten, doch vergebens. In **Schöningen** bei Braunschweig, wo die Kaufläden geplündert wurden, mußte Reichswehr Ruhe schaffen.

In **Frankfurt am Main** propagierten die Kommunisten den Generalstreik, jedoch wurde er von den Gewerkschaften abgelehnt. Nur die Metallarbeiter traten in den wilden Streik ein, am 26. Oktober. Von 35 000 Metallarbeitern feierten 30 000. Aber schon nach drei Tagen brach die Aktion vollständig zusammen. Besonders die jugendlichen Elemente taten sich hervor. Sie zogen durch die Stadt und forderten, indem sie mit Gewalt drohten, daß die Gastwirtschaften geschlossen würden. Die Läden blieben, aus Angst vor Plünderungen, schon vom frühen Morgen an geschlossen. Ein Teil der Stadt erhielt sogar kein Wasser.

Die Kommunisten mußten erkennen, daß es trotz verzweifelter Anstrengungen über ihre Kräfte ging, eine neue Revolution zu entfachen. Dennoch waren sie unermüdlich. Ende Oktober konnten in **Rostock** 30 Mitglieder einer Zentrale verhaftet werden, die auf den Staatsumsturz in Mecklenburg hinarbeitete. Anfang November wurde in **Hamburg** aufs neue geschürt. Diese Stadt schien durch ihre Hafendarbeiter ein günstiger Boden für die kommunistischen Pläne zu sein, und man unterließ nichts, die Teuerungsnot politisch zu beeinflussen. Eine großzügige Agitation setzte seit Mitte November über das ganze Reich ein, sogar in die Reichswehr versuchte man einzudringen.

Aber die preußische Regierung wachte über die dem Staate drohende Gefahr. **Schon Mitte Oktober waren in Berlin verschiedene Kommunisten verhaftet**

Verhaftungen

worden, welche die Bewaffnung proletarischer Hundertschaften forderten. Einen Monat später wurde eine Zentrale in der Reichshauptstadt ausgehoben, bei welcher Haussuchungen nicht nur einen ansehnlichen Bestand von Dollars und Pfund Sterling zutage förderte, sondern auch einen sorgsam ausgearbeiteten Plan für den militärischen Aufmarsch in ganz Deutschland. Auch an den nötigen Waffen fehlte es nicht. Severing ließ innerhalb einer Woche 4000 Mauserpistolen, 500 Karabiner und 24 schwere Maschinengewehre beschlagnehmen.

Den Moskauern dauerten die Vorbereitungen der deutschen Kommunisten viel zu lange, und sie schrieben einen Brief an ihre Berliner Freunde, worin sie kategorisch den Beginn des bewaffneten Aufstandes forderten. Nun entschlossen sich die deutschen Kommunisten zu einer Tat. Aus **Weißensee** und **Lichtenberg bei Berlin** trommelten sie 1000 Erwerbslose zusammen, mit denen sie zum Lustgarten zogen und nach verschiedenen Reden ein Hoch auf die Räterepublik ausbrachten. Auf dem **Küstriner Platz** hatten sich etwa 3000 Menschen eingefunden, die mit Gummiknüppeln auseinandergetrieben wurden, nachdem man etwa 80 von ihnen verhaftet hatte. Die

Generalprobe für den großen kommunistischen Aufstand war kläglich gescheitert, die Sache der Bolschewisten war verloren.

Man möchte sich wundern, warum die Kommunisten trotz geradezu übermenschlicher Anstrengungen nicht in der Lage waren, eine große Revolution herbeizuführen. **Zwei Gründe** sind dafür ausschlaggebend gewesen: die **sehr wachsame Bereitschaft der deutschen Regierungen**, die eine rührige Polizei zur Verfügung hatten, und die **Gleichgültigkeit, ja der Ekel der wirtschaftlich zermürbten Massen** vor politischen Versprechungen. Nicht die Aussicht auf die Räterepublik konnte noch dazu begeistern, auf den Barrikaden zu sterben; nach Brot, Brot und nochmals Brot schrien die Männer, die Frauen und die Kinder. Man zitterte davor, leichtsinnig durch einen Streik seinen Erwerb zu verlieren, man wehrte sich gegen solche Zumutungen mit äußerster Energie. Die Vorbedingung für die kommunistische Tat war aber der **Generalstreik**, und der kam nicht zustande; so hatten die Kommunisten das Spiel verloren.

Ein anderer Faktor war **Rußland**. Wohl hielten sich **zahlreiche Sowjetrussen zu jener Zeit besonders in den badischen Kurorten auf**; aber man verkannte doch in Moskau vollkommen die Dinge, wie sie in Deutschland lagen. Die Bolschewisten glaubten immer noch an die deutsche Revolution, sie beurteilten ganz falsch den Charakter der Deutschen. Noch später sprach Sinowjew von der "akut revolutionären Situation", die im Herbst 1923 in Deutschland bestanden habe. **Aber gerade damals war Rußland nicht zu einer tätigen Unterstützung der deutschen Kommunisten in der Lage, sondern die Exekutive der 3. Internationale konnte nur Vorschläge machen, Forderungen stellen und die Ausführung letzten Endes den Deutschen allein überlassen.** Denn mit einer gewissen Resignation hatten sich die Führer der Komintern 1922 von Europa zurückgezogen und die Durchschlagskraft ihrer bolschewistischen Aktion mehr auf Asien, speziell auf China, gerichtet. Hier waren sie im besten Zuge, und herrliche Hoffnungen auf den Sturz der englischen Herrschaft in Asien beflügelte ihre Anstrengungen. Nachhaltiger aber wirkte noch eine andere Tatsache auf Rußlands Außenpolitik lähmend ein: **Lenin war einer schweren Krankheit verfallen**, die es ihm unmöglich machte, weiterhin das Regiment mit seiner starken Faust zu führen. Zwei Richtungen hemmten sich jetzt gegenseitig in Moskau: eine gemäßigte, die hauptsächlich in der Sowjetregierung zum Ausdruck kam, und eine radikale, deren Zuflucht die Exekutive der Komintern war. Zu dieser letzten gehörte **Sinowjew**, und er war stets der Überzeugung, man müsse "sofort zum Angriff" übergehen. Er schrieb die aufreizenden Briefe nach Berlin und machte den sächsischen Kommunisten Hoffnungen und Mut. Zu ihm stand auch der größte Teil der russischen Jugend, der aber von der Regierung im Zaume gehalten wurde. Stalin berichtet, daß 1923, am "Vorabend der deutschen Revolution", ein Teil der russischen Jugend bereit gewesen sei, die Bücher liegenzulassen und nach Deutschland zu fahren, **da sie behauptete, ein Revolutionär habe in Rußland nichts mehr zu tun, er müsse nach Deutschland fahren und dort Revolution machen.** An den Eisenbahnstrecken Rußlands, die nach Deutschland führten, wurde Gold und Getreide konzentriert. Die Handelsvertretungen der Sowjets in Deutschland erhielten Anweisungen, tatkräftig die kommunistische Bewegung zu unterstützen. Vertreter der Moskauer Regierung und der Komintern hielten sich den ganzen November über mit falschen Pässen in Berlin auf und warteten auf die Bolschewisierung Deutschlands. Radek wurde nach Deutschland gesandt, um die Revolution vorwärtszutreiben, so daß der deutsche Botschafter in Moskau, Graf Brockdorff-Rantzau, schließlich mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen drohen mußte. Radek wurde von der deutschen Polizei verhaftet. Diese Ereignisse, die Ende Oktober 1929 im *Matin* von dem ehemaligen russischen Botschaftsrat Bessedowski in Paris berichtet wurden, zeigen doch, daß in Rußland starke Strömungen, besonders in der Komintern, am Werke waren, welche die deutsche Inflationsnot zur Herbeiführung des Bolschewismus benutzen wollten. Da aber in den maßgebenden russischen Stellen selbst hierüber keine Einigkeit bestand, unterblieb dies, und die deutschen Kommunisten waren preisgegeben.

Moskaus
Anteil

Vollends aussichtslos war die Arbeit der Kommunisten, als Ende Oktober die **sozialdemokratisch-kommunistische Regierung in Sachsen** gestürzt worden war und wenige Tage später auch in **Thüringen** die Kommunisten aus der Regierung ausschieden. Diese beiden Länder waren der

Rückhalt der radikalen Bewegung in ganz Deutschland, und die deutschen Bolschewisten hatten ihr Schicksal allzu eng verknüpft mit dem Schicksal der beiden mitteldeutschen Staaten. Was halfen alle vermehrten Anstrengungen, Aufforderungen und Versprechungen, wenn die Masse am Schicksal Sachsens ein Beispiel sah, das nicht Hoffnung, sondern Hoffnungslosigkeit einflößte?

So waren Reich und Volk im Herbst 1923 einigermaßen glücklich um gefährliche Klippen innerer Aufstände und Unruhen herumgekommen. - Nun wenden wir uns den Zuständen im besetzten Gebiet und dem Aufstand der Separatisten zu.



4. Kapitel: Die besetzten Gebiete, Separatistenaufstand in Rheinland und Pfalz.

Die Franzosen schalteten und walteten in den besetzten Gebieten, als seien diese ihre eigenen Länder. In 134 Orten des Rheinlandes hatten sie fast anderthalbmal soviel Truppen untergebracht, wie Deutschland vor dem Kriege in 28 Garnisonen, während Amerika, England und Belgien nur den dritten Teil der französischen Truppenstärke in etwa 90 Orte gelegt hatten. Schulen und andere öffentliche Gebäude waren mit Soldaten angefüllt, neue Kasernen wurden gebaut, Exerzier- und Flugplätze angelegt. Neue Offizierskasinos mußten in den kostspieligsten Hotels eingerichtet werden, Soldatenheime und Bordelle für die Soldaten wurden geschaffen. Schwarze quälten die Rheinländer, im April 1921 befanden sich 15 farbige Regimenter auf deutschem Boden, und im Oktober 1922 waren es noch zwölf. Die niedrigsten Rassen wurden von Paris aus dazu bestimmt, Sklavenhalter der Deutschen zu sein. General Allen, der amerikanische Oberbefehlshaber, sagt einmal in seinem Rheinland-Tagebuch, "die Malagassen würden zwar, da sie etwas Malaienblut enthielten, nur Negroiden genannt, die meisten von ihnen seien aber schwärzer als schwarz und stünden auf einer sehr niedrigen Zivilisationsstufe. Es war eine Beschimpfung des deutschen Volkes und der deutschen Kultur, wie sie noch nie erlebt worden war."

Besetzung

"Zum Zwecke der äußersten Beschimpfung der Besiegten", sagte **Nitti**, "seien in dem Besatzungsheer die Vertreter der niedrigsten Rassen. So seien die gebildetsten Städte Europas unter der Negergewalt, die die größten Verbrechen begangen habe, und die deutsche Bevölkerung sei ohne Not, nur aus Lust an Beschimpfung, körperlichen und moralischen Quälereien unterworfen, die seit Jahrhunderten in den zivilisierten Ländern unbekannt seien. Frauen und Mädchen wurden von der Seite ihres Mannes oder Bräutigams ins Dickicht, in den Straßengraben, ins Getreidefeld geschleppt und geschändet, zahllose Fälle von Päderastie und versuchter Päderastie ereigneten sich. Selbst vor 70jährigen Greisinnen scheute man nicht zurück. **Eine Geißel, wie sie kaum furchtbarer gedacht werden konnte, stellte die französische Besetzung dar.**"

Delegierte

Die zivile Verwaltung der Gebiete riß mehr und mehr, entgegen den Bestimmungen des Rheinlandstatuts, die Interalliierte Rheinlandkommission an sich, deren Vorsitzender ein Franzose, Tirard, war. Sie zählte etwa 1300 Beamte. Unter ihnen befanden sich **100 Delegierte**, die den Landratsämtern, den Stadtkreisen und Bezirksregierungen zugeteilt waren und lediglich die Verbindungsleute zwischen Rheinlandkommission und interalliierten Militärbehörden mit den deutschen Behörden sein sollten, in Wahrheit aber die deutsche Verwaltung und die Justizbehörden ständig kontrollierten, der Rheinlandkommission Fingerzeige über zu erlassende Verordnungen gaben und diejenigen Deutschen, die nationales Gefühl an den Tag legten, in die Folterkammern der französischen Militärjustiz und in die Hölle französischer Gefängnisse brachten. Außerdem leiteten diese Delegierten die französische Kulturpropaganda und leisteten den politischen Zielen Frankreichs tatkräftig Vorschub. Um ihre Aufgabe gut zu erfüllen, umgaben sie sich mit einem großen Stabe von Unterbeamten, so daß sich General Allen veranlaßt sah, in seinem Tagebuch zu bemerken: "Frankreich scheine alle seine Beamtengruppen hier an den Rhein zu schicken, damit sie ihn zu sehen bekommen und vielleicht auch, damit sich die Rheinbevölkerung daran gewöhnen soll, diese Beamten zu sehen."

Die Rheinlandbesetzung glich einer Völkerwanderung. Etwa ein halbe Million Franzosen setzten

Franzosen am Rhein: Requisitionen und Erpressungen

sich an dem deutschen Strome fest in der unerschütterlichen Absicht, ihn nicht wieder zu verlassen. Herrschaftliche Wohnungen, mit dem erlesensten Luxus ausgestattet, mußten den hohen Offizieren und den acht Bezirksdelegierten zur Verfügung gestellt werden. Jeder von ihnen hatte Anspruch auf zehn Räume, darunter einen großen Salon und ein Speisezimmer als Empfangsräume. Die 80 Kreisdelegierten hatten Achtzimmer-Wohnungen inne; für Kinder und Familienmitglieder mußten weitere Räume hergegeben werden. **So waren Ende 1922 im Rheinland 10 000 Wohnungen mit 37 600 Zimmern und 9400 Zimmer von den Besatzungsbehörden mit Beschlag belegt worden, alle in der üppigsten Weise ausgestattet.** Es mußten nicht nur Salons, Herrenzimmer, Speisezimmer, Doppelschlafzimmer, Küchen und die gebräuchlichen Luxusmöbel geliefert werden, auch - um nur einiges zu nennen - 3500 Kinderbetten, 175 000 Servietten, 45 000 Sekt- und 58 000 Likörgläser waren als von Deutschland zu liefern für notwendig befunden worden, zahllose Speise-, Tee- und Kaffeeservice nicht mitgerechnet.

Alles hatte das deutsche Volk zu bezahlen. **Bis Ende Dezember 1922 betrugen die Besatzungskosten rund 4½ Milliarden Goldmark.** Der einfache französische Soldat bezog im Oktober 1922 eine Löhnung von 137 700 Papiermark, während das Gehalt des deutschen Staatssekretärs im gleichen Monat 122 500 Papiermark betrug. England und Amerika hatten einen Gesamtbetrag von einer Milliarde Goldmark an Besatzungskosten von Ende 1918 bis Ende 1922 für ausreichend befunden. Dem aber widersetzte sich Frankreich. Die Proprätoren und Quästoren des alten Rom brandschatzten mit größter Rücksichtslosigkeit die unterjochten, tributpflichtigen Provinzen, um die Staatskassen und ihre eigenen Taschen zu füllen, wie es Verres in Sizilien tat. Hiervon unterschied sich in keiner Weise das Verhalten der Franzosen im besetzten Rheinland. Der Reichsschatzminister sagte am Schluß seiner dritten Denkschrift über die Besatzungskosten:

"Was hätte mit diesen Mitteln Deutschlands geleistet werden können, wenn sie eine produktive Verwendung gefunden hätten! Der Wiederaufbau Nordfrankreichs hätte finanziert werden können, die wirtschaftliche und finanzielle Gesundung Deutschlands zum Nutzen seiner Reparationsfähigkeit, also zum Nutzen der Besatzungsmächte selbst, wäre gefördert worden. Die Besetzung in dem ungeheuren Umfang war von allem Anfang ein Feind der Reparationen."

Und **Nitti** charakterisierte in seinem *Friedlosen Europa* die Maßlosigkeit der Sieger:

"Statt den Frieden wiederherzustellen und sich um die Wiedergewinnung des verlorenen Reichtums zu bemühen, zerstöre das heutige Europa neue Reichtümer durch die Illusion der Sieger oder eines Teiles derselben, von der Arbeit der Besiegten leben zu können. Es sei eine absurde Moral, zu erklären, die während des Krieges gemachten Schulden nicht bezahlen zu können, aber zugleich von den Besiegten zu beanspruchen, daß sie nicht nur zahlen, sondern auch wie Sklaven zur Wiederherstellung des Reichtums der Sieger arbeiten sollen."

Schwer hatten die Rheinländer unter diesen Zuständen zu leiden. **Die persönliche Freiheit und die öffentliche Meinung wurden von Franzosen und Belgiern auf das brutalste unterdrückt.** Der Briefverkehr, die Telegraphen- und Fernsprechverbindungen wurden überwacht. Die Sicherheit der Besatzungstruppen und die öffentliche Ordnung, das Ansehen der Rheinlandkommission und Besatzungsarmee mußten die Knebelung der Pressefreiheit rechtfertigen. Im Jahre 1921 wurden 28 Zeitungen auf die Dauer von insgesamt 79½ Monaten verboten, im folgenden Jahre dagegen 44 Zeitungen auf eine Gesamtdauer von 109 Monaten. Jedes Zeitungsverbot erstreckte sich also durchschnittlich auf zweieinhalb bis drei Monate. **Eine erbarmungslose Zensur strich kurzerhand alle unbequemen Abhandlungen, Veröffentlichungen, Drucksachen, Vervielfältigungen, Schriften, Bilder mit und ohne Text und Lichtbildstreifen.** Zeitungen wurden gemäßregelt, wenn sie nicht von französischen Behörden übersandte Artikel veröffentlichten. Alle "gefährlichen" Theateraufführungen, Lichtspielvorstellungen, Pantomimen, Rezitationen, Vorträge, Kundgebungen, ja sogar Konzerte wurden verboten. **"Politische Versammlungen"** mußten 48 Stunden vorher der Besatzungsbehörde

Knebelung der persönlichen Freiheit

angezeigt werden, und diese hatte das Recht der Überwachung.

Militärische Vereine wurden mit größtem Mißtrauen betrachtet und verboten. Der "Deutsche Offiziersbund", die Pfadfindervereine, die Regimentsvereine, die Technische Nothilfe, die "Jugendgruppe der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei", der "Jungdeutsche Orden", der "Stahlhelm" und viele andere Organisationen waren verboten. Turn-, Sport- und Wandervereine, die Freiwillige Feuerwehr, Schützengesellschaften, Reitervereine, Kriegervereine wurden ängstlich überwacht. Französische Gendarmen achteten streng darauf, daß bei Übungen keine militärischen Kommandos abgegeben wurden oder Übungen im Marschieren, Scharfschießen, Geländeerkunden abgehalten wurden. Den Schützenvereinen war Abhaltung von Schießübungen verboten, nur Schützenfeste wurden gestattet. Die Freiwilligen Sanitätsvereine durften keine Uniform tragen. In Landau wurden junge Leute bestraft, weil sie die Hitleruniform, Skimütze und Windjacke, trugen. Alle Vereine mußten Satzungen, Vorstandsmitglieder und Mitgliederzahl der Militärbehörde mitteilen. Der Besitz von Rundfunkgerät war durch Ordonnanz vom 26. Januar 1921 unter schwere Strafe gestellt. Personen, die sich aus Bildungsdrang trotzdem ein Radio angeschafft hatten, wurden schwer bestraft. Militärische Gründe, Furcht vor Spionage waren maßgebend für die Haltung der Franzosen. Das Hissen der deutschen Flagge mußte 48 Stunden vorher der Besatzungsbehörde mitgeteilt und konnte verboten werden. Grundsätzlich ausgeschlossen waren die Farben schwarz-weiß-rot. Oft wurde nur das Beflaggen der öffentlichen Gebäude gestattet, während es für Privathäuser verboten war. Auch das Mitführen von Vereinsfahnen in Umzügen, das Tragen von Abzeichen oder Bändchen, das Mitführen von Wimpeln an Kraftwagen konnte verboten werden. In Simmern wurde einem Kaufmann verboten, je eine schwarze, weiße und rote Banderole in seinem Schaufenster nebeneinander auszustellen. In Meisenheim wurde ein Zigaretten-Reklame-Plakat beanstandet, weil darauf zwei Raucher in schwarzem Frack und weißer Weste auf rotem Hintergrund gesehen wurden. Das Singen vaterländischer Lieder und der Nationalhymne war strafbar, weil es als Provokation und Beleidigung der Besatzungsarmee aufgefaßt wurde. Oft kam es aus diesem Anlaß zu blutigen Zusammenstößen und Verhaftungen reichstreuer Rheinländer.

**Französische
Propaganda**

Diesen drakonischen Gewissenszwang ergänzten die Franzosen andererseits dadurch, daß sie selbst durch Propaganda die öffentliche Meinung zu ihren Gunsten zu beeinflussen suchten. Am 15. April 1921 erschien zum erstenmal in Koblenz das "**Nachrichtenblatt, herausgegeben zur rein sachlichen Berichtigung der Falsch- und Hetzmeldungen über das besetzte Gebiet**" vom französischen Pressedienst. Es erschien zuerst alle zwei bis fünf Tage, dann täglich. Der Herausgeber war der Südfranzose Brusquet, der mit einer Koblenzerin verheiratet war und häufig literarische Tees und andere Zusammenkünfte veranstaltete, wobei politische Tagesfragen besprochen wurden. Das Blatt wurde kostenlos als Drucksache durch die Post und durch die Kreisdelegierten vertrieben. Die Postumschläge trugen das amtliche Siegel der französischen Besatzungsbehörde, und so mußte die deutsche Post das Blatt portofrei befördern. Es erschien in einer Auflage von etwa 35 000 bis 40 000 Stück und wurde am meisten in der Pfalz, weniger in Trier, Krefeld und Aachen vertrieben. Auf dem platten Lande wurde der Vertrieb gelegentlich mit dem amtlichen Stempel des Landratsamtes erzwungen. Die Zeitung fühlte sich dazu berufen, "der Verständigung zu dienen", indem sie die Schwarze Schmach ableugnete und kommunistische Aufsätze abdruckte, wie "Die Propaganda gegen die farbigen Truppen" und "Die weißen Bestien in Oberschlesien". Die Neger waren "die großen Kinder mit guter Laune, die gern an den Spielen der deutschen Kinder teilnehmen". Von den alldeutschen Hunnen und völkischen Barbaren wurde gesprochen. Der **Versailler Vertrag** sei milde gegenüber dem **Frankfurter Frieden**, wurde behauptet. Es findet sich in dem Nachrichtenblatt z. B. folgender Satz:

"Haben die Kreise, die jetzt gegen die Schwarze Schmach protestieren, auch protestiert, als die deutschen Kulturträger in den Kolonien die schwarzen Frauen mißbrauchten? Sind sie in ähnlichen Protestversammlungen aufgetreten gegen den **Dr. Peters**, den Begründer der deutschen Kolonien, dessen und der andern Treiben damals im Reichstag zu brandmarken ein Verdienst des leider von der alldeutschen Meute ermordeten Erzberger ist?"

Mit Vorliebe wurden linksradikale und pazifistische Blätter Deutschlands ausgeschrieben. Auch

brachte man Beiträge von Deutschen, die "aus begreiflichen Gründen" ungenannt bleiben wollten. Vor allem suchte das Blatt Deutsche auf Deutsche zu hetzen, wie schon Überschriften bewiesen, die folgendes sagten: "Die höheren Zehntausend", "Die Klassenjustiz", "Positiver Preisabbau", "Aus dem Cuno-Paradies". **Mit allen Mitteln versuchten die Franzosen, eine kulturelle und politische Kluft zwischen das besetzte und das unbesetzte Deutschland zu treiben.**

**Ausschaltung
der Reichshoheit**

Die deutsche Souveränität wurde nicht nur durch die Rheinlandkommission und ihre Delegierten, nicht nur durch die Bestimmung untergraben, daß jeder deutsche Beamte im besetzten Gebiet abgesetzt werden könne, wenn nach Meinung der Rheinlandkommission diese Maßnahme notwendig sei, sondern auch durch direkte Verfügungen, wie die, daß die Immunität der deutschen Reichs- und Landtagsabgeordneten im besetzten Gebiet nicht anerkannt werde (Frühjahr 1921); am 30. Juli 1921 wurde auf diese Verordnung hin der demokratische Abgeordnete Erkelenz wegen eines von ihm im *Berliner Tageblatt* veröffentlichten Artikels von der Besatzungsbehörde verhaftet und nach einer "Belehrung" wieder entlassen.

Rechtsprechung

Auch die **Rechtsprechung** rissen die Franzosen an sich. Deutsche Staatsangehörige unterlagen auf deutschem Gebiet nicht den deutschen Strafgesetzen, sondern wurden von französischen Militärgerichten nach französischem Recht abgeurteilt. Ja, es wurde bestimmt, daß Freiheitsstrafen von mehr als fünf Jahren in fremden Kerkern und Strafanstalten verbüßt werden mußten. So fanden tatsächlich Deportationen in die Hölle der französischen Verbrecherkolonien statt. Am 10. August 1921 erließ die Rheinlandkommission eine Ordonnanz, wonach auch Vaterschaftsklagen gegen Angehörige der Kommission oder der Besatzungsarmee künftig den deutschen Gerichten entzogen und vor das nationale Gericht des Beklagten gebracht werden müssen.

Die Absicht der Franzosen und der Belgier ließen sich aus diesen Maßnahmen klar erkennen: sie wollten die Rheinländer zu Franzosen erziehen. Während Engländer und Amerikaner in loyaler Weise die Bestimmungen der Besatzungsbehörde ausführten und alles vermieden, was den Unmut und die Feindschaft der Deutschen erregen konnte, ging das fanatische Frankreich rücksichtslos auf sein Ziel los: die Rheinlande vom Reiche zu trennen und, wenn möglich, mit Frankreich zu vereinen. Ein jahrhundertealtes Streben war mit voller Macht aufs neue geweckt worden.

Mit dem Beginn der Ruhrbesetzung verschärften sich die Leiden der Rheinländer und die Loslösungsversuche der Franzosen.

**Rückwirkungen
der Ruhrbesetzung
auf besetzte Gebiete**

Der erste Schritt Frankreichs war die Beschlagnahme sämtlicher Zölle bei Ein- und Ausfuhr zwischen besetztem Gebiet und Ausland durch Ordonnanz 133 vom 18. Januar 1923. Die Rheinlandkommission übernahm die **Verwaltung der Finanzen und Zölle, ebenso die Überwachung der Grenzen.** Die deutsche Finanzhoheit war ausgeschaltet. Das Zollpersonal und sämtliche Finanzbeamte wurden der Rheinlandkommission unterstellt. Desgleichen wurden die Einnahmen aus den Forsten beschlagnahmt. Es wurden Komitees für Zölle, Ein- und Ausfuhrbewilligungen, für Forsten, für Kohlen und Bergwerke, für allgemeine Verrechnung geschaffen, und ein neues Heer von alliierten Beamten hielt seinen Einzug. Anfang Februar verbot man die Ausfuhr aller Waren nach dem unbesetzten Deutschland. Durch eine Zollmauer wurde das Rheinland vom unbesetzten Deutschland abgeschnitten, wie schon einmal vom Frühjahr bis zum Herbst 1921. Einfuhrzölle und Gebühren durften nicht in deutschem Gelde, sondern mußten in hochwertigen Devisen entrichtet werden. Wer diesen Bestimmungen zuwiderhandelte, wurde mit einer Strafe bis zu 10 000 Goldmark und Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft. Auf Zolldefraudationen standen Geldstrafen bis zu 20 000 Goldmark. Dagegen wurden die Zölle an der französisch-belgischen Grenze für Luxuswaren, Parfüms, Seiden, Seidenwaren, Spitzen, Automobile, Weine, Liköre wesentlich herabgesetzt, und die vom Westen hereinströmenden Warenmassen überschwemmen das Rheinland. Dieser Versuch, die rheinische Wirtschaft vom deutschen Wirtschaftskörper gewaltsam loszureißen, schädigte schwer die rheinischen Industriellen und Gewerbetreibenden durch die vernichtende Konkurrenz der Weststaaten. Die Ausfuhrbeschränkung und die Zollschranken gegen das unbesetzte Deutschland versperrten die alten, in jahrzehntelangem, mühevollen Kampfe eroberten Absatzgebiete, ohne die Möglichkeit zu geben, neue zu schaffen. Um so schwerer waren die Folgen, als schon Inflation, Geld- und Kreditnot wie ein Alp auf Handel und

Gewerbe lasteten.

Als man die Forstbeamten ausgewiesen hatte, begann man **rücksichtslos die alten gehegten und gepflegten Wälder der rheinischen Berge kahlzuschlagen**. Das Dreifache des normalen Umschlages, 93 Millionen Raummeter, wurden vom Januar bis Ende September 1923 abgeschlagen. Große Waldbestände waren vernichtet.

Alle **Beamten, welche sich nach dem Ruhreinfall weigerten, den Franzosen Dienste zu leisten, wurden ausgewiesen**. Schon am 2. Februar wurde der **Oberpräsident der Rheinprovinz**, Fuchs, zu Tirard nach Koblenz geladen und gewaltsam entführt. Wenige Tage später mußte der **Düsseldorfer Regierungspräsident** weichen. Am 17. April wurde das Reichskommissariat, der letzte Schutz und die letzte Stütze der bedrückten und mißhandelten Bevölkerung, aufgehoben, der **Reichskommissar**, Fürst Hatzfeldt, wurde ausgewiesen. Grausam war die Behandlung der **Eisenbahner**. Gegen sie wurden Massenausweisungen verfügt, und lange Züge von Flüchtlingen strömten als Bettler ins unbesetzte Gebiet. Es sei nur ein Beispiel angeführt. In der Woche vom 2. bis 8. Mai 1923 wurden an die 800 Familien ihres rheinischen Heimatbodens verwiesen: 198 aus Krefeld-Oppum, 35 aus Troisdorf, 180 aus Euskirchen, ebensoviel aus Bonn, 178 aus Düren. Bis Ende September 1923 hatten über 100 000 Rheinländer ihre Heimat verlassen müssen.

Eine neue Wanderung französischer und belgischer Beamter ins besetzte Gebiet fand statt, und als der passive Widerstand aufgegeben war, erklärten die Franzosen und Belgier, sie würden nur ein Drittel der deutschen Eisenbahnbeamten wieder einstellen, diese aber sollten auf die Alliierten vereidigt werden. Die Ausweisungen wurden nicht rückgängig gemacht. In Trier stellte man die Post- und Finanzbeamten nur bedingt wieder ein, 2000 höheren Beamten verweigerte man den Zutritt zu ihren Büros. Und noch im Oktober trafen in Koblenz französische Oberzoll- und Oberpostbeamte ein. Da sich die Eisenbahner weigerten, den von den Franzosen geforderten Eid zu leisten, nahmen die Ausweisungen ihren Fortgang. Am 2. Oktober wurden aus Mülheim-Speldorf 185, aus Duisburg 250 Familien ausgewiesen. Zwar gestattete das Reich den Eisenbahnern, den Franzosen einen rein beruflichen Diensteid zu leisten, aber die Eisenbahner verharteten bei ihrer Eidesverweigerung. Die Franzosen drangen mit ihrer Forderung nicht durch, aber sie stellten die Beamten nun nicht generell, sondern nur von Fall zu Fall wieder ein.

Die Ausweisungen der unbequemen deutschen Beamten waren die Vorstufe zur **politischen Lösung der Rheinlande vom Reiche**. Neben der wirtschaftlichen Eroberung wurde die politische betrieben. Die Franzosen erhofften den Sieg von ihrer Ordonnanz vom 31. August 1923, wonach **jede durch Absetzung oder Ausweisung frei werdende Beamtenstelle von der Rheinlandkommission selbst auf Vorschlag ihres Delegierten besetzt werden dürfe**. Diese Ordonnanz sollte der Todesstoß gegen Westdeutschland werden. Die politischen Agenten Frankreichs hatten die höchste Stufe ihres Einflusses im Rheinland erreicht. Ein Regiment der Willkür und separatistischer Protektion wurde vorbereitet. Die Bezirksdelegierten erhielten die Befugnis, von allen Dokumenten der deutschen Verwaltungen in ihrem Bezirk Kenntnis zu nehmen. Weigerte sich ein deutscher Beamter, den Franzosen Einsicht zu gewähren, wurde er mit Strafe bedroht.

Alles, was deutsch fühlte und handelte, wurde ausgewiesen oder bestraft. **Eine diktatorische Zensur durch die Delegierten vergewaltigte die Presse**. Es wurden im Jahre 1923 389 Zeitungen für eine Gesamtdauer von 843 Monaten verboten, unter denen sich nicht eine einzige kommunistische befand. Dr. Heinrich Staab, der verantwortliche Schriftleiter der *Neuß-Grevenbroicher Zeitung*, schildert uns anschaulich das Schicksal eines Presseannes während des Jahres 1923. Sein Bericht ist den *Süddeutschen Monatsheften* entnommen (Heft 11 vom August 1926), die überhaupt sehr viel interessantes Material bieten, welches zum Teil hier verwendet wurde. Die Schilderung wird im Wortlaut wiedergegeben:

**Pressediktatur
der Delegierten**

**Bericht eines
Schriftleiters**

"Am 13. Januar 1923 erschien in unserer Zeitung, der *Neuß-Grevenbroicher Zeitung* zu Neuß, ein Aufsatz: 'Gewalt über Recht.' Wenige Tage darauf wurde ich als der verantwortliche Schriftleiter zum Büro der *Sûreté militaire* bestellt. Ein hochnotpeinliches Verhör begann

mit der Aufforderung, den Namen des Verfassers zu nennen, was ich unterschriftlich unter Bezugnahme auf das geltende Presserecht ablehnte.

Das Folgende kann ich kurz abmachen. Es folgte eine Vernehmung der anderen, eine Vorstellung des Delegierten an die Zeitungen nach der anderen. Es begann der Kampf der Verordnungen. Deutsche Erlasse wurden mit Verboten der Besatzung geahndet. Inzwischen war eine Vorladung vor das Kriegsgericht zu Aachen zum 31. Januar infolge der Verkehrsunterbrechung vergeblich gewesen und die Sache auf unbestimmte Zeit vertagt. Man konnte also mit einem gewissen Verzweiflungsmut seine journalistische Pflicht in der Front des passiven Widerstandes tun. Es entwickelten sich Themen und Redewendungen, nach deren Abhandlung man gleich nach Hause gehen konnte, um Besuchsmontur für den Gang der Besatzungsbehörde anzulegen. Die Beunruhigung nahm kein Ende. Smeets und die anderen dunklen Drahtzieher arbeiteten in ihren Blättern empörend. Die *Rheinlandkorrespondenz* brachte überraschend intime Informationen. Man hatte Gelegenheit, die Schurken der journalistischen Ära des Separatismus, deren Geldgeber bekannt waren, vor dem rheinischen Volke bloßzustellen. Sehr bewähren konnte sich auch die Verbindung mit dem Pressedienst des Reichskommissars für die besetzten Gebiete, solange die Willkür der Besatzung ihn duldete.

Ein Dorn im Auge jedes Propagandisten wie der Bevölkerung waren die Bekanntmachungen der Besatzung. Sie haben nirgendwo lange geklebt und nur achselzuckende Beachtung gefunden. Das Empörende an ihnen war ihr politisches Pharisäertum, das zum Himmel schrie. Ein solches Ding suchte, als nach der Besetzung der Eisenbahnen die Eisenbahner, getreu den Weisungen ihrer Leitung, den Dienst niederlegten, die Reisenden gegen die Braven aufzupeitschen. Da hieß es, die Eisenbahner hätten leichtfertig die Verkehrssicherheit gestört und die Besatzungsbehörden deshalb alle Maßnahmen ergriffen, um die Sicherheit zu gewährleisten. Umgekehrt war die Reihenfolge. Was wollte man tun? Eine offene Polemik gegen diese Bekanntmachung hätte das Erscheinen der Zeitung gefährdet. Also wartete man einige Tage und polemisierte dann gegen diese Lügen als angebliche Äußerungen des Pariser *Echo*. Das war ja nun nicht der Stein der Weisen, aber wer in allem rücksichtslos seinen journalistischen Auftrag im Rahmen des passiven Widerstandes erledigen wollte, konnte damit sein Gewissen beschwichtigen, ohne allzu große Gefahr zu laufen. Trotzdem wurde unsere Zeitung für mehrere Tage verboten. Auf Grund welcher Haltung im einzelnen hat man nicht erfahren, konnte sich also nicht danach einrichten. Es kamen schriftliche Hinweise der deutschen Regierung, deutsche Verordnungen zum passiven Widerstande zur Kenntnis der Bevölkerung zu bringen, nachdem die Besatzung sie bereits verboten hatte und lustig ihre Tedenzlügen unter Berufung auf fadenscheinige Ordonnanzen in die Zeitungen preßte. Das geschah bald ohne die kommunale deutsche Behörde, bald mit deren Vermittlung. Oft war auch vorgeschrieben, solche Dinge auf der ersten Seite zu bringen. Man mußte zähneknirschend gehorchen. Das Kapitel 'Ausgewiesen, verhaftet, bestraft' wurde zur ständigen Rubrik. Immer enger schnürte sich um den Hals der Redakteure die Rheinlandordonnanz mit der berüchtigten 'Würde und Sicherheit der Besatzungstruppen'.

Es bedeutete ein gewisses Gefühl der Erleichterung, als ich mit einer Reihe Kollegen zum 8. März 1923 endlich die Vorladung vor das neu eingerichtete Kriegsgericht zu Krefeld bekam. In dem prächtigen Gerichtssaal am Nordwall saßen wir beisammen mit Zollbeamten, die ihrer Dienstpflicht treu geblieben waren. Der Gerichtshof zog mit der namentlich Militärgerichten innewohnenden Feierlichkeit ein. Voran einer mit dem senkrecht hochgehaltenen Degen. Wir erhielten von den Gendarmen hinweisende Püffe, uns zu erheben. Vier Militär- und ein Zivilrichter leierten ihr '*je juge*' herunter. Man suchte als Angeklagter hinter diesen bärbeißigen Grauköpfen oder hinter den knabenhaften Milchgesichtern zu lesen. Von ihrer Stimmung hing das Schicksal der nächsten Zeit ab. Einer nach dem andern wurde aufgerufen. Ich stand plötzlich vor dem Gerichtstisch. Wieder nach Verlesung der Anklage die so oft gehörte und abgelehnte Frage: 'Wer hat den Artikel verfaßt?' (Man hatte den Artikel bei einer plötzlichen Haussuchung beschlagnahmt und

kannte den Verfasser!) Ich berief mich - mehr in psychologisch erklärbarer Erregung als im bewußten Affront - auf das 'in allen Kulturstaaten anerkannte Pressegeheimnis, demzufolge ich keiner inländischen noch ausländischen Behörde Auskunft geben könnte, da ich selbst hafte'. Die Wirkung war eine unerwartete: Der Gerichtshof fühlte das Wort 'Kulturstaaten' in einem bestimmten Sinn im Ohre. Erregt antwortete der Zivilrichter, wir Deutschen seien **auch** keine Kulturnation, wir hätten es im Kriege nicht anders gemacht. Ich ließ mich verleiten zu entgegnen: 'Das war im Kriege, aber wir haben doch jetzt den Frieden unterzeichnet.' Da ging es erst richtig los. Ich bat um meinen Spruch, indem ich angab, auf politische Debatten verzichten zu wollen. Der Staatsanwalt, ein kleiner Mann mit stark mongolischen Gesichtszügen, erhob sich zu einem langen Plädoyer. Danach war ich ein Rebell. Und wenn solche Leute, wie ich, noch länger in den Redaktionsstuben ihr Handwerk ausübten, ginge es 'nicht nur um die Sicherheit der Armee, sondern um Ihre eigene, persönliche Sicherheit, meine Herren Richter'. Den Rechtsanwalt ließ man reden. Er konnte, obwohl einer der besten Anwälte der Ruhrkampfzeit, nichts mehr ändern. Spruch: sechs Monate Gefängnis, 100 000 Mark Geldstrafe und sofortige Verhaftung. Mit einem wegen Schlägerei Verurteilten wurde ich von der Gendarmerie einbehalten, bekam den Sitz in der vergitterten Anklagetrichter und zog nach Räumung des Gerichtssaales durch eine zu versenkende Wendeltreppe zwischen Mauern und durch schwere Türen in eine Gefängnisstube ein.

Ich kann über die Gefängniszeit im Rahmen dieses Aufsatzes nur allgemeine Angaben machen. Nach 14 Tagen ging es unter militärischer Bedeckung, gefesselt, zur Strafanstalt Anrath, die als 'Abstellgeleise' für Langbestrafte galt. Hier hatten wir es gut, da die Bewachung nur von deutschen Gefängnisbeamten gestellt wurde. Während in Krefeld das Rauchen verboten war und man selbst beim Spaziergang nicht sprechen durfte, vielmehr im engsten Hofe oft zu 80 Personen eine halbe Stunde jeden zweiten Tag im Kreise hintereinanderlaufen mußte, hatten wir in Anrath eine Stunde vor- und eine Stunde nachmittags Spaziergang. Für mich hörte die Herrlichkeit bald auf. Zwei Gendarmen holten mich am 14. April wieder zum Gefängnis Krefeld. Eine neue Anklage lag vor: Ich sollte eine geheime Versammlung gehalten haben. Ich wußte nicht, worum es ging.

Am 8. Mai ging es nach mehreren Verhören nach Aachen, wo ich am 21. Mai zu weiteren zwei Monaten und der entsprechenden Geldstrafe verurteilt wurde. Es handelte sich um folgendes: In einer Versammlung der Zentrumsjugendgruppe zu Büderich bei Neuß hatte ich einen Vortrag gehalten. Diese Versammlung war nicht angemeldet gewesen. Die Tatsache, daß sie in der Schule stattfand, die im letzten Augenblick gemietet wurde, verstärkte wohl den Eindruck einer Geheimversammlung. Auch die Bekanntmachung in der Zeitung beruhigte die Besatzung nicht. Seltsam war, daß keine Zeugen vernommen wurden und das Gericht sehr überrascht war, als beim Anklageaufruf sich herausstellte, daß der zweite Angeklagte, Rechtsanwalt Dr. Breuer, Leiter des Vereins, schon am 1. Mai ausgewiesen worden war.

Im Aachener Gefängnis war die Behandlung durch den flämischen Kommandanten, den Gendarmeriechef und seine flämischen Landsleute ehrenvoll. Die Wallonen gebärdeten sich dagegen, als müßten sie das durch Willkür und Fanatismus wettmachen. Nach einem acht-tägigen Urlaub zur Regelung dringender Familienverhältnisse kehrte ich im Juni wieder nach Aachen zurück. Kautions stellte lebenswürdigerweise der Verlag einer Aachener Bruderzeitung. Interessant war, daß die Belgier sich alle über unsere 'Dummheit', zurückzukehren, wunderten. Manche haben Urlaub bekommen. Einer unserer älteren Beamten mußte sogar vor der Verschickung nach Verviers (Belgien) nach Berlin reisen, um der Hochzeit seiner Tochter beizuwohnen. Er kehrte pünktlich zurück und wurde wieder deportiert. Alle Urlauber dachten nicht nur an ihr gutes Gewissen, sondern bedachten vor allem die Rückwirkung auf das Los ihrer noch erträglich gehaltenen Mitgefangenen. Daß jemand nicht zurückkam, habe ich nur anderswo in einem Falle unter Umständen erlebt, die das Los der Zurückblei-

benden nicht verschlimmern konnten.

Im Juli ging es wieder zum Gefängnis Anrath, wo binnen wenigen Tagen 120 eigentliche politische Gefangene beisammen waren. Bürgermeister, ein Landrat, Kommunalbeamte, alle Grade der Post und Bahn, Männer aller Parteien, Ärzte, Polizeibeamte mit einem alten Polizeimajor, Redakteure, Arbeiter und Bauern, Geschäftsleute und Schüler. Leute von den Völkischen bis zu den Kommunisten waren zusammen. Die deutsche Gefängnisverwaltung gewährte alle Erleichterungen, bis ein Verbrecher, der von den Belgiern schon gleich nach dem Kriege wegen Raubmordes zu Jahrzehnten Zuchthaus verurteilt war, infolge Streites mit dem Strafanstaltsleiter der belgischen Gerichtsbehörde unser 'gutes Leben' anzeigte. Wir erlebten Vorgänge, die an Aufregung nichts fehlen ließen. Das Gefängnis wurde von Geheimpolizei überrumpelt, die Beamenschaft vernommen (irgendwo hatte einer 'Deutschland über alles' gesungen, ein Gefangener hatte 'Ruhr gelder' ausgegeben, einer hatte einen photographischen Apparat u. a. m.). Der Leiter erhielt sechs Monate Gefängnis. In das Gefängnis kam belgische Besatzung, strenge Einzelhaft wurde angeordnet, und den meisten, auch Beamten, wurde der Charakter als politischer Gefangener aberkannt. Sie kamen in die 'nichtpolitische Abteilung', mußten Gefängniskleidung tragen und Gefängniskost essen.

Endlich, am 12. November, schlug die Stunde der Befreiung. Die Ungeduld war aufs höchste gestiegen. Täglich quälten einen die Zeitungsmeldungen über die perfide Separatistenkomödie. Freunde erzählten beim Viertelstündchen-Besuch, wie prachtvoll und spontan im lieben Neuß die Abwehr organisiert war. Die Lumpen kamen nicht. Aber in Krefeld wüteten sie. Eines Tages kam ein Trupp dieses bewaffneten Gesindels zur Strafanstalt Anrath, um Freiwillige zu werben, das heißt Verbrecher zu befreien. Ein alter Werkmeister trat dem Häuptling der schwer bewaffneten Rotte gegenüber. Er erkannte in ihm einen ihm unterstellt gewesenen Häftling. Man erklärte ihm und seinen Genossen, sie sollten sich von dannen heben, man kenne als Beamter seine Pflicht. Die verdutzten Kerle schoben unter Drohungen ab.

Die Stunde der Freiheit war nicht ohne Bitternis. Viele hatte man kommen und gehen sehen. Man hatte sich angewöhnt, in den Gesichtern derjenigen zu forschen, die wenige Tage und Stunden vor der Befreiung standen, die zum letzten Male die Nacht auf dem Strohlager zubrachten. Nun stand man selbst davor. Aber die Ausweisung aus der lieben Heimat und jedenfalls eine lange Zeit Ungewißheit standen bevor. Noch eine Nacht im Gefängnis zu Krefeld, ein entsetzlich langer Tag mit stündlichem Warten, dann gings zusammen mit einem Postdirektor aus Duisburg-Ruhrort mit der Regiebahn über Geldern nach Büderich bei Wesel. Hier wurden wir der Wache übergeben, die uns in den Zug nach Wesel setzte.

Ich bin im August des nächsten Jahres (1924) erst 'begnadigt' worden. Die Bemühungen lieber Freunde haben die Rückkehr zur alten Arbeitsstätte beschleunigt." -

Was hier in schlichten Worten erzählt worden ist, war das Los vieler Tausender, welche die Franzosen und Belgier als **politische Gefangene** 1923 bestraft hatten. Zwar wurden nach Aufgabe des passiven Widerstandes einige entlassen. Aber noch Mitte Oktober betrug die Zahl der im Düsseldorfer Gefängnis und in 18 Gefängnissen des Ruhrgebietes Inhaftierten etwa 5000.

Aber es waren nicht nur die Franzosen, welche die deutschen Rheinländer quälten. Eine kleine Gruppe treuloser Verräter, die **Separatisten**, entfalteten dunkle Umtriebe und wurden von den Franzosen, die hierin eine Unterstützung ihrer Politik sahen, geheim und offen unterstützt. Trotzdem bereits an anderen Stellen über die separatistische Entwicklung gesprochen worden ist, muß hier noch einmal auf vergangene Jahre zurückgegriffen werden, um ein einheitliches Bild über das Zustandekommen des großen separatistischen Schlages zu gewinnen.

Dorten, der Hauptführer der Separatisten im südlichen Rheinland, hatte, wie wir bereits berichtet haben, im Juni 1919 versucht, mit französischer Hilfe die rheinische Republik auszurufen. Der Putsch, der durch die Proklamation von Wiesbaden

Separatisten

**Dorten
und
Tirard**

eingeleitet werden sollte, war gescheitert, und Frankreich, das sich kompromittiert fühlte, zog sich zurück. Es war das gerade die Zeit, als in Versailles der Friedensvertrag gemacht wurde, wobei es zwischen Frankreich einerseits und England und Amerika andererseits zu scharfen Auseinandersetzungen über die Zukunft des Rheinlandes kam. "Gebietlerische Instruktionen kamen aus Paris, diktiert von denjenigen, die in Versailles auf den Abschluß eines Vertrages hinarbeiteten, dessen Diskussion über die gerechtfertigsten Bestrebungen Frankreichs lebhaft Opposition hervorrief", sagte Tirard hierüber vier Jahre später im Frühjahr 1923. Oberst Pineau, "der mittelmäßige Ludwig XIV. des kurzlebigen rheinischen Parlamentes", kam eines Tages an, mit der Peitsche in der Hand, und erklärte Dorten, daß seine Stunde vorbei sei. General Mangin, der besondere Freund und Gönner Dr. Dortens, wurde als Oberstkommandierender der Rheinlandarmee abberufen, und in Paris kümmerte man sich wenig um die deutschen Separatisten, die keine Erfolge aufzuweisen hatten. Aber **Tirard**, der Vorsitzende der Rheinlandkommission, entzog ihnen nicht seine Gunst. Er sicherte Dorten, "ohne sich selbst zu weit zu engagieren, in gewissen Grenzen Aktionsmöglichkeiten". **Als Dorten von der preußischen Regierung verhaftet und als Hochverräter ins Leipziger Gefängnis überführt worden war, gelang es Tirard, bei den Mitgliedern der Kommission eine Ordonnanz durchzudrücken, "daß niemand wegen einer politischen Handlung, die während der Waffenstillstandszeit begangen worden war, in Haft genommen oder sonst in seiner Freiheit beschränkt werden dürfe"**. Darauf wurde Dorten wieder in Freiheit gesetzt. Tirard rühmte sich dieses Erfolges mit den Worten: "Dem Oberkommissariat gelang es, Dorten vor der Ausnahmegesetzgebung zu schützen, die der preußische schlechte Wille sich berechtigt geglaubt hatte, für ihn zu schaffen." Doch bei der "zarten Verbindung" konnte Tirard seine Zusammenarbeit mit Dorten offiziell nicht zugeben. Auch an **finanziellen Zuwendungen** ließ man es nicht fehlen, denn im August 1919 übergab Clarac, Mangins Ordonnanzoffizier, Dorten 250 000 Franken zu Propagandazwecken.

**Verschiedene
Gruppen**

Am 22. Januar 1920 gründete Dorten in Boppard seine "**Rheinische Volksvereinigung**", die als überparteilicher Sammelpunkt aller separatistischen Rheinländer gedacht war. Jedoch die rheinischen Parteien erklärten am 4. Februar, daß diese Organisation mit ihren Zielen außerhalb der Verfassung stünde und forderten ein scharfes Verbot gegen die Teilnahme an deren föderalistischen Bestrebungen. Als die Kölner Sonderbündler, die ihre Existenzberechtigung hauptsächlich aus Artikel 18 der Reichsverfassung herleiteten, Dortens geheime französische Beziehungen entdeckten, wandten sie sich ebenfalls von Dorten ab und riefen am 30. April 1920 die "**Christliche Volkspartei**" ins Leben, die zwar bei den Reichstagswahlen im Juni 1920 mit Dorten zusammenging und von 3 176 796 abgegebenen Stimmen 65 260 erhielt. Jedoch bei den Preußenwahlen im Frühjahr marschierte die nördliche, Köln-Düsseldorfer, und die südliche Koblenz-Trierer Gruppe für sich. Dorten, der in Wiesbaden und Koblenz-Trier wirkte, vermochte jetzt kaum 13 000 Wähler zusammenzubringen, während im Vorjahr noch rund 30 000 Stimmen abgegeben worden waren; kleine, unbedeutende, mehr oder weniger von Dorten abhängige Gruppen befanden sich in **Aachen**, am **Niederrhein** und in **Nassau**. Die Separatisten machten ihrem Namen alle Ehre: sie teilten sich in wenigstens fünf Lager im Frühjahr 1921. Eine sechste Gruppe, die sogenannte Deermann-Gruppe, die durch einen Abgeordneten im Reichstag vertreten war, lebte in heftigster Fehde mit Dorten und stand der Kölner Gruppe nahe.

**Separatistische
Bewegung
1921 und 1922**

Führer der niederrheinischen Gruppe, die ihren Sitz ebenfalls in Köln hatte und sich nach Krefeld und Düsseldorf erstreckte, war **Josef Smeets**, ein ehemaliger Dentistenlehrling, mit einer Französin verheiratet, der anfänglich nach außen hin viel mehr ein sichtbares Werkzeug der Franzosen als Dorten war. Er hatte 1919 einen "**Rheinlandbund zur Errichtung der Rheinischen Republik**" **gegründet**, der sich bereits im September dieses Jahres bei Lloyd George eine Abfuhr holte, als er diesem den Plan seiner Politik unterbreitete. Er gründete 1920 die "**Rheinische Republikanische Volkspartei**" und als ihr Organ die *Rheinische Republik*, welche die finanzielle und geistige Unterstützung Frankreichs fanden. Das **Programm der Smeets-Partei** wurde im August 1922 im *L'Echo de Paris* veröffentlicht und hatte folgende Ziele: Neutralität des Rheinlandes,

Rheinländische Vertretung bei der Interalliierten Kommission, Ablösung der preußischen Beamten durch rheinische, Verbot der preußischen "Hetzblätter" im Rheinland, Verbot des preußischen "Heimatdienstes", Ausweisung aller Agenten des Heimatdienstes als Verschwörer aus dem Rheinlande, Errichtung eines rheinischen Staates, Verwendung der Eisenbahnüberschüsse für rheinische Zwecke ("Heute dienen diese Überschüsse dazu, um den preußischen Reptilienfonds zu speisen, wie auch die Steuererträge des Rheinlandes dazu gebraucht werden, das korrumpierte Berliner Schmarotzertum noch etwas länger vegetieren zu lassen."), Aufhebung der Zollschranke an der französischen Grenze, Schaffung großer Umschlagplätze für den Handel mit Frankreich, Abschaffung der Goldzölle (11,9 Prozent), Einführung eines rheinischen Geldes, Befreiung von allen dem rheinischen Handel und der Landwirtschaft von Berlin auferlegten Fesseln. Erst wenn alle diese Maßnahmen getroffen seien, könne man in dem jetzt ganz unter dem preußischen Joch stehenden Lande an eine Volksabstimmung denken.

Der **Mai 1921** war, wie Dariac später sagte, **infolge der Annahme des Londoner Ultimatums** für die Franzosen im Gebiet von Mainz bis Köln die traurige Zeit, in der die alliierte Politik des Verzichtens in Erscheinung trat. Die Annahme der alliierten Forderungen durch die Regierung Wirth zwang nämlich Frankreich dazu, seinen Plan der Ruhrbesetzung aufzugeben, wenigstens vorläufig. Jedoch dieses Hemmnis der offiziellen Politik glichen die Franzosen andererseits dadurch aus, daß sie gleichzeitig den **Oberkommissar Tirard beauftragten, wieder mit Dorten in Verbindung zu treten**. Eine Folge dieses Auftrages nach außen hin war die Ordonnanz 90 vom 16. Juni 1921, daß Personen, die den alliierten Besatzungsbehörden Dienste geleistet oder mit ihnen in Beziehungen gestanden haben, unter dem Schutz der Rheinlandkommission ständen. Jegliches Verfahren, das gegen solche Personen angeordnet sei, sei unverzüglich zu unterbrechen. Der Rheinlandkommission seien alle erforderlichen Urkunden vorzulegen.

Unter diesem Schutze entfaltete Dorten eine rege Tätigkeit. Aber er hatte in der Tat eine unglückliche Hand. Er gab sich alle Mühe, seine Anhänger zusammenzuhalten, doch mit recht wenig Erfolg. Er weilte oft in Paris, beklagte sich über allzu geringe Unterstützung und war mit Tirard unzufrieden. Er knüpfte mit den Separatisten in Bayern, Hessen und Hannover Verbindungen an, ohne auch nur das Geringste zu erreichen. Seine besondere Aufmerksamkeit widmete er der **wirtschaftlichen Loslösung der Rheinlande vom Reiche**. Mit französischer Hilfe hatte er Handels- und Industriegesellschaften begründet, welche die Zusammenarbeit französischer und rheinischer Industrieller und Kaufleute herbeiführen und von einer obersten Stelle, dem *Bureau mixte*, ihre Anweisungen erhalten sollten. Dies *Bureau mixte* verfolgte politische Ziele, die durch wirtschaftliche Betätigung verschleiert werden sollten. Aber auch dies war ein Schlag ins Wasser. Die rheinischen Industriellen witterten hinter dieser Einrichtung sofort Handelsspionage und verhielten sich zurückhaltend. Diese Neugründung Dortens war die Fortführung einer bereits 1919 in Köln errichteten wirtschaftlich-separatistischen Organisation, die speziell den Wiederaufbau Nordfrankreichs zum Vorwand nahm, um rheinische Industrielle mit der französischen Wirtschaft in enge Beziehung zu setzen. Diese Organisation wurde im Herbst 1919 nach Wiesbaden verlegt, wo sie aufs engste mit der ebenfalls dort befindlichen Abteilung des *Office de Reconstitution Industrielle* vom französischen Wiederaufbauministerium zusammenarbeitete. Diese Einrichtungen schienen Dorten besonders geeignet, um seine Ziele zu verfolgen, und es mag sein, daß die Franzosen ihn ausdrücklich auf diese verschleierte Form der Politik hinwiesen, um auch das ablehnende rheinische Kapital zu gewinnen. Doch das *Bureau mixte* hatte einen kläglichen Abgang zu verzeichnen, als Rathenau und Loucheur im Mai 1921 in Wiesbaden zusammenkamen, um über die weitere Form der deutschen Sachlieferungen zu verhandeln. Die aufs neue drohende Gefahr des rheinischen Separatismus hatte Rathenau gebannt, und wie durch die Annahme des Londoner Ultimatums die französischen Absichten gegen das Ruhrgebiet vereitelt worden waren, so wurden durch die Wiesbadener Verhandlungen Dorten und seine Hintermänner (ebenfalls Franzosen) entwaffnet.

Eine gewisse Weltfremdheit und Kurzsichtigkeit, auch ein Mangel an Mut, sowie ein Mangel an Entschlußkraft infolge allzu langer Überlegungen ließen Dortens Pläne scheitern. Dazu kam noch, daß dann seine "Rheinische Volksvereinigung" Mitte 1922 auseinanderging und ihm nun tatsächlich

nicht mehr die nötige Basis für seine Zwecke zur Verfügung stand.

Dennoch trat eine **Verstärkung der französisch-separatistischen Beziehungen seit dem Frühjahr 1922 ein, seit jener Zeit, da Poincaré in Paris ans Ruder gelangt war**. Dieser Staatsmann stellte von vornherein die Separatisten als einen bedeutenden Faktor in seine politischen Kombinationen ein, und er unterließ nichts, um Dorten immer und immer aufs neue zu größerer Aktivität anzuspornen. Dorten wurde durch diese ewigen Vorwürfe und Aufmunterungen allmählich nervös, und es kam zu einem empfindlichen Bruch zwischen ihm und Tirard. Der Wiesbadener Separatistenführer erhob in Paris mit Unterstützung seines Gönners, General Mangin, schwere Anklagen gegen den Obersten Voisin und den Wiesbadener Spezialkommissar Piat und machte sie für seine Mißerfolge verantwortlich. Er beklagte sich über zu geringe Unterstützung. Darauf stellte Piat in Tirards Auftrage in Wiesbaden Untersuchungen und Zeugenvernehmungen über die Tatsachen an, und die Rheinlanddelegierten, die durch den Vorwurf ihrer geringen Unterstützung ihre Stellung bei Poincaré sehr erschüttert sahen, suchten sich im Verlaufe dieser Untersuchungen zu rechtfertigen, indem sie Dorten der Spionage für preußische und rein deutsche Geheimkomitees beschuldigten. Demgegenüber erklärte Dorten Ende April in seinem *Rheinischen Herold*: "Ich nenne diese Erklärungen eine Schändlichkeit. Ich bin weder französischer noch preußischer Agent, sondern ich bin Vertreter des wirklichen Rheinländertums. Ich werde seine Interessen offen und ehrlich gegen Preußen wie gegen Frankreich zu vertreten wissen." Dorten war verärgert; in Paris wurde man bedenklich und beschloß, der Sache auf den Grund zu gehen.

Die französische Regierung beauftragte im Mai 1922 den **Vorsitzenden der Finanzkommission in der Deputiertenkammer, Adrien Dariac, ins Rheinland zu fahren und sich von den dortigen Zuständen zu überzeugen**. Am 28. Mai 1922 erstattete Dariac einen Geheimbericht über seine amtliche Reise. Seine Ausführungen sind so interessant, daß sie zum Teil wörtlich wiedergegeben werden müssen. Er schrieb:

**Bericht
Dariacs**

"Der Rheinländer liebt den preußischen Beamten ganz gewiß nicht, der zudringlich und unangenehm, mit all seiner Vorliebe für strenge Disziplin und mit seinem herrschsüchtigen Charakter in diesem liebenswürdigen Lande sich festgesetzt hat. Die Psychologie des Rheinländers ist ziemlich verwickelt und doch leicht zu entwirren: diese Landesstriche waren von jeher der Preis aller Siege und Niederlagen; der Krieg hat ihren Boden tief umgepflügt. Die Truppen Ludwigs XIV., Ludwigs XV. und Napoleons sind nacheinander hier erschienen und von denen **Friedrichs des Großen** und **Blüchers** abgelöst worden. Der geographische und geistige Pol dieser Landstriche liegt im Westen. Gewaltakte, die großen Erschütterungen beim Zusammenbruch des französischen Kaiserreichs, haben sie in politischer Beziehung unter das preußische System gebracht. Widerwillig hat die Bevölkerung sich mit diesem System abgefunden. Immerhin hat sie mit diesem preußischen System die Vorstellung von Fortschritt und Ordnung verbunden, von wirtschaftlichem Gedeihen, von allerhand Reformen. Seine abstoßende Strenge hat wohl zuerst das Gefühl von Menschen einer halblateinischen Kultur empört, die jahrhundertlang in der Anarchie eines historischen Zerstückelungsprozesses gelebt hatten. Sie waren aber mit den schönen Künsten beschäftigt, liebten den sanften Gedanken einer angenehmen Freiheit, hatten demokratische Ideen, die zwar etwas verschwommen, aber doch echt waren, und so sahen sie über den Unteroffizierston, über diese Kasernengepflogenheiten, über diese trockene Disziplin hinweg, zugunsten eines beispiellosen Aufblühens, das, wie es schien, Deutschland die Hegemonie in Europa sicherte."

Nun werden die Ereignisse von 1919 bis 1921 geschildert.

"Auf Kraftworte folgten schwächliche Taten in der Politik der Alliierten, die Hand sank zurück, ohne den wortbrüchigen Deutschen am Kragen gepackt zu haben, die Londoner Konferenz verkürzte unsere Rechte, beschnitt unsere Forderungen und gab der Bevölkerung Rheinpreußens und der bayerischen Pfalz das sehr deutliche Gefühl, daß unser Land sich auf den Boden der Konzessionen begeben hätte. Man gewann den Eindruck, daß das unbezahlte Frankreich von dem Pfand, das es in seinen Händen hielt, keinen Gebrauch machen würde,

von diesen Rheinländern, die bereit waren, sich neuen Formeln anzupassen, aber doch zu vorsichtig und nicht heldenhaft genug sind, um mit ihren Herren von gestern zu brechen, die auch die Herren von morgen sein würden, wenn unsere Soldaten abgezogen wären. Der Mai 1921 war für uns im Gebiet von Mainz bis Köln die traurige Zeit, in der unsere Politik des Verzichtens in die Erscheinung trat."

Dadurch sei die preußische Propaganda ermutigt und verstärkt worden. Sie habe mit großer Intensität eingesetzt, jedoch die Rheinländer seien reserviert gewesen, und die Lage wurde gespannter.

"Die französische Regierung ist sich also selbst schuldig - wie das übrigens das Hohe Kommissariat begriffen hat -, eine rheinische Politik zu treiben, die sich auf eine wirtschaftliche Zusammenarbeit gründet, eine Politik der Versöhnlichkeit und Annäherung gegenüber der Bevölkerung."

Aber man muß das Eisen schmieden, solange es warm ist. Die französische Rheinlandpolitik sei nämlich abhängig "von der längeren Anwesenheit unserer Rheinarmee in den besetzten Gebieten". Sie sei der Schutz für die Bevölkerung, die ja von Preußen los wollte, und befreite sie gleichzeitig von der Furcht einer baldigen Rückkehr unter die preußische Zuchtrute und sicherte die Zukunft. Mit Hilfe dieser Armee also würde Frankreich eine Autonomienpolitik treiben können, die es treiben müsse und die verhältnismäßig leicht wäre. Drei Aufgaben habe eine solche Politik:

"Der erste Akt ist die **finanzielle Organisation des Rheinlandes**: Die Errichtung einer Zollgrenze, die sich nach Osten gegen Deutschland abschließt und nach Westen gegen Frankreich öffnet, um die wirtschaftliche Erstickungsgefahr zu vermeiden, die darin besteht, daß durch eine doppelte staatliche Mauer der Warenaustausch eingeschränkt und die Industrie des Rheinlandes gefährdet wird; ferner ein von dem des Reiches getrenntes Budget, der Ersatz der kranken Mark durch ein gesundes Geld. - Der **zweite Akt ist die Ersetzung der preußischen Beamten durch rheinische Beamte**. - Der dritte Akt ist die **Erweiterung der Machtbefugnisse der Hohen Kommission und die Einberufung einer gewählten Körperschaft**."

Das seien zweifellos weitreichende Pläne, die aber mit Klugheit und Unterscheidungsvermögen durchgeführt, und zwar im gleichen Maße, in dem sich Deutschland seinen Verpflichtungen entziehe, vollkommen gerechtfertigt wären. Politik auf lange Sicht, durch welche eine geschickte Diplomatie nach und nach ein freies, unter der militärischen Obhut Frankreichs und Belgiens stehendes Rheinland von Deutschland loslösen müsse. -

Diese Vorschläge deckten sich durchaus mit den Zielen der Dornen und Smeets. Nur ging Dariac von einer vollkommenen **Erneute Anstrengungen Dortens** verkehrten Voraussetzung aus, wenn er die einigen tausend Separatisten mit den sieben Millionen Rheinländern identifizierte. Sein Bericht war an die Pariser Regierung gerichtet, wandte sich aber an die Rheinlandkommission und enthielt nichts mehr und nichts weniger als die **energische Aufforderung, kräftig die Separatisten zu unterstützen**. Jedoch hatte Dariac die Unterstützung, um ihr einen Schein des Rechtes zu geben, klugerweise von der Nichterfüllung der auferlegten Bedingungen durch Deutschland abhängig gemacht. Da sich Deutschland während des Jahres 1922 redlich bemühte, seinen Verpflichtungen nachzukommen, sahen sich Poincaré und Tirard notwendigerweise gezwungen, im Rheinland ein Zwischenspiel einzuschieben. Den Schutz der Separatisten hatte die Rheinlandkommission nach wie vor im Auge, denn sie bestimmte am 21. September, daß keine der Personen, für die durch die bisher ergangenen Ordonnanzen eine Ausnahmestellung geschaffen sei, ohne vorherige Genehmigung der Rheinlandkommission durch deutsche Justiz- und Polizeibehörden aus dem besetzten Gebiete in das unbesetzte Gebiet überführt werden dürfte.

Dornen sank, wie Tirard sagte, zu einem untergeordneten Agenten in französischem Solde herab. Er machte verzweifelte, aber vergebliche Anstrengungen, sich wieder zur Macht zu entwickeln. Seine Rheinische Volksvereinigung ging, wie gesagt, Mitte 1922 ein, eine gründliche Reorganisation erwies sich als notwendig. Dortens wiederholte Versuche, Beziehungen zwischen Frank-

reich und den rheinischen Industrien herzustellen, blieben trotz energischer Unterstützung durch den Oberkommissar unfruchtbar. Verzweifelt sah er sich im Sommer und Herbst 1922 nach fremder Hilfe um. Er trat aufs neue mit den **Welfen und mit den hessischen Separatisten in Verbindung, besonders aber mit Dr. Heim, "dem König der bayerischen Bauern"**. Man höre, was Tirard hierüber sagt:

"Die zuerst in München von dem französischen Gesandten Dard verfolgte Politik... schien Dortens Bemühungen zu rechtfertigen. Aber auch hier erlitt er einen Mißerfolg. Täuschten ihn seine Münchener Freunde oder bestand wirklich ein dem preußischen und alldeutschen Nationalismus opponierender bayerischer Nationalismus?... Auf jeden Fall versperrte die Pariser Regierung dem Plan des bayerischen Führers (Bayern und Österreich zu einer Monarchie unter Kronprinz Rupprecht zu vereinigen, Karl von Habsburg in Ungarn zu restituieren) entschlossen ihr Ohr, der gezwungen war, seine Pläne aufzugeben, nicht ohne daß er in einem Teile der französischen Presse ziemlich scharf angegriffen worden wäre. Ein anderer Versuch, der mit den hannoverschen, durch Herrn von Dannenberg, den alten welfischen Parteiführer, vertretenen Separatisten gemacht wurde, hatte keinen besseren Erfolg."

Man bezeichnete Dortens Vorgehen in Paris als schlecht erdacht, schlecht und fast kindisch eingefädelt und wandte sich davon ab.

Auch Tirard täuschte sich über Dortens Stärke. Er ließ sich von Dorten gewissermaßen einwickeln. Dorten versuchte, starke Cadres zu bekommen, gebildet aus Leuten, die zugunsten der in Artikel 18 der Verfassung vorgesehenen Volksabstimmung stimmen wollten. Er behauptete, daß, sobald einmal der erste Schritt in dieser Richtung getan sei, eine ungeheure Mehrheit der Bevölkerung folgen werde. Seine Propaganda wurde vorwiegend in ländlichen Bezirken und im Mittelstand betrieben. 50 einflußreiche Persönlichkeiten hätten sich bereit erklärt, Mitglieder des künftigen Rates des Rheinstaates zu werden; etwa 300 bis 400 Personen kämen als künftige Mitglieder eines wirtschaftlichen Komitees in Frage. Es existierten sogar Listen dieser Namen. In den Bezirken Aachen, Düsseldorf und Köln sei auf einige zehntausend durchaus vertrauenswürdige Anhänger zu rechnen. Das sei weit mehr als der von Artikel 18 vorgeschriebene Prozentsatz. In Köln allerdings werde die Arbeit durch die Engländer sehr erschwert. Ein "geheimer Generalstab" wurde gebildet, und die Koblenzer Presse entwickelte sich. Drei Zeitungen wurden herausgegeben: *Rheinischer Herold*, *Der Rheinländer*, *Der Republikaner*. Im Dezember 1922 wollte Dorten in Ems sprechen. Da ihm aber die Franzosen keine Sicherheit versprochen, fand die Demonstration nicht statt. Mit einer Propaganda in Arbeiterkreisen war der Separatistenführer aus Angst vor einer sozialistischen Gegenoffensive nicht einverstanden. -

Josef Smeets, Dortens Gegenspieler im nördlichen Rheinland, war während der Zeit ebenfalls nicht müßig gewesen. Er agitierte eifrig und sammelte seine Scharen. An einem Sonntag kurz vor Weihnachten 1922 trat **Smeets mit einer großen Kundgebung in Bonn** an die Öffentlichkeit. Einen ausführlichen Bericht brachte die Pariser Zeitung *Le Matin*. In dem mit den alliierten Farben geschmückten großen Saale des "Kölner Hofes" hatten sich 1560 Delegierte der Rheinischen Republikanischen Volkspartei zusammengefunden, die aus 860 Gemeinden von Cleve bis zur Pfalz herbeigekommen waren und ihren "unerschütterlichen Willen bekundeten", sich von Preußen zu befreien. Alle Klassen der Bevölkerung waren vertreten. Zahlreiche ausländische Delegierte waren erschienen, darunter Admiral Degouy. Unter lebhaftem Beifall bestieg Smeets die Rednertribüne und ging ohne lange Vorreden brutal *in medias res*.

**Joseph Smeets
in Bonn**

"Wir sind hier, um gegen die Sklaverei Protest zu erheben, in der uns Preußen seit mehr als einem Jahrhundert hält. Wir sind hier, um gegen den Vertrag von 1815 zu protestieren, der, ohne uns zu befragen, über uns verfügt hat und dem Willen der Bevölkerung Gewalt antat. Diesen Mißbrauch der Gewalt werden wir niemals ratifizieren! Die Leute, welche gegen die separatistische Bewegung protestieren, sind keine Rheinländer, sondern importierte Preußen, die uns beherrschen und ausbeuten sollen. Wir verstehen nicht die Schwäche der Entente gegenüber den Berliner Manövern! Sieht sie denn nicht, daß alle vom Reichskanzler der

Rheinlandkommission unterbreiteten Maßnahmen nur den Zweck haben, das rheinische Volk gegen die Alliierten aufzuputzen? Sind wir die Feinde, die wir den Versailler Vertrag erfüllen wollen, weil er erfüllbar ist und weil er - da unterzeichnet - auch erfüllt werden muß? Oder sind die Preußen die Feinde, die sich ihren Verpflichtungen unaufhörlich entziehen? Sind wir die Feinde, wir, die wir unsere Brust bieten zur Verteidigung Frankreichs und Belgiens, oder ist das übrige Deutschland der Feind, das sich mit den Russen für die nächste Revanche verbindet?"

Mit pathetischen Worten beschwor Smeets die alliierten Behörden, sich den Bestrebungen des rheinischen Volkes nicht zu widersetzen; er halte es nicht für möglich, daß Frankreich und Belgien früher oder später die besetzten Gebiete annektieren wollten, er erklärte die Berichte über die Greuel der Belgier 1914 für Lügen, dann forderte er die Versammlung auf, sich von ihren Plätzen zu erheben und zu schwören, niemals auszuruhen und solange zu kämpfen, bis das Rheinland ein fränkischer Freistaat geworden sei. Weiter forderte man die Austreibung der preußischen Beamten aus dem besetzten Gebiet und ihre Ersetzung durch Rheinländer; ferner sollte eine rheinische Währung eingeführt, vorläufig die Mark durch den Franken ersetzt werden. Endlich wurde die Öffnung der rheinischen Grenzen nach Westen verlangt. "Das Heil Europas", schloß Smeets, "ist die Errichtung einer Rheinischen Republik, welche eine neue Invasion Frankreichs und Belgiens durch die mit den Russen vereinigten Preußen verhindern wird." - Wer wagte zu behaupten, daß diese Gedanken, diese Rede nicht in Paris fabriziert worden waren? Enthielten sie doch alles, was Adrien Dariac in seinem Geheimberichte forderte. Und Deutsche gaben sich dazu her, Handlangerdienste für den französischen Imperialismus zu leisten.

Inzwischen war die Stunde herangerückt, daß auch **Poincaré an die Verwirklichung der Pläne Dariacs denken** konnte. Man warf den Deutschen Verfehlungen in der Erfüllung ihrer Verpflichtungen vor und marschierte an die Ruhr. **Die Ruhrbesetzung sollte nicht bloß eine Strafe Deutschlands für seine Verstöße sein, sie sollte die längst betriebene Absplitterung der rheinischen Gebiete vollenden.** Frankreich dehnte seine Macht aus, um besser herrschen zu können. Auch an die Separatisten wurden jetzt Anforderungen gestellt. "Ich habe euch durch die Ruhrbesetzung unterstützt, nun leistet ihr etwas!" Das war etwa der Ton, in dem die französische Regierung jetzt mit den rheinischen Sonderbündlern verkehrte. **Dortem erweiterte seinen Einfluß nach dem Ruhrgebiet hin, um mit den Welfen in Verbindung zu kommen.** In Düsseldorf errichtete er ein Sekretariat. Aber ein neuer Zwist brach zwischen ihm und Tirard aus. Die Rheinlandkommission vertrieb die deutschen Beamten und errichtete eine Rheinzollgrenze gegen Deutschland. Dorten aber fand die Unterstützung nicht genügend. Er beklagte sich persönlich in Paris wegen der geringen Aktivität des französischen Oberdelegierten Tirard, besonders in der Frage der Ersetzung der ausgewiesenen Beamten durch Separatisten. Tirard dagegen machte ihm folgende Vorwürfe: er tue nichts zur Entwicklung der Separatistenbewegung, er übertreibe ihre Bedeutung wissentlich, er beantworte die französische Anstrengung im Ruhrgebiet mit einem völligen Mangel an Aktivität; er habe die ihm anvertrauten Gelder mißbräuchlich verwandt; er greife in der französischen Presse das Oberkommissariat an.

Während sich Smeets nach dem Ruhreinfall ganz besonders eifrig gebärdete und wühlte, **gab sich Dorten immer mehr der Untätigkeit hin.** "In seinen Augen sei es Verrat", sagte er, "wenn die französischen Delegierten der Interalliierten Kommission es vermeiden, sich allzu offen in ihrem Kreise mit einigen bekannten Separatisten zu kompromittieren." Er erklärte dem Oberkommissariat:

"Ich habe kein Vertrauen mehr. Sie haben mich immer im Stich gelassen. Sie waren schuld, daß ich einen Teil meines Prestiges verlor. Ich wünsche nicht persönliche Angriffe zu machen, aber meine Rheinländer lächeln und zucken die Achseln, wenn man von der Interalliierten Rheinlandkommission spricht. Sie wollen nur an dem Tage vorgehen, an dem ich Befehl gebe. Ich werde diesen Befehl nicht geben, ehe nicht die Regierung der Republik selber mich hat wissen lassen, daß sie mich vollständig unterstützen will. Dann will ich Hand in Hand mit Frankreichs Vertretern im Rheinland gehen, wer immer es auch sein mag. Es ist eine Gewissensfrage für mich. Ich weiß, daß der Kampf hart sein wird, aber wenn es nötig

ist, sind meine Anhänger und ich bereit, ihr Leben zu opfern. Aber wir wollen dieses auch nur tun, wenn wir wissen, daß das Opfer nicht umsonst sein wird. In diesen Punkten aber haben wir keine Garantien."

**Separatismus und Ruhrbesetzung:
Stand der separatistischen Bewegung
im Frühjahr 1923**

Anfang März ließ Frankreichs Regierung durch ihre Vertrauenspersonen die Separatisten wissen, daß sie jedes Unternehmen benutzen, würde, um die Rhein-

landfrage in ihrem Interesse zu lösen. Eine erhöhte Agitation der Sonderbündler in Wort und Schrift setzte ein, aber auch die Erregung der Bevölkerung stieg ins Grenzenlose. Es kam bereits zu Gewalttaten. In der Nacht vom 9. zum 10. März drang eine erregte Volksmenge in Dortens Gutenbergdruckerei in Koblenz ein und demolierte sie. Die Rheinlandkommission trat für Dorten ein, indem sie von der deutschen Regierung Entschädigung verlangte. Eine Woche später, am 17. März, wurde Smeets durch ein Revolverattentat verwundet und war wochenlang krank. Diese günstige Gelegenheit benutzten seine Gegner, um neue separatistische Gruppen zu bilden.

**Geheimbericht
Tirards**

Am 16. April hatte **Tirard seinen Geheimbericht nach Paris** gesandt, der zwei Monate später vom englischen *Observer* veröffentlicht wurde. Darin hieß es, die Lage habe sich sehr zu Frankreichs Gunsten gebessert. Die Idee einer Rheinischen Republik werde nicht mehr als Schimäre betrachtet, sondern habe den Rang von wahrscheinlichen Ereignissen erklommen.

"Industrielle in Aachen bitten um unsere Unterstützung und bekunden eine sehr bestimmte Orientierung zu uns hin. Industrielle und Kaufleute von Mainz, die bisher sehr vorsichtig waren und eher überheblich auftraten, zeigen deutliche Symptome von Müdigkeit und Neigung, sich in frankophilem Sinne zu orientieren. Die Haltung Cunos mißfällt ihnen außerordentlich, und die Essener Vergeltungsmaßregeln haben einen starken Eindruck auf sie gemacht. Unter den Weinbauern im Rheingau und den Bergarbeitern im Lahntal lebt der antipreußische Geist weiter und wächst an, die Essener sind unruhig und suchen nach Mitteln, ihrer alten Tradition Achtung zu verschaffen, sobald die Zeit einer endgültigen Regelung, deren Stunde sie herannahen fühlen, gekommen sein wird. Weiter sind da gewisse katholische Kreise, die mit Dortens oder Smeets' Politik nichts zu tun haben, aber nicht aufgehört haben, gegen den preußischen Atheismus zu protestieren und die ihre Beschwerden und Bestrebungen in einer Broschüre zusammengefaßt haben mit dem Titel: 'Die deutsche Nation und das Papsttum.' Alle diese Leute zweifeln nicht länger, daß der Rheinstaat in kurzer Zeit gegründet wird. Er wird kommen, heißt es immer wieder, und sie versuchen, wie gewisse Mitglieder des Wiesbadener Stadtrates sich nicht gescheut haben in der Ratskammer zu tun, die Grenzen des neuen Staates festzusetzen."

Jedoch die Franzosen waren in ihrer Hoffnungsfreude allzu optimistisch. Sie verwechselten die "Symptome der Müdigkeit", die durch die einsetzende Wirtschaftskatastrophe hervorgerufen wurden, mit Sympathie für die Separatisten, und sie verkannten noch die Bedeutung der Hindernisse, die in der Zersplitterung der sonderbündlerischen Bewegung lagen. Die Separatistengruppen führten ein kümmerliches Dasein. **Trotz der Erklärungen in ihrem einflußreichsten Organ Rheinische Republik (Smeets' Zeitung) hatten sie in der Bevölkerung keinen Rückhalt.** Sie waren in den Hintergrund gedrängt und verachtet und bildeten keine Gefahr für die Bevölkerung. Doch der Plan, die Rheinische Republik auszurufen, nahm in den Hirnen der Sonderbündler immer greifbarere Formen an. Am 17. Juni berichtete Smeets auf einer übrigens sehr wüst verlaufenen Versammlung in Bonn über ein Gespräch, das er im Hospital mit einem französischen Delegierten gehabt habe. Dieser habe ihm versichert, daß er auf die aktive Unterstützung Frankreichs rechnen könne. Belgien und England seien zwar gegen Frankreich, dies werde aber durch die neuen von der Kammer bewilligten Kredite die letzte Hand an seine Rüstungen legen und England im gegebenen Augenblick seinen Willen aufzwingen. **Im August würde losgeschlagen und zur Unterdrückung von Gegendemonstrationen Militär verwandt.** Sämtliche Parteiführer und Gewerkschaftler würden vorher festgenommen und eventuell an die Wand gestellt. Zu diesem Zwecke seien zum Beispiel in Koblenz drei Bataillone Schwarze und ein Bataillon Sonderbündler vorgesehen. Die

letzteren würden ihre Waffen von den Franzosen erhalten. Dorten brächte von der französischen Regierung eine große Unterstützungssumme mit, so daß die Sache schon gewagt werden könne. **Die Abstimmung solle wie in Oberschlesien vor sich gehen, und wer nicht für die Rheinische Republik stimme, werde ausgewiesen.** Die Partei werde von ihren Freunden mit reichen Geldmitteln versehen.

Trotz dieser herrlichen Versprechungen hatte sich unter den Smeetsanhängern eine starke Strömung gegen den Führer entwickelt. Seine lange Krankheit infolge des Attentats hatte seinen Gegenspielern innerhalb der Partei die Möglichkeit gegeben, seine Stellung zu erschüttern. Hier in Bonn entlud sich der Unmut gegen ihn. Er sei zu untätig, in Geldangelegenheiten könne man ihm nicht trauen. Nach den Geldern zu urteilen, die aus Paris an Smeets gekommen seien, müßte die Partei einen eigenen Palast besitzen. Man beschloß, vorläufig dem Smeets zu seinem größten Unbehagen ein Direktorium zur Seite zu setzen. -

Mit dem Losschlagen im August wurde es allerdings nichts, die Zersetzung in der Smeets-Partei führte im Juli zu Absplitterungen. Smeets hatte sich auf die Volksabstimmung nach Artikel 18 der Verfassung festgelegt, und das erschien seinen radikalen Anhängern viel zu lau. Der Konditor Josef Müllermeister gründete eine neue Partei "Frei-Rheinland", eine kleine Gruppe, und Josef Matthes, der sich ganz besonderer französischer Gunst erfreute, rief die "Rheinische Unabhängigkeitspartei" ins Leben. Auf französische Weisung hin sammelte er außerdem alle nicht zu Dorten stehenden Separatistengruppen im "Rheinischen Unabhängigkeitsbund". Auf diese Weise brachte er auch die Düsseldorfer Sonderbündler unter seine Gewalt. Deren Seele war ein gewisser von Metzen, der, noch nicht fünfzig Jahre alt, bereits vor dem Kriege als preußischer Offizier gescheitert war, jetzt durch Mittelspersonen mit den Franzosen in Verbindung stand und an der Trennung der Rheinlande vom Reiche arbeitete.

**Zwist in der
Smeetsgruppe**

So glich die rheinische Abfallbewegung im Sommer 1923 in der Tat einer zehnköpfigen Hydra. Parteien und Gruppen standen nebeneinander, und ihre Gefolgschaft, kaum 30 000 Seelen, Kleinbürgertum und dunkles, zweifelhaftes Gesindel zerpflückte sich in gegenseitiger Kritik. Drei Männer kämpften in ihrem verbrecherischen Ehrgeiz um die Vorrangstellung: Dorten, Smeets und Matthes. Die Franzosen sahen ein, daß ein derartiges Chaos, eine derartige schwächende Desorganisation für ihre Zwecke niemals brauchbar sein würde. Sie griffen deshalb fördernd ein. Sie teilten das Rheinland in einen nördlichen Abschnitt, in welchem Matthes die Oberleitung der separatistischen Umtriebe übernahm, und in einen südlichen, in dem Dorten, der besondere Günstling Tirards, herrschte. Der schwächliche Smeets aber, der von einer Volksabstimmung sprach und so den ungewissen Ausgang der ganzen Bemühung, ja ihre Niederlage herausforderte, war unbrauchbar, da ihm jeglicher politische Scharfblick fehlte. Ihn also drängten die Franzosen zurück. Das Büro des Generalsekretärs wurde von Köln fortgenommen, da man in der englischen Zone nicht genügend geschützt sei, und sollte nach Bonn oder Mainz verlegt werden. Aus Dankbarkeit forderten die Herren den Oberkommissar auf, die Steuern und Zölle im Rheinland zu beschlagnahmen und auf Reparationskonto zu schreiben, was ja auch bereits geschah.

Um Smeets, der einen Teil seiner Anhänger bei sich behalten hatte, unschädlich zu machen, schrieben die Abtrünnigen, die sich unter dem Konditor Müllermeister zur "Rheinischen Freiheitspartei" zusammengeschlossen hatten, einen Brief an die Interalliierte Rheinlandkommission, worin sie die **Ausweisung des Smeets aus dem besetzten Gebiet empfahlen**, weil er die separatistische Bewegung verleumdet und ins Unrecht gesetzt habe. In einem Bericht nach Koblenz wurde der Verrat von Smeets festgestellt. Der Leiter der Partei erklärte, daß das Direktorium von jetzt ab nur noch den Weisungen der Hohen Kommission folgen werde; die Partei verfüge über Geld. Frankreich und Belgien verlangten dringend, daß nach der Beseitigung von Smeets die Leitung der Partei zum Handeln übergehe, damit in drei Monaten die Rheinische Republik ausgerufen werden könnte. Smeets rächte sich auf seine Weise, indem er seine früheren Freunde bei der Kommission als Betrüger und Verbrecher denunzierte und so den Verdacht rechtfertigte, daß die Partei zum großen Teile aus früheren Zuchthäuslern, zum andern Teile aus Personen mit einer mehr oder weniger dunklen Vergangenheit bestand.

**Joseph
Friedrich
Matthes**

Josef Friedrich Matthes, oder, wie er sich als Schriftsteller selbst nannte, Pepi Matthes, gehörte zu den interessantesten Persönlichkeiten der Bewegung. Er war 1886 zu Würzburg geboren, mußte wegen schlechter Führung die Lateinschule verlassen, wurde Journalist und kam bald mit dem Strafgesetz in Konflikt. Er betrachtete es als seine vornehmste Aufgabe, angesehene Persönlichkeiten anzuekeln. Bei Ausbruch der Revolution wurde er **Sozialdemokrat, jedoch schloß ihn diese Partei Ende 1920 "aus Gründen der Reinlichkeit der Partei" aus**. Er redigierte nun in Frankfurt ein Skandal- und Revolverblatt, *Die Fackel*, und beschäftigte sich mit okkultistischen Vorträgen. Wegen niederträchtiger Beleidigung des Aschaffener Oberbürgermeisters wurde er im Dezember 1921 zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Jahr lang entzog er sich der Strafe durch Vortäuschung von Krankheit und verführte während dieser Zeit, unter Ausnutzung seiner hypnotischen Fähigkeiten, junge Mädchen. 1923 begab er sich nach Wiesbaden unter französischen Schutz und wurde wiederholt von der französischen Behörde befreit, als die Staatsanwaltschaft Würzburg ihn durch die deutsche Polizei hatte verhaften lassen. Aus **französischen Quellen** flossen seine großen Geldmittel, die er in Frankfurt verpraßte, und als Chefredakteur der Zeitung *Freies Rheinland* bewies er immer aufs neue seine Verrätergesinnung. Matthes war verheiratet und Vater mehrerer Kinder. Trotzdem huldigte er der freien Liebe. Während der Revolutionszeit hatte er es verstanden, sich zu bereichern, er nannte sich auf Briefbogen "Geheimer Kommerzienrat", und auf seinen Visitenkarten legte er sich den Titel eines "Päpstlichen Kämmerers" bei. Er war in verschiedene Ordensschwindelprozesse verwickelt, die ihm viel Geld eingebracht hatten. Er besaß gute und natürliche Geistesanlagen, aber Mangel an tieferer und abgeschlossener Bildung. Er hatte keinen Charakter, kannte keine moralischen und religiösen Hemmungen und Rücksichten. Er trat ungemein frech auf, bemäntelte auch die gemeinste Gesinnung mit irgendeinem guten Zwecke. Je nach Anlaß und Vorteil konnte er sich wandeln. Er besaß eine **maßlose Selbstüberschätzung und die Eitelkeit einer Brettldiva**. Er war von großer Zähigkeit im Hasse und von zielbewußter Rachsucht gegen seine Widersacher. Ein Staatsanwalt sagte einmal von ihm: **er wälze sich wie ein Eber in der Jauche, und es sei nicht schade, wenn eine solche Person, um sich der Strafe zu entziehen, den deutschen Staub von den Füßen schüttele und verschwinde**. Er war eine gescheiterte Existenz und paßte vorzüglich in den Rahmen jener anderen Gestrandeten, welche an der Spitze der Separatistenbewegung standen, weil keine sittlichen Bande sie mehr mit dem Vaterlande verknüpften.

Während Smeets in den Hintergrund gedrängt wurde, gelang es endlich den französischen Bemühungen, auch die beiden von Matthes und Dorten geleiteten und einander aus Rivalität befehdenden separatistischen Hauptströmungen zu vereinigen, was am 15. August in Koblenz geschah. Das war

**Einigung der
Separatisten
unter Matthes**

der letzte Schritt, der noch zu tun war, und die französische Diplomatie konnte mit ihrem Erfolg zufrieden sein: sie hatte schließlich die Einheit der separatistischen Bewegung erreicht. Ein großer Teil am Zustandekommen dieses Werkes gebührte den französischen Delegierten, die in dauernder, eifriger und unmittelbarer Arbeit am besten mit den betreffenden Kreisen verhandeln konnten. Sie waren die Mittelpersonen zwischen den Separatisten und der französischen Regierung. **Die beiden Richtungen legten sich auf folgende Erklärung fest:**

"Die in Koblenz am 15. August 1923 versammelten bevollmächtigten Führer der 'Rheinischen Volksvereinigung' (das ist Organisation Dorten) und der 'Liga für die Unabhängigkeit des Rheinlandes' (Vereinigte Parteien 'Freies Rheinland' und 'Rheinische Unabhängigkeitspartei', das ist Organisation Matthes) beschließen, von heute ab für die Errichtung einer unabhängigen Republik gemeinsam vorzugehen.

1. Die 'Rheinische Volksvereinigung' erklärt gemeinsam mit der 'Liga für die Unabhängigkeit des Rheinlandes', daß sie die Unabhängigkeit des Rheinlandes zu fordern gewillt ist. Dieses Ziel ist ihr durch die Tatsache diktiert, daß Berlin Deutschland völlig verpreußt und das Reich systematisch ruiniert hat. Durch die preußische Vorherrschaft wird jeder föderalistische Gedanke in Deutschland unmöglich gemacht.

2. Die Rheinische Republik wird die Republik des Friedens sein. Sie wird die Pflicht

haben, den Frieden im Osten wie im Westen zu sichern und mit allen Nationen in guter Freundschaft zu leben.

3. Die Rheinische Republik wird sich gewissenhaft bemühen, die Reparationsfrage ehrlich und ernstlich zu lösen. Den auf sie entfallenden Reparationsteil wird sie übernehmen.

4. Die erste Bedingung dafür muß die absolute Weigerung aller Rheinländer sein, weiterhin ihre Auflagen und Steuern nach Berlin zu schicken, wo das öffentliche Vermögen des Rheinlandes für unselige Zwecke verschleudert wird. Wir verlangen daher die sofortige Errichtung eines rheinischen Hauptfinanzamtes. Von diesem Amte sollen alle Überschüsse dem rheinischen Reparationskonto überwiesen werden, bis die Rheinische Republik selbst in der Lage sein wird, gerecht veranlagte Steuern zu erheben.

5. Das Finanzamt wird gleichzeitig mit der Emission einer rheinischen Münze beauftragt. Die 'Liga für die Unabhängigkeit des Rheinlandes' schließt sich der kürzlich gefaßten Resolution der 'Rheinischen Volksvereinigung' zwecks sofortiger Einführung dieser Sonderwährung und Bildung eines rheinischen Beirates an.

6. Die jetzt geeinigte rheinische Bewegung garantiert dem rheinischen Volke, daß die Rheinische Republik mit allen möglichen Mitteln und ohne vor irgendeinem Opfer zurückzuweichen an der Wiederherstellung des Wirtschaftslebens und dadurch für die Wohlfahrt unseres geliebten rheinischen Vaterlandes arbeiten wird.

Es lebe die Völkerversöhnung!

Es lebe der Weltfrieden!

Es lebe das unabhängige Rheinland!"

Endlich, nach unzähligen Mühen war es den Franzosen gelungen, die Dutzend verschiedenen Richtungen und Gruppen der rheinischen Separatisten unter ein System zu bringen, sie auf ein Ziel zu vereinen. Überredungen, Versprechungen und nicht zuletzt der Frank hatten ihre Wirkungen nicht verfehlt. Smeets, der unsichere Kantonist, der eine von Frankreich und Deutschland gleicherweise unabhängige Republik propagierte, war ausgeschaltet. Den verärgerten, eitlen und herrschsüchtigen Dorten wollte man nicht entbehren, da er sich der Gunst Tirards erfreute, der sich über seine Bedeutung täuschte. Als Vorspann der ganzen Bewegung war Matthes auserkoren, der verwegene und rücksichtslose Abenteurer, von dem man nicht zu befürchten brauchte, daß er eines Tages plötzlich über moralische Bedenken stolpern würde. Es war in der Tat ein schweres Werk gewesen, und Frankreich konnte stolz sein auf seinen Erfolg, besonders der Oberkommissar der Interalliierten Rheinlandkommission, Tirard.

Jetzt war die Zeit gekommen, die Tat vorzubereiten. Täglich hielt das Direktorium der geeinten Separatistenbewegung Besprechungen mit den Besatzungsbehörden wegen der Rheinischen Republik ab. Die Rheinlandkommission wünschte schließlich auch eine **Einbeziehung der kleinen Gruppe Smeets**, denn wenn man ihn auch wegen seiner politischen Unsicherheit nicht gern an führender Stelle sah, wollte man doch wenigstens ihn und seinen Anhang an die Sache ketten. Jeder Mann war Gold wert, denn die Truppe war herzlich klein. **Die belgisch-französischen Regiebahnen wurden angewiesen, alle mit Erkennungskarten versehenen Separatisten unentgeltlich zu befördern.** In Aachen verlangte das belgische Kommando, daß die preußische Polizei besondere Schutzmaßnahmen für die Büros und Personen der Sonderbündler zu treffen habe. **Die Rheinlandkommission erließ jene Ordonnanz, wonach jede durch Absetzung oder Ausweisung frei gewordene Beamtenstelle von der Rheinlandkommission selbst auf Vorschlag ihres Delegierten besetzt werden dürfe.** Redakteure, Parteiführer, Gewerkschaftssekretäre, die Führer der rheinischen Bevölkerung wurden vertrieben. Stoßtrupps organisierten sich unter dem Namen "Selbstschutz", "Rheinwehr" u. a. und wurden von den Franzosen bewaffnet. In großzügiger Weise baute Matthes die Partei aus, denn er verfügte über genügend französische Gelder. Jeden Sonntag hielt er Versammlungen in Bonn, Aachen, München-Gladbach, Düsseldorf, Krefeld, Trier usw. ab. Da die deutschen Behörden vielfach solche Veranstaltungen nicht genehmigen wollten, drückte die Rheinlandkommission kraft

ihres Machtwortes die Genehmigung durch.

Die **bewaffneten Truppen der Separatisten waren zusammengewürfeltes, landfremdes Pack, Verbrecher und Abenteurer, Strolche und Banditen**, die sich für Geld jedem zur Verfügung stellten. Die Galgengesichter und zerlumpten Gestalten zeigten deutlich genug, daß es sich um den Abschaum der Menschheit handelte. Der Berichterstatter der *Times* schilderte diese Soldaten am 27. Oktober aus Krefeld folgendermaßen:

Truppen der Separatisten

"Ich habe im Rathaus von den Führern der Separatisten die freimütige Bestätigung erhalten, daß die separatistische Bewegung ein Versuch sei, durch die Verwendung berufsmäßiger Abenteurer, von Gesindel und selbst von Verbrechern die Rheinlande von Deutschland loszureißen. Der Führer erklärte mir, er sei ein berufsmäßiger Bandenführer. Er habe nichts mit Politik zu tun und sei kein Deutscher, sondern ein französischer Untertan polnischer Geburt. Seinen Namen kennt niemand, er wird der Kapitän genannt. Vor drei Wochen, sagte er, sei er nach dem Rheinlande gebracht worden, um die Bewegung mit Gewalt durchzuführen, und zum Oberbefehlshaber der fliegenden Rheinarmee gemacht worden. Er habe mehrere tausend bis an die Zähne bewaffnete Männer unter sich, mit Maschinengewehren, Gewehren, Handgranaten und Revolvern und unbeschränkter Munition ausgerüstet. Er hätte bereits die ganzen Unruhen in Oberschlesien organisiert und sei in ähnlicher Weise in anderen Teilen der Welt tätig gewesen. Die Belgier hätten ihm versichert, daß alles für die Separatisten gut stehe. Nahrungsmittel erhielten sie aus Düsseldorf, ihre Befehle kämen unmittelbar aus Koblenz. Die Sorte von Männern, die er befehlige, würde für jedermann kämpfen, der sie beköstige und löhne. Der Kapitän nahm mich in einem von Separatisten gestohlenen Kraftwagen mit zum Besuch einer 'Parade'. In einem Schulhof waren hundertfünfzig der gefährlichsten aussehenden Rowdys aufgestellt, die ich je gesehen habe. Jeder Typ von Verbrechern und Banditen war vertreten. Ich schaute vergebens nach einem einzigen ehrlichen Gesicht aus."



**Rheinische Separatisten vor einer von ihnen besetzten Polizeiwache in Krefeld.
Photo Scherl.**

Ergänzt wird diese Schilderung durch Bemerkungen der deutschen Note vom 5. November an die französische Regierung. Die ganzen Ereignisse seien nur dadurch möglich geworden,

"daß die Sonderbündler unter den Augen und mit Duldung der französischen Besatzungstruppen Banden gebildet haben, die unter den verschiedensten Bezeichnungen als 'Selbstschutz', 'Stoßtrupps', 'Rheinwehr', ja selbst 'rheinische Truppen' mit besonderen Abzeichen durch die Lande ziehen. Diese Trupps setzen sich im wesentlichen aus minderwertigem Gesindel zusammen, zum Teil fremder Nationalität. Nicht nur unter diesen Trupps, sondern überhaupt in der ganzen Organisation der Sonderbündler befindet sich keine Person von irgendwelchem Ansehen im Rheinland. Selbst französische Offiziere und Beamte haben sich nicht gescheut, wenn es galt, Persönlichkeiten von Ansehen und Einfluß für separatistische Zwecke zu gewinnen, von den Machern der gegenwärtigen Bewegung und ihrem Anhang in tiefster Verachtung zu sprechen... Diese Banden sind, obgleich sie in keinerlei Beziehung irgendeine Gewähr zu bieten vermögen, mit Billigung der französischen Besatzungsbehörde mit Waffen versehen worden, und zwar zum Teil sogar mit militärischen Schußwaffen. Allein hierdurch bilden sie eine beständige Gefahr und Bedrohung für die Sicherheit im Lande, da die Polizei im besetzten Gebiet nur mit Revolvern und Pistolen ausgerüstet ist, während die Bevölkerung sämtliche Waffen hat abliefern müssen und nur in Ausnahmefällen und in sehr beschränkter Zahl von den Besatzungsbehörden die Erlaubnis zum Besitz eines Jagdgewehres oder ähnlicher Waffen erhält."

Die Aufhebung des passiven Widerstandes kam den Separatisten ungelegen. Indem die deutsche Regierung bemüht war, normale Verhältnisse im Rheinland wiederherzustellen, entzog sie den Verrätern eine der Hauptgrundlagen ihres dunklen Treibens, die eben in der ungeheuren Spannung der ganzen rheinischen Verhältnisse bestand. Franzosen und Sonderbündler erkannten, daß jetzt keine Zeit mehr zu verlieren sei, und so beschloß der Oberführer Matthes, unverzüglich zu handeln.

Am 30. September sollte in Düsseldorf eine große Kundgebung veranstaltet und anschließend durch die Leitung der Vereinigten Rheinischen Bewegung die Rheinische Republik proklamiert werden. 10 000 Mann bestbewaffneter Rheinwehr hoffte er auf die Beine zu bringen. Da sich die deutsche Stadtverwaltung weigerte, die Veranstaltung zu genehmigen, mußte auf Befehl der Rheinlandkommission die "Tonhalle" zur Verfügung gestellt werden. In aller Frühe des 30. September, eines Sonntags, trafen die mit Laub bekränzten und mit Inschriften wie "Nieder mit den Preußen" versehenen Sonderzüge der Eisenbahnregie ein, welche kostenlos die Separatisten nach Düsseldorf befördert hatten. Leute mit grünweißroten Armbinden sperrten den Hauptbahnhof ab, eifrig debattierende Gruppen erfüllten den Vorplatz, und auf den Bahnsteigen wurden die militärischen Trupps zusammengestellt. Auf Beschluß sämtlicher politischer Parteien und Gewerkschaften drückte die Einwohnerschaft Düsseldorfs ihre Ablehnung durch völlige Zurückhaltung aus. Von ein Uhr ab waren die Straßen tot. Trotz des schönen Sommerwetters war kein Mensch auf den Straßen zu sehen. Gaststätten, Theater und Kinos, alle Vergnügenslokale waren geschlossen. Die Sonderbündler betraten eine ausgestorbene Stadt. Nur die Kommunisten veranstalteten Umzüge gegen die Separatisten, an denen sich höchstens 2000 Leute beteiligten.

Gegen zwei Uhr bewegte sich **ein Zug bewaffneter Stoßtrupps, etwa 1500 bis 2000 Mann, denen eine zehnköpfige Radfahrerabteilung vorausfuhr, vom Hauptbahnhof durch eine Hauptverkehrsstraße, die Graf-Adolf-Straße nach dem Denkmal "Zum bergischen Löwen" am Graf-Adolf-Platz.**

**Blutbad von
Düsseldorf**

Es waren 20- bis 25jährige Leute, unverkennbares Gesindel. Selbst den Franzosen bangte vor diesen Leuten mit den verwegenen Physiognomien, denn gegen halb drei Uhr ersuchte das Hauptquartier die deutsche Polizei, den "Stahlhof", in dem sich Degouttes Amtsräume befanden, so abzusperren, daß die Separatisten nicht, wie sie angekündigt hatten, dem General eine Adresse überreichen könnten. Am Denkmal "Zum bergischen Löwen" wurde eine Ansprache gehalten, die mit einem Hoch auf die Rheinische Republik schloß. Der Zug ging wieder zum Bahnhof zurück, setzte sich an die Spitze von 10 000 Separatisten und geleitete sie zum Hindenburgwall. Hier fand eine Versammlung unter freiem Himmel statt. Die Straße wurde von den Stoßtrupps für jeden anderen Verkehr gesperrt, und selbst die Polizeibeamten wurden aufgefordert, sich zu entfernen. Eine aus Kommunisten bestehende Zuschauermenge wurde bis an eine Straßenkreuzung zurückgetrieben. Hier griffen die Separatisten drei Polizeibeamte mit Gummiknüppeln an, nahmen dem einen den Säbel weg, den sie zerbrachen, und verhafteten die beiden anderen als Geiseln, welche mit Revolvern bedroht wurden. Jetzt kam Polizeiverstärkung heran, die sich aber vor dem Gewehrfeuer der Separatisten wieder zurückziehen mußte. Die Sonderbündler eröffneten nun blindlings ein wütendes Feuer. Erst nach Ankunft eines großen Polizeiaufgebotes gelang es, die Aufrührer vom Hindenburgwall zu vertreiben, die nach kurzen Straßenkämpfen in wilder Flucht dem Hauptbahnhof zueilten.

Plötzlich stellte sich einem Trupp Polizei, der zum Rathaus zurückkehrte, eine **französische Kavalleriepatrouille von acht bis zehn Mann entgegen**, welche die Beamten zur Übergabe aufforderte. Hierdurch ermutigt, erschien der separatistische Stoßtrupp wieder und drängte Polizei und Franzosen auf den Hindenburgwall. Den Beamten, die umzingelt waren, wurden die Waffen abgenommen, einer wurde erschossen. Die Franzosen schützten nicht die Deutschen vor den brutalen Mißhandlungen. - Die Polizei, etwa 800 Mann stark, die auf Rathaus, Regierungsgebäude und andere öffentliche Gebäude verteilt war, hielt sich aufs äußerste zurück und war auch kaum auf den Straßen zu sehen. Trotzdem die Separatisten die Angreifer waren, wurden sie von den Franzosen unterstützt. Doch kann man wohl annehmen, daß die französische Militärbehörde den Sonderbündlern zu verstehen gegeben hatte, möglichst schnell Düsseldorf zu verlassen. Noch bei einbrechender Nacht bestieg ein großer Teil die Sonderzüge und verließ die Stadt, im Bewußtsein ihrer erlittenen

Niederlage.

Das Blutbad hatte vier Polizeibeamten und 17 Separatisten das Leben gekostet. Von 60 Verwundeten waren 23 schwer verletzt. **Die Franzosen verhafteten die beteiligten Polizeibeamten und den Polizeidezernenten.** Außerdem kündigten sie "Sanktionen" an. Am nächsten Tage traten die Düsseldorfer Arbeiter in den Generalstreik gegen die Separatisten. Ein zurückgebliebener Trupp versuchte vergeblich das von Polizei verteidigte Rathaus zu stürmen, um durchzuführen, was am Vortage nicht gelungen war: die Rheinische Republik auszurufen. Die Franzosen aber verhafteten 53 Bürger als Geiseln.

Zu der gleichen Stunde, da Düsseldorf der Schauplatz blutiger Kämpfe war, fand in Köln eine wesentlich erhebendere Veranstaltung statt. Über 100 000 Rheinländer aller Parteien hatten sich auf dem Meßgelände versammelt und **erneuerten den Schwur der Treue zu Deutschland.** Unerschütterlich fühle sich das Rheinland mit dem deutschen Vaterlande verbunden. Schroff tat sich an diesem Tage die unüberbrückbare Kluft zwischen der überwältigenden Mehrheit der deutschfühlenden Rheinländer und der verschwindenden Minderheit der Separatisten auf. Ein Ahnen ließ das Volk erbeben, daß es am Vorabend schwerer Kämpfe stehe, denn man hatte erkannt, daß die Aufrührer und Landfriedensbrecher unter dem starken Protektorate Frankreichs standen.

**Kundgebung
in Köln**

Der schmäbliche Ausgang des Düsseldorfer Abenteuers kam für die Franzosen wie für die Sonderbündler in gleicher Weise unerwartet. Eine tiefe Niedergeschlagenheit drückte die Separatisten, und sofort fingen sie an, sich gegenseitig mit Anklagen und Vorwürfen zu überhäufen. **Die so mühsam zustande gekommene Einigkeit zwischen Matthes und Dorten drohte zu brechen,** und Dorten überrechnete im stillen, daß er etwa 50 000 Anhänger zählte, mit denen er notfalls auf eigene Faust vorgehen könne. Nichtsdestoweniger hatten die Separatisten keine Zeit, untätig zu sein. Die französischen Stellen, die Kreisdelegierten, drängten und drohten, sollten sie etwa umsonst so viele Millionen in das Unternehmen gesteckt haben, daß es schließlich ausging wie eine lächerliche Operettenkomödie? Was vor allem würde Poincaré sagen, der alle Erfolge seiner Politik von der Entfaltung des Separatistenbanners im Rheinlande erwartete? Die Separatisten verstärkten ihre Truppen, indem sie neues Gesindel ins Rheinland zogen, und scheuten keine Mühe und Anstrengung, um ihre Organisationen neu zu errichten und zu festigen. Doch der Zwiespalt in der Führung ließ sich nicht so bald beheben. Zahlreiche Führer waren unmittelbar nach den Düsseldorfer Ereignissen geflohen, da sie ihre Sache hoffnungslos verloren gaben. In der "Rheinischen Unabhängigkeitspartei" kam es zu Zerwürfnissen zwischen dem Direktorium dieser Partei in Düsseldorf und der Leitung der Partei "Frei-Rheinland" in Köln. Auch Dortens "Rheinische Volksvereinigung" in Koblenz ging ihre eigenen Wege.

Da die Parteien nicht mehr unter einheitlicher Leitung zusammengehen wollten, wurde ein **neues Programm aufgestellt, das die Genehmigung der**

**Beginnende neue
Erhebungen**



1923: Separatistenhauptquartier in Aachen.
Photo Scherl.



1923: Separatistengreuel im Rathaus
zu Linz am Rhein. Photo Scherl.

Franzosen und Belgier fand. Die Republik Rheinland wurde jetzt als ein Bundesstaat gedacht, dessen Unabhängigkeit durch Frankreich, Belgien, England und Italien garantiert werden sollte. Der Bundesstaat setzte sich aus drei "Ländern" zusammen: **Nordstaat Unterrhein (Hauptstadt Aachen), Südstaat Oberrhein (Hauptstadt Koblenz), Ruhrstaat (Hauptstadt Essen)**. Als Sitz der Zentralregierung war Köln geplant. Der Nordstaat sollte als belgische, der Südstaat als französische Interessensphäre in Frage kommen, während am Ruhrstaat Belgien, Frankreich und das Rheinland in gleicher Weise interessiert sein sollten. Man beschloß, dieses Programm Ende Oktober zu verwirklichen.

Haltung der Franzosen

Auch die **Franzosen unterstützten die Separatisten weiterhin**. Alle Führer der deutschen Gegenbewegung, Politiker, Parteiführer, Redakteure, Gewerkschaftsbeamte, wurden ausgewiesen. General Degoutte entdeckte plötzlich, daß seine Truppenzahl ungenügend sei. Er telegraphierte nach Paris, daß die **Rheinlandarmee um die Hälfte vermehrt werden müsse**. Trotzdem der passive Widerstand aufgegeben war, wurden die von der Kommission verfügten Ausweisungen nicht rückgängig gemacht. In Essen, wo bisher nur die Schulen und öffentlichen Gebäude mit Militär belegt worden waren, wurden 310 Wohnungen beschlagnahmt, um den neuankommenden Beamten und Offizieren Platz zu verschaffen. Mehrere Wochen dauerten die Vorbereitungen.



1923: Separatisten in Aachen.
Arbeiter haben die separatistische Fahne auf der Reichsbank zerfetzt. Photo Scherl.

Am Sonntag, dem 21. Oktober, nachmittags vier Uhr, rief der Kaufmann

Oktobererhebungen der Separatisten

Deckers in Aachen die Rheinische Republik aus. Er war etwas voreilig, denn die Aktion war erst für einen späteren Termin geplant. 3000 bewaffnete Separatisten, die sich des Schutzes der Belgier erfreuten, besetzten die öffentlichen Gebäude, das Rathaus usw. und hißten die grünweißrote Fahne. Es kam zu Kämpfen mit der Einwohnerschaft, die für die Separatisten günstig waren. Auf die Kunde von diesen Ereignissen verbreitete sich in den übrigen Städten des Rheinlandes große Unruhe, besonders, da die französischen Besatzungsbehörden der Polizei verboten, auf die Sonderbündler zu schießen. In der Nacht vom 22. zum 23. Oktober überrumpelten die Separatisten, von französischen Tanks, Schwadronen und Kompanien unterstützt, **Bonn**. In **Wiesbaden** wurde die Herrschaft Dortens in den Abendstunden des 22. Oktober aufgerichtet, wobei die Separatisten mit Karabinern schossen. Die Polizei, welche sich weigerte, das Schießverbot zu beachten, wurde am nächsten Vormittag von den Franzosen entwaffnet. Nicht ganz so einfach ließ sich **Koblenz** erobern. In der Nacht vom 21. zum 22. Oktober beförderten die Franzosen etwa 150 Separatisten nach der Stadt, da sie aber aus der Bevölkerung keinen Zuzug erhielten, waren sie zu schwach, um am nächsten Tage Rathaus und Polizeipräsidium zu besetzen. Die Polizei erhielt den französischen Befehl, nicht zu schießen, und am folgenden Tage erhielten die Separatisten 200 Mann Verstärkung von auswärts. Die Banden drangen zwar ins Schloß ein, wurden aber durch die Polizei wieder hinausgeworfen. Da ließen die Franzosen durch ihre Gendarmen in der Nacht vom 23. zum 24. Oktober etwa 40 deutsche Beamte, darunter den Oberbürgermeister, aus den Betten holen und über die Grenze des besetzten Gebietes abschieben. Jetzt hatte aber der aus der Bürgerschaft gebildete Selbstschutz Rathaus, Schloß und andere öffentliche Gebäude besetzt. Als die Franzosen mit Waffengewalt vorzugehen drohten, mußte auch er weichen, und in der Nacht vom 25. bis zum 26. Oktober, während den Einwohnern infolge der Verkehrssperre das Betreten der Straßen verboten war, wurden Rathaus und Post von dem Gesindel besetzt. In **Triar** wurde am 22. Oktober die separatistische Herrschaft aufgerichtet. Die Regierungsbeamten, die sich weigerten, die neuen Herren anzuerkennen, begaben sich zum Bezirksdelegierten, einem französischen Oberstleutnant, und baten ihn um Schutz. Dieser aber erklärte, er stehe den Separatisten freundlich gegenüber, und zwang

die Beamten durch versteckte Gewaltandrohung zur Arbeit. Am 27. Oktober vormittags wurde das Landratsamt in **Dietz** überrumpelt. Die grünweißrote Flagge erschien über dem Gebäude, und ein französisches Wachkommando von zwölf Mann übernahm den Schutz. In **Düren, Mönchen-Gladbach, Viersen, Krefeld** und vielen andern rheinischen Städten wurde am 22. Oktober die Rheinische Republik ausgerufen.

Zwar ließ sich die Bevölkerung das alles nicht so ohne weiteres gefallen. In **Köln**, wo die Engländer lagen, welche den Separatisten keineswegs freundlich gesinnt waren, wurden junge Burschen verhaftet, die herausfordernd durch die Straßen zogen, Einwohner belästigten und Kraftwagen beschlagnahmten. In **Aachen kam es am 23. Oktober, nachmittags sechs Uhr, zu einer gewaltigen Kundgebung, an der sich besonders die Studenten der Technischen Hochschule beteiligten.** Die Menge zog durch die Straßen, drang ins Rathaus ein, entwaffnete und verprügelte die Eindringlinge und holte die grünweißrote Fahne herunter, die verbrannt wurde. Auch in Jülich, Kleve, Rheydt machte sich die Erbitterung Luft. In **Mönchen-Gladbach** wurde das Rathaus gestürmt, die Fahne herabgeholt und die deutsche Fahne gehißt. Die Sonderbündler wurden entwaffnet, aus dem Rathaus geholt und verprügelt. Dann umstellte man das separatistische Hauptquartier. Erst schossen die Banditen, dann flüchteten sie über die Dächer. Dasselbe ereignete sich in **Bonn**. In **Mainz** wollte die wütende Volksmenge den Bahnhof stürmen, da ihn die Separatisten besetzt hatten. Die Franzosen schossen, töteten vier Einwohner und verletzten 20 zum Teil schwer.



1923: Von Separatisten zerstörtes Haus in Aachen. Photo Scherl.



1923: Separatistengreuel vor dem Rathaus in Krefeld. Atlantic-Photo.

In **Krefeld** kam es zu tagelangen erbitterten Kämpfen. Die Separatisten demolierten das Rathaus und die Wohnung des Oberbürgermeisters, dessen Gattin und Tochter sie unter schimpflicher Behandlung verhafteten und in belgischen Gewahrsam abführten. Einwohner, die sich mit Gummiknüppeln bewaffnet hatten, wurden abgeführt. Ähnliche Vorfälle ereigneten sich in **Andernach, Saarbrücken, Wiesbaden**. In **Trier**, wo sämtliche führenden Persönlichkeiten ausgewiesen worden waren, suchte die Menge das Rathaus nachts zu stürmen, wurde aber durch heranreitende Spahis vertrieben. Hier wurden sämtliche Zeitungen verboten, nur der *Trierer Volksfreund*, das offizielle Separatistenorgan, erschien. Ein 17jähriger Mann, der Plakate mit der Aufforderung, dem Reiche die Treue zu halten, anklebte, wurde verhaftet, verschleppt und standrechtlich erschossen.

Unerhörte Schandtaten wurden begangen, die ihre Ursache zum Teil darin hatten, daß die Separatisten in den Städten und Dörfern die Macht an sich zu reißen suchten, zum Teil durch die entschlossene Abwehr der erbitterten Bevölkerung hervorgerufen wurden. In der Eifel, in **Gerolstein**, wurde die Rheinische Republik ausgerufen, und die Banditen errichteten ein unumschränktes Regiment, nachdem sie die maßgebenden Persönlichkeiten vertrieben hatten. Im Kreise **Groß-Gerau** drang eines Nachts, von Rüsselsheim kommend, ein Haufe in das Dorf Bauschheim ein, um Pferde, Rinder und Schweine zu rauben. Die Bauern rotteten sich zusammen und schlugen mit Knüppeln, Sensen und Wagenscheiten auf die Eindringlinge ein. Vier von diesen blieben tot liegen, die übrigen flohen. Zwei Tage später, am Nachmittag des 28. Oktober, als es stark dämmerte, drang dasselbe

Gesindel in das Dorf und zündete drei Gehöfte an. In **Krefeld** wurden Kleider und Schuhe in großen Mengen geraubt, das Vieh wurde weggetrieben, Kohlentransporte wurden geplündert. Schlimmes wurde aus **Kochem** berichtet. Der Sonderbündler und Lederhändler Steinauer war im unbesetzten Deutschland gefangengenommen worden. Durch Verhaftung von Geiseln erzwangen die Franzosen seine Freilassung. Da die Ausrufung der Rheinischen Republik im Rathaus mißlang, wurde am Nachmittage des 31. Oktober der Versuch nochmals unternommen. Der Marktplatz wimmelte von Menschen. Banditen und Zuchthäusler, mit Karabinern und Pistolen bewaffnet, umgaben das Rathaus. Da rief einer aus der Menge: "Pfui, daß wir uns von solchen Schwindlern terrorisieren lassen müssen!" Ein Schuß krachte, ein separatistischer Söldner hatte ihn abgefeuert, ein Individuum, das noch acht Jahre Zuchthaus abzusitzen hatte. Im nächsten Augenblick wälzte sich ein vollkommen unschuldiger Bürger, Vater von vier Kindern, im Blute: ein Dumdumgeschoß hatte ihm Herz und Lunge zerrissen!

In **Euskirchen** wurde ein ehemaliger Gastwirt Bürgermeister, ein Münchener Privatdetektiv wurde Kreiskommandant und ein ehemaliger Zuchthäusler Pressechef! In **Worms** wurde am 29. Oktober die Rheinische Republik ausgerufen, an der Spitze stand ein Seilermeister. Die Zeitungen unterstanden der Vorzensur. Sämtliche Arbeiter traten in den Proteststreik ein. Auch in **Wiesbaden** war die Erregung groß. An allen Ecken klebten Plakate, in denen Dorten die unter seiner Leitung stehende und von der Rheinlandkommission anerkannte Rheinische Republik proklamierte. Am 2. November trat die Bevölkerung in den Generalstreik. Sämtliche Banken und Geschäfte waren geschlossen, der Straßenbahnverkehr ruhte. Die Menge sammelte sich in den Straßen. Die Franzosen verhängten den Belagerungszustand und die Verkehrssperre von sechs Uhr abends bis sechs Uhr morgens. Französische Infanterie und Kavallerie übernahm den Polizeidienst. Die Polizei war entwaffnet. Das Volk, verzweifelt wie es war, griff zur Selbsthilfe und versuchte die von den Separatisten besetzten Gebäude zu stürmen. Doch unter blutigen Verlusten trieben die Franzosen mit der blanken Waffe die Angreifer zurück. In **Bonn** demolierten die Separatisten das Volkshaus. In **Duisburg** überfielen sonderbündlerische Wegelagerer in der Nähe des Waldfriedhofes in Wannheimerort nächtlicherweise die Vorübergehenden und beraubten sie ihrer Wertsachen. Das kam öfters nachts vor. Einmal sperrten sie die Überfallenen in die Leichenkammer und zwangen sie, sich vollständig zu entkleiden, worauf die Räuber, junge Burschen, mit den Kleidungsstücken verschwanden! -

In Koblenz hatte sich gleich in den ersten Tagen des Aufstandes unter dem Schutze der Rheinlandkommission eine provisorische Regierung gebildet, die aus 16 Mitgliedern bestand.

Die "Provisorische Regierung"

In einem pathetischen Schreiben wandte sich diese Regierung am 23. Oktober an den Präsidenten der Rheinlandkommission, Tirard, indem sie diesem ihre Existenz anzeigte und mitteilte, daß sie den Herren **Dorten-Wiesbaden** und **Matthes-Düsseldorf** Generalvollmacht erteilt habe, ohne diesen durchaus vagen, jeder Kompetenzabgrenzung entbehrenden Begriff näher zu erläutern. Dann erschien das "Direktorium" der "Rheinischen Partei" selbst bei Tirard, erklärte in wohlgesetzten Worten den "vaterländischen Zwang", der sie genötigt hätte, die Gewalt an sich zu reißen und die Rheinische Republik auszurufen. Sie verpflichteten sich zur Erfüllung der Friedensbedingungen und erkannten die Macht der Besatzungstruppen an. Tirard, der Diplomat, erwiderte, daß er von ihrem Schritt Kenntnis nehme, daß er sie aber andererseits bis auf weiteres als eine tatsächliche Macht nur in den Bezirken anerkennen könne, wo sie sich der öffentlichen Ämter bemächtigt hätten, und daß sie unter diesen Gesichtspunkten gegenüber den Verbandsbehörden für die Aufrechterhaltung der Ordnung verantwortlich seien. - Auch bei dem belgischen und englischen Oberkommissar stellte sich das Direktorium vor.

Am 25. Oktober wandte sich der **Parteführer Matthes und der Leiter der Gruppe Düsseldorf, von Metzen, der gleichzeitig Mitglied der "provisorischen Regierung" war, mit folgender Proklamation an das Rheinland:**

"Um in letzter Stunde das Rheinland vor dem vollständigen durch den Fehler Preußens verschuldeten Ruin zu retten, um es vor der kommunistischen Revolution zu bewahren, haben sich die unabhängigen Rheinländer die Zivilmacht angeeignet. Die Autorität der Besatzungsmächte wird natürlich noch streng beachtet werden. Alle Staats- und Gemeindebehörden

werden ihren Dienst fortzusetzen haben, wenn nicht andere Instruktionen von uns erteilt werden. Jeder Ungehorsam wird rücksichtslos unterdrückt werden. Die ganze Bevölkerung soll ruhig weiter ihrer Beschäftigung nachgehen. Die Versorgung mit Lebensmitteln ist gesichert. Requisitionen werden nur im Falle dringender Notwendigkeiten vorgenommen werden. Sie müssen die Unterschrift des behördlichen Kommissars oder seines Stellvertreters tragen. Auf Plünderer und Ruhestörer wird geschossen. Der Druck der Zeitungen darf nur mit unserer Ermächtigung erfolgen. Die Unabhängige Rheinische Republik ist ausgerufen. Die provisorische Regierung ist gebildet. Die ausführende Macht für das ganze Gebiet ist den Händen eines Vollzugsausschusses anvertraut worden, der Bezirks- und Lokalkommissare ernannt hat, um ihn zu vertreten. - Der Vollzugsausschuß für das nördliche Rheinland: gez. Matthes."

Schon am folgenden Tage richtete Matthes einen Brief an die provisorische Regierung, der so bezeichnend ist, daß er auch wörtlich wiedergegeben werden muß:

"Liebe Parteifreunde! Ich bitte Euch, alles daranzusetzen, daß die Hohe Interalliierte Kommission die **Sperrung der Grenze** verfügt. Es muß verhindert werden, daß unsere Gegner Zuzug aus dem Preußischen erhalten, und außerdem dürfen die von uns Auszuweisenden keine Möglichkeit haben, hier womöglich bewaffnet wiederzuerscheinen. Ich bitte Euch ferner dringend, sofort einen Befehl zu erlassen, daß von den Ortsgruppen der fest in unserer Hand befindlichen Städte Revolutionsgerichte gebildet werden, welche die Ausweisungen verfügen. Da es sich bei den Ausgewiesenen um Personen handelt, welche in unserm Sinne strafbar sind, muß die Ausweisung mit Vermögenskonfiskation verbunden werden. Aus diesem Grunde ist bei den Ausweisungen natürlich oben anzufangen. Hauptsächlich sind Sachwerte zu erfassen. Die auf solche Weise in unsere Hand kommenden Vermögensobjekte sind durch einen privaten Treuhandunternehmer nur gegen französische Währung zu verkaufen. Die einkommenden Gelder sind unter anderem zur Einführung von Erwerbslosenküchen zu verwenden, in denen mittags und abends an die Erwerbslosen eine Hülsenfruchtsuppe gratis verabfolgt wird. Ein Vergnügen darf die Faulenzerei nicht mehr sein. Wenn unsere Macht in den besetzten Städten fest ist, werden sich durch diese Maßregeln alle Schwierigkeiten der augenblicklichen Situation heben lassen. Juristische Bedenken stehen meines Erachtens dem Plan nicht entgegen, es ist eine reine Machtfrage. Mit der Hohen Interalliierten Kommission wäre Fühlung zu nehmen."

Die Rheinlandbewegung entwickelte sich zu einem Raubzug großen Stiles.

Während Matthes im Siege schwelgte, konnte der beiseitegeschobene **Smeets** nicht länger untätig bleiben. Kaum hatte er Kenntnis erhalten von der am 25. Oktober geschehenen Proklamation seines Konkurrenten, beeilte sich Smeets, am folgenden Tage seinerseits mit einer "**Proklamation an das rheinische Volk**" hervortreten. Er erklärte, daß er "im Namen und im Auftrage der rheinischen Freiheitsparteien die Bildung eines Rheinstaates vollziehe, der das Gebiet rechts und links des Rheins umfassen solle". Deckers, Matthes und Dorten hatten nie daran gedacht, mit Smeets, den sie für einen Quertreiber hielten, zusammenzuarbeiten. Jedoch dies Ereignis erforderte es, da es ja auch Tirard wünschte, sich mit dem Nebenbuhler auseinanderzusetzen oder, wie man sagte, zu "einigen". Schon am 27. Oktober nachmittags fand in **Koblenz** unter dem Vorsitz von Matthes eine **Versammlung der verschiedenen Freiheitsparteien** statt, wozu unter anderen auch **Dorten** und ein **Vertreter von Smeets** erschienen war. Hauptgegenstand der Verhandlungen waren die Einigung mit Smeets und die Besetzung der Regierungsposten. Matthes meinte, Smeets habe die richtige Zeit zum Anschluß verpaßt, deshalb sei seine Partei auch nicht in der provisorischen Regierung vertreten. Aber man beschloß nach einigem Beraten einstimmig, die **Vereinigung mit der Smeets-Partei anzuerkennen** und diese Partei bei der Verteilung der Regierungsposten genügend zu berücksichtigen. Smeets jedoch war des Treibens müde. Sein Organ *Rheinische Republik* ging ein, das letzte, was sie veröffentlichte, war eben jene Proklamation. Verärgert begab er sich nach Lothringen, wo er in der Zurückgezogenheit des Privatlebens beschauliche Ruhe pflegte. Vor seiner Abreise ließ er sich jedoch ausgiebig von Vertretern der Auslandspresse interviewen und erklärte unverhohlen, daß

er die gewaltsame Staatengründung seiner bisherigen Genossen für einen groben Unfug halte.

Es schien, als stünde Matthes auf der Höhe seiner Macht. Dorten folgte ihm gehorsam, und Smeets hatte ihm das Feld geräumt. **Doch als der Oktober sich zu Ende neigte, vollzog sich auch die Schicksalswende der "Rheinischen**

**Haltung der
Engländer**

Republik". Etwas Unerwartetes geschah: **die englische Regierung erklärte, daß sie die Rheinische Republik nicht anerkenne, da ihre Gründung einen Bruch des Versailler Vertrages darstelle.** Auch die ganze öffentliche Meinung Englands war gegen die neue Staatengründung. Die englische Haltung machte sich umgehend im Rheinland bemerkbar. Am 1. November kamen in **Aachen** auf dem Hauptbahnhof neue Trupps von Sonderbündlern an, die auf englisches Betreiben sofort von belgischer Gendarmerie entwaffnet wurden. Dennoch gelang es den Separatisten, das von deutscher Polizei besetzte Rathaus zu umzingeln und zu beschießen. Am nächsten Vormittag zogen sich die belgischen Truppen aus den von den Separatisten besetzten Regierungsgebäuden zurück. Tags darauf kam es in den Vormittagsstunden zu schweren Kämpfen. Die Separatisten, welche Handgranaten und Sprengpatronen besaßen, eroberten um zehn Uhr das Rathaus. Auf jeder Seite gab es einen Toten und insgesamt 20 Schwerverletzte. Im Rathaus hausten die Eindringlinge wie die Vandalen. Mit ihren Gewehren schossen sie in die weltberühmten Fresken **Alfred Rethels** über das Leben **Karls des Großen**. Allein in dem Bild, das die Krönung Karls darstellt, wurden 21 Schüsse gezählt. Die Truppen durchzogen herausfordernd und singend die Stadt. **Gegen Mittag begab sich der englische Konsul in Aachen zum belgischen Kommandeur und verlangte unverzügliche Entfernung der Banditen.** Schon um zwei Uhr forderte die belgische Gendarmerie die Separatisten auf, sich auf dem Markte zu versammeln. Hier wurden ihnen die Waffen und Armbinden abgenommen. Unter belgischer Bewachung wurden sie dann zum Bahnhof geführt. Eine zahllose Menschenmenge folgte. Aus den letzten Reihen der Sonderbündler wurde dauernd auf die Bevölkerung geschossen. Da gelang es, vier der Landstreicher zu umzingeln und abzudrängen. Sie wurden schrecklich gelyncht, zwei von ihnen waren buchstäblich in Stücke zerrissen. - Aachen war befreit. Dem englischen Konsul brachte man begeisterte Huldigungen dar. Deutsche Polizei besetzte Rathaus und Regierungsgebäude, die grünweißrote Fahne wurde heruntergeholt und durch die deutsche ersetzt. Das Volk atmete auf.

Matthes war empört. Er sandte umgehend einen geharnischten Protest an die Rheinlandkommission. Das Verhalten des belgischen Delegierten sei um so befremdlicher, als man im voraus die Neutralität der Besatzungstruppen zugesagt habe. Feierlicher Protest werde eingelegt gegen den von dem belgischen Aachener Delegierten erteilten Befehl, die besetzten Gebäude wieder zu räumen. Dieser Befehl verletze die Neutralität der Besatzungstruppen gegenüber den unabhängigen Rheinlandern zugunsten der von Berlin beorderten Preußen. "Wir protestieren in offizieller und feierlicher Weise bei der Interalliierten Rheinlandkommission gegen diesen Vorfall." Der Schlag, den die belgische Armee gegen die rheinische Bewegung und ihre Regierung richtete, sei ein Versuch, die Rheinische Republik zu erschüttern. Dieser unerwartete Angriff treffe eine Bewegung und eine Regierung, die nur von dem Wunsch beseelt sei, mit dem belgischen Volk freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten und nun in der denkbar kürzesten Frist den belgischen Reparationsforderungen stattgeben will. Außerdem sei sie bereit, einen dauerhaften Frieden zu gewährleisten. - Der belgische Oberkommissar erwiderte hierauf, das Vorgehen der Truppen in Aachen sei rechtmäßig gewesen. Die Belgier seien, da sie die Polizeigewalt besäßen, für die öffentliche Ruhe und Ordnung verantwortlich und hätten gegen die Gewalttaten der Banden, die entgegen den Verordnungen der Rheinlandkommission in die Stadt eingedrungen seien, vorgehen müssen, um nicht den Anschein zu erwecken, daß sie die Gewalttaten billigten. Außerdem sei die sonderbündlerische Regierung bis jetzt weder rechtlich noch tatsächlich anerkannt.

Mit Sorge hatte Matthes den Standpunkt der Engländer kennengelernt, und er verfiel auf die sonderbarsten Gedanken, um Großbritannien der Rheinischen Republik geneigt zu machen. Der Protest gegen Belgien wurde auch dem englischen Oberkommissar, Lord Kilmanrock, übersandt, der aber das Schreiben an Matthes zurückschickte mit dem Bemerkung, daß er eine Rheinlandregierung nicht kenne und infolgedessen von dieser auch keine Noten zu erhalten habe. Matthes, aufdringlich wie er

war, schickte das Schriftstück zum zweiten Male an den englischen Oberkommissar, aber diesmal nicht im Namen der Rheinlandregierung, sondern im Namen der separatistischen Gruppen der Rheinlande. Lord Kilmanrock nahm jetzt Kenntnis von dem Protest, ohne ihn zu beantworten. **Nun wandte sich Matthes durch einen Freund an den britischen Botschafter Lord d'Abernon in Berlin und ließ ihm mitteilen, daß die Sonderbündler, die bis jetzt eifrige Republikaner waren, sehr gern auch einen englischen Prinzen als König für die Rheinlande annehmen würden, wenn England die separatistische Bewegung unterstützen würde! Ein Gelächter des Hohnes und der Verachtung war Englands Antwort.**

Großbritanniens Haltung versetzte der Rheinischen Republik einen sehr empfindlichen Stoß. **Nicht bloß, daß England als erklärter Gegner in die Schranken trat, auch nicht bloß, daß Belgien sich hinter eine untätige Neutralität verschanzen mußte, selbst das französische Mitglied der Rheinlandkommission, Tirard, der sich nun isoliert sah, wurde bedenklich und begann den Rückzug zu erwägen.** Bis Anfang November hatte Tirard in der französischen Besatzungszone die separatistische Herrschaft in 23 Städten und Ortschaften anerkannt, und die sonderbündlerische Armee dachte nicht daran, ihren siegreichen Vormarsch einzustellen. So überfielen im Morgengrauen des 4. November 20 bis 30 Separatisten, von französischen Regiebeamten geführt, das Landratsamt in **Simmern** und besetzten es. Die Aufmerksamkeit richtete sich besonders auf **Limburg** im Lahntale. "Da Limburg sich mehr und mehr zu einem Bollwerk des Preußentums gegen die Kopfstationen der Rheinischen Republik auszuwachsen droht, halte ich ein starkes Forcieren der Einnahme von Limburg für dringend geboten", schrieb Kalthoff, der seit dem 29. Oktober separatistischer Landrat in Diez war, am 7. November an die militärische Oberleitung in Koblenz, welche in den Händen eines gewissen Hecktor lag. Und am 9. November konnte Kalthoff der provisorischen Regierung berichten:

"Der (französische) Ortskommandant von Limburg zeigt sehr großes Entgegenkommen und äußerte sich zu einem eventuellen Unternehmen in Limburg in wohlwollender Weise, indem er die zu treffenden Maßnahmen angab. Er bat allerdings, ihn drei bis vier Stunden vor dem Unternehmen zu benachrichtigen, damit fünf Minuten nach Ausführung der Belagerungszustand über die Stadt verhängt werden könnte."

Am 13. November schließlich, vormittags zehn Uhr, fand der Angriff auf das Limburger Rathaus statt, und die neuen Herren setzten sich fest. In Langenschwalbach, einem Städtchen am Taunus, war bereits am 1. November die grünweißrote Flagge gehißt worden.

Jedoch gegen **Mitte November brach eine neue Katastrophe über die Herrlichkeit der Separatisten herein.** Der *Petit Parisien* schrieb schon am 14. November, die Abfallsbewegung sei ins Stocken geraten, da zwischen Matthes und Dorten Meinungsverschiedenheiten ausgebrochen waren. Die französische Zeitung war gut unterrichtet. Es verhielt sich wirklich so. Matthes und Dorten, die beiden Rivalen, waren nie bis zu einer vollständigen Beseitigung ihrer Gegensätze gekommen. Eine äußerliche Einigkeit war zwar zustande gekommen, beide Führer saßen in der provisorischen Regierung, aber unter diesem Deckmantel verschärfte sich die innere Spannung. Leute, die der eine abwies, spielte der andere aus. Dorten war nicht zu bewegen, nach Koblenz zu gehen und mit Matthes zusammenzuarbeiten. Auch innerhalb der provisorischen Regierung kam es infolge dieser rivalisierenden Tendenzen zu schweren Zusammenstößen. Man suchte nach einem Ausweg: Matthes sollte nach Bonn gehen und von dort aus das nördliche Rheinland lenken, Dorten sollte in Ems dasselbe für den Süden tun. Matthes seinerseits protestierte energisch dagegen, Koblenz, den Sitz der Zentralregierung, zu verlassen. Darauf bezeichneten ihn die Dortenleute als einen "bayerischen Saukommunisten", und ein anderer meinte: "Wenn ich den Matthes einmal kriege, schieße ich ihn kaputt." Die Dortenfraktion beschloß am 15. November: Der Generalbevollmächtigte Matthes hat folgenden Wirkungskreis: Regierungsbezirke Aachen, Köln und Düsseldorf und den nördlichen Teil von Koblenz, sein Sitz ist Bonn. Der Generalbevollmächtigte Dorten hat folgenden Wirkungskreis: Regierungsbezirk Trier, vom Regierungsbezirk Koblenz folgende Kreise: Kochem, Mayen, Zell, St. Goar, Simmern, Meisenheim, Kreuznach, Provinz Nassau, Hessen-Nassau, sein Sitz ist Ems. Die beiden Generalbevollmächtigten begeben sich an ihren Sitz. Die vorläufige Regierung bleibt in

Koblenz, das ihr ausschließlich unterstellt ist. Die Oberste Heeresleitung ist aufzulösen. Darauf antwortete die Matthesfraktion, daß für sie noch immer der einstimmige Kabinettsbeschluß vom 5. November bestehe, der da sage, daß sich die Exekutivgewalt, die Generalvollmacht von Matthes auf das ganze Rheinland, ausgenommen die Pfalz, erstrecken solle. Diese tiefgreifenden inneren Zerwürfnisse lähmten nicht nur die Tätigkeit der provisorischen Regierung, sondern auch der "Obersten Heeresleitung".

Eine großzügige militärische Aktion war noch gegen die Städte und Orte des Siebengebirges geplant. Am 16. November rückten die separatistischen Haufen gegen Bad Honnef vor. Hier aber hatten sich die Einwohner zu einem Selbstschutz organisiert und waren in Alarmbereitschaft, um die ankommenden Banden gebührend zu empfangen. Auch die Bauern aus den Dörfern und die Bewohner der Nachbarstädte waren herbeigeeilt. So sahen sich die Separatisten einer entschlossenen und gut organisierten Macht gegenüber. Es kam zu erbitterten Gefechten, und die Räuber wurden bis an den **Ägidienberg** zurückgedrängt. Eine förmliche Schlacht entbrannte, in der über hundert der verkommenen Canaillen niedergemacht wurden. Der Rest rettete sich durch wilde Flucht. Am folgenden Tage wurden die Separatisten in **Trier** entwaffnet. Ihr Stern war im Sinken, und die Franzosen zogen sich zurück. Die Subsidien aus Paris blieben aus, und die "Oberste Heeresleitung" war nicht mehr in der Lage, ihre Söldnerscharen zu bezahlen. Bekam doch jeder Mann täglich zehn Franken für sein Räuberhandwerk! **Innere Uneinigkeit, Widerstand der rheinischen Bevölkerung, Widerstand Englands und Geldmangel gruben dem rheinischen Separatismus das Grab.**

Große Mutlosigkeit bemächtigte sich der Hochverräter. Ein Bild hiervon gibt uns **ein Brief eines separatistischen Kreiskommissars aus Rheinbach** am 23. November an die "Hohe Interalliierte Kommission". Hierin heißt es:

"Wie ich bereits in meinen früheren Ausführungen mitteilte und auch heute wieder bestätigt finde bei meinem Besuche in Koblenz, hat die Rheinische Republik zu wenig brauchbare Männer, welche befähigt sind, die Geschäfte der Regierung zu führen. Es fehlt Autorität und Ordnung auf allen Gebieten. Bis jetzt ist unser genialer Führer, Dr. Dorten, der einzige großzügige Herr. Es ist zu begrüßen, eine solche Kraft zu besitzen. Die heutigen Männer einer vorläufigen Regierung inkl. Direktorium setzen sich aus verschiedenen Berufen zusammen. Aber auch die sich rigoros nach vorne geschobenen Elemente zeigen bei näherem Beobachten, daß sie wohl vielleicht für ihren Beruf geschaffen, aber die Intelligenz zum Disponieren und Regieren vermissen lassen. So erhält man ein Bild, das wenig vertrauenerweckend für die junge Republik ist, und es wird wohl nicht lange dauern, so wird und muß sich eine Lösung durch Trennung oder Umwandlung vollziehen müssen. Aber auch dann wird der jungen Republik nicht gedient sein, bis intelligente Regierungsmänner erstehen. Dies ist aber um so schwerer, als in Anbetracht der unsicheren, verworrenen Lage wenig oder gar keine Herren sich bereit finden, eventuell mit ihrem Kopfe einzutreten. Das größte Schwergewicht gegen die neue Bewegung bieten wohl die Engländer in Köln. Diese dulden eine langgezogene Kette von Revisionen an der Peripherie Kölns und darf sich kein ausgesprochener Separatist in den Bereich wagen. Diese Erscheinung ist echt englisch und charakterisiert ihre bisherige Taktik. Ein anderer Faktor, der heute die junge Republik bedroht, ist das Fehlen eines wertbeständigen Zahlungsmittels. Ohne Geld ist keine Politik zu machen - und dieses fehlt. Beamte und Trupps spüren diesen Übelstand, und es gehört eine starke Dosis Idealismus dazu, der Sache treu zu bleiben. Der schrecklichste Faktor und was dem Ganzen die Sympathie raubt und somit sehr gefährlich ist, ist die Stoßtruppe mit allerhand ihr anhaftenden Mängeln. Sind es nicht arbeitslose, vielleicht auch arbeitsscheue Elemente, die sich hier zusammenfinden, so ist auch ein großer Teil unter ihnen, die jede Gelegenheit wahrnehmen, um zu rauben und sich zu bereichern. Aber auch hier fehlen oft die richtigen Führer! Ich glaube nicht fehlzugreifen, wenn ich behaupte, daß früher 70 Prozent der Bevölkerung direkt für die Rheinische Republik waren, jetzt, nach all den Vorkommnissen 70 Prozent mit Abneigung gegen solch aufkeimende Saat sich abneigt. Dabei betont die Bevölkerung immer wie-

der: 'Solange nicht tüchtige Männer in die Erscheinung treten, wird die Republik nicht perfekt werden, im Gegenteil, sie wird in Lethargie verfallen.' Es ist gerade in diesem Augenblick unbedingt nötig, daß etwas anderes geschieht, um die Bewegung voranzubringen. Hierzu erachte ich es als dringend und erforderlich, mit England über die Frage zu einem endgültigen Kompromiß zu kommen. Dort liegt der schwerste Stein, und der muß, um zu einem fördernden Ergebnis zu kommen, beseitigt werden. Von Köln droht die größte, direkte Gefahr. Köln ist unter dem Schutze Englands, das kommerziell dasselbe beherrschen will, der größte und reaktionärste Herd! Dortselbst ist alles möglich, nur kein Schutz, sondern Gefahr der separatistischen Bewegung. Wenn daher die alliierten und assoziierten Mächte resp. der Völkerbund von oben herab sich dazu verstehen könnte, in diesem Augenblick die Rheinische Republik einzuführen resp. zu bestätigen als ein Akt der Hilfe, so würde dies wohl zum Segen Europas bald gute Früchte zeitigen und einem drohenden Chaos steuern, der sonst viele Völker mit in den Abgrund ziehen muß."

Dieser Brief, über dessen stilistische Mängel man hinwegsehen muß, zeigt deutlich genug die **hoffnungslose Katastrophenstimmung der Separatisten**. Man dachte schon an den Völkerbund als an die *ultima ratio*! Es war zu spät. In der letzten Novemberwoche brach die Katastrophe unaufhaltsam herein. Überall brach die sonderbündlerische Bewegung zusammen. Die Kräfte der Deutschen waren stärker als die der Hochverräter. Teilweise kam es noch zu schweren Kämpfen, wie zum Beispiel in **Düren**. Ein Anschlag auf das Rathaus in **Essen** mißglückte. In **Duisburg** wurden die Separatisten von den Belgiern entwaffnet. Allerorts nahmen die deutschen Behörden wieder ihre Tätigkeit auf. Schwere Krisen gab es in der "provisorischen Regierung". Diese forderte den Matthes in ultimativer Form auf, sich binnen 24 Stunden nach Bonn zu begeben. Darauf erklärte dieser die vorläufige Regierung zu Koblenz als aufgelöst und teilte diesen Schritt Tirard mit. Gleichzeitig verfügte Matthes die Auflösung seiner Armee, da ihre Aufgabe beendet sei. Aber der Oberkommandierende Hecktör ließ sich nicht so leicht abspesen. Er proklamierte die Militärdiktatur,

**Innere Uneinigkeit
und Katastrophe
der Sonderbündler**

"an der mein entlassener Generalsekretär Rosenbaum - wie Matthes schreibt -, der erwiesenermaßen preußische Spitzeldienste für Frankfurt leistet, aber auch angeblich gleiche französische Dienste zu leisten vorgibt, besonders mitwirkte. Die Militärdiktatur, die mit auffallendem Geldaufwand arbeitet, hat heute (27. November) das Kabinett *de facto* ausgeschaltet. An oder gegen mich hat sich diese Militärdiktatur persönlich nicht gewandt. Das Kabinett erklärt mir seine völlige Machtlosigkeit. Dies und die Tatsache, daß die bisherige vorläufige Regierung zum Teil aus unfähigen oder unehrlichen Menschen zusammengesetzt ist, hat mich zu obigem Schritt - der Auflösung - veranlaßt."

Nun brach das Chaos über die Separatisten vollends herein.

Matthes floh vor seinen eigenen Leuten nach Düsseldorf. Dorten versuchte in Ems eine neue Regierung zu bilden, doch vergeblich. **Die ganze rheinische Loslösungsbestrebung war schimpflich gescheitert**. Die französischen Besatzungsbehörden traten wieder mit den deutschen Behörden in Verbindung. Das rheinische Volk war von einer furchtbaren Geißel befreit. Die Franzosen überließen ihre separatistischen Freunde sich selbst und überschütteten sie mit Hohn und Verachtung. Matthes, der im Ruhrgebiet weiterzuwühlen hoffte, erklärte, daß augenblicklich weder Gelegenheit noch "Notwendigkeit" bestehe, eine neue rheinische Regierung zu bilden. Er beklagte sich über die Unehrlichkeit, den Materialismus, die Selbstsucht, die Unmoral, die Korruption an allen Ecken und Enden in seinem Staate. "Die rheinische Bewegung, die rheinische Regierung, die erste Rheinlandrepublik waren demoralisiert, versumpft." Das sind die eigenen Worte des Führers dieser Republik!

Wesentlich anders verlief die **Autonomiebewegung in der bayerischen Pfalz**. Hier hatte der französische General de Metz, ein zweiter Mélac, die Angelegenheit höchst persönlich in die Hand genommen mit einer selten hartnäckigen Tatkraft, die einer bessern Sache würdig gewesen wäre. Hier gab es keine zehn Sepa-

**General de Metz
in der Pfalz**

ratistengruppen, die sich gegenseitig mit Gift und Neid und Zwietracht bekämpften, hier war er es, der General, den Apparat einer straffen militärischen Organisation fest in der Faust, der den Plan erdachte und ausführte. Einige Subjekte, Hochverräter, waren mit ihm in Verbindung getreten, so der **Heinz-Orbis, Mitglied des Reichstages und Führer der "Freien Bauernschaft", und der Sozialdemokrat Hoffmann, ehemaliger bayerischer Ministerpräsident**. Diese aber waren mehr die Nutznießer der von dem General eingefädeltten Aktion. Im Rheinland standen die Separatisten in der ersten Linie und die Franzosen im zweiten Treffen, in der Pfalz war es umgekehrt. Die Franzosen betrachteten die Pfalz als ein Anhängsel, eine Fortsetzung des Saargebietes, und daher waren sie hier kühner, wagemutiger, unverschämter.

Die ersten Nachrichten von der Proklamierung der Rheinischen Republik trafen in **Speyer** ein. Jetzt galt es, keine Zeit zu verlieren, und General de Metz war ein Mann der Tat. Am 24. Oktober hielt der **Pfälzische Kreistag zu Ludwigshafen eine Sitzung** ab, da erschien der französische Delegierte, Vertreter der Rheinlandkommission, im Auftrage des Generals, dessen Adjutant er war, **Major Louis**, und ergriff das Wort zu folgender Erklärung:

"In Anbetracht, daß der gegenwärtige Zustand nicht andauern kann, ohne schließlich die allernotwendigsten moralischen und materiellen Interessen der Bevölkerung zu gefährden, und in Anbetracht ferner der höchst beunruhigenden und gefährlichen Lage in Bayern ist von heute ab die Pfalz als autonomer Staat mit einer provisorischen Regierung bis zur weiteren Entwicklung der Ereignisse gebildet. Dieser autonome Staat der Pfalz verpflichtet sich feierlichst gegenüber der Hohen Alliierten Kommission zur Mitarbeit für die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen, die zur Tilgung der geschuldeten Reparationen und der möglichen Sicherheiten erforderlich sind."

Betretenes Schweigen. Der Vorsitzende erklärte dann, der Kreistag könne jetzt noch nicht Stellung nehmen. Er bitte um einen Aufschub. Die Parteien traten zusammen und lehnten kategorisch die Autonomie ab; die Sozialdemokraten bezeichneten Hoffmann als Hochverräter. Jetzt antwortete der Kreistag dem Major Louis, die Bevölkerung lehne den autonomen Staat ab, im übrigen sei nach Artikel 18 der Reichsverfassung der Kreistag in dieser Frage gar nicht zuständig und müsse es ablehnen, der Aufforderung zur Autonomie Folge zu leisten.

Aber General de Metz gab sein Spiel keineswegs verloren. Zunächst setzte er den pfälzischen Beamten in einer Rede auseinander, daß sie keine Hoheitsrechte mehr besäßen, da Bayern die Reichsverfassung gebrochen habe. Deshalb verbiete er ihnen die weitere Ausübung amtlicher Funktionen. Vor allem aber rief er **aus der benachbarten Rheinprovinz separatistische Horden** herbei, die auf den Regiebahnen befördert wurden und bald das ganze Land überschwemmten, mit Raub und Mord und Gewalttat das wehrlose Volk quälend. Die französischen Militärbehörden gaben ihnen Unterkunft und Kost und Löhnung, französische Militärärzte untersuchten sie auf ihre Diensttauglichkeit hin. Die deutsche Polizei und der deutsche Selbstschutz wurden entwaffnet, farbige und weiße Besatzungsregimenter unterstützten die Landstreicher tatkräftig, wenn sie die öffentlichen Gebäude besetzten. Immer mehr Orte wurden es, in denen die grünweißrote Flagge gehißt wurde, neben der die französische Trikolore wehte. Kein Protest gegen dieses gewalttätige Vorgehen hatte Erfolg, weder der des Regierungspräsidenten Mathéus, noch derjenige der Regierungen in München und Berlin. Was half es, daß man sich auf das Recht berief und die Franzosen daran erinnerte, daß sie, anstatt die Separatisten zu unterstützen, das Volk vor dieser Landplage schützen sollten? Unter französischem Schutz plünderten die Banditen, verhafteten und verschleppten sie Deutsche.

Systematisch brachten die Hochverräter die pfälzischen Staate und Ämter in ihre Gewalt. In **Kirchheimbolanden, Gernersheim, Pirmasens, Zweibrücken** wurde die Pfälzische Republik ausgerufen. In **Kaiserslautern** drangen die Sonderbündler in der Morgenfrühe des 5. November ein und besetzten das Bezirksamt. Französische Truppen zogen durch die Straßen. Am Nachmittag wurden **die Freie Pfalz als ein Teil der Rheinischen Republik** ausgerufen und, gleichsam um der Bevölkerung eine Vorstellung von dem neuen Staate zu machen, die Geschäfte geplündert. Sechs Tage später wurden die Regierungsgebäude von **Speyer** "erobert", nachdem die Franzosen die deutsche

Polizei entwaffnet hatten. Heinz-Orbis trat hier an die Spitze der Bewegung. General de Metz aber erklärte der deutschen Regierung in der Pfalz, die Besatzungsbehörden müßten die Tatsache anerkennen, daß die neuen Machthaber *de facto* die Gewalt in Händen hätten. Die Separatistenbewegung sei eine rein interne deutsche Angelegenheit, und er habe sich nicht in diese einzumischen.

Die Franzosen und Sonderbündler ruhten nicht eher, als bis sie die ganze Pfalz in Händen hatten. "Und wenn die ganze Pfalz dabei zu einem Haufen Asche werden sollte, er werde dennoch die autonome Pfalz schaffen!" erklärte General de Metz, in bewußter Anlehnung an seinen ebenbürtigen Vorgänger Mélac. Ende November hatten die Separatisten sämtliche pfälzischen Bezirksstädte in ihren Besitz gebracht. Wie sie dabei zu Werke gingen, zeigte das **Beispiel von Ludwigshafen**. Hier wurde der Oberbürgermeister verhaftet, so daß die Stadt ihres Führers beraubt war; dann, am 23. November, erschien vormittags ein separatistischer, bewaffneter Stoßtrupp von etwa hundert Mann. Ihm folgte eine französische Kompanie, der sich tausend Erwerbslose der Stadt anschlossen. Jetzt entwaffneten die Franzosen die Polizei und zwangen den deutschen Selbstschutz, die öffentlichen Gebäude zu räumen, indem sie mit militärischer Gewalt drohten. Die Beamten wurden mit der Waffe zur Weiterarbeit gezwungen. Patrouillen gingen durch die Straßen und besetzten die Rheinbrücken, rücksichtslos auf unbeteiligte Passanten schießend. Die Bevölkerung lehnte die Gewalttat ab. Die Arbeiter streikten. Die Geschäfte waren geschlossen.

**Herrschaft
der Franzosen
und Separatisten**

Über die Pfalz zog ein **Schreckensregiment von unerhörtem Terror herauf**. Rücksichtslos wurden die deutschen Beamten ausgewiesen und durch landfremde Eindringlinge ohne Fähigkeit und Vorbildung ersetzt, die nur eines verstanden: das Land auszusaugen. Alle möglichen Gegenstände, Kraftwagen, Vieh, Kleidung wurden requiriert. Wohnungen wurden beschlagnahmt. In kurzer Zeit hatten die Hochverräter 22 000 Pfälzer ausgewiesen. Wehrlos, nur auf ihre Fäuste angewiesen, waren die Einwohner dem Gewaltregiment ausgeliefert. Es kam vor, daß die bis aufs Blut Gepeinigten, zu allem entschlossen, Widerstand leisteten und die Verbrecher aus der Stadt zu jagen suchten. Doch dann erschienen französische Truppen mit Maschinengewehren, Spahis, Marokkaner und französische Gendarmerie, und schossen auf das verzweifelte Volk. Die Herrschaft der Separatisten wurde von

**Terror in
der Pfalz**

Aufstände

diesen wie ein kostbarer Schatz, ein Kleinod gehütet und bewacht. Und die Franzosen standen in verbrecherischer Grausamkeit, in ihrem Sadismus in nichts ihren separatistischen Freunden nach. Da wurde ein Regierungsbeamter Bock aus Speyer und ein Leidengefährte verhaftet, weil sie sich an der Abwehr gegen die Autonomiebewegung beteiligt hatten. Sie wurden in viehischer Weise geschlagen und von beiden Seiten zwischen bissige Hunde genommen, die man auf sie hetzte, wenn sie nicht aussagen wollten. Als der eine der Unglücklichen ohnmächtig durch die brutalen Mißhandlungen zu Boden fiel, goß man Wasser auf ihn und setzte die Quälereien fort, wenn er das Bewußtsein wiedererlangt hatte! Die Schrecken und Leiden des Dreißigjährigen Krieges verschwinden gegen die satanischen Gemeinheiten der Franzosen, und länger als drei Monate hatte das unglückliche Volk die furchtbare separatistische Geißel zu ertragen.



Französische Marokkaner vor einem pfälzischen Bahnhof. Photo Scherl.

Am 2. Januar 1924 beschloß die **Rheinlandkommission**, die von der separatistischen Pfalzregierung erlassenen Verordnungen zu registrieren. Dies bedeutete die **in aller Form vollzogene Anerkennung der autonomen Regierung**. Doch Lord Kilmanrock, der Engländer, erhob Widerspruch, indem er die Stellung der britischen Regierung zu dieser Frage bekanntgab. Zwar hatte der Bezirksdelegierte von Zweibrücken, Oberstleutnant Dufour, dem deutschen Bezirksamt mitgeteilt, daß er die separatistische Regierung ablehne, er mußte aber auf Anordnung des Generals de Metz diese

Bekanntmachung widerrufen. **Zwischen den Regierungen Englands und Frankreichs kam es infolge der Pfälzer Vorgänge zu bedenklicher Spannung.** Die Engländer sahen von Anfang an in den Separatisten "eine Gruppe von Abenteurern ohne Autorität", wie sich Lord Curzon am 16. Januar im Oberhause ausdrückte, und Lord Kilmanrock, bei dem die Häupter der protestantischen und katholischen Kirche erschienen waren, um ihm mitzuteilen, daß die Bewegung dem Geiste der Bevölkerung vollkommen fremd sei, stimmte diesem bei, indem er die Ansicht vertrat, daß sich die Interalliierte Kommission im Rheinlande nur zur Sicherheit der verbündeten Truppen aufhalte, nicht aber, um Staaten zu gründen. Der Lord wurde außerdem von seiner Regierung beauftragt, einen seiner Offiziere zur Untersuchung der Lage nach der Pfalz zu entsenden. Dem aber widersprachen die Franzosen aus technischen Gründen, und so erhielt der britische Generalkonsul Clive in München von London aus die Weisung, sich an Ort und Stelle über die Zustände zu unterrichten.

Inzwischen waren bei einem Tumult in Speyer, am 9. Januar, Heinz aus Orbis, der Präsident der autonomen Pfalzregierung, und die separatistischen Führer Weiß, Sand, Weigl und Fußheller erschossen worden. **Sechs Tage später, am 15. Januar, empfing Clive in Mannheim eine große Versammlung von Vertretern des pfälzischen Volkes.** Sämtliche Wirtschaftsverbände der Pfalz, Arbeitgeber und Gewerkschaften, die politischen Parteien einschließlich der Kommunisten, die Presse hatten ihre Vertreter gesandt. Der Präsident des evangelischen Landeskirchenrates der Pfalz, Dr. Fleischmann, und das Oberhaupt der katholischen Kirche, Bischof Dr. Ludwig Sebastian aus Speyer, waren erschienen. In den Berichten entrollte sich ein erschütterndes Bild von den Qualen der Bevölkerung. Es ergab sich, daß die Separatisten nur durch den Schutz des Generals de Metz und seiner Bezirksdelegierten sich in der Pfalz festsetzen konnten und ihre Gewaltherrschaft gegen den einmütigen Willen der wehrlosen pfälzischen Bevölkerung aufrechterhielten. Ein Arbeiterführer erklärte: **"Noch nie und in keinem Punkte war und ist das pfälzische Volk so einig wie in seiner Ablehnung des Separatismus."** Zum Schluß wurde eine Kundgebung der pfälzischen politischen Parteien, der Kirche, Presse, Wirtschaft und Berufsstände verlesen. Alle Versammelten erhoben sich spontan zum Zeichen ihrer Zustimmung:

**Englischer
Generalkonsul
Clive in der Pfalz**

"Die berufensten Vertreter sämtlicher Weltanschauungen, aller politischen, wirtschaftlichen und beruflichen Verbände der Pfalz erklären dem Herrn englischen Generalkonsul Clive, als dem Abgesandten der Regierung Großbritanniens, daß sich die pfälzische Bevölkerung auch unter den fürchterlichsten Drangsalen der Gewaltherrschaft der sogenannten separatistischen Regierung, als einer Horde landfremder, sittlich minderwertiger Elemente niemals beugen wird. Nur durch die direkte Unterstützung der Separatisten durch die französische Besatzung wurde diese Gewaltherrschaft gegen eine wehr- und waffenlose Bevölkerung möglich. Im Namen der Menschenrechte und des Selbstbestimmungsrechtes einer kulturell und wirtschaftlich hochstehenden Bevölkerung von 800 000 treudeutschen Pfälzern bitten wir den Herrn Vertreter der britischen Nation, bei seiner Regierung dahin wirken zu wollen, daß unserer Pfalz wieder der Rechtsboden der deutschen und bayerischen Verfassung, des Versailler Vertrages und des Rheinlandabkommens gegeben wird und die Bevölkerung der Pfalz von der separatistischen Tyrannei und Versklavung befreit wird."

Fünf Tage bereiste Clive nun das pfälzische Gebiet und überzeugte sich durch Augenschein und Rücksprache mit Behörden und Privatleuten von den Zuständen. Am 20. Januar telegraphierte er folgendes nach London:

"Nachdem ich fünf Tage damit zugebracht habe, die Ansichten von Leuten aller Klassen und von jedem Teil der Pfalz zu hören, bin ich zu diesen allgemeinen Schlußfolgerungen gekommen:

1. Die überwältigende Masse der Bevölkerung befindet sich im Gegensatz zur autonomen Regierung.
2. Diese Regierung hätte niemals zustande gebracht werden können ohne französische Unterstützung und würde sofort vertrieben werden, wenn die französische Unterstützung

gen Zustand in der Pfalz wiederherzustellen und zu diesem Zweck ihre Organe vor allem anzuweisen:

1. Die unter ihrer Duldung oder Mitwirkung mit Waffen ausgerüsteten Separatisten zu entwaffnen, ihre Entfernung aus den von ihnen mit Unterstützung der Besatzungsbehörden besetzten öffentlichen Gebäuden zu ermöglichen und eine uneingeschränkte Wiederaufnahme der Tätigkeit der deutschen Behörden wieder zuzulassen;

2. der Rückkehr der von den Separatisten vertriebenen Einwohner keine Hindernisse in den Weg zu legen;

3. sich künftig jeder Einmischung in deutsche innerpolitische Verhältnisse und insbesondere jeder unmittelbaren oder mittelbaren Unterstützung aufrührerischer Elemente in den besetzten Gebieten zu enthalten."

Frankreich hatte immer noch die Stirn, in hochmütigem Tone Deutschlands Feststellungen als "Verleumdungen" zu bezeichnen. Dennoch aber **mußte Poincaré dem entschiedenen Drucke Großbritanniens nachgeben**. In der ersten Februarhälfte wurde die Separatistenherrschaft abgebaut; in den meisten Orten geschah dies mit größter Ruhe und Schnelligkeit. Nur in Kaiserslautern und Pirmasens kam es am 12. Februar zu blutigen Zusammenstößen, da sich die Separatisten weigerten, dem Befehle nachzukommen, die besetzten Bezirksämter zu räumen. In Pirmasens kam es zu einem förmlichen Aufstand. Die Sturmglocken wurden geläutet, die unbewaffneten Bürger, unbekümmert um eigene Verluste, gingen gegen das Bezirksgebäude vor, aus dem sich die mit Karabinern, Revolvern und Handgranaten bewaffneten Separatisten verzweifelt wehrten. Endlich gelang es den Bürgern, das Gebäude in Brand zu stecken. Die aus den Flammen herauskommenden Hochverräter wurden von dem erbitterten Volk schrecklich gelyncht. Natürlich hatte dieses Vorgehen Sanktionen der Rheinlandkommission zur Folge. Der Belagerungszustand wurde über Pirmasens verhängt, alle nationalen Vereine wurden aufgelöst; die Urheber der Unruhen wurden vor ein Kriegsgericht gestellt; der Verkehr in der Nacht war verboten, ebenso der Verkehr auf der Rheinbrücke; die deutsche Polizei wurde dem Oberbefehl der alliierten Militärbehörde unterstellt. Major Penoul, der bisherige Bezirksdelegierte, wurde abberufen und durch den Platzkommandanten Pinneau ersetzt, welcher der Bevölkerung mitteilte, daß auf Anordnung des Generals de Metz eine Liste von hundert Personen aller Stände angefertigt sei, die sofort als Geiseln verhaftet würden, falls sich die Vorgänge wiederholten.

Es hatte sich ein französisch-englischer Untersuchungsausschuß für die Pfalz gebildet, der mit den Vertretern der Bevölkerung am 15. Februar das Speyerer Abkommen abschloß:

***Ende der Separatistenherrschaft
in der Pfalz***

- "1. Die von den Separatisten ausgewiesenen Beamten dürfen wieder nach der Pfalz zurückkehren.

2. Bis zur Wiedereinsetzung der verfassungsmäßigen Regierungsgewalt wird der Kreisausschuß an der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung mitarbeiten."

Am Sonntag, dem 17. Februar, morgens acht Uhr, übernahm der Kreisausschuß die vorläufige Regierung, und zwei Tage später lag die Leitung des Landes wieder in den Händen Bayerns. Die Rheinlandkommission gestattete wieder den freien Verkehr innerhalb der besetzten Gebiete und die Ausfuhr in- und ausländischer Brennstoffe, Kohle, Koks oder Braunkohle, nach dem unbesetzten Deutschland und dem Ausland. Nur für die Einfuhr von Braunkohle wurde die Einfuhrbewilligung aufrechterhalten.

So endete das separatistische Abenteuer im Rheinland und in der Pfalz, ein dunkles Kapitel nicht nur in der deutschen, sondern auch in der französischen Geschichte. Es sei noch ein Urteil aus dem englischen *Observer* von Ende November 1923 mitgeteilt:

"Wir haben niemals für die Zerstörung Deutschlands gekämpft, niemals für die Aufrichtung

einer neuen napoleonischen Militärdespotie in Europa, die von Hunderttausenden schwarzer Truppen gestützt wird, und wie wir niemals dafür gekämpft, so werden wir es niemals hinnehmen. Hätten wir gewußt, daß hinter dem Anspruch auf Elsaß-Lothringen stets eine umfangreiche, ungeheure *reservatio mentalis* bestand, die etwas noch Schlimmeres als das Wiederaufleben der Politik Ludwigs XIV. und Napoleons plante, so hätte die *Entente cordiale* niemals existiert, die Vereinigten Staaten hätten niemals auf dem Kontinent interveniert, und nicht ein Blutstropfen würde von britischen und amerikanischen Soldaten in Europa vergossen worden sein. Wir würden uns anders eingestellt haben. Das, was sich vor unseren Augen abspielt, ist eine offene Begünstigung des Separatismus und der Anarchie in der deutschen Bevölkerung. Was wir sehen, ist ein anrühiges Werk, ist ein ränkevolles Werk, ist des Teufels Werk. Im Vergleich mit den Kundgebungen der alliierten und ihnen assoziierten Mächte während des Krieges ist es eine der häßlichsten und beschämendsten Täuschungen in den Annalen der Menschheitsgeschichte." -

Für Poincaré aber bedeutete das Ende des Separatistenputsches eine entscheidende, ja, vielleicht die schwerste Niederlage seiner Politik Deutschland gegenüber.

Zustände im Saargebiet: Qualen der Saarbevölkerung

Noch eine kurze Betrachtung sei den **Ereignissen im Saargebiet gewidmet**. Dieses industriell hochwertige Stück war im Versailler Vertrag von Deutschland abgetrennt worden, ohne daß es den Franzosen gelang, es zu annektieren. Doch hofften sie, dies in 15 Jahren tun zu können, indem sie glaubten, eine **Volksabstimmung** werde ihnen den Sieg verschaffen. Sie behaupteten, unter den 700 000 Einwohnern des Saarbeckens hätten sich 1918 150 000 Franzosen befunden. In Wahrheit wurden nicht hundert Franzosen gezählt. Deutschland mußte in Versailles zugunsten des Völkerbundes, der als Treuhänder betrachtet wurde, auf das Saarbecken verzichten, und dieser bildete eine Saarregierung, bestehend aus fünf Mitgliedern, von denen nur ein Deutscher sein darf und deren Vorsitzender der Franzose Rault war. Eine Volksvertretung gab es in den ersten Jahren nicht. Zwar wurde am 24. März 1922 die Bildung eines Landesrates, aus 30 Mitgliedern bestehend, verordnet, doch war dies nur ein Scheinparlament. Seine Mitglieder genossen keine Immunität, und der Landesrat hatte ausschließlich nur begutachtende Befugnisse; an seine Beschlüsse war die Regierungskommission nicht gebunden, sie entschied und regierte vielmehr absolut und nach eigenem Ermessen.

Tausende weißer und schwarzer Franzosen wurden in dem kleinen Territorium untergebracht. Erst seit 1923 wurde die Truppenstärke angeblich auf ein Fünftel, 2200 Mann, herabgesetzt. 3000 französische Gendarmen verteilten sich über das Land, um die Ordnung und öffentliche Ruhe aufrechtzuerhalten, wie Frankreich dies wünschte. Ein furchtbares Los traf die unglückliche Bevölkerung. Jede deutsche Willensäußerung war verboten, wurde sogar bestraft mit Gefängnis und rücksichtsloser Ausweisung. Deutsche Beamte und Grubenarbeiter, die sich weigerten, ihre Kinder in **französische Schulen** zu schicken, wurden drangsaliert und gequält. Sie wurden bei erster Gelegenheit entlassen, bei Beförderungen übergangen, in Wohnungsangelegenheiten schikaniert. Dragonaden waren ein beliebtes Mittel, um jeden Widerstand zu brechen. Werber für die französische Fremdenlegion zogen durchs Land und verschleppten junge Leute nach der Hölle Afrikas. Über der **Presse** hing ständig das Damoklesschwert des Verbotes, und zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften wurden am Erscheinen verhindert. Durch die Ruhrbesetzung verschärften sich diese Bedrückungen. Daß die **nationalen Verbände und Parteien** unter scharfer Kontrolle standen, zum Teil auch verboten wurden, war klar; jetzt aber, 1923, griff man brutal in die freie Meinungsäußerung ein. Am 7. März 1923 erschien eine Verordnung, wonach mit Gefängnis bis zu fünf Jahren und 10 000 Franken Geldstrafe jeder bestraft werden sollte, der öffentlich oder in einer Versammlung den Versailler Vertrag und seine Signatarmächte, den Völkerbund und seine Mitglieder, die Regierungskommission und ihre Mitglieder oder sonstige für die Landesverwaltung verantwortliche Organisationen und Beamte kritisierte oder beschimpfte. Das war eine Verordnung, wie sie nur unter dem Absolutismus eines Ludwigs XIV. möglich war. Auch sparte man nicht mit **seelischen Qualen**. Die Regierung schützte Anzeichen einer Revolution vor, um Haussuchungen durchführen zu lassen, "sowohl bei denjenigen Personen, von denen bekannt war, daß sie Mitglieder geheimer Organisationen

waren, als auch bei denen, deren Namen durch die eingeleiteten Ermittlungen festgestellt worden sind."

Tapfer wehrten sich die **deutschen Saarländer** gegen den Zwang, sich der französischen Kultur zu unterwerfen. Sie protestierten dagegen beim Völkerbund und beim Deutschen Reich, daß sie ihre Kinder in französische Schulen schicken sollten, wie dies erzwungen wurde, sie protestierten gegen die Erlernung der französischen Sprache, die mehr und mehr als Sprache des öffentlichen Umganges und Verkehrs eingeführt wurde, sie protestierten gegen den **Franken, dessen Einführung als offizielles Zahlungsmittel im Sommer 1923 erzwungen wurde**. Das aber war die tiefe Tragik des saarländischen Volkes: gegen die kulturelle Unterjochung konnte es sich wehren, denn niemals läßt sich der Geist zwingen, machtlos aber war es gegen die **wirtschaftliche Eroberung**. Und gerade diese war ja den Franzosen leicht gemacht, da man das Saargebiet vom deutschen Wirtschaftskörper abgetrennt und mit einer Zollschanke umgeben hatte, trotzdem nach den Versailler Bestimmungen bis zum 10. Januar 1925 ein ungehinderter zollfreier Warenaustausch zwischen dem Saargebiet und Deutschland stattfinden sollte. Die Staatsbergwerke an der Saar hatte Frankreich annektiert, die Staatseinnahmen des Saargebietes, Zölle und Steuern, standen der Saarregierung zur Verwaltung des Landes zur Verfügung. **Diese vom Völkerbunde eingesetzte Saarregierung, die in Wahrheit eine französische Regierung war, drängte die Saarwirtschaft ganz in den Bann der französischen Wirtschaft**. Das, was im Rheinland nicht gelungen war, hier wurde es erzwungen. Die **Einführung der französischen Währung** war nur der Anfang. Die Inflation, der heillose Zusammenbruch der deutschen Mark bot dem französischen Kapital die günstigste Gelegenheit, **auch in die deutschen Unternehmungen einzudringen**. Natürlich wehrte sich die deutsche Industrie dagegen. Da griff die Saarregierung ein. Nicht allein, daß sie die französische Saarkohle ein Drittel teurer verkaufte als der Preis der Ruhrkohle betrug - schon hierdurch wurden viele Betriebe konkurrenzunfähig gemacht gegenüber denen des unbesetzten Deutschland -, nein, es wurde überhaupt jede Kohlenlieferung an die Widerstand leistenden Unternehmen eingestellt.

Wirtschaftsüberfremdung

So kam es, daß **die meisten industriellen Werke zu 60 Prozent ihres Kapitals, ihrer Aktien in französische Hände übergingen**, so die Mannesmannröhrenwerke, das Neunkircher Eisenwerk, die Halberger und die Dillinger Hütte, die Maschinenfabrik Ehrhardt & Schmer. Diese Unternehmungen waren gezwungen, französisches Kapital aufzunehmen, wenn sie nicht ganz zugrunde gehen wollten; denn auf die Dauer waren sie außerstande, die wucherischen Kohlenpreise zu zahlen. Einige Stahlwerke und Glashütten sind gänzlich in französischen Besitz übergegangen. Die **Röchlingschen Werke** in Völklingen waren die einzigen, die sich von jedem Zugriff des französischen Wirtschaftskapitals frei gehalten hatten. So wurde der Besitz der in Versailles ausgelieferten Staatsbergwerke der Hebel, der angesetzt wurde, **um die blühende Industrie in französische Hörigkeit zu bringen**. Die Kohle war die Waffe, mit der das Saargebiet wirtschaftlich unterjocht wurde.

Französische Wirtschaftspolitik im Saargebiet

Die Franzosen aber hatten mehr im Auge, als nur möglichst billig infolge der Inflation in den Besitz der Saarindustrie zu gelangen: **sie wollten einen Keil zwischen das deutsche Unternehmertum und die deutsche Arbeiterschaft treiben, um die geschlossene deutsche Abwehrfront gegen die französischen Annexionsgelüste zu durchbrechen**. Wohl erzielte der französische Staat durch eine Erhöhung des Kohlenpreises um 60 Prozent gegenüber dem Friedenspreise wesentlich höhere Gewinne als die preußische Verwaltung vor dem Kriege, dennoch erhielten die deutschen Bergarbeiter nicht einmal Friedenslöhne. Die französischen Bergarbeiter dagegen bekamen einen um mehr als die Hälfte höheren Lohn. Auf diese Weise hoffte man die deutschen Arbeiter zu gewinnen, sie zu Verrätern an ihrem Vaterlande zu machen. -

Zu alledem kam noch, daß auch im Saargebiet **deutsche Verräter eine separatistische Bewegung in Fluß brachten**. Der vom französischen Propagandadienst aufgezoogene "Saarbund" bildete das Sammelbecken für diese unlauteren Elemente. In einer Anzahl von Saargruben gab es viele Verräter und Feiglinge, die dem französischen Grubenherrn im Kampfe gegen die treudeutsche Arbeiterschaft den Rücken stärkten, angefan-

Separatismus im Saargebiet

gen vom Fahrhauer bis zum Obersteiger. Ebenfalls befanden sich solche Elemente unter den preußischen Bergbeamten, die der französischen Saargrubenverwaltung von der preußischen Regierung vorübergehend zur Verfügung gestellt waren. Diese Leute wurden später nach ihrer Rückkehr in den preußischen Staatsdienst mit Entlassung ohne Pension bestraft. Vorgreifend wollen wir berichten, daß die Franzosen 1924 und 1925 den saarländischen Separatismus zu stützen versuchten, indem der französische Saarbergfiskus nach der Liquidierung des Ruhrkampfes mehrere Dutzend sogenannte "Micum-Steiger" im Saargebiet unterbrachte. Allerdings war den Saarbündlern diese Konkurrenz von Mitverrätern wenig angenehm, da sie hierdurch ihre Verdrängung von der französischen Futterkrippe befürchteten. Zwei Gewerkschaftsführer, die sich eines gewissen politischen Ansehens erfreuten, liefen zu den Französlingen über, aber nur ein höherer preußischer Staatsbergbeamter, der als Scharfmacher bekannte Bergassessor Rosenbeck, trat in den französischen Staatsdienst, indem er als "Ingenieur-Divisionaire" an die Spitze einer Luisenthaler Grube trat. Da sich die Londoner Amnestie 1924 nicht auch auf das Saargebiet erstreckte, war die preußische Regierung in der Lage, die vaterlandslosen Gesellen zu bestrafen, sobald sie ihrer habhaft wurde. -

Alles dies, was wir bis jetzt von den Ereignissen an Rhein, Ruhr und Saar berichtet haben, zeigt, welch **ein unseliger Kampf in diesen Gebieten**

Schlußbetrachtung

seit 1918 tobte. Im Jahre 1923 hatte er seinen Höhepunkt erreicht. Diesen Kampf glaubten die Regierungen zu führen, die französische, die sich im Angriff befand, und die deutsche, welche die Abwehr betrieb. Aber die Regierungen täuschten sich. Nicht sie, sondern die Völker kämpften. Doch verloren die Regierungen den Kampf, die französische politisch, die deutsche diplomatisch. **Nie hatte die französische Politik eine katastrophalere Niederlage erlitten als bei dem großzügigen Angriff, den sie 1923 auf der breiten Front von Saarbrücken bis Essen unternommen hatte; nie aber erwies sich die Ohnmacht der deutschen Regierung unverhüllter, beschämender und schmerzlicher als in jenen Monaten, da sie nicht in der Lage war, durch das Gewicht ihres Wortes dem räuberischen Vordringen Frankreichs Halt zu gebieten.** Es war kein Kampf der Waffen, es war kein Kampf der diplomatischen Noten, der 1923 in Westdeutschland tobte und die Nerven erschütterte: es war das gewaltige Ringen zweier Kulturen. Frankreich und Deutschland, diesmal nicht als politische Begriffe, sondern als Kultureinheiten aufgefaßt, rangen um 14 Millionen Seelen, das war der vierte Teil der deutschen Bevölkerung! Und da erwies es sich, daß der deutsche Kulturgedanke der stärkere, herrischere war. Aus diesem Kampfe, den Frankreich an Rhein und Ruhr, in der Pfalz und zum Teil an der Saar verlor, ging siegreich hervor nicht die deutsche Regierung, auch nicht das deutsche Volk, sondern letzten Endes **die deutsche Kultur.** Jenes Unbewußte, Unfaßbare, das den Menschen veredelt und erhebt, bäumte sich auf gegen die rohe Unterdrückungswut der Franzosen. Jenes Große, Schöpferische, das tausend Jahre hindurch gepflegt und genährt worden war, stets die Gemüter läuternd, immer aufs neue gewaltig, den Geist beflügelnd, die deutsche Kultur, sie wurde plötzlich Erkenntnis der Massen, und indem sie dies wurde, siegte sie! **In diesem deutschen Kulturwillen bestand die Einheit des Deutschen Reiches, jahrhundertlang von Preußen geschaffen, von Bismarck schließlich vollendet, ihre gefährlichste und furchtbarste Probe im Herbst 1923, aber sie bestand diese Probe glänzend!** Das Deutsche Reich hatte im Feuer des Aufruhrs und drohenden Unterganges dem gesamten Erdball bewiesen, daß es trotz Not und Elend von höherer Macht zu Stärke und Zukunft berufen war. Die Gnade der Stunde war es, daß die Mehrzahl seiner Söhne dies erkannten. **Eine tiefschwarze Wolke von Leid und Jammer breitete sich über das deutsche Volk, aus einem Meer von Not und Tod rang sich täglich, ja stündlich ein erschütternder Schrei nach dem andern empor, und dennoch strahlte hinter all dem Sturm eine leuchtende Sonne: das einige Reich, und von ihr ging die Kraft der Standhaftigkeit aus, welche es vermochte, das Elend zu überdauern, es zu bezwingen.**

Dem Historiker mag es vergönnt sein, an einen gleichen erbitterten Kampf der Geister zu erinnern, der sich 3½ Jahrhundert vorher ebenfalls gewissermaßen auf deutschem Boden abgespielt hat: an den **Freiheitskampf der Niederlande gegen die finstere spanische Inquisition.** Ist nicht das Ringen des blutigen Alba mit den Oranien, Egmont und Hoorn das gleiche, wie das Ringen Degouttes mit **Schlageter** und allen, die ihm nahestanden? Was vermochten die grausamen Regimenter des

spanischen Philipp auszurichten gegen das Volk, das standhaft zu seinem Glauben, zu seiner Kultur hielt? Was vermochten die französischen Regimenter Poincarés gegen ein Volk zu erreichen, das zäh und kühn die Güter seines Geistes gegen die Eindringlinge verteidigte?

Es ist nicht immer die Gewalt der Waffen, welche Kriege entscheidet, es ist vorzüglich die Wucht des Geistes! Nie hat sich der große, göttliche Odem der Menschheit klarer offenbart als in jenen beiden kongenialen Ringkämpfen mit ungleichen Waffen, jenem Freiheitskampf der Niederländer gegen Spanien und jenem Selbstbehauptungskampf der Deutschen an Rhein, Ruhr und Saar gegen Frankreich!



5. Kapitel: Stürzende Regierungen, Die Rentenmark, Neue Reparationsversuche.

Als Stresemann die Aufhebung des passiven Widerstandes verkündete, galt seine Hauptsorge der **Wiederherstellung des deutschen Wirtschaftslebens**. Dies war unbedingt notwendig, um dem deutschen Volke die Grundlagen seiner natürlichen Existenz zu sichern, um es vor dem Äußersten, dem Hungertode, zu bewahren. Alle Maßnahmen der Regierung Stresemann waren diesem wichtigsten Zwecke untergeordnet, diesem Ziele, das in jenen Tagen noch viel wichtiger war als die Befreiung der Ruhr von den Franzosen. Und wieder erschien, gewissermaßen als der allgewaltige, unsichtbare Lenker der deutschen Geschicke, **Hugo Stinnes**. Dieser mächtige rheinische Industrielle schwebte wie eine höhere Macht über der deutschen Regierung, er hatte die Rolle der Vorsehung an sich gerissen und war klug genug, dies die Massen nicht fühlen zu lassen. Er hielt sich zurück und war verborgen wie hinter einer Wolke, doch zeitweise dünkte es ihm gut, diese Wolke zu zerreißen und sich zu zeigen.

Stinnes

Ende September hielt Stinnes den Augenblick für gekommen, in einem Briefe an den führenden Volksparteiler Dr. Scholz die programmatischen Richtlinien der neuen deutschen Wirtschaftspolitik auseinanderzusetzen. In seinen Ausführungen vom 29. September stellte er folgende Forderungen auf: Das **Privateigentum** ist mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu schützen; eine **neue Währung** auf hypothekarischer Grundlage ist einzuführen, wie **Helfferrich** dies vorschlägt; aufs energischste ist die **Ausfuhr** zu fördern, um die Zahlungsbilanz aktiv zu gestalten; das **Steuerswesen** ist von Grund auf zu reformieren, vor allem müssen die Steuern auf die Rohstoffe, wie zum Beispiel die Kohlensteuer, fortfallen, da hierdurch alle Erzeugnisse bereits belastet werden, ehe sie überhaupt hergestellt sind; die **Einkommensteuer** muß ermäßigt, die **Lohnsteuer** gänzlich abgeschafft werden; schließlich soll die **Erwerbslosenfürsorge** im produktiven Sinne umgestaltet werden. Das war ein Programm, welches vernünftig und vollkommen parteilos die Zustimmung aller ernst und klar denkenden Deutschen fand. Die Sozialdemokratie und die Kommunisten dagegen witterten einen Angriff auf die Grundrechte der Arbeiterschaft, indem sie erklärten, die nächste logische Folge sei nun nur noch die Verlängerung der Arbeitszeit und die Kürzung der Löhne. Aus diesem Grunde rüsteten sich die beiden Linksparteien zum Kampfe gegen die Stinneschen Gedanken, und so erhob sich jener Konflikt zwischen Proletariat und Besitz jetzt, fünf Jahre nach der Revolution, aufs neue, der wie schon einmal mit dem Siege keiner Partei endete.

Nicht nur angeregt, sondern auch angetrieben durch die Gedanken von Stinnes war **Stresemann fest entschlossen, sie durchzuführen**. Am 2. Oktober hatte er die Vertreter der Koalitionsparteien zu sich gebeten und teilte ihnen mit, daß er für seine Regierung ein **Ermächtigungsgesetz** wünsche, das dem Kabinett die Möglichkeit biete, in wirtschaftspolitischer, finanzieller und sozialer Hinsicht bestehende Gesetze auf dem Verordnungswege außer Kraft zu setzen und neue Maßregeln einzuleiten. Dies Gesetz solle in Kraft bleiben bis zum 31. März 1924. Stresemann erklärte unumwunden, er halte dies Gesetz für nötig, um dem Währungsverfall Einhalt zu tun, eine Erhöhung der Arbeitsleistung zu erzielen und gegebenenfalls die Arbeitszeit zu verlängern.

**Streit um
Ermächtigungsgesetz**

Der Reichskanzler kannte das parlamentarische Regierungssystem in Deutschland gut genug, um zu wissen, daß auf normalem Wege entsprechende Gesetzesvorlagen in endlosen Debatten des Reichs-

tages verschleppt würden, um schließlich doch abgelehnt zu werden. Um Zeit und Arbeit zu sparen, wollte er einstweilen den Reichstag, diesen obersten Souverän des Volkes, ausschalten und durch die Reichsregierung allein der Verwirklichung seiner Pläne zustreben. Der Parteifreund Dr. Stresemanns, Dr. Scholz, unterstützte den Reichskanzler bei seinem Vorhaben und setzte die Zweckmäßigkeit des Ermächtigungsgesetzes auseinander. Ja, er begann auch allen Ernstes davon zu sprechen, daß man die große Koalition durch **Einbeziehung der Deutschnationalen** erweitern müsse. Die Sozialdemokratie ging sogleich zum offenen Widerstande über. Wenn sie einem Ermächtigungsgesetz zustimmen würde, so nur einem, das sich lediglich auf finanzielle Fragen, Ordnung der Währungsverhältnisse, Stabilisierung der Mark beschränke, von einer Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen in der Regierung könne überhaupt keine Rede sein. Nicht ganz so scharf drückte sich das Zentrum durch seinen Sprecher Dr. Marx aus; dieser bestritt lediglich die Behauptung, daß eine Diktatur oder ein Direktorium, das heißt eine nicht an Reichstagsbeschlüsse gebundene Reichsregierung, überhaupt notwendig sei. Die Aussprache ergab, daß Stresemanns Plan von den beiden Parteien des Zentrums und der Sozialdemokratie zurückgewiesen wurde, und **am folgenden Tage trat das gesamte Kabinett zurück.**

**Rücktritt des
Kabinetts
Stresemann**

Stresemann wurde vom Reichspräsidenten mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt und konnte am 6. Oktober seine neue Regierung vorstellen. Bemerkenswert war, daß der frühere Reichsernährungsminister, Dr. Luther, jetzt an Stelle Hilferdings das Finanzministerium übernahm. Trotzdem die erste Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit der Volkspartei sich als unfruchtbar erwiesen hatte, versuchte es Stresemann doch noch einmal mit der Großen Koalition. **Graf Westarp** drückte im Reichstage die **kritische Stellung der Deutschnationalen Volkspartei** auch zur neuen Regierung Stresemanns aus. Lange werde diese Koalition nicht halten. An der Frage, wie lange man Frankreichs Vorstößen nachgeben solle, werde sie scheitern. Im Gegensatz zu Stresemann erklärte seine Partei, daß in Deutschland nur entschieden gegen die Sozialdemokratie regiert werden könne und müsse, deshalb verlange seine Partei die Loslösung der Reichsregierung von sozialistischen Einflüssen. Mit den diktatorischen Befugnissen sei man zwar einverstanden, doch müßten diese in den Händen des Militärs liegen; einer Koalitionsregierung könne die Deutschnationale Volkspartei solche Befugnisse nicht zubilligen.

**Neues Kabinett
Stresemann**

Wohlwollender war der **Sozialdemokrat** Dr. Breitscheid. Die Aufgabe des passiven Widerstandes finde die Billigung der Sozialdemokratie. Gegen Bayern solle das Reich seine Machtmittel brauchen, dem Ermächtigungsgesetz könnte die Partei unter der Voraussetzung zustimmen, daß die Vertreter der Sozialdemokratie in der Regierung seine Durchführung überwachen könnten. Die Regierungskrise, die eben mit dem Ermächtigungsgesetz und dahingehenden Bestrebungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete zusammenhing, sei dadurch heraufbeschworen worden, weil man mit dem Kampf gegen den Achtstundentag auch den Kampf für einen neuen Lohnabbau führen wolle, um weiter durch Schmutzkonkurrenz den Weltmarkt zu beherrschen. Im Ruhrgebiet hätten die Bergbauunternehmer bereits eine offenkundige Gesetzesverletzung begangen, indem sie auf eigene Faust den Achtstundentag durch Anschlag aufheben wollten. Die Sozialdemokratie verlange ein Einschreiten der Regierung gegen die Gesetzesverächter.

Auch der **Zentrumsredner** Dr. Bell war unter gewissen Vorsichtsmaßnahmen nicht gegen das Ermächtigungsgesetz. Das Parlament dürfe sich hiermit durchaus nicht ausschalten, und die Souveränität der Volksvertretung dürfe nicht in die Hände eines einzelnen übergehen. Jedoch lag auch für ihn kein Grund vor, die neue Regierung abzulehnen. Bei dem Vertrauensvotum für die Regierung stimmten Deutschnationale, Bayerische Volkspartei und Kommunisten gegen das Ministerium. Da jedoch die Stimmen des Mißtrauens in der Minderheit waren, blieben sie ohne Erfolg.

Am 7. Oktober hatte mit 47 gegen 17 Stimmen der Reichsrat folgendes **Ermächtigungsgesetz** angenommen:

Ermächtigungsgesetz

"§ 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Maßnahmen zu treffen, die sie auf finanziellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet für erforderlich und dringend erachtet.

Dabei kann von den Grundrechten der Reichsverfassung abgewichen werden.

Die Ermächtigung erstreckt sich nicht auf die Regelung der Arbeitszeit und auf Einschränkungen der Renten und Unterstützungen der Versicherten und Rentempfänger in der Sozialversicherung, sowie der Kleinrentner.

Die erlassenen Verordnungen sind dem Reichstag und dem Reichsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Sie sind auf Verlangen des Reichstages sofort aufzuheben.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem Wechsel der derzeitigen Reichsregierung oder ihrer parteipolitischen Zusammensetzung, spätestens aber am 31. März 1924 außer Kraft."

Die Sozialdemokratie hatte sich, wie man sieht, derartig gesichert, daß die Ermächtigung sehr beschränkt worden war. Es handelte sich eigentlich nur mehr um eine Änderung der Geschäftsordnung in der Reichsleitung. Mußte normalerweise der Reichstag erst seine Zustimmung geben, ehe ein Gesetz von der Regierung durchgeführt werden konnte, so war dies Verfahren einfach umgekehrt worden: die Regierung mußte nachträglich die Einwilligung der Volksvertretung einholen. Es wurde also lediglich ein schnelleres Arbeiten der Regierungsmaschinerie erreicht, ohne daß das Prinzip und System der Regierungsweise erschüttert worden wäre. Stresemann hatte in der Tat nach einer größeren Machtbefugnis der Regierung gestrebt, nach einer vorübergehenden Einschränkung der Regierungsverantwortlichkeit dem Reichstag gegenüber. Die Unfähigkeit des Parlaments, einen Ausweg aus den trostlosen Zuständen zu finden, gab ihm das Recht zu diesem Verlangen. Der Reichstag dagegen war nicht willens, seine Rechte verkürzen zu lassen. So kam dieser Kompromiß zustande, der, wie schon gesagt, lediglich eine beschleunigte Arbeitsweise der Regierung ermöglichte. Stets aber stand die Volksvertretung mit ihrem Veto im Hintergrunde als letzte und oberste Instanz.

Auch **Bayern** mußte dies erkennen; aber der bayerische Gesandte, Herr von Preger, erklärte am 9. Oktober im Reichstage, **die bayerische Regierung könne dem Gesetze nicht zustimmen**; sie trage Bedenken, in die Hände der Reichsregierung in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung so weitgehende Vollmachten zu legen, wie sie in diesem Gesetzentwurf enthalten seien, zumal sie sich nicht einmal auf dasjenige Gebiet miterstrecken sollen, auf denen sie am notwendigsten wären. Und wieder drohten die so mühsam auf der Kompromißbasis bis zu einem Abschluß gelangten Verhandlungen zu scheitern. **Es blieb der Regierung nun weiter nichts übrig, als mit dem letzten und stärksten Machtmittel zu drohen: mit der Reichstagsauflösung.** Der Reichspräsident erteilte auch dem Reichskanzler die Ermächtigung, den Reichstag aufzulösen! Dieses aber mußte der Reichstag, sofern er überhaupt noch ein Verantwortungsgefühl besaß, im Augenblick auf alle Fälle abwenden. Das Reich befand sich in einer akuten Krisis, so schwer, wie sie seit Jahren nicht mehr gewesen war. Zum Reichskrieg in Sachsen und Thüringen, zum Separatismus in Bayern und am Rhein war noch eine Verschärfung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer getreten, die dadurch hervorgerufen worden war, daß die Bergwerksbesitzer an der Ruhr auf Stinnes' Initiative hin vorgeschlagen hatten, die achtstündige Arbeitszeit auf 8½ Stunden zu verlängern. Sollte jetzt das Volk in die Unruhen eines Wahlkampfes gestürzt werden? Vor allem sämtliche großen Parteien sahen keinen rechten Vorteil, den ihnen jetzt Neuwahlen bringen konnten, im Gegenteil: man fürchtete ein Anwachsen der kommunistischen Gefahr, und so forderte man die Machtprobe nicht heraus, sondern man gab nach. Am 13. Oktober ergab die Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz 316 Jastimmen, 24 Ablehnungen und 7 Stimmenthaltungen.

Die Aufgaben der Regierung bestanden zunächst darin, die Autorität des Reiches in Sachsen, Thüringen und Bayern wiederherzustellen. Wir haben bei Betrachtung der Vorgänge in diesen Ländern schon die dementsprechenden Maßnahmen kennengelernt. Jedoch betrachtete man in Berlin die Vorgänge in Sachsen und Thüringen als nicht so gefährlich wie gerade das seltsame Gebaren Bayerns. Dieses Land, das sich gegen die Reichsregierung im allgemeinen und gegen das Ermächtigungsgesetz im besonderen empörte, führte einen erbitterten Kampf gegen

**Wiederherstellung
der Reichsautorität in
Sachsen und Thüringen**

die vermeintliche Überspannung des unitarischen Gedankens. Am 24. Oktober fand in Berlin eine Ministerpräsidentenkonferenz der deutschen Länder statt. Der Reichskanzler Dr. Stresemann versprach, die Rechte und Pflichten der Länder auf finanziellem und steuerpolitischem Gebiete zu erweitern. Eine Klärung der Lage wurde dadurch erzielt, daß von württembergischer Seite festgestellt wurde: im Konflikt zwischen Bayern und Reich stellen sich die Vertreter der Länder einmütig auf den Standpunkt der Reichsregierung. Damit war Bayern zwar noch nicht tatsächlich, aber moralisch bezwungen.

Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen

Eine Episode ohne jede tiefere politische Bedeutung war **die Rückkehr des ehemaligen Deutschen Kronprinzen nach Deutschland**. Dieser, der als Verbannter auf der holländischen Insel Wieringen lebte, hatte an die Reichsregierung den Antrag gestellt, auf seine Besetzung Öls in Schlesien zurückkehren zu dürfen. Er versprach, sich in keiner Weise in politische Angelegenheiten zu mischen, sondern lediglich als Privatmann, als Gutsbesitzer leben zu wollen. Die Reichsregierung hatte keine Veranlassung, dem Hohenzollern diese Bitte zu verweigern. Hielt sich doch auch Kronprinz Rupprecht von Bayern in seinem Heimatlande auf. Das Kabinett machte also von seinem ihm nach dem Republikschutzgesetz zustehenden Rechte Gebrauch und gestattete am 31. Oktober dem ehemaligen Kronprinzen die Rückkehr. Die Angelegenheit wirbelte anfangs einigen Staub auf, da England und besonders Frankreich gegen die Durchführung des Rückkehrgesuches bei der holländischen Regierung energischen Widerspruch erheben wollten. Jedoch England erkannte bald, daß es sich um keine politische Demonstration handelte, und brachte dem Falle nur noch Gleichgültigkeit entgegen. Am 10. November überschritt der ehemalige Kronprinz, von seinen wenigen Freunden stürmisch begrüßt, die deutsche Grenze. Alle Versuche bestimmter Kreise, die Rückkehr zu einem politischen Ereignis zu machen, schlugen fehl. Der Kronprinz hielt sein Wort und legte sich äußerste Zurückhaltung auf, und im übrigen hatte Deutschland gerade jetzt wichtigere Sorgen, als sich um die Vorteile der Monarchie oder Republik zu streiten.

Versuche zur Beendigung des Währungschaos

Unendlich bedeutsamer war es, daß die deutsche Regierung seit Anfang Oktober mit Eifer und Tatkraft daranging, das **Währungschaos zu beenden**. Den ganzen Sommer über hatte man derartige Pläne beraten, und schließlich kam man zu dem Ergebnis, sich nicht die vergebliche Mühe zu machen, die gestürzte Mark aus ihrem Abgrund heraufzuholen, sondern ganz einfach eine vollkommen neue Währung zu begründen. Auch die erste Regierung Stresemann beschäftigte sich mit dem Problem. Aber es bestand keine Einigkeit, in welcher Weise es gelöst werden sollte. Zwei Ansichten standen einander gegenüber: der von den Rechtsparteien, besonders von Helfferich ausgehende Plan, eine vollkommen neue, stabile Währung einzuführen und der Plan, die zerrüttete Mark auf ihrem Stande zu stabilisieren und vor weiterem Sinken zu bewahren.

Dieser zweite Plan war alt und bereits von Wirth eifrig erörtert worden. An ihm auch hielt der sozialdemokratische Reichsfinanzminister Hilferding fest, indem er sich dem Vorschlage Helfferichs widersetzte. Es war gewissermaßen eine Notwendigkeit für die Sozialdemokratie, den Stabilisierungsgedanken zu verteidigen. Hatte ja die Inflation alle deutschen Kapitalvermögen vernichtet, so daß gewissermaßen in der Sozialisierung des Kapitalbesitzes bereits ein großer Erfolg zu verzeichnen war: ein erheblicher Teil des Privateigentums war zerstört. Diesen Zustand glaubte Hilferding durch eine Stabilisierung der entkräfteten Mark in Permanenz erklären zu können, indem er gleichzeitig alle Aufwertungsgedanken rundweg ablehnte und die Verarmten lediglich einer öffentlichen Wohlfahrtsfürsorge überwiesen wissen wollte. Dagegen protestierten die Besitzenden, die dem Helfferichschen Plane zuneigten, da sie den Umständen nach von ihm eine wenigstens teilweise Wiederherstellung ihrer Vermögen erhofften. Infolge dieser Meinungsverschiedenheit wurde diese dringendste Angelegenheit wochenlang verzögert und verschleppt. Schließlich aber siegte doch die Auffassung, eine neue, gesicherte Währung einzuführen. Hilferding, der dieser Regelung widerstrebt, trat vom Reichsfinanzministerium zurück, Dr. Luther wurde sein Nachfolger, und so bestand kein Hindernis mehr, dem deutschen Volke durch Einführung eines neuen Geldes zu helfen.

Die Währungsreorganisation stellte eine Radikalkur dar, die nur durch die Not der höchsten Ver-

zweiflung ermöglicht wurde. Es war selbstverständlich, daß man hierbei von den **Sachwerten, in erster Linie von den immobilien, dem Grund**

Währungsprobleme

und Boden der Landwirtschaft, ausgehen mußte. Die ersten Versuche dieser Art, die von privater Seite, besonders von den landwirtschaftlichen Banken gemacht wurden, gingen schon seit Beginn des Sommers dahin, daß man den **Zentner Roggen als Einheit** annahm und wertbeständige Anleihen in Roggenpfandbriefen ausgab. Der Käufer solcher Anleihen erhielt das Besitzrecht an soundso viel Zentner Roggen und hatte die Beruhigung, daß ihm diese Kapitalsanlage nicht unter den Händen zerrann. Wenn natürlich auch der Roggenpreis Schwankungen unterworfen war, so war er doch immerhin im Verhältnis zur Papiermark eine konstante Größe, die jedermann mit Ruhe und Bedacht in seine Rechnung einstellen konnte. Wenn sich auch solche Roggenpfandbriefe allgemeiner Beliebtheit erfreuten und gern gekauft wurden, so war natürlich der Absatz zu beschränkt, als daß sich diese Form der Schuldverschreibung als allgemeines Zahlungsmittel einbürgern konnte. Das Volk brauchte bewegliches Geld, unbeschwert von banktechnischen Formalitäten, und die beschränkte Anzahl der Roggenpfandbriefe war außerdem nicht im entferntesten in der Lage, den Heißhunger des Volkes nach festen Werten zu stillen. Ein anderer Wertmesser, der von der Industrie bevorzugt wurde bei Ausgabe von Obligationen, war die **Kohle**.

Das Reich durfte es natürlich nicht den einzelnen Wirtschaftskreisen überlassen, von sich aus wertbeständige Währungsfaktoren einzuführen, denn in logischer Konsequenz hätte dies dazu geführt, daß ein Dutzend und mehr privater Währungen in Umlauf gekommen wären. Die Rückkehr zur Naturalwirtschaft - denn um etwas anderes handelte es sich nicht - hätte das Währungschaos nur noch verschlimmert und zu einer unabsehbaren Erschwerung der gesamten inneren und äußeren Wirtschaftsbeziehungen geführt. Es war vielmehr Pflicht der obersten Regierung, ein einheitliches, wertbeständiges Zahlungsmittel, Goldgeld, wieder in Umlauf zu bringen. Von mehreren verschiedenen von Landwirtschaft und Industrie vorgelegten Plänen wurden schließlich zwei als brauchbar und durchführbar erkannt: **die Goldanleihe in Goldmark oder Dollar und die hypothekarisch gesicherte Rentenmark.** Sollte das erste Unternehmen vor allem von Industrie, Handel, Gewerbe und Banken finanziert werden, so wollte für das zweite in der Hauptsache die deutsche Landwirtschaft haften.

**Gold- und
Dollaranleihe**

Anfang Oktober beschloß das Kabinett demzufolge, eine **Goldanleihe von höchstens 500 Millionen Goldmark aufzulegen.** Innerhalb drei Wochen, bis zum 31. Oktober, wurde der vierte Teil dieser Summe, 125 Millionen Goldmark, gezeichnet. 200 Millionen dieser Anleihe sollten in kleinen Stücken, ein, ein halb und ein Viertel Dollar ausgegeben werden, um **als Zahlungsmittel im täglichen Verkehr** Verwendung zu finden, 300 Millionen aber sollten als sechsprozentige, 1932 fällige Goldschatzanweisungen vertrieben werden, deren kleinster Betrag 25 Dollars gleich 105 Goldmark war und die nicht als inländisches Zahlungsmittel kursieren sollten. Von dem Ertrag dieser Anleihe sollten vor allem die Lebensmittel bezahlt werden, die in Amerika eingekauft wurden.

Die Goldanleihe genügte aber keineswegs, um die innerdeutschen Bedürfnisse zu befriedigen. Da der Besitz ausgepreßt war, liefen die Zeichnungen auf die Goldanleihe sehr langsam ein, und eines Tages stand man wieder vor der Tatsache, daß die im Umlauf befindlichen Stücke irgendwo im Geldschrank oder im Strumpf des Bauern wohlverwahrt ruhten und das Volk nichts mehr sah und hörte vom "wertbeständigen Goldgelde". Konnten doch in der ersten Novemberwoche nur erst zehn Prozent der Löhne und Gehälter in wertbeständigem Gelde, eben in kleinen Stücken dieser Goldanleihe, ausgezahlt werden, und in der zweiten Woche waren es erst 30 Prozent. **Die Zeichnungen zur Goldanleihe erfolgten so spärlich und langsam, so daß die Reichsregierung den für Schatzanweisungen reservierten Bestand den Ländern, Provinzen, Gemeinden und Handelskammern gegen genügende Sicherheiten und Devisen zur Ausgabe von wertbeständigem Notgeld zur Verfügung stellte.** Jedoch, auch wenn die 500 Millionen Goldmark voll gezeichnet würden, so reichten sie bei weitem nicht aus, um das umlaufende Papiergeld aus dem Verkehr zu ziehen. Die Regierung plante eine weitere Goldanleihe von 300 Millionen Mark, welche allein die großen Banken Deutschlands übernehmen wollten. Das Reich sollte einer zu schaffenden Konver-

sionskasse Zertifikate ausstellen über 300 Millionen Goldmark, die innerhalb längstens dreier Jahre rückzahlbar sein und durch eine besondere, für diesen Zweck reservierte Reichssteuer auf die Vermögen amortisiert werden sollten. Man hoffte, daß diese 300 Millionen ausreichen würden, um sämtliche umlaufenden Papiermarkbeträge aufzusaugen, außer Kurs zu setzen.

Von vornherein lehnten es die maßgebenden Stellen ab, das neue wertbeständige Geld in feste Beziehung zur Papiermark zu setzen. Hätte man die neue Währung an einen bestimmten Kurs der alten gebunden, so bestand die große Gefahr, daß die Papiermark auch das neue wertbeständige Geld in den Abgrund gezogen hätte. Der beabsichtigte Zweck wäre nicht erreicht worden, es wäre nicht eine Gesundung der deutschen Wirtschaftsbeziehungen eingetreten, sondern höchstens ein Teil des Weges der Inflation wiederholt worden. Es war besser, die Papiermark ihren hoffnungslosen Weg ins Nichts vollenden zu lassen. Wenn also das neue Geld seinen Weg ins Volk gefunden hatte, so bot es eine sichere Gewähr, daß diejenigen, die es in Händen hatten, nicht wieder durch eine Entwertung und Inflation getäuscht wurden. Außerdem waren die ausgegebenen Summen durch Sicherheiten und Sachwerte genügend gedeckt. Dennoch war das Mißtrauen in weiten Kreisen des Volkes sehr stark, und an vielen Stellen wurde besonders das von den Ländern, Provinzen usw. ausgegebene wertbeständige Notgeld zurückgewiesen. Man hatte zu schlechte Erfahrungen gemacht, vor denen man in Zukunft gesichert sein wollte.

Es war psychologisch wohl begreiflich, daß alle Maßnahmen der Reichsregierung von dem Volke mit einer gewissen Erregung, ja man kann sagen Gier, beobachtet und verfolgt wurden. Vorkehrungen zum Schutz der öffentlichen Ruhe waren dringender denn je, besonders, da die Ungeduld der Massen durch die langsame Ausgabe des neuen Geldes von Tag zu Tag gesteigert wurde. **Deshalb übertrug der Reichspräsident am 9. November in Abänderung seiner Verordnung vom 26. September die vollziehende Gewalt an Stelle des Reichswehrministers dem Chef der Heeresleitung, General v. Seeckt, der alle zur Sicherung des Reiches erforderlichen Maßnahmen zu treffen hatte.** Durch die Ausschaltung des Ministers wurde es möglich, daß die Reichswehr viel unmittelbarer, schlagartiger, gewissermaßen mit elektrischer Präzision eingreifen konnte, so wie es dem Charakter jener bis zum Platzen mit Zündstoff geladenen Periode eben entsprach. Und diesen militärischen Nachdruck brauchte das Reich, um sein neues Geld ordnungsmäßig unter das Volk zu bringen, beziehungsweise seine Annahme zu erzwingen, denn nicht nur das mißtrauische Volk, sondern auch die Spekulanten verweigerten sie. Seeckt bedrohte jeden mit Gefängnisstrafe, der es sich einfallen ließe, die Annahme des neuen wertbeständigen Geldes oder Notgeldes zu verweigern.

Rentenmark

Endlich erschien auch die mit heißer Sehnsucht erwartete Rentenmark. Der Reichsfinanzminister Dr. Luther ermächtigte am 14. November die Rentenbank, am folgenden Tage mit der Ausgabe des neuen Geldes, der Rentenmark, zu beginnen. Bereits am 15. Oktober hatte die Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes die Rentenbank gegründet, **die auf einem Prinzip beruhte, welches vor allem von Dr. Karl Helfferich, dem hervorragendsten Kopfe der Deutschnationalen Volkspartei, ausgearbeitet worden war.** Helfferich hatte den Plan einer **Roggenmark** ausgearbeitet und die Richtlinien einer Roggenwährungsbank entworfen. Auf diesen Entwurf ging die endgültige Fassung des Rentenbankgesetzes zurück, doch hatte der Währungskommissar, Dr. Schacht, einige wesentliche Änderungen vorgenommen, deren bedeutendste wohl die war, **daß die Rentenbriefe nicht auf Roggen, sondern auf Gold lauteten.**

Rentenbank

Die Rentenbank war eine Währungsbank. Sie war eine Gesellschaft des privaten Rechtes, auch vom Reiche unabhängig, und wurde **von den deutschen Wirtschaftsständen: Land- und Forstwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe und Banken gegründet.** Diese wurden mit einer Grundschild von vier, später fünf Prozent des Wehrbeitragswertes belastet. Auf Gold lautende, verzinsliche Rentenbankbriefe wurden als Deckung für die auszugebenden Rentenmarkscheine auf diese Grundschild ausgestellt, und jederzeit konnte das neue Geld gegen diese Rentenbriefe umgetauscht werden. Die Kapitalgrundrücklage der Bank wurde auf $3\frac{1}{2}$ Milliarden Goldmark festgesetzt, von denen $2\frac{2}{5}$ Milliarden als Kapital, der Rest als Reserve gedacht war. Dieser Betrag sollte je zur Hälfte von der Land- und Forstwirtschaft einerseits und von den übrigen Wirtschaftsständen

den andererseits aufgebracht werden. Tatsächlich aber wurden die Landwirtschaft mit 1960, das waren fünf Prozent des gesamten landwirtschaftlichen Besitzes im unbesetzten Deutschland, der mit 40 Milliarden berechtigten Wehrbeitragswertes angenommen wurde, die übrigen nur mit 1108 Millionen belastet. Die Grundsuld selbst wurde nicht ins Grundbuch eingetragen und mußte mit sechs Prozent verzinst werden. Die Veranlagung und Einziehung der Zinsen, ursprünglich sechs Prozent, übernahmen die Finanzämter. Strenggenommen handelte es sich gar nicht um Zinsen, sondern um Tilgungsquoten einer Zwangsanleihe, welche dem neuen Gelde erst seinen Wert geben sollte. Letzten Endes war also die Rentenmark nichts anderes als der Ertrag einer dem landwirtschaftlichen und gewerblichen Kapital auferlegten, hypothekarisch gesicherten Sondersteuer, deren Nutznießung nicht ausschließlich auf die Regierung beschränkt, sondern auf das gesamte Volk ausgedehnt wurde. Um alle wirtschaftlichen Erschütterungen auszuschalten, wurde bestimmt, daß die Grundsuld von Seiten der Rentenbank überhaupt nicht, von Seiten der Belasteten frühestens nach Ablauf von fünf Jahren kündbar sein sollte. Der Verkehr der Rentenbank mit dem Reich sowohl wie mit den Wirtschaftsständen vollzog sich über die Reichsbank und die Privatnotenbanken.

Die so geschaffene Rentenwährung war als **Zwischenstufe, als Übergang zur Goldwährung** gedacht; sie war nur für Sanierungszwecke und im Inlande brauchbar. Im internationalen Zahlungsverkehr und für Reparationsleistungen war sie nicht zu verwenden, denn hierzu bedurfte man einer auf Gold fundierten Währung. Dem Reich wurde ein Betriebskredit von $1\frac{1}{2}$ Milliarde eingeräumt, wovon 300 Millionen zur Konsolidierung der schwebenden Schuld verwendet werden sollten. Trotzdem der Rest im Verlaufe von zwei Jahren abgerufen werden sollte, wurde er doch schon bis Ende Dezember 1923 vom Reiche voll in Anspruch genommen. Ein Ersuchen des Reiches um weiteren Kredit lehnte die Rentenbank ab. Auch der Wirtschaft wurden Kredite in einer Gesamthöhe von $1\frac{1}{2}$ Milliarde gewährt.

Buchdruckerstreik

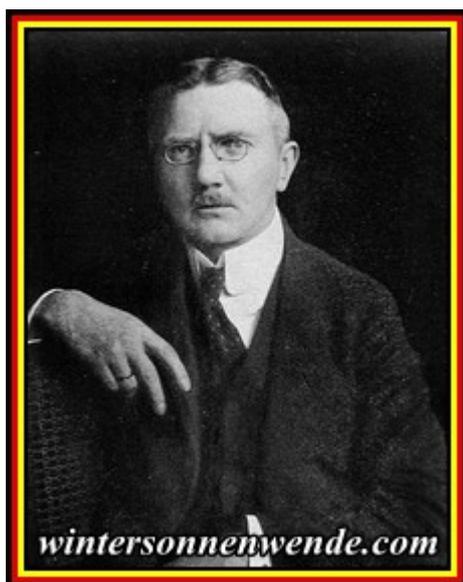
Ursprünglich sollte die Rentenmark schon in der letzten Oktoberwoche ihren Weg ins Volk nehmen. Doch infolge des von neuerungssüchtigen Kommunisten inspirierten **Buchdruckerstreikes in Berlin** verzögerte sich die Fertigstellung der Rentenmarkscheine, und so kam es, daß das neue Geld erst am 15. November durch Reich und Wirtschaftskreise in die Öffentlichkeit gelangte. Der Kurs wurde von vornherein so festgesetzt, daß ein nordamerikanischer Dollar mit $4\frac{1}{2}$ Rentenmark bewertet wurde. Bereits in der ersten Woche, bis zum 22. November, wurden 300 Millionen Rentenmark ausgegeben. Um zu vermeiden, daß der Kurs durch Spekulation an ausländischen Börsen, durch Aufkaufen internationaler Makler herabgedrückt wurde, verbot das Reich, Beträge, die höher als zehn Pfund Sterling waren, in Rentenmark oder Goldanleihestücken ans Ausland zu verkaufen. **In das besetzte Gebiet konnte die Rentenmark nicht eindringen, da die Besatzungsbehörden sowohl die Belastung des dort belegenen Besitzes als auch den Verkehr mit dem neuen Gelde verboten.**

Das Mißtrauen des Volkes gegen das neue Geld wurde bald zerstreut. Die beruhigende Tatsache, daß die Preise nicht mehr stiegen, flößte allmählich Vertrauen ein. Die Notenpresse arbeitete noch bis zum 20. November, dann wurde sie stillgelegt; es war der Stand erreicht worden, daß **eine Billion Papiermark gleich einer Goldmark oder einer Rentenmark war.** Zunächst liefen jetzt **fünf verschiedene Währungen** in Deutschland um, die Papiermark, die Rentenmark, ausländische Devisen, deren freier Handel eigentlich von der Regierung verboten war, Stücke der Goldanleihe und Dollarschatzanweisungen, die vielen verschiedenen wertbeständigen Notgeldsorten der Länder, Gemeinden und Handelskammern nicht mitgerechnet. Doch schon nach wenigen Wochen hatte sich die Rentenmark derart im Volke befestigt, daß sie fast ausschließlich als Zahlungsmittel noch in Frage kam, während all die anderen Geldarten mehr und mehr verschwanden. **Der Erfolg und die Festigkeit des neuen Geldes beruhte vor allem auf Schachts richtiger Veranschlagung des Zahlungsmittelbedarfs mit $2\frac{2}{5}$ Milliarden Goldmark.**

So hatte Deutschland sein neues Geld. Es war geschaffen worden durch die Opferbereitschaft des Besitzes aus zwingender politischer Notwendigkeit heraus. Die Forderung und ihre Erfüllung waren dergestalt großartig elementar, daß jedes Für und Wider zu schweigen hatte. Es gab Zeiten, da stampfte Deutschland Heere aus dem Boden; dies war eine Zeit, da stampfte Deutschland eine neue

Währung aus dem Boden. Und weil die Rentenmark autochthon war, wohnte ihr auch jene gewaltige magische Kraft des Sieges inne, welche zum Beispiel auch Volksheere gegenüber Söldnerheeren auszeichnet: **die Rentenmark besiegte die Revolution** nicht allein durch die Tatsache und die Folgen ihrer Existenz, sondern auch ideell durch ihren Ursprung infolge des diktatorischen Einflusses der Rechtsparteien. Die Rentenmark war nicht geschaffen worden durch das Proletariat und seinen diktatorischen Zwang, sondern durch den Besitz und seine Initiative. Dadurch führte die Rentenmark nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch eine Wendung in der deutschen Geschichte seit 1918 herbei: das Bürgertum befestigte sich. So schloß die Rentenmark eine vergangene Epoche fünfjähriger Unruhen ab und eröffnete einen neuen Zeitabschnitt mit der Aussicht auf ruhigere Entwicklung. Das Ausland staunte, wie man sagte, die Rentenmark als das achte Weltwunder an, und die absolut nicht deutschfreundlichen *Times* bezeichneten sie als "größte Tat der Finanzgeschichte". Dreiviertel Jahr beherrschte die neue Mark Deutschland. Durch die Annahme des Londoner Paktes Ende August 1924 wurde die Liquidation der Rentenbank eingeleitet und das Gesetz geschaffen, daß die Rentenmark binnen zehn Jahren aus Deutschland zu verschwinden habe. -

Es wurde öfter die Behauptung aufgestellt, wenn im November 1923 die Markstabilisierung möglich gewesen sei, so sei sie auch schon vorher möglich gewesen. Ich glaube nicht, daß dies zutrifft. Denn erstens handelte es sich nicht um eine Markstabilisierung, sondern um die Einführung eines neuen Geldes. Zweitens aber sind für derartig einschneidende Maßnahmen, wie die im Herbst 1923 getroffenen, ganz bestimmte psychologische und logische Vorbedingungen notwendig. Um Metalle miteinander zu vereinigen, muß erst eine bestimmte Siedehitze erreicht werden. **So mußte auch die Angst des Proletariats vor dem Hunger und die Angst der Besitzenden vor dem Bolschewismus bis zu einem bestimmten Punkte entwickelt sein, um die Existenz der Renten-**



*Dr. Hjalmar Schacht.
Photo Scherl.*

mark zu ermöglichen. Es bedurfte nur eines Mannes, der klar und zielbewußt das Eisen schmieden konnte, solange es glühend war. Dieser Währungskommissar war Dr. Hjalmar Schacht, der, nachdem er das Werk vollendet hatte, am 22. Dezember 1923 zum Reichsbankpräsidenten ernannt wurde. Schacht war der große Praktiker der Währungsreform, wie Helfferich ihr großer Theoretiker war. -

Jedoch das Kabinett Stresemann, das mit seiner Währungsreform eine Leistung aufzuweisen hatte wie keine frühere Regierung der Republik, erfreute sich nicht lange des reichstäglischen Wohlwollens. **Am 23. November stellte die Regierung die Vertrauensfrage, die infolge der nationalen und sozialistischen Opposition mit 230 gegen 155 Stimmen verneint wurde. So trat das Ministerium Stresemann zurück.** Es war die sechste Regierung, die dieser Reichstag gehen sah, und nur die beiden ersten, die Fehrenbach- und die erste Wirth-Regierung hatten aus außenpolitischen Gründen vor dem Souverän des Volkes, dem Reichstag, kapituliert. Vier Regierungen aber, die zweite Wirth-Regierung, die Cuno-Regierung und die beiden Stresemann-Regierungen, waren die Opfer des streitsüchtigen Parlaments geworden. Und wenn man sich **die Lebensdauer dieser Kabinette** vergegenwärtigte, so entdeckte man, daß sie von Fall zu Fall kürzer wurde. Wirth regierte zum zweitenmal fast dreizehn Monate, bei Cuno waren es schon nicht mehr ganz neun Monate, Stresemann aber war beide Male nur je sieben Wochen am Ruder.

**Rücktritt der zweiten
Regierung Stresemann**

Der Grund für den Sturz der zweiten Stresemann-Regierung ist darin zu sehen, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts, von ihrer Partei aufgestachelt, die Aufräumungsarbeiten der Reichsregierung in Sachsen und Thüringen durchaus mißbilligten. Sie kamen sich wie Verräter an der eigenen Sache vor und machten Stresemann den Vorwurf, er messe mit zweierlei Maß. Gegen die sozialistisch regierten Länder Sachsen und Thüringen sei er rigoros vorgegangen, während er

die aufsässige bürgerliche Regierung Bayerns gleichsam mit Samthandschuhen anfasse. So hatte sich nach den ganzen Zeitumständen ein tiefer Zwiespalt innerhalb der Reichsregierung herausgebildet, der zum notwendigen Bruche führen mußte. Die Ereignisse des Jahres 1923 bewiesen, daß für den dauernden Bestand der Großen Koalition die Zeit noch nicht reif sei. Darum brach die Große Koalition zum zweitenmal nach kurzer Lebensdauer Ende November 1923 zusammen. So, wie die politischen Verhältnisse Deutschlands nun einmal lagen, kamen bisher nur zwei Regierungsformen in Frage: die aussichtsreichere Weimarer Koalition von Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, oder die Kleine Koalition, Volkspartei, Demokraten und Zentrum, die von Fehrenbach eingeführt und - *mutatis mutandis* - von Cuno gebildet worden war, doch beide Male an der Außenpolitik gescheitert war. Welches der beiden Systeme war aber jetzt an dem großen Wendepunkte der deutschen Geschichte, im November 1923, das richtige?

Kein Wunder, daß niemand die rechte Lust verspürte, sich der undankbaren Aufgabe zu unterziehen und eine neue Regierung zu bilden. Nach drei Tagen gab der Reichspräsident dem **Dr. Albert**, der unter Cuno Reichsschatzminister war, den Auftrag, ein überparteiliches Kabinett zu bilden. Doch die parteipolitischen Schwierigkeiten waren so groß, daß Albert bereits am nächsten Tage dem Reichspräsidenten seinen Auftrag zurückgab. Besonders die Deutschnationalen widerstrebten. Stegerwald, an den man dann dachte, verzichtete. Schließlich brachte **Marx am 30. November eine Regierung zustande**. In ihr waren drei Volksparteiler, drei Zentrumsanhänger, darunter Marx selbst, und drei Demokraten vertreten, eine Koalitionsregierung, deren Charakter dem Fehrenbach-Kabinett von 1920 entsprach. Um **Bayern** zu versöhnen, wurde dem Dr. Emminger, Mitglied der Bayerischen Volkspartei, das Justizministerium übertragen. Auch der demokratische Wirtschaftsminister Hamm war Bayer. Der Gedanke der Kleinen Koalition hatte wieder einmal gesiegt.

**Kabinett
Marx**

Die Parteien atmeten zwar auf, nachdem nun endlich die Regierung gebildet worden war, doch sahen sie dem neuen Kabinett mit gemischten Gefühlen entgegen. Die Deutschnationalen waren vorsichtig und kündigten nicht gleich von vornherein Opposition an. Bayern vermißte den scharfen Trennungsstrich nach links und betrachtete den Namen Hamms als Beruhigungsspiel für die Sozialdemokratie. Diese dagegen warnte das neue Kabinett, sie in Opposition zu drängen, dann nämlich würde der Reichstag aufgelöst werden. Im übrigen bilde Herr Emminger eine schwere Belastung für die Regierung. Der Belagerungszustand und das Verbot ganzer politischer Parteien müsse aufgehoben werden.

Die Regierung erhielt, wie ihre Vorgängerin, ein **neues Ermächtigungsgesetz**, das vom Reichsrat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen worden war (45 : 9). Sachsen, Braunschweig, die Rheinprovinz stimmten dagegen, Thüringen enthielt sich der Stimme. Dieses neue Gesetz war noch vorsichtiger formuliert als das erste:

**Neues
Ermächtigungsgesetz**

"§ 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Maßnahmen zu ergreifen, die sie im Hinblick auf die Not von Volk und Reich für erforderlich und dringend erachtet. Eine Abweichung von den Vorschriften der Reichsverfassung ist nicht zulässig.

Vor Erlaß der Verordnungen ist ein Ausschuß des Reichsrates und des Reichstages von 15 Mitgliedern in vertraulicher Beratung zu hören.

Die erlassenen Verordnungen sind dem Reichstag und dem Reichsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Sie sind aufzuheben, wenn der Reichstag oder der Reichsrat dies verlangt. Im Reichstage sind für die Aufhebungsverlangen zwei Lesungen erforderlich, zwischen denen ein Zwischenraum von mindestens drei Tagen liegen muß.

§ 2. Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Es tritt am 15. Februar 1924 außer Kraft."

Am 8. Dezember nahm der Reichstag mit 313 gegen 18 Stimmen dieses Gesetz an, ein Abgeordneter enthielt sich der Stimme.

Die Geltungsdauer des Gesetzes war um sechs Wochen verkürzt worden. Als Beratungsinstanz wurde ein fünfzehngliedriger Reichstagsausschuß der Regierung beigegeben. Das Kabinett Marx, an sich für die Sozialdemokratie ungefährlich und auf Versöhnung gestimmt, begann mit diesem guten Zaum versehen seine Tätigkeit. -

Verhandlungen mit Wiedergutmachungsausschuß

Besondere Schwierigkeiten stellten sich heraus, als nach Abbruch des Ruhrkampfes Deutschland mit den Alliierten **in neue Wiedergutmachungsverhandlungen eintrat**. Deutschland hatte im Jahre 1923 bis zum Juli an die nicht vertragsbrüchigen Mächte insgesamt für 708 Millionen Goldmark Reparationen geleistet, von denen England allein 266 Millionen erhalten hatte. Dann erklärte die deutsche Regierung, sie sei außerstande, weitere Leistungen zu bewirken. Die Reparationslieferungen an Frankreich und Belgien wurden am 11. Januar 1923 eingestellt und am 26. September wieder aufgenommen; die beiden Staaten bekamen in den ersten zehn Tagen des Januar und in der Zeit vom 26. September bis 29. Oktober 1923 zusammen 31½ Millionen Goldmark von Deutschland. Während des passiven Widerstandes wurde von den vertragsbrüchigen Gegnern zur Lieferung auf Reparationskonto an Sachwerten für 800 Billionen Papiermark (Stand Ende September) erpreßt.

Ablehnende Haltung Poincarés

Im Herbst 1923 befand sich die deutsche Wirtschaft infolge des Währungschaos in einer Lage, die nicht nur jede namhafte Reparationsleistung unmöglich machte, sondern auch aufs energischste nach schneller, annehmbarer Lösung des Problems drängte. Das Nächstliegende war, daß von deutscher Seite aus auf **eine möglichst umgehende Räumung des wertvollen Ruhrgebietes hingearbeitet wurde**. Den Franzosen aber stand nicht der Sinn danach. Poincaré hatte gar nicht die Absicht, mit der deutschen Regierung zu verhandeln, und ließ am 10. Oktober halbamtlich durch die "Agence Havas" erklären: Die verbündeten Regierungen wollten tatsächlich nicht die Frage der Reparationen mit der deutschen Zentralregierung erörtern, das heißt mit den Behörden, die von Berlin aus bis jetzt den Widerstand gegen die Besatzung organisiert hätten. Aber die Alliierten, das heißt Frankreich und Belgien, seien sehr geneigt, **unmittelbar mit den örtlichen Behörden oder mit den örtlichen Unternehmer- oder Arbeitergruppen alle notwendigen Vorkehrungen über die Wiederherstellung des normalen Wirtschaftslebens im Ruhrgebiet zu treffen**. So sei schon am 9. Oktober mit der Gruppe Otto Wolf ein Abkommen abgeschlossen worden, ein Beweis dafür, daß ein derartiges Verfahren rasch durchführbar und praktisch sei. Die Einmischung der deutschen Regierung würde nur die Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit, die übrigens auf ausgezeichnetem Wege sei und in wenigen Tagen allgemein sein werde, noch verzögern. **"Die Zulassung der Berliner Delegierten zu den Verhandlungen ist also keineswegs wünschenswert oder nützlich."** Stresemann solle seine Wünsche der Reparationskommission mitteilen, denn sie allein sei dazu berufen, die diplomatische Verbindung zwischen Deutschland und den Verbündeten herzustellen. -

Und in der Tat! Als der Reichskanzler Stresemann Mitte Oktober Poincaré unter Hinweis auf die Not mitteilen ließ, es sei unbedingt nötig, über Koks- und Kohlenlieferungen zu verhandeln, da lehnte der französische Ministerpräsident dies kategorisch ab. Ihm seien wirklich alle Maßnahmen der deutschen Regierung höchst gleichgültig! Dies Verhalten der französischen Regierung, so sinnlos es auf den ersten Blick erscheinen möchte, hatte doch einen tiefen Sinn. **Poincaré setzte all sein Hoffen auf die separatistische Bewegung am Rhein, für ihn war die Trennung Westdeutschlands vom Reiche schon eine vollzogene Tatsache! Wozu dann noch Verhandlungen mit der Berliner Regierung, die über kurz oder lang doch höchst überflüssig sein würden? Die rheinische Hochverratsbewegung war ein Faktor, dem die französische Regierung auch bei den Reparationsverhandlungen nur allzu große Bedeutung beimaß.** Auf das Frankreich Poincarés also durfte die deutsche Regierung keine großen Hoffnungen bei der Wiederaufnahme der Reparationsverhandlungen setzen. Paris war allzu stark im Wahne befangen, daß die Rheinlande mit Sicherheit ihre Trennung vom Reiche vollziehen würden.

Das Ruhrgebiet hatte aber keine Zeit zu verlieren. Es stand vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch, nein, es befand sich mitten drin. Die Folgen der letzten neun Monate waren verheerend, und das zeigte sich besonders jetzt, als nach der Beendigung des passiven Widerstandes **die Zu-**

schüsse des Reiches ausblieben. Über 600 Großbetriebe verfügten nicht über die geringsten Geldmittel, um die Arbeit wieder aufzunehmen. Zwei Millionen Arbeiter waren arbeitslos, das war die Hälfte aller deutschen Erwerbslosen! Alle Mittel- und Kleinbetriebe hatten schließen müssen. Auch die Zechen standen vor dem völligen Ruin. Über einer halben Million Bergarbeiter, die in diesem Falle arbeitslos zu werden drohten, hatten bereits Hunger und Verzweiflung ihre Fänge ausgestreckt. Sollte die Ruhrindustrie angesichts dieser Zustände so lange warten, bis es Poincaré genehm war, mit der deutschen Regierung zu verhandeln? Das war vollkommen ausgeschlossen, das hätte zum völligen Chaos geführt. Es blieb den Führern der Ruhrwirtschaft nichts anderes als der Gang nach dem wirtschaftlichen Canossa übrig. Bereits seit Anfang Oktober verhandelten in Düsseldorf Stinnes, Vögler, Klöckner und andere Wirtschaftsführer im Auftrage des Bergbaulichen Vereins mit General Degoutte.

Sieben Wochen schlepten die Franzosen die Verhandlungen hin. Sie nützten die deutsche Not aus, um Vorteile für sich zu erpressen. Endlich, **am 23. November, kam in Düsseldorf zwischen der Sechserkommission des Bergbaulichen Vereins und der Kontrollkommission ein Provisorium, der sogenannte Micumvertrag zustande** (*Mission interalliée de contrôle des usines et des mines*). Die Kohlenzechen verpflichteten sich, 18 Prozent ihrer Förderung abzuliefern; außerdem muß von den Zechenbesitzern die seit dem 11. Januar bereits ans Reich abgeführte Kohlensteuer **nochmals** an die Besatzungsbehörde bezahlt werden. Man setzte die während dieser Zeit erfolgte Förderung nach freier Willkür viel zu hoch fest und schlug dann noch - großzügig - 50 Prozent als Strafe für die Nichtzahlung darauf. Schließlich wurde auf dem Verhandlungswege der Gesamtbetrag für die rückständigen Steuern auf 15 Millionen Dollars festgesetzt. Trotzdem in Deutschland auf Betreiben von Stinnes die Kohlensteuer weggefallen war, mußten sich die Zechen auch noch für die Zukunft verpflichten, für die verkaufte Tonne zehn Franken Steuer an Frankreich zu entrichten. Die für die Kohlenwirtschaft geltenden deutschen Gesetze wurden nicht anerkannt. Immerhin gestatteten die Franzosen, daß die Kohlenausfuhr nach dem unbesetzten Deutschland und nach dem Ausland wieder erfolgen dürfe, aber erst dann, wenn der Bedarf der Besatzungstruppen und der Regiebahnen gedeckt sei. Eine Freigabe der beschlagnahmten Zechen erreichten die deutschen Unterhändler nicht. Auch behielt sich die Besatzungsbehörde die Kontrolle über den gesamten Wirtschaftsverkehr und weitgehenden Einfluß auf die Privatunternehmen vor. - Das Micumabkommen zeigte deutlich, daß die Franzosen und Belgier nicht daran dachten, das Ruhrgebiet zu verlassen; im Gegenteil, sie richteten sich häuslich ein. Dies wurde auch dadurch offenbar, daß seit dem November die Fahrpreise auf den Regiebahnen nicht mehr nach deutschem Gelde, sondern nach Franken berechnet wurden und erstattet werden mußten! Die Bestimmungen des Micumvertrages galten bis Ende August 1924. Erst durch die Unterzeichnung des Londoner Paktes wurden sie hinfällig. Das Deutsche Reich zahlte den Industriellen später 577 Millionen Goldmark Entschädigungen für die Schäden aus diesem Abkommen.

Schon am folgenden Tage, dem 24. November, wurde in ähnlicher Form **ein vorläufiges "Abkommen über die Lieferung von Düngestickstoff" zwischen der Interalliierten Rheinlandkommission und der "Badischen Anilin- und Sodafabrik" abgeschlossen.** Das Werk mußte eine bestimmte prozentuale Menge Düngestickstoff unentgeltlich abgeben, dafür wurde es von den Verbündeten bei der Wiederinstandsetzung und Aufrechterhaltung des durch eine Explosion zerstörten Werkes in Oppau unterstützt. Die beschlagnahmten Düngestickstoffmittel verblieben im Besitz der Verbündeten, ohne bezahlt zu werden. Man wollte sie eventuell der deutschen Regierung auf Wiedergutmachungskonto gutschreiben; weitere Rohstoffe, Betriebsmaterialien und Fertigprodukte sollten nicht beschlagnahmt werden. Die Ausfuhr nach dem unbesetzten Deutschland und dem Ausland wurde erst zugelassen, wenn die Besatzungsbehörden im Rheinland versehen waren. Auf die Ausfuhr wollte man eine niedrige Abgabe erheben. -

Es gab eigentlich von Anfang an zwei Ansichten in der Reparationsfrage: die deutsche, die Verhandlungen auf Grund sorgfältiger Prüfungsunterlagen verlangte, und die französische, welche lediglich diktieren wollte. Durch den Ruhreinfall hatte sich der Gegensatz zwischen beiden Lagern verschärft, aber die deutsche Auffassung hatte dadurch noch an Gewicht gewonnen. Frank-

Micumverträge

reich, lediglich von dem kleinen Belgien unterstützt, sah sich isoliert, und England neigte offen, von Amerika unterstützt, den Vorschlägen Deutschlands zu. Wir erinnern uns noch, daß die Regierung Cuno den alliierten Mächten am 7. Juni einen doppelten Plan unterbreitete: Abschätzung der deutschen Leistungsfähigkeit durch eine neutrale, objektive Sachverständigenkommission und Verpfändung der deutschen Wirtschaft als Garantie für die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen. Cuno berief sich hierbei auf eine Anregung des amerikanischen Staatssekretärs Hughes vom Dezember 1922, worin er vorschlug, Höhe und Art der deutschen Reparationszahlungen von einer unparteiischen internationalen Instanz ausarbeiten zu lassen. Die deutsche Note blieb von Seiten der Alliierten unbeantwortet. Ein um so eifrigerer Gedankenaustausch fand aber zwischen der englischen Regierung einerseits und Frankreich, Belgien, Italien, Amerika und Japan anderseits über diese Angelegenheit statt. Er erstreckte sich über fünf Wochen, bis Ende August.

England hatte die Vermittlerrolle übernommen und unterstützte den deutschen Vorschlag sowohl hinsichtlich der Bürgschaften wie auch hinsichtlich der Konferenz; **nur machte Lord Curzon die weitere Erörterung der Fragen von der Aufgabe des passiven Widerstandes durch Deutschland abhängig.**

*Englische
Vermittlung*

Es war dies ein diplomatischer Kompromiß, welcher beiden Gegnern gerecht werden sollte. Frankreich und Belgien forderten auch die Aufhebung des passiven Widerstandes, meinten aber dann, an Stelle eines Sachverständigenausschusses die Finanzkontrolle über Deutschland einzusetzen. **Frankreich** verteidigte seine Pfänderpolitik, die "Gesetzmäßigkeit" der Ruhrbesetzung, die von England bestritten wurde. Die französischen Truppen seien nur in das Ruhrgebiet gekommen, um dort die französischen Ingenieure und die Zoll- und Forstbeamten zu schützen. England täusche sich, wenn es behauptete, die Ruhrbesetzung sei ein Fehlschlag gewesen. Wenn aber Deutschland auf eine Abschätzung seiner Schuld dränge, so sei dies nur ein Versuch, die Schulden herabzusetzen. Auch wünschte Frankreich, daß die Reparationsfrage keineswegs von der Frage seiner eigenen Schulden getrennt würde, wie England dies vorschlug. "Wir müssen erklären, daß wir unsere Schulden erst bezahlen können, nachdem wir erhalten haben, was uns Deutschland schuldet." **Lehnte Frankreich absolut jede Sachverständigenkonferenz ab, so plädierte Belgien wenigstens für eine freundschaftliche Konferenz der alliierten Minister, "ohne daß es sich selbstverständlich um eine Konferenz im eigentlichen Sinne des Wortes zu handeln braucht".**

Mitte Oktober beantragte die deutsche Regierung bei der Reparationskommission auf Grund des Artikels 234 des Friedensvertrages, Deutschlands Hilfsmittel und Leistungsfähigkeit zu prüfen. Am 20. Oktober empfahl schließlich die englische Regierung, nachdem Deutschland inzwischen die Bedingung, den passiven Widerstand aufzugeben, erfüllt hatte, der Regierung der Vereinigten Staaten die Einberufung eines Sachverständigenausschusses. Auch Italien und Belgien neigten diesen Plänen zu. So gelang es England und Amerika, den Hauptgläubigern Frankreichs, den intransigenten Poincaré angesichts seines Mißerfolges an der Ruhr, seiner politischen Isolierung und des Frankensurzes ihren Plänen gefügig zu machen. Frankreich gab seinen hartnäckigen Widerstand auf und gab den deutschen Forderungen nach Verhandlungen und Sachverständigenausschuß Gehör.

Der französische Meinungsumschwung wurde im November zum ersten Male in der **Wiedergutmachungskommission** offenbar. **Die deutsche Regierung hatte in einer Note vom 24. Oktober darum gebeten, daß die Kommission deutsche Vertreter anhören möchte.** Die Franzosen waren natürlich gegen diesen Vorschlag, doch Sir John Bradbury unterstützte ihn, indem er verlangte, alle Gründe und Beweise anzuhören, die von Deutschland hinsichtlich aller seine Zahlungsfähigkeit betreffenden Fragen vorgebracht würden:

*Fortgang der
Reparationsverhandlungen:
Deutschland vor der
Reparationskommission*

"Meiner Ansicht nach muß die Kommission, wenn sie die ihr vom Friedensvertrag auferlegten Pflichten erfüllen will, furchtlos und unparteiisch alle Gründe studieren, die zu der zweifelten Situation geführt haben, in der sich Deutschland in der gegenwärtigen Stunde befindet, und sie muß, ohne etwas zu fürchten, soweit es an ihr liegt, alle Heilmittel anwenden, die sie auf Grund ihrer Untersuchungen für notwendig hält. Sie muß ferner, soweit es in ihrer

Macht liegt, allen denen, in deren Macht es liegt, empfehlen, diese Heilmittel anzuwenden."

So wurde der deutsche Vertreter gehört. Er protestierte gegen die Besetzung der Ruhr und verlangte deren Räumung. Deutschlands wichtigstes Industriegebiet sei durch eine Zollmauer vom Reiche getrennt. Es gäbe keine Politik in Deutschland, die Währung und Finanzen in Ordnung bringen könne, solange dieser Zustand andauere, solange im besetzten Gebiete keine von deutschen Weisungen abhängigen Behörden seien, solange die Bevölkerung in den besetzten Gebieten nicht in gleicher Weise an die deutsche Gesetzgebung gebunden sei, wie im unbesetzten Deutschland. Die Reparationskommission habe selbst ein entscheidendes Interesse daran, daß der Verwaltungsapparat der deutschen Regierung wiederhergestellt werde. Solange das Wirtschaftsleben des wichtigsten Industriebezirks maßgebend von den Vertretern fremder Mächte beeinflusst werde, deren Interessen mit denen der deutschen Wirtschaft zum mindesten nicht identisch seien, sei an einen freien Lauf und eine erfolgreiche Entwicklung der Wirtschaftskräfte in Industrie und Handel nicht zu denken.

Immer wieder legte die deutsche Regierung den Finger auf die Wunde, in London, in Brüssel, in Paris bei der französischen Regierung und bei der Reparationskommission. Deutschland sei nicht verpflichtet, Frankreich die Kosten des Ruhrkampfes zu erstatten; nicht die Besatzungsbehörden, sondern allein die Reparationskommission sei diejenige Stelle, die berechtigt sei, Zahlungen anzunehmen, insofern entbehrten die Micumverträge jeder Rechtsgrundlage; im übrigen solle an Rhein und Ruhr der *modus vivendi* nach dem Stande vom 10. Januar wiederhergestellt werden; das sei die Vorbedingung für alle weiteren Reparationen. Jedoch, alle diese Vorstellungen blieben ohne jeden Erfolg. -

Die Reparationskommission pflichtete am 29. November einstimmig folgender vom französischen Vorsitzenden Barthou vorgeschlagenen EntschlieÙung zu:

**Zwei
Sachverständigenausschüsse**

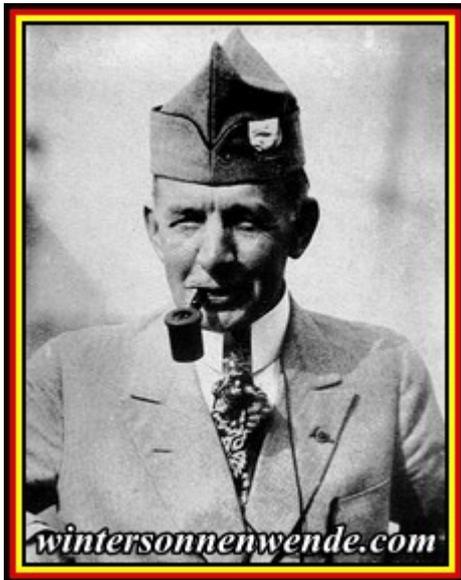
"Um gemäß den Bestimmungen des Artikels 234 des Versailler Vertrages die Hilfsquellen wie die Zahlungsfähigkeit Deutschlands abzuschätzen, nachdem den Vertretern dieses Landes nach Billigkeit die Gelegenheit gegeben wurde, sich auszusprechen, beschließt die Reparationskommission, **zwei Sachverständigenausschüsse einzusetzen**, in denen die verbündeten und assoziierten Länder vertreten sein sollen. Einer der beiden Ausschüsse wird beauftragt, die Mittel ausfindig zu machen, um das deutsche Budget auszugleichen, und die Maßregeln, die ergriffen werden müssen, um die deutsche Währung zu stabilisieren. Der andre Ausschuß soll die Mittel ausfindig machen, um das aus Deutschland ausgeführte Kapital abzuschätzen und nach Deutschland zurückzuführen."

Da aber die Reparationskommission nur ermächtigt war, die Fristen und die Art der deutschen Zahlungen abzuändern, nicht aber die Befugnis besaß, ohne besondere Ermächtigung von Seiten der in ihr vertretenen Regierungen auf den von Deutschland verlangten Reparationsbetrag zu verzichten oder ihn abzuändern, mußten auch die Sachverständigenausschüsse die im Londoner Ultimatum von 1921 festgesetzte Gesamtverpflichtung Deutschlands in Höhe von 132 Milliarden von vornherein als unberührbar hinnehmen. Ihre Befugnis erstreckte sich also nicht auf eine Revision des Versailler Vertrages, sondern nur auf eine Abänderung in der Höhe der Jahresraten, in der Dauer der Zahlungen und in den Zahlungsbedingungen für die deutsche Wiedergutmachtungsschuld. -

Endlich schien es, als habe der von Deutschland ausgegangene Gedanke gesiegt, durch Sachverständigenausschüsse die deutsche Leistungsfähigkeit feststellen zu lassen. England hatte diesen deutschen Gedanken gegen Frankreichs diktatorische Willkür verfochten und Amerika hat seine Berechtigung anerkannt, jedoch ohne die empfohlene Initiative von Regierung wegen zu ergreifen, da es nicht zu den Signatarmächten des Versailler Vertrages gehörte. Was aber machten die Alliierten jetzt daraus! Deutschland forderte einen streng unparteiischen, neutralen Sachverständigenausschuß, von keiner Partei beeinflusst. **Die Alliierten jedoch machten sich zum Richter in eigener Sache, indem sie aus ihrer Mitte Sachverständigenausschüsse einsetzen wollten, ohne jede deutsche oder neutrale Beteiligung.** Das war eine Wendung in der Angelegenheit, von der Deutschland keine Gewähr einer Erleichterung erwarten durfte. In die beiden Ausschüsse, die am

30. November von der Reparationskommission berufen wurden, wurden nur Männer der alliierten und assoziierten Mächte entsandt: je drei Vertreter Belgiens, Englands, Frankreichs und Italiens und drei nicht von der Regierung beauftragte Bürger der Vereinigten Staaten von Amerika.

Zu Weihnachten wurden der Reparationskommission die Namen der Sachverständigen mitgeteilt, und sie nahm sie einstimmig an. Dem **ersten Ausschuß, der die Währungs- und Budgetfrage zu untersuchen hatte**, gehörten folgende Männer an: die Amerikaner Dawes, von der Central Trust Company in Chicago, und Owen Young, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Electric Company, die Engländer Sir Robert Kindersley, Direktor der Bank von England, und Sir Joshua Charles Scamp, Sekretär der Nobelgesellschaft, dazu kamen die beiden Franzosen Parmentier und Alix, Professor der Rechtsfakultät Paris, und zwei Italiener und zwei Belgier. **Das zweite Sachverständigenkomitee für Kapitalflucht** setzte sich zusammen aus dem Vorsitzenden Reginald MacKenna, ehemaligem Schatzkanzler Großbritanniens, Laurence Attalin, Direktor der *Banque de Paris et des Pays-Bas*, Henry Robinson, Präsident der Nationalbank von Los Angeles, dazu kamen ein belgischer und ein italienischer Bankier.



General Dawes. Photo Sennecke.

Dawes

Die Ausschüsse traten im Januar 1924 zusammen, beide in Paris, der erste am 14. Januar, der zweite eine Woche später. Zum Vorsitzenden des ersten Komitees wurde **Charles Gates Dawes** gewählt, der im 59. Lebensjahre stand. Dieser war ursprünglich Ingenieur. Als 22-jähriger wandte er sich der Laufbahn des Advokaten zu, der er sieben Jahre später wieder entsagte. Er gründete dann verschiedene Gasgesellschaften in Evanston und anderwärts. Seit seinem 31. Jahre stand er in der republikanischen Parteibewegung. Seit 1897 war er dann fünf Jahre hindurch Kontrolleur im Schatzamt. Im Juli 1917 ging er als Oberst der amerikanischen Eisenbahntroop nach Frankreich. Bis zum August 1919 hatte er diese Stelle inne. Dann wurde er Mitglied des Verwaltungsstabes bei General Pershing und bei der "Interalliierten Proviantbehörde", wobei er Brigadegeneral wurde. Er nahm seinen Abschied und bekleidete 1921 bis 1922 das Amt des Ersten Direktors im Budgetbüro zu Washington. Darauf wurde er Direktor der Central Trust Company in Chicago. 1923 wählte man ihn zum Vizepräsidenten. Er gab verschiedene Abhandlungen heraus, deren bekannteste die 1892 erschienene ist mit dem Titel: "Das Bankwesen der Vereinigten Staaten von Amerika" (*The Banking System of the USA.*). Unter dem Vorsitz dieses Mannes, der ohne Zweifel über reiche praktische Kenntnisse verfügte, widmete sich das Komitee fast ein Vierteljahr lang der Untersuchung der deutschen Wirtschaft und **legte die Ergebnisse in einem Bericht, einem Gutachten, am 9. April nieder**. Auch das zweite Komitee unter dem Vorsitz MacKennas hatte bis zu diesem Tage seine Arbeit beendet und die Resultate ebenfalls in einem Gutachten der Reparationskommission übermittelt.



6. Kapitel: Die Inflation und ihre Folgen.

Über den Ereignissen und Schicksalen des deutschen Volkes, die wir bisher kennengelernt haben, schwebte gleichsam **eine schwarze, sich mehr und mehr verdichtende Wolke, die Inflation**. Sie war kein willkürlich herbeigeführtes Menschenwerk, sie war eine Naturgewalt, eine Erschlaffungserscheinung, wie wir sie überall bei einzelnen Lebewesen und ganzen Völkern nach gewaltigen Anstrengungen beobachten können. Die europäische Geschichte kennt bereits mehrere Inflationen, die durch Krieg oder durch Revolution hervorgerufen wurden. Nach dem Dreißigjährigen Kriege lernte das deutsche Volk, dann wieder Preußen nach dem Siebenjährigen Kriege eine Geldentwertung kennen. Als eine Katastrophe bezeichnete man die Inflation, welche während der großen Französischen Revolution die alte Wäh-

**Entwicklung
der Inflation**

rung vernichtete. Alle jene Ereignisse verschwanden aber vor der Wucht und furchtbaren Größe der Inflation, die nach dem Weltkrieg über Deutschland hereinbrach.

**Wirtschaftliche, moralische,
politische Ursachen**

Die **deutsche Inflation begann, strenggenommen, bereits im Jahre 1914. Die Abschnürung der deutschen Wirtschaft vom Welthandel** und der ungeheure wirtschaftliche Aufwand für in Wahrheit unproduktive Mittel der Kriegführung mußte notwendigerweise den Wert der Währung erschüttern. Hatte Deutschland im Jahre 1913 einen Gesamtumlauf an Zahlungsmitteln von sechs Milliarden Mark, so war diese Ziffer bei Kriegsende bereits auf über 22 Milliarden gestiegen. Immerhin galt die Papiermark am Ende des Krieges noch 60 Pfennige in Goldwährung, und die erste Periode der Inflation machte sich wohl bemerkbar, wurde aber als selbstverständlich und noch erträglich hingenommen.

Vom Kriegsende bis zum Ausgang des Jahres 1923 lassen sich drei weitere Inflationsperioden unterscheiden. Zunächst jene 30 Monate von Anfang November 1918 bis Anfang Mai 1921. Ein rapides Sinken des Marktwertes ließ sich besonders bis zum Beginn des August 1920 verfolgen, als die Papiermark noch zehn Pfennige galt. Es bedeutete eine gewisse Erholung, als der Marktwert im Laufe der nächsten neun Monate nur drei Pfennige ihres Wertes einbüßte. Mannigfaltige Gründe spielten für die Geldentwertung in dieser Periode mit. Zunächst war es die Revolution, die sich ursprünglich gegen das privatkapitalistische Wirtschaftssystem wandte. Ein **Anschwellen der Löhne und Gehälter** setzte ein, während auf der anderen Seite ein starkes Sinken der Produktion, der Gütererzeugung, bemerkt wurde. Die zwangsmäßige Einführung des **Achtstundentages** brachte eine starke Vermehrung der Arbeitskräfte, oft bis zu 20 Prozent, mit sich. Allein die Reichsfinanzverwaltung beschäftigte 65 000 Beamte. Im Bereiche des Reichsverkehrsministeriums wurden 240 000 neue Arbeitskräfte gegenüber der Vorkriegszeit eingestellt. Bei der Reichspost wurde der Beamtenstand infolge des Achtstundentages um 45 000 Köpfe vermehrt. Der Achtstundentag verteuerte die deutsche Verwaltung und die deutsche Wirtschaft um viele, um sehr viele Milliarden, und dies trug offensichtlich zum Sinken des Geldwertes bei. Dazu kam noch die Not der **Erwerbslosigkeit**. Die allgemeine wirtschaftliche Schwäche zwang andererseits viele Unternehmer, ihre Betriebe zu verkleinern, ohne daß die frei werdenden Kräfte durch die infolge des Achtstundentages bedingte Vermehrung aufgesogen wurden. So wurden im Jahre 1920 etwa 350 000 Erwerbslose mit ebensoviel Familienangehörigen gezählt. Ende 1923 waren es rund vier Millionen, welche den Staat und die Wirtschaft belasteten. **Das auf den vor dem Kriege bestehenden Arbeitsverhältnissen begründete Währungssystem entsprach nicht mehr der ungeheuer verteuerten Arbeitskraft nach Kriegsende.**

Die Revolution wurde von vielen als **eine Gelegenheit, sich zu bereichern**, betrachtet. Im Sommer 1919 bestand in Berlin ein Vollzugsrat, dessen Mitglieder als höchstbezahlte Arbeiter täglich 25 Mark erhalten sollten. Indessen, die 24 Herren bewilligten sich Jahresgehälter von insgesamt 334 000 Mark, welche nach dem Stande von Anfang Juli 1919 über 100 000 Goldmark betrug. Zu welchen Absurditäten die revolutionäre Lohnpolitik führte, ließ sich täglich an der ganz unverhältnismäßig hohen Bezahlung einfachster Verrichtungen erkennen. So erhielt in der Stadt Benneckenstein im Harz der Bürgermeister ein Gehalt von 65 000 Mark, der Schuldiener derselben Stadt erhielt noch 2500 Mark mehr! Während das Jahreseinkommen eines Straßenbahnschaffners 6000 Mark, das eines Berliner Müllkutschers 9300 und das eines Kellners 12 000 Mark betrug, erhielt der Hochschulprofessor im günstigsten Falle 5000 Mark. Dieser blanke Unsinn in der Verwendung des Geldes mußte den Wert der Währung ganz erheblich herabdrücken. Dieses Chaos in der materiellen Bewertung geleisteter Arbeit wurde zur hauptsächlichlichen **moralischen Ursache** der Inflation.

Auch der **Raubbau an Arbeitskraft und Arbeitszeit** konnte nicht spurlos am deutschen Gelde vorübergehen. Das Proletariat besaß, um unsinnige Forderungen durchzudrücken, eine brutale Waffe: **den Streik**. Jede geringfügige Gelegenheit konnte die Veranlassung dazu werden, tagelang, ja wochenlang die Betriebe stillzulegen, die Produktion zu unterbinden. Im Jahre 1914 gab es in Deutschland 250 Streiks, 1918 zählte man bereits rund 650, 1919 waren es 4000; sie stiegen bis 1922 auf 4900! In den vier Jahren von 1919 bis 1922 spielten sich in Deutschland 17 600 Streiks

ab! Erst 1923 ging die Zahl auf 2300 herab. **Welchen höchst unheilvollen Einfluß mußten die 20 000 Streiks auf die Entwicklung des deutschen Geldes haben!** Diese Streiklust war die **politische Ursache** für den Währungsverfall.

Ein weiterer Faktor für die Geldentwertung bildete unmittelbar und mittelbar der **verlorene Krieg**. Durch die Landabtrennungen war die Basis der Ernährung, der Rohstoffe und der Arbeitskraft Deutschlands um durchschnittlich ein Siebentel verringert. **Die Kolonien** und die Flotte wurden weggenommen, die ungeheuren Verpflichtungen des Waffenstillstandes mußten erfüllt werden, die Besatzungstruppen verschlangen gewaltige Gelder, die deutschen Auslandsvermögen wurden kassiert. Allein die Auslandsvermögen - 11,7 Milliarden - , die Besatzungskosten bis Ende 1922 - 4,5 Milliarden - und der Wert der Handelsflotte - 4,6 Milliarden - betrugten zusammen einen Wert von rund 21 Milliarden Goldmark. Wesentlich furchtbarer aber wurde das deutsche Volk durch die mittelbare Folge des verlorenen Krieges betroffen: **es hatte seinen blühenden Außenhandel eingebüßt**. Infolge der Gebietsabtretungen mußte die Einfuhr vermehrt werden, dagegen war die Ausfuhr durch die Wegnahme der Flotte und durch den Boykott der ehemals feindlichen Länder ganz erheblich herabgedrückt. Hatte das deutsche Volk vor dem Kriege eine Handelsbilanz, die fast im Gleichgewicht war, das heißt die Einfuhr überwog die Ausfuhr nur um 0,7 Milliarden Mark, so war seit 1919 die Handelsbilanz jährlich um 3½ Milliarden Mark passiv; die **Einfuhrüberschüsse betrugten bis Ende 1922 14 Milliarden Goldmark!** Es bedarf keiner langen Erwägungen, um zu erkennen, welchen verheerenden Einfluß diese Tatsache auf die deutsche Währung hatte.

Diese Betrachtung der **außenpolitischen Faktoren** leitet uns in **die dritte Periode der Inflation hinüber, welche mit der Annahme des Londoner Ultimatums Anfang Mai 1921 einsetzte und 20 Monate, bis zum Beginn des Ruhreinfalls, währte**. In dieser Zeit fiel die Papiermark von sieben Pfennig auf einen zwanzigstel Pfennig! Die oben auseinandergesetzten innenpolitischen Gründe traten bei dieser stürmischen Abwärtsbewegung in den Hintergrund. Die ausschließliche Verantwortung hierfür traf lediglich den **unbedingten Willen der Regierung, die außenpolitischen Bedingungen des Londoner Ultimatums zu erfüllen**. Rathenau sagte selbst, daß dem Deutschen Reiche nichts weiter übrigblieb, als seine Währung zu verkaufen. An den Börsen von London, Neuyork, Brüssel und Paris wurde schranken- und gewissenlos mit der deutschen Mark spekuliert. Man kaufte Unmengen auf und brachte ebensolche Unmengen wieder auf den Markt, Deutschland aber mußte immer mehr Banknoten drucken, um dafür Devisen einzuhandeln. 1920 waren 68 Milliarden Mark Zahlungsmittel im Umlauf, 1922 bereits über 352 Milliarden! Schonungslos wurde Deutschland ausgepumpt. Ausländer strömten in Scharen heran und kauften hochwertige deutsche Erzeugnisse, bezahlten sie aber mit der minderwertigen deutschen Mark. Noch nie hatte die deutsche Industrie so viel Aufträge erhalten wie 1921 und 1922. Die Zahl der Erwerbslosen nahm zwar von Tag zu Tag ab: 1921 waren es noch 150 000, im folgenden Jahre nur 43 000. Deutschland war fleißig, es arbeitete fieberhaft, aber es verdiente nichts, es zehrte seine aufgespeicherten Güter auf und verschleuderte den Rest ans Ausland.

Bei dieser Gelegenheit muß erwähnt werden, daß infolge der durch die Inflation hervorgerufenen Unsicherheit in der Preisberechnung **zwischen Deutschland und den Alliierten über den Wert der gelieferten Reparationsleistungen starke Meinungsverschiedenheiten bestanden**. Die Reparationskommission hatte bis zum 31. Dezember 1922 nur etwa acht Milliarden Goldmark dem Deutschen Reiche gutgeschrieben, während die deutsche Regierung behauptete, sie habe bis zu dem bezeichneten Zeitpunkt 41½ Milliarden Goldmark insgesamt geleistet. Das von der Carnegiesgesellschaft 1923 gegründete Wirtschaftsinstitut schätzte dagegen im Juni 1923 die von Deutschland bis zum 31. Dezember 1922 geleisteten Reparationen auf 25⁴/₅ Milliarden Goldmark.

Reparationsverpflichtungen

Die letzte Phase der Inflation bildete der Ruhrkampf. Sie dauerte von Mitte Januar bis Mitte November 1923, zehn Monate. Waren am Anfang dieser Periode 2000 Papiermark noch eine Goldmark wert, so entsprachen am Schlusse einer Goldmark eine Billion Papiermark. Es hatte sich in zehn Monaten noch eine fünfhundertmillionenfache [Scriptorium merkt an: d.h. eine 500 000 000fache!] Entwertung vollzogen! Der Grund lag klar auf der Hand: zu all

Ruhrkampf

den vorher geschilderten Übeln trat nun noch der Ruhrkampf mit seinen Lasten. **Das Reich leistete ungeheure Zuschüsse infolge des passiven Widerstandes, die Wirtschaft verlor ihre Rohstoffe.** Es war ein Todeskampf, den Deutschland kämpfte. Täglich wuchs die Zahl der Betriebe, die geschlossen wurden. Es war elementar nicht mehr möglich, selbst die Auslandsaufträge auszuführen.

DIE INFLATION

Bearbeitet nach der amtlichen, dem Aufwertungsgesetz vom 16. Juli 1925 beigegebenen Tafel

Für eine Goldmark erhielt man Papiermark:

MONAT		1918	1919	1920	1921	1922	1923
Januar	1.—10.	1,25	1,95	12,90	16,53	39,72	2024,00
	11.—20.	1,25	1,95	10,34	15,10	40,00	3106,00
	21.—31.	1,25	1,95	17,36	13,50	43,85	5348,00
Februar	1.—10.	1,25	2,15	20,41	14,50	43,48	7407,00
	11.—20.	1,25	2,15	19,76	13,77	44,64	5348,00
	21.—28.	1,25	2,15	20,58	14,26	48,08	5320,00
März	1.—10.	1,25	2,50	20,56	14,26	53,76	5128,00
	11.—20.	1,25	2,50	16,34	14,10	58,82	4854,00
	21.—31.	1,25	2,50	17,27	14,05	69,93	4902,00
April	1.—10.	1,25	2,93	14,29	13,81	69,93	4950,00
	11.—20.	1,25	2,93	14,29	14,00	66,66	5208,00
	21.—30.	1,25	2,93	14,09	14,80	63,00	6369,00
Mai	1.—10.	1,25	3,00	12,72	14,80	66,66	7752,00
	11.—20.	1,25	3,00	11,38	13,48	67,11	9183,00
	21.—31.	1,25	3,00	9,09	13,66	66,22	11907,00
Juni	1.—10.	1,25	3,21	9,69	14,53	66,67	15528,00
	11.—20.	1,25	3,21	9,39	15,13	73,00	22421,00
	21.—30.	1,25	3,21	8,94	15,65	79,36	29674,00
Juli	1.—5.	1,40	3,50	9,00	15,77	105,25	38610,00
	6.—10.	1,40	3,50	9,00	15,77	105,25	43480,00
	11.—15.	1,40	3,50	9,16	16,00	103,01	45662,00
	16.—20.	1,40	3,50	9,16	16,00	103,01	60606,00
Juli	21.—25.	1,40	3,50	9,95	17,00	118,20	109770,00
	26.—31.	1,40	3,50	9,95	17,00	118,20	200000,00
August	1.—5.	1,45	4,37	10,83	18,61	165,00	303000,00
	6.—10.	1,45	4,37	10,83	18,61	165,00	746270,00
	11.—15.	1,45	4,37	11,32	20,16	205,00	685000,00
	16.—20.	1,45	4,37	11,32	20,16	205,00	975610,00
	21.—25.	1,45	4,37	11,90	19,96	316,45	1208280,00
	26.—31.	1,45	4,37	11,90	19,96	316,45	1900000,00
September	1.—5.	1,55	5,32	12,13	20,75	300,30	3968250,00
	6.—10.	1,55	5,32	12,13	20,75	300,30	10471000,00
	11.—15.	1,55	5,32	14,70	23,20	323,62	19646300,00
	16.—20.	1,55	5,32	14,70	23,20	323,62	35842300,00
	21.—25.	1,55	5,32	14,70	24,58	327,87	30770000,00
	26.—30.	1,55	5,32	14,70	24,58	327,87	42734615,00
Oktober	1.—5.	1,55	6,00	14,55	25,77	469,48	105932203,00
	6.—10.	1,55	6,00	14,55	25,77	469,48	440528634,00
	11.—15.	1,55	6,00	15,65	30,96	600,60	813008130,00
	16.—20.	1,55	6,00	15,65	30,96	600,60	2353000000,00
	21.—25.	1,55	6,00	16,08	33,55	900,90	14045000000,00
	26.—31.	1,55	6,00	16,08	33,55	900,90	18050541516,00
November	1.—5.	1,75	8,00	18,00	44,64	1315,79	86281200000,00
	6.—10.	1,75	8,00	18,00	44,64	1315,79	140000000000,00
	11.—15.	1,75	8,00	17,15	48,54	1473,00	323624600000,00
	16.—20.	1,75	8,00	17,15	48,54	1473,00	775200000000,00
	21.—30.	1,75	9,00	15,04	52,08	1510,00	1000000000000,00
Dezember	1.—10.	2,00	10,00	15,67	42,20	1724,00	1000000000000,00
	11.—20.	2,00	10,00	15,95	39,00	1618,00	
	21.—31.	2,00	10,00	16,13	39,00	1577,00	

wintersonnenwende.com

Die Inflation.

Bearbeitet nach der amtlichen, dem Aufwertungsgesetz vom 16. Juli 1925 beigegebenen Tafel.

ren. Allein im unbesetzten Deutschland - ohne Ruhrgebiet - gab es anderthalb Millionen Erwerbslose mit ebensoviel Familienangehörigen. Das deutsche Volk, ohne Arbeit, ohne Geld, stand vor dem Nichts, vor dem Hungertode. Das war das Ende. -

Furchtbar waren die Ursachen und der Verlauf der Inflation, furchtbarer ihre Folgen. **Ein ganzes, ehemals blühendes und reiches Volk von 60 Millionen wurde in Not, Elend, Verzweiflung getrieben.** Nicht nur alle materiellen Bindungen wurden zerrissen, auch die sittlichen Kräfte wurden unterhöhlt, gestürzt und zum Teil vernichtet. Eine schwere Gesellschaftskrisis brach über das Land herein, aber der deutsche Charakter war stark und gesund genug, daß er eine Kulturkrisis, den Bolschewismus, nicht zur Entfaltung kommen ließ. Staffelweise, wie sich die Inflation vollzog, fielen auch ihre Opfer. Die Ersparnisse des Volkes, die in Sparkassen, Hypotheken und Schuldverschreibungen der Industrie angelegt waren, schmolzen dahin. Millionen Deutsche, welche von den Renten und Zinsen ihrer Kapitalien lebten, wurden ohne ihr Zutun zum Bettler. **Wie vielen gestattete der frühere Wohlstand ein sorgenfreies Leben ohne Arbeit, wie viele Alte, die im Laufe ihres langen Lebens Sparpfennige zusammengebracht hatten, hofften auf ein stilles, unbekümmertes Alter!** Sie waren die ersten, welche geopfert wurden. Ihre Einkünfte und Kapitalien verfielen, sie standen täglich näher vor dem Nichts, dem Tode. Im fortgeschrittenen Stadium der Inflation, in den Jahren 1921 und 1922, griff die Not auf die **Beamten** über. Es war nicht mehr möglich, die Gehälter der Geldentwertung anzupassen, sie stiegen zahlenmäßig, aber ihr innerer Wert sank erschreckend. Schließlich, 1923, war es auch nicht mehr möglich, die **Arbeiterschaft** vor der Not und dem Hunger zu schützen.

Inflation und Landwirtschaft

Doch bevor wir im einzelnen auf die erschütternden Tragödien der Inflation eingehen, müssen wir feststellen, daß die Geldentwertung **nicht alle Teile des Volkes in der gleichen Weise heimsuchte.** Die Katastrophe brach vor allem über die **Städte** herein, während etwa ein Drittel des deutschen Volkes, die Landbewohner, weniger schwer heimgesucht wurden, ja die Landbesitzer sogar beträchtliche Vorteile aus der traurigen Entwicklung zogen. Für die klugen Agrarier war die Zeit gekommen, ihre meistens von der Vorkriegszeit her sehr überschuldeten Güter auf äußerst billige Weise zu entlasten. Drückende Hypotheken wurden mit großartiger Geste abgestoßen, und oft genug gab es kaum einen Geldschein mehr, der klein genug war, um mit ihm eine Last von ehemals Zehntausenden von Goldmark zurückzuzahlen. Es war eine **Bauernbefreiung in großem Stile, welche die Inflation herbeiführte.** Darüber hinaus wurden Reichtümer aufgestapelt, die aber nicht mehr, wie einst, in den Strumpf gesteckt wurden, denn auch der Bauer ging mit seiner Zeit, sondern umgehend in Sachwerte umgesetzt wurden, da man der Meinung war, daß der Wert der Sache automatisch mit der Geldentwertung steige. Es kam nicht nur vor, daß die Landbesitzer ihre Bauernhäuser von oben bis unten mit neuen Möbeln ausstatteten, kostbare Gefäße und Edelsteine anschafften, ja, man kaufte Klaviere, eins oder zwei, und Automobile; nicht um sie zu benutzen, sondern nur um sie zu besitzen. In Ermangelung anderer Räume wurden die Schätze in Scheunen und auf Böden untergebracht. Vielfach wurden die alten, baufälligen Häuser und Scheunen abgerissen, und neue Paläste erstanden an ihrer Stelle. Die modernsten Maschinen wurden gekauft, und mancher schlichte Bauernhof verwandelte sich in einen Herrnsitz.

Im Grunde genommen handelte es sich hierbei ursprünglich nicht um eine Bereicherung, die durch Bewucherung der Volksgenossen herbeigeführt wurde, sondern vor allem um jenen dem Bauern durch die Art seiner Wirtschaft und seiner bodenständigen Kultur innewohnenden Trieb, etwas Dauerndes, Festes, Beständiges zu besitzen, das nicht durch die Unrast der Zeit, der er infolge einer natürlichen Schwerfälligkeit nicht so schnell wie der Städter folgen konnte, zerstört wurde. Später allerdings trat ein gewisser Spekulationstrieb hinzu. Viele Bauern verbesserten und modernisierten ihren Besitz, indem sie hofften, die Neubauten und Neuanschaffungen später mit entwertetem Gelde billig bezahlen zu können. Zur Ehre der deutschen Landwirtschaft sei aber auch gesagt, daß sie in **großherzigster Weise die notleidenden Armen** unterstützte, daß sie den **Universitäten Geld und Lebensmittel** spendete, den Studenten Unterhalt und Verdienst gewährte und im Ruhrkampfe einen wesentlichen Anteil zur Unterstützung der besetzten Gebiete beitrug. Der deutsche Bauer hatte Vorteile durch die Inflation, er verdiente Geld und wurde schuldenfrei, aber er entzog sich auch nicht

den Forderungen, die sein Kulturgewissen an ihn stellte. Seine Opferbereitschaft, die er bei der Einführung der Rentenmark bewies, bildete einen gewissen Ausgleich mit den Vorteilen, die er aus der Inflation gezogen hatte. Es gab auch weniger intelligente Bauern. Von den Millionen bestochen, ließen sie sich verleiten, ihre Scholle zu verkaufen. Mit einem Wagen voll Geld zogen sie zur Stadt voller Hoffnungen und Träume und gingen in grausamem Elend zugrunde.

Ausländer

Auch in den großen Städten gab es Leute, die in sündhaftem Luxus dahinschwelgten. Während die große Mehrheit des Volkes dem Hungertode entgegenstöhnte, grölten trunkene Nabobs in den Bars bei strömendem Sekte frivole Lieder. Noch nie wie in jener Zeit schlimmster Not sah man in den Logen der Theater so viel Diademe und kostbaren Schmuck beieinander. Elegante Kraftwagen hielten auf den Vorplätzen, und Frauen in rauschender Seide, von blitzenden Edelsteinen überladen, nahmen breit im Innern Platz. Es waren **vielfach Ausländer**, die für billiges Geld, auf Kosten des deutschen Volkes den erlesensten und ausschweifendsten Genüssen frönten, und sie sparten nicht mit Dollarnoten! Es waren aber auch jene dunklen städtischen Emporkömmlinge, welche das Wirtschaftschaos mit zügellosem Egoismus zu ihren Gunsten ausnutzten und sich bald zu einer ganz besonderen Gesellschaftsklasse, der "**Raffkes**", entwickelte.

**Neureiche:
"Raffkes"**

Dieser neue Inflationstyp wurde bald durch die Witzblätter allgemach populär gemacht. Man schuf für ihn eine stehende Figur, jenen kurzen, aufgeschwemmten Mann mit den fetten, brillantenübersäten Fingern und dem brutalen Gesicht, und jene ebenso kurze, feiste Frau mit häßlich-ordinären Zügen. **Raffkes entstammten meist den untersten Volksschichten und brachten ein reichliches Maß verwegener Amoral mit.** Für sie gab es kein anderes Sittengesetz als den finanziellen Nutzen. Mit scharfem Blick erkannten sie jene Sachwerte, an denen sich Millionen, Milliarden und Billionen im Handumdrehen verdienen ließen. Sie rafften märchenhafte Mengen **Lebensmittel** an sich, verschoben die Kartoffeln, diese letzte Zuflucht des Volkes, zu wucherischen Preisen und verdienten fabelhafte Summen. Was kümmerte sich Raffke um Wuchergesetze, um Devisengesetze, um Steuergesetze! Man muß Geschäfte machen, schieben und wuchern können, ohne bestraft zu werden, das erfordert Talent, und dies sehr zweifelhafte Talent war die natürliche Mitgift Raffkes. Er gründete nicht nur Lebensmittelgeschäfte, auch das **Gewerbe des Bankiers** eignete sich vorzüglich zu seinen Zwecken. Man handelte mit Geld, spekulierte in Papiermark und kaufte Devisen. In allen Straßen schossen neue Bankgeschäfte mit nie gehörten Namen aus dem Erdboden. Auch die Errichtung von Zigaretten- und Likörfabriken wurde als aussichtsreich betrachtet. Selbst altes Eisen, Lumpen, Papier und Knochen wurden nicht verschmäht, und mancher Bettler wurde dadurch zum Krösus.

Raffkes Entwicklungsgang war sehr kurz. Erst hausierte er mit Schnürsenkeln und Streichhölzern. Nach vier Wochen nahm er Kokain hinzu. Dann bekam er durch irgendeinen Zufall einen Waggon Kartoffeln oder Kohlen in die Finger, und er war der gemachte Mann. Seine Tätigkeitsgebiete waren die Börse und die Bar, dort wurden die Preise gemacht, hier wurde die Ware verschoben. Ihm war das Geld höchster Selbstzweck, er war der Sklave des Mammons. Geld war ihm der Schlüssel zur Macht, Ansehen, gesellschaftlicher Geltung, Geld war ihm das Zaubermittel, mit dem er die Welt zu beherrschen vermeinte. Er schöpfte es mit vollen Händen, er streute es mit vollen Händen: er kaufte, verkaufte und bestach. Es bereitete ihm Freude und Vergnügen, Steuern zu hinterziehen. Er kaufte Rittergüter und Paläste und schmückte sie mit pompösen, extra für ihn gekauften oder angefertigten Ahnengalerien. Er besaß keine Bildung, er konnte oft kaum seinen Namen schreiben. Seine einzige Freude war es, sich in den Varietés an nackten Mädchenleibern zu entzücken. Auch liebte er berauschende Genüsse. Bei Rennen und gesellschaftlichen Veranstaltungen zeigte er sich, um zu protzen. Deswegen besuchte er auch die Theater. Er saß auf den teuersten Plätzen, aber es machte ihm nichts aus, mitten in der Darstellung ein knisterndes Papier zu entfalten und schmatzend sein Butterbrot zu verzehren. Er trachtete mit wahrer Leidenschaft danach, **einzudringen in die herrschende Gesellschaftsklasse**, die ihn verachtete und abwies. **Das geistige Herrenmentum der deutschen Oberschicht lehnte die protzigen Parvenüs ab, sie trug mit einem gewissen Stolz die unverschuldete, von Tag zu Tag sich vergrößernde Armut, war sie doch der beste Freibrief für eine anständige und vornehme Gesinnung.** Raffke hielt sich Hauslehrer, die

ihn in den elementarsten Kenntnissen der deutschen Sprache, der Literaturgeschichte und Musik unterrichteten. Er bezahlte sie gut, und seine Gebefreudigkeit hatte eine gewisse mäzenische Ader. Er bevorzugte als Kraftwagenführer ehemalige Offiziere, wenn möglich, adlige, die in ihrer Wirtschaftsnot zum letzten Strohalm griffen. Häufig veranstaltete er geräuschvolle Gesellschaften, bei denen Familie Raffke mit dem Messer aß und die Gabel als Zahnstocher benutzte. Raffke bot seinen Gästen Gelage, die von auserlesenen gastrischen Genüssen strotzten, aber nicht die geringste geistige Anregung vermittelten. Er war ein Eingänger; er liebte es nicht, mit den öden Gesellen seiner Zunft Astrachan-Kaviar zu verzehren und Kupferberg Gold zu trinken; er verschmähte den gesellschaftlichen Verkehr mit seinesgleichen, weil er die Schliche der andern Raffkes kannte und sie deshalb verachtete. **Er liebte die vornehme Welt und glaubte, sich mit seinem Geld aufdringlich die Pforten dahin erschließen zu können.** Vor allem aber ebnete er sich durch sein Geld den Weg zu den Inhabern der politischen Macht, und dies war oft nicht allzu schwer. Dieser Typ beherrschte das Leben der Städte. Er war verhältnismäßig nicht sehr zahlreich, trat aber überall durch sein lautes, rücksichtsloses, prahlerisches Benehmen in den Vordergrund. **Er ist der Typ der Inflation, mit dem Ende der Geldentwertung war auch seine Herrlichkeit dahin;** nur in Millionen und Milliarden konnte er leben und atmen; er sank spurlos ins Nichts zurück, nachdem er einige Jahre von der unverschuldeten Armut der andern gelebt hatte.

Vielleicht die bedeutendsten Vertreter dieser Klasse der Neureichen waren der **rumänische Getreideschieber Parvus-Helphand, Iwan Kutisker und Julius Barmat, zwei Russen**, die nach Ausbruch der Revolution nach Deutschland gekommen waren. Es hat kaum in der Weltgeschichte einen gewissenloseren und verwegeneren Spekulanten gegeben als diesen **Julius Barmat**. Als Zwanzigjähriger 1907 nach Holland gekommen, handelte er zunächst mit Tulpenzwiebeln und Klavieren. Im Weltkrieg begann er Lebensmittelgeschäfte großen Stiles. Die holländischen Kaufleute vermieden es, wegen seiner Unzuverlässigkeit, mit ihm in Verbindung zu treten. Nach dem Ausbruch der deutschen Revolution suchte und fand er, indem er seine sozialdemokratische Weltanschauung betonte, Anschluß an die führenden Männer der deutschen Regierung. Um ihm ungehinderten Verkehr zwischen Holland und Deutschland zu ermöglichen, erhielt er von der deutschen Reichsregierung einen Dauerpaß. Ohne daß er über irgendwelche Waren verfügte und ohne daß er überhaupt die deutsche Großhandelserlaubnis besaß, erhielt er von der deutschen Reichsregierung, von den Länderregierungen Sachsens und Württembergs Aufträge über Lebensmittellieferungen, die in die Millionen gingen. So hatte er von der Reichsfettstelle 1919 den Lieferungsantrag über acht Millionen Kilogramm Schmalz, Butter, Margarine und Käse erhalten, trotzdem seine Preise erheblich teurer waren als die von anderen Firmen angebotenen. Auch die Reichsfleischstelle erteilte bedeutende Aufträge. Das Milchgeschäft über 25 000 Kisten kondensierte Milch war ein offener Betrug Barmats, indem er sich wissentlich für jede Büchse Milch zwei Unzen zuviel bezahlen ließ!

Julius Barmat

Die Hauptspekulation Barmats lag aber vor allem darin, daß er sich gegen jede handelsübliche Gepflogenheit die Ware bereits bei der Bestellung in deutschem Gelde bezahlen ließ und dafür sofort holländische Gulden kaufte. Er bedang sich dann Lieferfristen von zwölf bis dreizehn Wochen aus und trat dann von den nichterfüllten Verträgen zurück, indem er den entsprechenden Markbetrag zurückerstattete. Hatte sich in dieser Zeit das deutsche Geld weiter entwertet, so brauchte er nur einen Bruchteil derjenigen Guldensumme zum Ankauf der Mark zu verwenden, die er ein Vierteljahr vorher erhalten hatte, als er die Markbeträge verkaufte. Die Differenz war ein ganz hübscher Reingewinn, den ihm seine Spekulation einbrachte. Barmat wurde auf diese Weise reich, lebte herrlich und in Freuden und gründete die gewagtesten Unternehmen. Im Jahre 1922 konnte er sich in Schwanenwerder eine prunkhafte Villa kaufen, wo die rauschendsten Feste nächtelang gefeiert wurden, an denen sich auch führende Sozialdemokraten, wie der Berliner Polizeipräsident Richter, beteiligten. Das Unternehmen Barmats, ursprünglich nur als Lebensmittelgeschäft betrieben, wuchs mit tropischer Geschwindigkeit zu einem ungeheuren Konzern aus. 34 Maschinenfabriken, Eisen gießereien, Armaturen- und Feldbahnfabriken und Eisengroßhandlungen gehörten dazu, außerdem 10 Banken und 12 andere Unternehmen, Fabriken für Tuch, Kunstseide, Papier, Elektrizität, Holz,

Kohle, Terpentin - bunt zusammengewürfelte und wahllos zusammengeraffte Betriebe, ohne jede Spur jenes großartigen inneren Aufbausystems und jener Wirtschaftsrationalisierung, wie sie den Stinneskonzern oder die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft auszeichnete.

Für seinen Konzern brauchte Barmat Geld, und so kam er auf Empfehlung zweier sozialdemokratischer Minister im Mai 1923 zur preußischen Staatsbank. Er fing damit an, daß er am 12. Mai 1923 72 000 Goldmark borgte, und Ende Dezember hatte er bereits anderthalb Millionen Goldmark Schulden. Das Schuldkonto wuchs lawinenhaft an und hatte Ende 1924 die Höhe von 14½ Millionen Goldmark erreicht. Da brach Barmat finanziell zusammen, nachdem er noch einmal vergeblich fünf Millionen zu erlangen gehofft hatte. Ein großer Prozeß enthüllte den Werdegang dieses Raffke, seine gewissenlose, betrügerische Art, sich auf Kosten des deutschen Volkes zu bereichern, und seine intimen Beziehungen zu den sozialdemokratischen Staatsmännern. - So wie diesen Barmat gab es aber Hunderte und Tausende von Emporkömmlingen, die, vielleicht weil sie sich weniger gewaltig entwickelten, das Glück hatten, der strafenden Gerechtigkeit zu entgehen, trotzdem aber wieder in Bedeutungslosigkeit und Armut untergingen, als wieder gesunde und geordnete Verhältnisse eingetreten waren.

**Versinkende
Volksschichten**

Häufig sahen die Ausländer in Deutschland nur den geräuschvollen und aufdringlichen Schieber, den Raffke. Sie schlossen daraus, daß es dem deutschen Volke sehr gut gehen müsse, und bauten darauf ihre Pläne und Forderungen. Wie anders aber war es in Wirklichkeit! Wo war der Wohlstand und die Sorglosigkeit geblieben, die einst das fleißige deutsche Volk auszeichneten? **Das Volk schleppte eine furchtbare Bürde mit sich herum, die es von Tag zu Tag mehr zu Boden drückte.** Abgemagerte, in Lumpen gehüllte Gestalten mit trüben und finsternen Augen schlichen durch die Straßen, wortlos, ohne Klage. Es war die Klasse derer, die früher, in glücklicheren Zeiten, geschafft und gespart hatten und die jene holländische Zeitung im Auge hatte, wenn sie schrieb, das deutsche Volk verhungere in großer Selbstbeherrschung. Wo sollte bei der großen Arbeitslosigkeit sich die Aussicht bieten, irgendeine gewinnbringende Beschäftigung zu finden? Zum Schieben und Wuchern zu ehrlich, blieb den Unglücklichen nichts weiter übrig, als dem Tode entgegenzugehen oder die allerniedrigsten Dienste zu verrichten. Längst schon hatte man das Dienstpersonal, an das man von Jugend auf gewöhnt war, abgeschafft, längst schon hatte man die herrschaftliche Wohnung gegen eine kleine, aus spärlichen Dachräumen bestehende, eingetauscht. Mancher betagte Mann, der einst ein Rittergut oder eine große Fabrik besessen, auf dessen Wink einst Dutzende von Menschen gehorchten, dankte jetzt dem Schicksal, wenn er in irgendeinem Hotel Teller spülen durfte. Manche Dame der besten Gesellschaft, in Ehren grau geworden, verdingte sich als Kochfrau und aß das Gnadenbrot der Raffkes. Oder sie fristete als Näherin ihr Leben. Oder tat verschämt Heimarbeit: klebte Tüten, knüpfte Spitzen, schrieb Adressen. Die Söhne und Töchter dieser einst reichen, jetzt in Armut versinkenden Familien waren froh, wenn sie in irgendeinem staatlichen Betriebe eine kleine untergeordnete Stelle einnehmen durften und ein geringes Gehalt bezogen.

Welche Herzenskämpfe, welche Tragödien spielten sich in aller Stille ab! **Schmuck und Kleinodien, die einst in glücklicheren Tagen zur Schau getragen wurden, Silbergerät und alles, was irgendeinen Wert hatte, wurde zusammengerafft und zum Trödler gebracht.** Viele Stücke jahrhundertalter Familientradition gingen diesen Weg, von Schluchzen und Herzeleid begleitet, aber der angeborene Stolz verbot es den Unglücklichen, offen ihre Tränen zu zeigen. Andere wieder machten aus ihrer Wohnung einen Erwerb. Sie beschränkten sich auf ein, zwei Hinterzimmerchen, während sie die Prunkräume einer versunkenen Zeit, ausgestattet mit den Möbeln, die noch nicht verkauft waren, an Untermieter weitervermieteten, am liebsten an Ausländer, die in Dollar bezahlten. Sie verrichteten in ihrer eigenen Wohnung die Geschäfte des Kammerdieners und Zimmermädchens und waren dankbar für jeden gnädigen Blick, den ihnen der hochmütige, valutastarke Fremde schenkte. Wie wurde mit dem kostbaren Gelde geknausert! Es gab Familien, in denen es wochenlang nichts anderes als Kartoffelsuppe zu essen gab, selbst Heringe und Pferdefleisch waren unerschwinglich im Preise. Versagten aber alle Mittel, Geld zu verdienen, dann gab es noch einen Ausweg, der Not ein Ende zu bereiten: schweigend und unbemerkt aus der Welt zu gehen. In schwarzer

Hoffnungslosigkeit schleppte sich der Unglückliche, dessen Nerven versagten, vor die Stadt hinaus zum Fluß und stürzte sich in die gurgelnde Flut, allen Jammer mit sich begrabend. Oder er legte sich bei geöffneten Gashähnen zum Schläfe nieder, um nicht wieder zu erwachen. Dieses Nirwana nach vielen sorgenvoll durchwachten Nächten wurde als Wohltat herbeigesehnt. **In Berlin beginnen in drei Tagen, Anfang November 1923, 16 Menschen Selbstmord aus Hunger!** -

Besonders furchtbar beeinflusste die Inflation **das Los der ehemaligen deutschen Offiziere**. Sie waren zum allergrößten Teile berufslos geworden und versuchten einem neuen Erwerb nachzugehen. Sie widmeten sich der Landwirtschaft, viele von ihnen traten auch in industrielle Unternehmungen ein. Ein anderer großer Teil widmete sich dem Studium und besuchte die Hochschulen, um einem akademischen Berufe nachgehen zu können. Wieder andere verrichteten die einfachen Dienste von Kraftwagenführern. Sehr viele von ihnen aber wandten sich aus Verzweiflung über ihre Not der **französischen Fremdenlegion** zu. Sie ließen sich anwerben mit vielen gescheiterten Existenzen, Spartakisten, Arbeitern, Lehrern, Studenten und Ingenieuren, um auf dem heißen Sande Afrikas in steter Sehnsucht nach ihrem Vaterlande schließlich zu verbluten. Bedauernswert war auch das Schicksal dieser Opfer der Inflation. Wenn sie nicht selbst durch eine Kugel ihrem Leben ein Ziel setzten, so erlag ein großer Teil von ihnen den Strapazen und Anstrengungen. Einen Gradmesser für die deutsche Not bildete die **Hälfte der gesamten Fremdenlegionäre, etwa 15 000, Deutsche waren**.

Los der Offiziere

Trotz der immer stärker werdenden Jagd nach den Sachwerten war von allen Bevölkerungsklassen der Städte der **Beamtenstand derjenige, der die Inflation am wenigsten bitter empfand**, im Vergleich zu anderen Berufsständen. Der Beamte hatte sein festes Gehalt, seine Pension, er war versorgt und war nicht der grausamsten Not ausgeliefert, wie so viele ungezählte andere. Allerdings waren Staat und Reich nicht in der Lage, die Beamtengehälter stets in einer der Geldentwertung entsprechenden Höhe zu halten, und so kam es im Fortgang der Inflation dazu, daß auch das Dienstekommen auf einen Bruchteil der Vorkriegszeit herabsank. Auch die durch die Revolution herbeigeführte **Nivellierung der Gehälter, die Verwischung der Unterschiede zwischen den höheren und unteren Gruppen**, wurde mit einem gewissen Unmut aufgenommen. Mußte der Postschaffner im Oktober 1922 mit einem Gehalt im Werte von 112 Mark auskommen, so erhielt der Regierungsrat kaum das Doppelte, während er vor dem Kriege über die vierfache Summe verfügte. Was aber wollten diese in der gewaltigen Notzeit immerhin kleinen Mißstände gegenüber der gewaltigen moralischen Überlegenheit sagen, die eben darin bestand, daß der Beamte jener Glückliche, Bevorzugte war, der allmonatlich sein sicheres Einkommen hatte, während der Arbeiter und Angestellte vor dem Abbau und der Not zitterte und die freien Berufe gar täglich nicht nur ihre Einnahmen, sondern auch ihre Vermögen dahinschwinden sahen!

Beamtenstand

Diese bevorzugte wirtschaftliche Stellung des Beamten brachte es mit sich, daß **ein gewaltiger Ansturm auf die zu besetzenden Beamtenstellen erfolgte**. Für jede einzelne Stelle gab es viele Hunderte von Bewerbern, und alltäglich ereignete sich dutzendmal ein erbitterter Wettlauf um die Erlösung aus der Not. Mit dem letzten Aufgebot ihrer Eleganz statteten die Stellenjäger allen Persönlichkeiten, die sie für einflußreich hielten, ihre Besuche ab, priesen in leuchtenden Farben ihre Kenntnisse und Fähigkeiten, die sie für dieses Amt mitbrächten, beriefen sich auf alte Familienbeziehungen, ließen durchblicken, daß sie überzeugte Anhänger gerade derjenigen Parteirichtung waren, die sie bei der Besetzung des Postens für ausschlaggebend hielten, schließlich griffen sie zum letzten Mittel, indem sie in bewegten Worten herzerweichend ihre furchtbare Notlage schilderten. - Es sind in jenen Jahren sehr viele Beamte eingestellt worden nicht auf Grund ihrer Fähigkeiten, sondern durch irgendwelche Protektionen. **Vorherrschend allerdings war hierbei in der Hauptsache der politische Gesichtspunkt. Die herrschende Partei der Sozialdemokratie** glaubte besonders dadurch die Staatsmacht zu behaupten, daß sie ihre Anhänger gut versorgte und in alle möglichen Beamtenstellen hineinbrachte. Sie verdoppelte diese Anstrengungen, als ihr die nationalen Erhebungen eine gewisse Furcht vor der Erschütterung ihrer Herrschaft einflößten.

Politisierung der Beamtenschaft durch Sozialdemokratie

Besonders in Preußen unter dem sozialdemokratischen Minister Severing, dann auch in **Sachsen**,

luste wettzumachen, die durch eine an bestimmte Termine gebundene Gehaltszahlung entstanden.

Verhältnismäßig harmlos, aber nicht anständig war der **Spekulationstrieb**, sofern er mit eigenem Gelde betrieben wurde. Das Spiel an der Börse wurde zur Leidenschaft. Das Studium der Kurszettel war sehr umfangreich und forderte viel Zeit. In Kürze waren einem Manne, der sonst nichts als seine Akten kannte, alle finanztechnischen Kniffe geläufig. Er bewegte sich an der Börse ebenso sicher wie in seinem Büro. Er führte ein Doppelleben und war ein halber Mann in seinem Beruf. Mit einer wahren Gier stürmte er auf alles, wo Geld zu verdienen war. **Zum Verhängnis wurde die Erweckung dieser Leidenschaft bei solchen Beamten, welche Gelder zu verwalten hatten.** Manche von ihnen griffen in die Kasse, um das fehlende Geld für irgendeine große Spekulation zu "borgen". Sie waren fest entschlossen, nach geglückter Transaktion - und sie mußte glücken! - die Summe sofort wieder an ihren Platz zu tun. Oft aber wurde der verwegene Griff zur Katastrophe. Die Spekulation mißlang, das Geld wurde nicht zurückerstattet und der ungetreue Beamte büßte seine Schuld im Zuchthaus. Die Inflation hatte in manchem Beamten der Post, Eisenbahn, Gericht, Finanz, Sparkassen und Banken die **Leidenschaft des Spielers** geweckt. Viele hatten Erfolg im Glücksspiel an der Börse, viele aber auch wurden seine Opfer, indem sie Unterschlagungen begingen, die sie nicht wieder ersetzen konnten.

Bei anderen machte sich ein regelrechter **Handelsgeist** bemerkbar. Sie kauften Sachwerte, die sie zum größten Teil erst bezahlten, wenn die Entwertung weiter fortgeschritten war; im geheimen ließen sie dann durch ihre Frau und Kinder einen schwunghaften Handel treiben, oder sie betrieben ihn ungeniert auf eigene Faust. Oft war die Amtsstube nicht mehr die Stätte ernster Arbeit, sondern ein Markt, wo gefeilscht und gehandelt wurde, indem ein Kollege beim andern seine Ware möglichst vorteilhaft an den Mann zu bringen suchte. Hier war von Möbeln, Kristall, Schuhen, Kartoffeln, Fleisch bis hinab zu Likör und Seife alles zu haben. Es war nun nur noch ein Schritt, daß man auch **für milde Gaben der Bittsteller aus dem Publikum** eine offene Hand und ein weites Gewissen hatte. Nie blühte das **Bestechungswesen** so sehr wie in der Inflation. Die Käuflichkeit des Beamtentums war der Faktor, der den skrupellosen Wucherern und Schiebern bei der Durchführung ihrer Pläne förderlich war. Der ehemalige sozialdemokratische Reichskanzler Bauer erhielt Tausende von Mark von Barmat, und der Reichspostminister Hoefle gab aus Reichsgeldern Darlehen an Schieber, die ihm schließlich den Erwerb einer prächtigen Villa ermöglichten, bis auch ihn die unerbittliche Gerechtigkeit erteilte. **Das furchtbarste Beispiel dieser Verworfenheit und Bestechlichkeit war der sächsische Ministerpräsident Zeigner, der Leute hoch bestrafen ließ, um sich von ihnen seine Gnade teuer abkaufen zu lassen.** In seiner 15 Monate währenden Ministertätigkeit verfügte er nicht weniger als 19 000 Begnadigungen, ein wahrhaft lukratives Geschäft! Er büßte diesen allzu geschäftstüchtigen Geist mit drei Jahren Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Auch **Sepp Örtter**, der braunschweigische Ministerpräsident, mußte vier Monate wegen Bestechung ins Gefängnis. - In jener Zeit waren nur allzu viele Beamte der Regierungen, der Finanz, der Banken, der Wohnungsämter der Bestechung zugänglich. Ehrlichkeit, Treue, Pflichterfüllung hatten sich auf einen keineswegs allzu großen Kreis des Beamtentums zurückgezogen.

Zeitungen stellten ihr Erscheinen ein, weil sie nicht mehr gekauft wurden.

Allgemeine Not

Vom 1. Januar 1921 bis 1. Dezember 1922 gingen 243 deutsche Tageszeitungen ganz ein, 90 vereinigten sich mit andern Blättern und 167 beschränkten erheblich ihren Umfang. Drei Viertel der ständigen Bezieher hatten den Bezug der Zeitung eingestellt. **Kleinbahnen und Straßenbahnen** wurden stillgelegt, weil sie nicht mehr benutzt wurden. Das **Briefschreiben** wurde nur auf die nötigste Geschäftskorrespondenz beschränkt, um das teure Porto zu sparen.

Man legte sich bei Einbruch der Dunkelheit zu Bett, um keine Unkosten durch **Licht und Heizung** zu haben. Man starb, um keinen **Arzt** bezahlen zu müssen. Arbeiterfrauen wickelten ihre **Säuglinge in Zeitungspapier statt in kostspielige Windeln**. Überall wurde der billigste Ersatz, Leder von Pappe, Stoffe von Papier, Seife von Ton, bevorzugt. Der Fleischverbrauch war um zwei Fünftel, der Mehlverbrauch um ein Drittel, der Kartoffelverbrauch um die Hälfte gegenüber der Vorkriegszeit zurückgegangen. Sogar der Biergenuß hatte sich um zwei Drittel verringert. **Die Genußmitteleinfuhr war um die Hälfte zurückgegangen;** Kaffee, Tee, Gewürze, Lachs, Kaviar, Likör, Wein und



bis 1916



1.VII. 1916



1.X. 1919



6.V. 1920



1.IV. 1921



1.I. 1922



1.VII. 1922



1.X. 1922



15.XI. 1922



15.XII. 1922



15.I. 1923



1.III. 1923



1.VII. 1923



1.VIII. 1923



24.VIII. 1923



1.IX. 1923



20.IX. 1923



1.X. 1923



10.X. 1923



20.X. 1923



1.XI. 1923



5.XI. 1923

wintersonnenwende.com



12.XI. 1923



20.XI. 1923



26.XI. 1923

Bier waren nicht für die hungernden Deutschen, sondern nur für die Ausländer und Raffkes vonnöten. Noch krasser zeigte sich der **Rückgang in der Einfuhr der Luxusfabrikate**: Seide, Samt, Federn, Pelze, Parfüme, Perlen, Möbel, Gold, Silber, Kinderspielzeug. Von all diesen Dingen wurde 1922 nur noch der sechste Teil gegen 1913 eingeführt! Das deutsche Volk hatte keine Bedürfnisse mehr, es hungerte!

Krankheit und Kinderelend

Ein **Heer von Krankheiten** folgte dem Hunger. Die schweren Entbehrungen des Krieges hatten die städtische Bevölkerung schon stark geschwächt. Nun kamen die neuen Qualen der Inflation. **Unterernährung war eine allgemein verbreitete Erscheinung.** Kinder und Erwachsene, bis zum Skelett abgemagert, starben an Entkräftung, am Hungertode. Kriegswassersucht zeigte sich, **Fleisch- und Fischvergiftungen** rafften viele Menschen hin, die sich im Heißhunger auf verdorbene Konserven gestürzt hatten. Ging doch der gewissenlose Geschäftssinn vieler Unternehmer so weit, sogar bewußt schlechtes Fleisch zu verarbeiten. So wurden am 1. Juni 1922 in der **Neuköllner Wurstfabrik 113 Zentner verdorbenes Fleisch, 28 Zentner verdorbene Wurst und 60 Zentner Blut beschlagnahmt.** Einwandfreie Ware wurde nicht gefunden. **Krankenhäuser und öffentliche Anstalten**, welche vor allem diese Konserven verwendeten, wurden förmlich Herde von Vergiftungsepidemien. Vor allem aber hielt die **Tuberkulose** eine reiche, aber traurige Ernte; im Freistaat Sachsen war jedes zehnte Schulkind tuberkulös. **Die Mütter waren nicht mehr in der Lage, ihren Säuglingen die teure Milch zu kaufen.** Tausende und aber Tausende dieser armen Geschöpfe starben dahin an Hunger und Krankheit. Die hohläugige und hohlwangige Schwindsucht war die treue Begleiterin des Hungers. Die **Hälfte aller Schulkinder** war unterernährt, blutarme, kleine, schwache Wesen, die schon morgens müde, matt und schlaff zur Schule kam. Oft hatten sie kein Hemd, keine Strümpfe, keine Unterwäsche auf dem Leibe. Hungrig und frierend, ohne Frühstück, saßen sie in ihren ärmlichen, zerrissenen Kleidern auf den Bänken und waren nicht fähig, dem Unterricht zu folgen. Es war ein stilles Dahinsiechen, ohne Lebenskraft und -freude. **Kinder und alte Leute wurden gesehen, die zusammengekehrte Müllhaufen gierig nach Essenresten durchwühlten, um mit den besudelten Brosamen ihren vor Hunger tobenden Magen zu beschwichtigen.** Die Regierungen sorgten nach Möglichkeit dafür, daß den Kindern morgens vor dem Unterricht Milch und Frühstück gegeben wurde. Barmherzige Gesellschaften des Auslandes nahmen sich der armen, elenden Würmer an. Die englischen Quäker spendeten Geld und Lebensmittel für Kinderspeisungen, Schweiz und Schweden nahmen Kinder, die besonderer Erholung bedurften, während der Ferien auf.



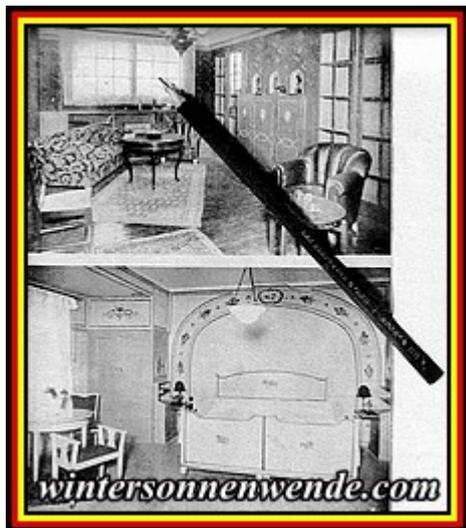
Quäker speisen deutsche Mütter und Kinder. Photo Scherl.

**Not der
Alten**

Die deutschen Regierungen gaben sich die größte Mühe, **auch die Not der Alten, Siechen, Invaliden zu lindern**. Die private Wohlfahrtspflege stand durch die rasende Geldentwertung am Ende ihrer Kraft. Kranken- und Pflegeanstalten, die hauptsächlich von wohlthätigen Stiftungen existierten, konnten keine Kohlen, kein Holz, keine Lebensmittel kaufen. Die Legate und die Stiftungen waren durch die Inflation verschlungen worden. Die Zahl der Pfléglinge ging zurück, weil sie nicht mehr unterhalten werden konnten. Einsam kamen die Schwachen im Elend um, sie, denen nicht ein sicherer Zufluchtshafen offen stand. Es war Christenpflicht, daß diejenigen, die noch stark und gesund waren und schaffen konnten, sich der grausamen Not annahmen. **Der "Stahlhelm" organisierte in großzügiger Weise in manchen Städten eine Volksspeisung**, zu der ihm die Landwirtschaft die Lebensmittel zur Verfügung stellte. Ohne Parteiunterschied wurde täglich den Alten, Armen und Schwachen unentgeltlich ein Teller kräftiger Suppe und ein Stück Wurst verteilt.

**Vernichtung des Sparsinns
und des Nationalvermögens**

Der Sparsinn der Deutschen war längst erloschen. Hatte es noch einen Sinn, heute tausend Mark auf die Sparkasse zu bringen, wenn sie morgen nur noch die Hälfte oder gar ein Viertel wert waren? Wenn jemand noch so viel verdiente, daß er etwas erübrigen konnte, so ahmte er die Raffkes nach und brachte es durch. Hatte jemand ein Menschenalter hindurch vor dem Kriege 5500 Mark gespart, dann konnte er davon eine bürgerliche Wohnungseinrichtung von drei Zimmern und Bekleidung für ein Ehepaar mit zwei Kindern kaufen. Mitte Februar 1923 hätte er dafür mehr als 26 Millionen Papiermark gebraucht. Von den 5500 Mark einschließlich Zinsen konnte er sich kaum noch ein Hemd kaufen. War es da ein Wunder, wenn die Sparkasseneinlagen, die im gesamten Deutschland 1913 fast 20 Milliarden Goldmark betrugten, nur auf 53 Milliarden Papiermark Mitte 1922 angestiegen bzw. auf $\frac{3}{4}$ Milliarde Goldmarkwert gesunken waren?



**Inflation: Ein Bleistift für ein
Wohn- und Schlafzimmer!**
Photo Sennecke.

Auch die **Industrie** lag schwer darnieder. Ihre Aktien waren zwar gestiegen, aber auf einen ganz geringen Bruchteil ihres ehemaligen Goldmarkwertes gesunken. Die Dividenden betrugten kaum den fünfzigsten Teil der Vorkriegszeit. [Scriptorium merkt an: d.h. weniger als 2 Prozent!]

Das deutsche Nationalvermögen war bodenlos zusammengeschrumpft. Nicht nur deshalb, weil es durch den verlorenen Krieg starke Verluste erlitten hatte, sondern auch deshalb, weil kein Geld mehr in Deutschland vorhanden war, um Sachwerte einigermaßen zu bezahlen. Das Nationalvermögen, vor dem Kriege auf über 300 Milliarden geschätzt,

wurde **Mitte 1922 auf 130 Milliarden geschätzt**, und, wie der ehemalige Minister Gothein sagt, das war noch zu hoch. "Denn nicht auf den Anschaffungswert kommt es an, sondern auf den realisierbaren." Der aber habe beispielsweise bei Hausverkäufen in Wiesbaden nur sieben Prozent des ursprünglichen Goldwertes betragen. Der Gesamtkurswert der deutschen Aktien, der vor dem Kriege, am 31. Dezember 1913, über 31 Milliarden Goldmark betrug, war Ende 1922 nur kaum 5 Milliarden wert. **Da strömten die Fremden aus aller Herren Länder herzu, kauften Häuser und Fabriken zu billigem Preise und drückten die Deutschen in Abhängigkeit hinab. Das deutsche Volk wurde ein Tagelöhnervolk.** Was galt Besitz? Was galt Vermögen? Sie zerrannen unter den Händen. **Das höchste Gut, das erstrebenswerteste, war die Dienststellung in einer Behörde, in einer Fabrik.** So setzte ein wahrer Ansturm auf die "gesicherte Lebensstellung" ein. Die Handwerker schlossen ihre Werkstätte und suchten ihr Brot in der Fabrik. Die Söhne mit dem Reifezeugnis des Gymnasiums oder mit einigen Semestern Studium strebten nach dem Posten eines Büroschreibers oder Buchhalters. Die höheren Töchter erlernten Stenographieren und Maschineschreiben, um Geld zu verdienen und um sich die Aussteuer Stück für Stück anschaffen zu können, die die Väter nicht mehr bezahlen konnten. Oft wurden zwei, drei Kinder einer Familie erwerbstätig. Es gab

kaufmännische Betriebe, welche nur Abiturienten als Lehrlinge einstellten. So einschneidend wirkte der Verlust des Besitzes durch die Inflation! -

Eine Spielwut sondergleichen hatte weite Kreise des Volkes ergriffen.

Spielleidenschaft

Man verachtete das Geld und das Leben und sah in diesem selbst nichts anderes als ein Glücksspiel. In der Kaschemme und im Prunksaal des Luxushotels herrschte der gleiche Geist entfesselter Spielleidenschaft. Nächtelang, bis in die frühen Morgenstunden hinein, saßen in den abgelegensten Dörfern die aufgeregten Spieler, in der Mehrzahl die ganze männliche Bevölkerung, zusammen und verspielten Haus und Hof, Hab und Gut, während die Frauen zu Hause kaum ein Stück Brot hatten, um ihren schreienden Kindern den Hunger zu stillen. Im Winter 1921/22 beklagten sich viele Frauen von Hamburger Werftarbeitern bei der Kriminalpolizei, daß ihre Männer und Familienernährer auf den Elbfährdampfern ihren ganzen Wochenverdienst im Spiele verloren hätten und die Familie also hungern müßte. Im März 1922 überraschte eine Polizeistreife an einem Lohntage auf einem Fährdampfer zwischen Deutscher Werft und St.-Pauli-Landungsbrücke in Hamburg neun Glücksspieler beim Hasardspiel "Die krumme Sechs". In allen großen Städten bestanden verborgene Spielhöllen, die hauptsächlich von Großverdienern und Neureichen besucht wurden.

Verbrechen

Nicht nur Not und Jammer und Tod hatte die Inflation zur Folge, **sie züchtete auch einen großen verbrecherischen Geist.** Da, wo er nicht durch den Besitz von Geld gezähmt und übertüncht war, äußerte er sich in seiner ganzen brutalen und nackten Roheit. Gewalttaten und Blutvergießen häuften sich. Schiffe und Speicher, Eisenbahnzüge und Postsendungen wurden systematisch überfallen, beraubt und geplündert. Der Diebstahl in Fabriken und Güterschuppen nahm ungeheure Formen an, so daß ein Heer von Beamten nur für den einen Zweck eingerichtet werden mußte, diese Diebstähle zu verringern und zu verhindern. Die Deutsche Werft und die Vulkanwerft im Hamburger Freihafengebiet mußten mehr als 40 Kontrolleure anstellen, um die umfangreichen Metalldiebstähle nicht zu verhindern, aber zu verringern. Zahlreiche Händler hatten sich in der Nähe der Werften niedergelassen, die lediglich das gestohlene Gut kauften. Auf dem Altonaer Fischmarkt arteten die Fischdiebstähle der Hallenarbeiter geradezu ins Unglaubliche aus. In den Kruppschen Werken wurden Millionenwerte gestohlen. 240 Personen wurden mit insgesamt 17 Jahren Zuchthaus, 33 Jahren Gefängnis, 28 Jahren Ehrverlust und 8000 Mark Geldstrafe bestraft. Im Frühjahr 1922 wurden im Hamburger Freihafen 15 Matrosen und Heizer ertappt, welche Stiefeln, Kleidungsstücke, Lebensmittel, ja 16 Thermometer gestohlen hatten. Auf dem Görlitzer Bahnhof in Berlin verschwanden die Frachtgüter. Sieben Rangierer hatten sich zusammengetan, um die Güterwagen planmäßig zu berauben und das gestohlene Gut sofort zu verkaufen. Arbeiter und Angestellte, welche Vorsitzende und Mitglieder des Betriebsrates waren, fälschten Frachtbriefe und unterschlugen die Sendungen. Der Kutscher eines großen Speditionsgeschäftes schaffte das Diebesgut, meist Tuchstoffe und Wollwaren, zu seinem Schneider, der Anzüge und Kostüme daraus fertigte und mit gestohlenen Naturalien bezahlt wurde. Ein andermal wurden fünf Zollbeamte als Güterräuber verhaftet.

Für die **Falschmünzer** war das goldene Zeitalter angebrochen. War es doch so leicht, die aus unedlem Metall, Zinn, Aluminium, hergestellten Münzen nachzuahmen, die Geldscheine nachzudrucken, auf die bei der milliardenweisen Anfertigung keine besondere Sorgfalt verwendet werden konnte. Fast in allen Städten gab es verschwiegene Keller mit geheimnisvollen Apparaten und Maschinen, die sich befleißigten, der Reichsdruckerei die Arbeit zu erleichtern. Falsche Geldscheine durchschwirrten das Land, und man gab sich kaum die Mühe, sie vom richtigen Geld zu unterscheiden. Glaubte jemand einen unechten Schein in der Tasche zu haben, so ging er in den nächsten Bäckerladen und kaufte ein Brot dafür. Der Kampf aller gegen alle nahm ganz bizarre Formen an.

Mundraub war eine alltägliche Erscheinung. Bestellte ein Bauer im Frühjahr sein Kartoffelfeld, dann stellte sich nachts eine hungrige Meute ein und grub die Kartoffeln wieder aus, die am Tage gesteckt worden waren. Nahte die Ernte, dann erschienen im nächtlichen Dunkel Scharen von Männern mit Spaten, Säcken und Dreschflegeln, ernteten Kartoffeln, wo sie keine gesät hatten, und draschen den Weizen, den Gott und der Bauer für sie hatte wachsen lassen, an Ort und Stelle auf dem Stoppelfeld. Hatte jemand geschlachtet, dann stellten

Mundraub



*Feldzug gegen Kartoffelraub
in der Inflation. Photo Scherl.*

sich bereits in der Nacht die ungebetenen Gäste ein und entführten in aller Stille Schinken, Speck und Würste. Einsame Hecken und Wiesen waren für Gänse und Hühner verhängnisvoll. Kühe wurden nachts von der unbewachten Weide fortgetrieben.

Massenmörder hat es zu allen Zeiten gegeben. Kaum aber dürfte den blutigen Verbrechen die Menschenfresserei gefolgt sein, wie dies bei dem Massenmörder **Haarmann in Hannover** während der fünf Jahre der Inflation der Fall war. Dieser entmenschte Geselle wurde durch seine widernatürliche, homosexuelle Veranlagung zum Mörder. Er mordete von 1919 bis 1923 an die 25 junge Männer, deren Leichen er zerstückelte und als Schweine-

fleisch höchst billig an die notleidende niedere Bevölkerung verkaufte. Zwar waren seine Abnehmer nur Dirnen und Zuhälter, aber grausam und beschämend war die Tatsache, daß in einer hochstehenden Kulturnation Fälle von Menschenfresserei vorgekommen waren - eine Folge der Inflation und ihrer teuren Preise.

Daß man bei Gutsbesitzern und Fabrikdirektoren einbrach, um Silber zu stehlen, kam auch anderwärts vor. Daß man aber die letzten Schranken der Scham und der Scheu niederriß und selbst **Gotteshäuser nicht verschonte**, war vor allem ein Zeichen des Inflationszeitalters. Kirchen wurden von Dieben heimgesucht und die kostbaren Geräte geraubt; sie wurden barbarisch zerbrochen und zerstückelt, um leichter verkauft werden zu können. Selbst vor **Leichenschändungen** schreckte man nicht zurück. Die in Kirchen und Kapellen aufgestellten Särgе wurden geöffnet. Den Toten wurden die Ringe vom Finger gestreift, jeder Schmuck, ja oft sogar noch die Kleider weggenommen. Selbst Gräfte wurden erbrochen und von den entmenschten Räubern geplündert, wie dies bei der Fürstengruft in Weimar Ende September 1923 geschah.

**Raub und
Schändung**

Hatte man vor den Toten keine Achtung mehr, so hatte man erst recht keine vor den Lebenden. Das Leben des Menschen galt nichts, keinen Deut mehr, um so höher aber bewertete der Straßenräuber alles das, was der lebende Mensch mit sich herumtrug. Sehr häufig waren die Fälle, daß einsame Wanderer nachts an entlegenen Stellen überfallen und splitternackt ausgezogen wurden. Dann ließ man sie laufen. Das Hemd, die Kleider, die Schuhe, der Hut, all dies war eine kostbarere Beute als Milliardenscheine, für die man sich kaum einen Teil dieser Ausstattung kaufen konnte.

Dieser verbrecherische Zeitgeist kam **besonders den Kommunisten** zustatten. Anfang Dezember 1921 verübte eine Räuberbande verwegene Überfälle auf die Deubener Bank, auf die Zechenkasse der "Grube Alwine" in Bruckdorf bei Halle, auf den Kassierer der Glasfabrik Siemens. Die Taten wurden, nach dem Vorbild von Hölz, mit Kraftwagen und Revolver ausgeführt. Die Bande erbeutete insgesamt $\frac{3}{4}$ Millionen Mark. Sie bestand aus fünf Männern und einem Mädchen! Ihr Anführer war der kommunistische Wanderredner Karl Robert Plättner, der lange den Nachforschungen der Polizei entging. Die Zusammenkünfte der Bande fanden in verschiedenen Lokalen statt. Durch besondere Kuriere wurden die Mitglieder nach einem dieser Lokale hinbeordert. Dort fand auch eine genaue Verteilung der Beute aus den Raubzügen statt. Auch Mitglieder, die nicht tätig mitgewirkt hatten, erhielten ihren Anteil, alle eine Summe, die als fester Wochenlohn galt. Plättner jedoch behielt den Hauptanteil für sich, um, wie er sagte, damit einen besonderen Fonds anzulegen, aus dem Verhaftete und Hinterbliebene unterstützt werden sollten. Die Räuber waren mit falschen Papieren versehen, welche ihnen von der Kommunistischen Partei ausgestellt waren. In Hohenerxleben im Kreise Bernburg wurde Anfang Januar 1922 die große Scheune des Rittergutes mit Getreide im Werte von 60 000 Mark ein Raub der Flammen. Der Brandstifter war ein Kommunist, der angab, aus politischen Gründen Feuer angelegt zu haben.

**Kommunistische
Überfälle**

Im Jahre 1923 wurden fast zwei Prozent der gesamten strafmündigen deutschen Bevölkerung durch den Strafrichter verurteilt, während es 1912 kaum 0,9 Prozent, 1925 dagegen 5¼ Prozent waren. Fast eine Million Verurteilungen wurden 1923 ausgesprochen, während es 1912 und 1925 kaum 600 000 waren! 40 Prozent aller abgeurteilten Straftaten waren Diebstähle jeder Art. Auch Mord, Raub und Erpressung, Unterschlagung, Gewalt und Drohung gegen Beamte, Hehlerei, Glücksspiel und Lotterie wurden wesentlich zahlreicher abgeurteilt als früher. So zeigte sich die Not der Inflation in der ungeheuren Zunahme aller Verbrechen gegen Leben, Geld und Eigentum.

Die ganzen Zustände jener Zeit führten auch zu einer **bedenklichen Lockerung der Sitten. Die drückende Not führte zu einer sehr starken Verbreitung des offenen und geheimen Dirnentums.** Auf den Straßen und in den Betrieben zeigten sich jene Geschöpfe, die sich schamlos in Wort und Tat gebärdeten und zu Exzessen reizten, um damit einige Geldscheine zu verdienen. Nacktkultur und Schundliteratur standen in vollster Blüte. Unsittlichkeit war pikant und wurde mit ungenierter Offenheit verlangt. Nicht nur jugendliche Arbeiter verpraßten ihren Wochenlohn in Dirnenhäusern oder füllten die Lichtspieltheater, die, um zu verdienen, genötigt waren, ihre Darbietungen dem Wunsche ihrer Besucher anzupassen. Die Inflationsgewinnler bevölkerten die Theater, die demselben Geiste entsprachen, oder besuchten die Kabarets und Varietés, wo allabendlich Dutzende von nackten Tänzerinnen sich dem Publikum präsentierten. In breiter Öffentlichkeit propagierten die Kommunisten das Recht der freien Liebe und der Abtreibung der Leibesfrucht, so daß der Staatsanwalt oft gezwungen war, einzuschreiten. Abtreibungen, Kindesmord und Kindesaussetzungen häuften sich, teils infolge der Lockerung der Sittlichkeit, teils infolge der ungeheuren wirtschaftlichen Not. Bezeichnenderweise war die Zahl der 1923 wegen Notzucht Verurteilten geringer als 1912 und 1925, nicht etwa deshalb, weil die Masse des Volkes sittlicher geworden war, sondern weil ein großer Teil der betroffenen Frauen und Mädchen, infolge der herrschenden Not zu Dirnen geworden, die Angelegenheit lieber durch Geldscheine als durch Strafparagrafen regulieren ließ.

Unsittlichkeit

War es nicht eine trostlose, wirtschaftliche und sittliche Zerrüttung, in der sich das deutsche Volk befand? Hier setzte man sich gewissenlos über alle sittlichen Bedenken hinweg, man bestahl, betrog, bewucherte, mordete seinen Mitmenschen und spottete aller göttlichen Vergeltung, dort stöhnte man in Verzweiflung und krümmte sich im Hungertode, setzte man seinem Leben selbst in Not und Elend ein Ziel. Hatte es nicht den Anschein, als sollte das deutsche Volk endgültig zugrunde gehen an der Entfesselung all jener wilden Instinkte des Kampfes aller gegen alle? Das Verbrechen und der Tod waren gut organisiert. Der Glaube an alles Große, Befreiende, Göttliche, war durch den Hunger erdrückt worden, und das von der Weltgeschichte gezeichnete Volk taumelte seinem Untergang entgegen. Das Geld allein beherrschte das Leben, wer es besaß, war der Mächtige, wer keines besaß, war zum Tode verurteilt.

Und dennoch war dies nicht die letzte Macht, die das Schicksal des Volkes bestimmte! **In der schweren Feuerprobe jener Inflationszeit erwies es sich, daß die deutsche Kultur und die, welche ihr dienten, doch stärker waren als alle materiellen Katastrophen. Die geistige Aristokratie des Volkes entschied das Schicksal zu Deutschlands Gunsten mehr durch ihr tapferes Aushalten in der Inflation als durch ihre Teilnahme am Kampfe der Parteien. Das stille, selbstvergessene, pflichtbewußte Heldentum der akademischen Jugend verhinderte, daß die gesellschaftliche Erschütterung zum Kulturumsturz führte, es bewirkte, daß auch nach dem Verlust von Geld und Reichtum noch Geist und Bildung die führende Macht des deutschen Volkes blieben.** Nicht das geräuschvolle Hinstapfen Raffkes an die Spitze des deutschen Wirtschaftslebens leitete eine neue kulturlose Epoche der deutschen Gesellschaftsgeschichte ein, sondern die stille, aber um so entschlossener Bekämpfung Raffkes durch Deutschlands geistige Schicht verhinderte den drohenden Kulturzusammenbruch!

Die deutsche Kulturschicht

Die **Wissenschaft und ihre Kulturpioniere** hatten unter grausamer Not zu leiden. Universitäten, wissenschaftliche Institute, Laboratorien, Bibliotheken, Sammlungen konnten nur die allergeringsten Mittel von Reich und Staat erhalten. Sie waren kaum lebensfähig, geschweige denn ausbaufähig. Wissenschaftliche Veröffentlichungen waren unmöglich. Doktordissertationen wurden nicht

mehr gedruckt, alte, bedeutende Zeitschriften stellten das Erscheinen ein. Die Wissenschaft half sich selbst durch die von ihr gebildete **Notgemeinschaft**, welche alle Freunde der deutschen Universitäten in Landwirtschaft, Handel und Industrie vereinigte. Hierdurch kamen Spenden ein, welche die äußere Not abwendeten, andererseits bildete sich ein festerer Zusammenschluß aller Freunde der Kultur über die Grenzen der Universität hinaus als Abwehrdamm gegen die drohend emporstrebende kulturlose Schicht der Neureichen, - dieser Neureichen in Staat und Wirtschaft.

Die deutschen Studenten waren vor allem die Söhne des notleidenden Mittelstandes und der mittleren und höheren Beamten - jenes Teiles der alten Beamtschaft, der nicht von den Lasten und Sünden der Inflation angegriffen war. Die Einnahmen dieser Schichten reichten aber gerade dazu aus, ein höchst notdürftiges und bescheidenes Dasein zu führen, die Kosten für Wohnung und Nahrung zu bestreiten, während für die Kleidung wenig übrigblieb, für die Erziehung der Kinder aber fast nichts. Nach dem Verlust des Vermögens war es sehr vielen Vätern unmöglich, auch wenn sie in höheren Beamtenstellen waren, den Sohn auf der Universität studieren zu lassen. Aber **der scharf ausgeprägte kulturelle Selbsterhaltungstrieb der geistigen Oberschicht war stärker als die materielle Not**. Man fand einen Ausweg der **Selbsthilfe**. Der wahre Adel geistiger Bildung überwand alle sozialen Vorurteile, und in dieser Tatsache lag die gewaltige schöpferische Kraft der deutschen Zukunft. Die Studenten, die einst ein frohes, unbekümmertes Leben mit dem väterlichen Wechsel in der Tasche führten, waren mutig und stark genug, alle Entbehrungen und Härten des Lebens zu ertragen und durch eigener Hände Arbeit sich die Mittel für Lebensunterhalt und Studium zu verdienen. Sie stiegen herab von der Höhe ihrer harmlosen Lebensfreude und hinein in die bedrückende Sphäre unbarmherziger körperlicher Arbeit. **Mehr als drei Fünftel der etwa 100 000 deutschen Studenten unterzogen sich zum Teil schwerster körperlicher Arbeit und betrieben dabei gleichzeitig ihr Studien**. Hatten sie am Tage ihre Vorlesungen besucht, dann verrichteten sie abends und nachts schriftliche Arbeiten, die ihnen ein geringes Entgelt einbrachten. Manche übten einen vollen Beruf aus, als Buchhalter, Schreiber usw., und konnten sich erst in den Abend- und Nachtstunden ihrer Wissenschaft widmen. In den Ferien ging die akademische Jugend in die Bergwerke und Fabriken, der Student stand neben dem Arbeiter am Schraubstock oder an der Drehbank, er bediente Maschinen und förderte gemeinsam mit dem Bergmann die Kohle. Er ging hinaus in die Dörfer und half dem Landmann in Sonnenbrand und Wettersturm die Ernte bergen. In heroischer Selbstverleugnung und Entsagung brachte er dem Dienste des Geistes und der Wissenschaft jedes Opfer. Seine Tatkraft stählte sich, seine Zähigkeit wuchs, und aus der trübe rauschenden Flut der Inflation ragte von Jahr zu Jahr mächtiger und leuchtender der Fels, auf den sich Deutschlands Zukunft gründete: die Macht des Geistes und der Kultur, die alle irdischen Schwierigkeiten überwand, um dem Sturme zu trotzen.

Werkstudententum

In den Sommerferien 1921 arbeiteten etwa 10 000 deutsche Studenten in Bergwerken, Fabriken und auf Gütern, im folgenden Sommer war es bereits die sechsfache Anzahl, die sich auf diese Weise das Studium im Winter ermöglichte. Das war die *jeunesse dorée* Deutschlands, die nicht, getrieben von erschlaffender Genußsucht und Geldgier, Gütern nachjagte und sich an dem wahnsinnigen Taumel der Genießer beteiligte, die auch nicht alles verloren gab und das Leben in Ekel und Verzweiflung von sich warf, sondern die, auf sich selbst gestellt, die freudige Kraft in sich spürte, ihr Schicksal zu meistern! Das Doppelleben in Hörsaal und Werkstatt erforderte gewaltige seelische Opfer, enorme Opfer an Nervenkraft. Was aber wollte das besagen, wo es um das Schicksal der Nation ging auf ein Menschenalter, auf hundert Jahre oder länger hinaus, vielleicht auf ewig? Während alles versank, blieb die Macht der Kultur bestehen. Diese Fähigkeit zu Opfer und Entsagung, welche die Jugend der am härtesten betroffenen Volkskreise Deutschlands bewies, war die schützende Macht. **Die deutsche Studentenschaft war das Bollwerk, welches verhinderte, daß die aufgewühlte Sturmflut der Inflation auch die deutsche Gesellschaft mit in den Abgrund riß.** In Frankreich und Rußland brachten die großen politischen Revolutionen und die damit verbundene Inflation auch gewaltige, dauernde gesellschaftliche Umwälzungen mit sich, weil die führenden Schichten, die Träger der Kultur, entnervt und erschlafft waren, keine Kraft mehr besaßen. In Deutschland zeigte sich, daß die geistige Führerschicht, an der Adel, Bürgertum und Mittel-

stand teilhatten, einen granitenen Kern besaß und allen Stürmen gewachsen war. Aus diesem souveränen Stolz der Selbstbehauptung leitete die deutsche Studentenschaft das wohlbegründete Recht ihrer freien Selbstverwaltung und der Kritik an der demokratischen Verfassung und an ihren Nutznießern her.

Auch hatte sich unter den Akademikern ein **System der Selbsthilfe** herausgebildet. Sie stellte billige Studentenwohnungen zur Verfügung, verschaffte wohlfeile Kohle und richtete akademische Speiseanstalten ein, in denen für wenig Pfennige eine gute und kräftige Mahlzeit geboten wurde. Auch an hochherzigen Zuwendungen reicher Deutsch-Amerikaner und Amerikaner fehlte es nicht. Die für diese Zwecke eingehenden Dollarspenden wurden ausschließlich für studentische Wohlfahrtszwecke verwendet. Auch Lesehallen wurden eröffnet, in denen man sich bis in die späten Abendstunden aufhalten konnte, um Licht und Heizung zu ersparen. -

Eine besonders üble Begleiterscheinung der Inflation war die **Wohnungsnot**.

Wohnungsnot

Der Wohnungsmangel begann bereits während des Krieges. Die Zahl der Eheschließungen nahm infolge der Kriegstraunungen zu; die Bautätigkeit dagegen wurde immer geringer, da die notwendigen Baustoffe für Kriegszwecke gebraucht wurden. Am Ende des Krieges, November 1918, schätzte man die Zahl der in Deutschland fehlenden Wohnungen auf 500 000 bis 800 000. Erst jetzt, nach dem verlorenen Krieg, spürte das deutsche Volk die furchtbare Schwere der Wohnungsnot. Das Heer strömte zurück, Flüchtlingsscharen kamen ins Land. 1921 berechnete man die nicht vorhandenen Wohnungen auf eine Million, davon entfielen allein 100 000 auf Berlin! Ende 1922 wurde der Wohnungsbedarf sogar auf annähernd anderthalb Millionen geschätzt! Zwei Millionen Wohnungen brauchte das deutsche Volk seit 1914, 620 000 konnten also nur beschafft werden durch Neu-, Auf-, Um- oder Einbauten und leer gewordene alte Wohnungen. Hunderttausende von kinderreichen Familien wurden in wenige und kleine Räume zusammengepfercht, **Volkskrankheiten, vor allem Tuberkulose, und sittliche Verwahrlosung breiteten sich aus**.

Durch die Umschichtung der wirtschaftlichen Verhältnisse ergaben sich weitere Schwierigkeiten im Wohnungswesen. Die **Kriegsgewinnler**, die **Schieber** und **Neureichen** begehrten große, herrschaftliche Wohnungen. Auch ein Teil der Arbeiter, die jetzt bessere und höhere Löhne erhielten, strebte nach größeren Wohnungen. Doch dies Moment war nicht sehr nachhaltig, denn Arbeiter und Angestellte verwandten meist ihren höheren Verdienst für bessere Ernährung und für Vergnügungen, in zweiter Linie für Kleidung und ganz zuletzt erst für Wohnung. Zudem kam hier die Unsicherheit des Arbeitsverhältnisses hinzu, die drohende Gefahr der Erwerbslosigkeit und der damit verknüpften Unfähigkeit, weiterhin eine große Miete zahlen zu müssen. **Die Angehörigen des mehr und mehr verarmenden Mittelstandes dagegen versuchten ihre mittleren Wohnungen gegen Kleinwohnungen einzutauschen**. Auch aus den **oberen Schichten** fand eine Abwanderung aus großen Wohnungen in mittlere statt, um der von der Behörde angeordneten Zivileinquartierung Wohnungsloser zu entgehen. Jedoch zeigte sich, daß die Abwanderung der oberen und mittleren Schichten in kleinere Wohnungen wesentlich größer und erheblicher war als das Streben der besser bezahlten unteren Schichten nach größeren Wohnungen. **Hervorgerufen durch die Wirtschafts- und Währungsnot, ließ sich im deutschen Volke der vorherrschende Zug nach beschränkten kleinen Wohnungen deutlich erkennen**. Viele allerdings mußten in ihren großen Wohnungen bleiben, da es nicht so viel Kleinwohnungen gab, wie gesucht wurden. Dieser Zwang führte dazu, daß die Inhaber großer Wohnungen einen Teil ihrer Räume an Untermieter weitervermieteten. **Dies "Abvermieten" erwies sich bald als eine besonders gute Einnahmequelle**, und viele in Not geratene Familien machten einen einträglichen Erwerb daraus, und es wurde bald festgestellt, daß das Unter- oder Aftermietwesen in Deutschland eine weitverbreitete Erscheinung war.

Das Reich, die Länder und die Gemeinden versuchten auf die verschiedenste Weise, der Wohnungsnot abzuhelfen. Große Wohnungen wurden beschlagnahmt und mit **"Zwangsmietern"** belegt. Dieses System entwickelte sich bald zu einer Art politischer Dragonade, indem sozialistische Gemeindebehörden in erster Linie kinderreiche Arbeiterfamilien in die gepflegten Wohnungen des wohlhabenden Bürgertums einquartierten. Dies geschah "von Amts wegen" in Tausenden von Wohnungen. Kasernen, Schulen, Hotels und studentische Verbindungshäuser wurden in Kleinwohnun-

gen aufgeteilt, Lagerschuppen, Wagenremisen, Ställe, Dachböden und dumpfe Keller wurden als Wohnungen hergerichtet. Neue Häuser wurden kaum gebaut infolge der damit verbundenen ungeheuren Schwierigkeiten. Zunächst fiel die große **Verteuerung des Bauens** ins Gewicht. Anfang 1921 kostete die Errichtung eines Hauses das Zehn- bis Fünfzehnfache, zwei Jahre später über das Viertausendfache des Preises von 1914! Die Inflation entwertete das Geld, die Löhne waren gestiegen, die Arbeitsleistung war gesunken infolge des Achtstundentages, der allgemeinen Arbeitsunlust, der vielen Streiks. Vor allem herrschte ein großer **Mangel an Baustoffen**, besonders an Kohle, da diese durch den Friedensvertrag zum Zwecke der Reparationen an Frankreich abgeliefert werden mußten. So war die Unternehmungslust durch die Unsicherheit der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse aufs äußerste gehemmt. Wer auch hätte die ungeheuren Mieten bezahlen sollen, welche die Folge dieser allgemeinen Teuerung waren? Es war keine Seltenheit, daß ein Neubau, der vor dem Kriege in wenigen Monaten aufgeführt wurde, sich jetzt über Jahre erstreckte, ehe er fertiggestellt werden konnte. Bald fehlte es an Steinen, bald fehlte es am Geld, bald war wieder ein Streik ausgebrochen. Unterdessen heulte der Wind durch die kahlen Mauern, und Schnee und Regen sammelten sich in den hohlen Räumen und wurden von den roh aufgeführten Wänden aufgesogen.

Es bildeten sich **gemeinnützige Siedlungsgenossenschaften**, deren Mitglieder solche Leute waren, die nach einer Wohnung verlangten. Oft wurden sie die Opfer betrügerischer Spekulanten. Vor den Städten entstanden **Siedlungen**, armselige, einstöckige Hütten, in langen, nüchternen Reihen aneinandergelehnt. Aus Lehm, Asche und Schlacke waren sie zusammengebacken, und es ereignete sich, daß die braunen Wände bei heftigem Gewitterregen sich in Brei verwandelten und unter dem Dach davonflossen. Die großen Industriebetriebe und die Gutsbesitzer linderten die allgemeine Not dadurch, daß sie für ihre Angestellten und Arbeiter Siedlungshäuser errichteten, in denen sogenannte "**Werkswohnungen**" für ein, zwei oder mehrere Familien vorhanden waren. Leichte, hölzerne Lauben in den Schrebergärten, kaum nur einen einzigen kleinen Raum fassend, wurden als Wohnungen benutzt. In diesem einzigen Raume wurde gekocht, gewohnt und geschlafen, oft zu dritt, zu viert und zu fünft. Von den ausgemusterten Güterwagen der Reichsbahn wurden die Räder entfernt, während das Gehäuse, auf Sockel gesetzt, eine obdachlose Familie beherbergte. Einsiedler gingen sogar dazu über, sich im Walde oder auf dem Felde Höhlen und Unterstände zu schaffen, um so der Obdachlosigkeit zu entgehen. - **Die Wohnungsnot war die furchtbarste und aufreibendste Folge der Inflation, und an ihr ist das Glück und die Existenz von Tausenden von Familien gescheitert.** Männer verließen ihre Frauen, Brüder lebten mit ihren Schwestern in Blutschande. Es war eine elementare Not, der gegenüber die Menschen und ihre Regierungen machtlos waren. Das Reich, die Länder, die Gemeinden steuerten Millionen und Milliarden bei, um neue Wohnungen und Häuser bauen zu helfen. Doch umsonst! Der unerbittliche Moloch Inflation fraß diese Summen, ohne auch nur eine Spur zurückzulassen.

Kleinkrieg zwischen Hausbesitzer und Mieter

Je unerbittlicher der Mangel neuer Häuser das Volk bedrückte, um so fester klammerte sich der Inhaber einer Wohnung in einem alten Hause an diese. Diese Angst, die Wohnung zu verlieren, führte geradezu einen **Krieg zwischen Hausbesitzer und Mieter** herauf. Der Bürger sah in seiner Wohnung, nachdem er alles verloren hatte, den letzten Besitz, den er zäh verteidigte. Wurde ihm auch der noch genommen, wurde er seines Obdachs beraubt, welche Schranke trennte ihn dann noch vom Bolschewismus? Der **Bürger** hielt mit grausamer Entschlossenheit an seiner Wohnung fest, diesem Wrack seines früheren Wohlstandes. Der **Arbeiter** zitterte vor der Mietpreissteigerung. Im Banne des Schlagwortes vom Bodenwucher sah er im Hausbesitzer den "Hausagrariar", der ihn durch wucherische Mieten bedrückte, ihm seine Einnahmen schmälerte. Er betonte sein Recht auf Wohnung als das primitivste Recht jedes Kulturmenschen und redete deshalb der Sozialisierung des Hausbesitzes das Wort. So kam es, daß **Bürgertum und Arbeiterschaft sich zu einer geschlossenen Front gegen die Hausbesitzer vereinigten, aus zwei ganz verschiedenen Motiven: das Bürgertum aus Angst vor seiner gänzlichen Verproletarisierung, die Arbeiterschaft aus Haß gegen die Besitzenden.** Die geschlossene, zahlenmäßig überlegene Mieterfront marschierte gegen die Miethausbesitzer auf, wobei die Regierungen auf Seiten der Mieter, des zu schützenden wirtschaftlich schwächeren Teiles, standen.

Die Mietsgesetzgebung im Zeichen der Inflation war ein Dornenweg für beide Parteien. Aus notwendigem Mieterschutz geschaffen, wurde sie zur Härte für den Hausbesitzer und den Mieter. Die während des Krieges eingeführte Wohnungszwangswirtschaft wurde nicht nur aufrechterhalten, sondern verschärft. Mit rigoroser Strenge und stets wacher Eifersucht wahrten die **Wohnungsämter** ihr alleiniges Recht, den Wohnungsuchenden die Wohnung zuzuteilen. Zu diesem Zwecke wurden Kontrollkarten ausgegeben, die nummernweise registriert und langsam oder gar nicht mit Wohnungen beliefert wurden. Geschah es, daß ein Mieter ohne Besitz einer Karte des Wohnungsamtes eine leere Wohnung mietete, dann erschien plötzlich der zuständige Beamte und räumte die Wohnung, indem er kurzerhand das gesamte Mobiliar auf die Straße setzen ließ. Sämtliche Wohnungen, welche bis zum 1. Juli 1918 in Deutschland existierten (sogenannte "Altwohnungen"), waren auf diese Weise von der Behörde beschlagnahmt und der freien Verfügungsberechtigung ihrer Inhaber und Besitzer entzogen. Indem man denjenigen, die eine Wohnung besaßen, vor Augen führte, wie ungemein glücklich und bevorzugt sie vor denen seien, die wohnungslos wären, nahm der Reichstag **Ende Juni 1921 ein Gesetz über die "Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues"** an, wodurch die Länder verpflichtet wurden, von den Hausbesitzern und Mietern sämtlicher vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Häuser eine **Hauszinssteuer** zu erheben, deren Ertrag für den Neubau von Wohnungen bestimmt sein sollte. Den Gemeinden wurde das Recht gewährt, zu dieser Steuer Zuschläge zu erheben. In Anbetracht der ungeheuren Wohnungsnot bedeutete diese Steuer, die gleichmäßig Hausbesitzer und Mieter betraf, allerdings das Eingeständnis eines Bankrottes der bisherigen Wohnungspolitik in Reich und Ländern, die **bisher durch das Mittel der festen Zuschüsse die Bauunternehmer zum Bauen neuer Häuser anzureizen hofften**, doch die von Zwangseinquartierungen geplagten Besitzer und Mieter erwarteten in Kürze eine merkliche Entlastung ihrer sogenannten "Altwohnungen". Darin allerdings hatten sie sich gründlich getäuscht, denn bald offenbarte es sich, daß **die durch die Hauszinssteuer aufgebrauchten Summen infolge der fortschreitenden Geldentwertung kaum ausreichten, um die zur Verwaltung dieser Abgabe notwendigen Beamten zu besolden.** Dies führte zur Mißstimmung besonders unter den Hausbesitzern, welche die berechnete Auffassung vertraten, daß dem Wohnungsbau besser gedient würde, wenn ihnen die Hauszinssteuer, auf welche sie bei der künstlichen Herabdrückung der Mieten Anspruch erhoben, zuflösse. Man würde dann **auf dem Wege des freien Kapitalverkehrs** wieder Mittel erübrigen können, die, als Hypotheken ausgegeben, der Bautätigkeit mehr nützten, als die jetzt nur zur Bezahlung von Beamten verwendeten Hauszinssteuererträge. In der Tat scheiterte das staatliche Monopol der Wohnungswirtschaft, das an sich eine Art Sozialisierung darstellte, schließlich vollständig.

Inzwischen führte die Inflation und die damit verbundene Unfähigkeit, neue Häuser zu errichten, zwangsläufig zu Maßregeln, welche einer **tatsächlichen Enteignung des Hausbesitzers so gut wie gleichkamen.** Es war dies die Folge der von den bürgerlichen und proletarischen Mietern gemeinsam erhobenen Forderung auf Schutz der eigenen Wohnung. Das **Reichsmietengesetz vom März 1922** sollte den Mieter **gegen jede ungerechtfertigte Mietssteigerung schützen**, dagegen dem Hausbesitzer die zur Erhaltung des Hauses erforderlichen Mittel geben. Dies war ohne Zweifel eine Tendenz, die gewisse Konflikte mit sich bringen mußte, besonders aus dem Grunde, da sich die Hauszinssteuer zwischen Mieter und Hausbesitzer geschoben hatte, welche zwar die Mieter belastete, aber dem Besitzer seine Einkünfte schmälerte. Die heikle Frage wurde gelöst, **indem man dem Besitzer jegliche Grundrente versagte**, denn dies war ja die tatsächliche Auswirkung der Bestimmung, daß die Grundrente nach dem Friedensstande in vollkommen entwerteter Papiermark berechnet blieb, ohne durch irgendwelche Entwertungszuschläge erhöht werden zu können. Diese drakonisch harte Maßnahme zog das Elend aller Hypothekengläubiger nach sich, da ihre Kapitalien und Zinsen infolge der entwerteten Hausrente ebenfalls nicht im geringsten aufgewertet werden konnten. Das Gesetz gehörte zu denjenigen Maßnahmen der Regierung Wirth, welche den stark vorherrschenden sozialistisch-proletarischen Charakter dieses Kabinettes deutlich offenbarten. Unter seinem Einfluß kam es allmählich dahin, daß die Ausgaben für Miete, die vor dem Kriege durchschnittlich ein Fünftel aller Ausgaben für die Lebenshaltung betragen, immer mehr auf ein verschwindendes Maß zurückgedrängt wurden auf Kosten der Besitzenden.

Der wirtschaftlichen Knebelung des Hausbesitzes folgte bald auch die rechtliche. Mitte Mai 1923 nahm der Reichstag gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten und eines Teiles der Deutschen Volkspartei und des Zentrums das **Gesetz über Mieterschutz und Mieteinigungsämter an**, das vorläufig bis zum 1. Juli 1926 in Kraft bleiben sollte. Dem Hausbesitzer wurde prinzipiell das Kündigungsrecht entzogen. Nur in besonderen Fällen durfte er einen Mieter die Wohnung kündigen, z. B. wegen erheblicher Belästigungen des Hausbesitzers oder eines Hausbewohners oder wegen Mißbrauch der Wohnung. Eine Kündigung durfte nur auf dem Wege der Räumungsklage durchgesetzt werden. Man ließ auch in einigen Fällen, nicht in allen, Räumungsklage wegen Nichtzahlung der Miete zu. Ein Besitzer, der im eigenen, dringenden Interesse einen andern Gebrauch von seiner Wohnung machen wollte, sollte verpflichtet sein, nach dem Ermessen des Gerichts den Mieter für seine Umzugskosten zu entschädigen.

Es waren für den Hausbesitz geradezu furchtbare Gesetze, die in der Notzeit der Inflation geschaffen wurden. **Kaum ein anderer privatkapitalistischer Wirtschaftszweig wurde so seiner Besitzrechte in jeder Beziehung beraubt wie der städtische Hausbesitz.** Die Betroffenen setzten sich leidenschaftlich zur Wehr, aber ohne Erfolg. Sie protestierten gegen die "Bolschewisierung", wie sie es nannten, doch war es nach Lage der Dinge in Wirklichkeit keine Bolschewisierung, sondern ein gewisser Schutz gegen den drohenden Bolschewismus der Mieter. Diesen Schutz übten die Regierungen aus einer gewissen politischen Zweckmäßigkeit heraus in der Weise aus, daß sie ihn nicht den Besitzenden, sondern den Besitzlosen zukommen ließen, derjenigen Partei, welche die größere bolschewistische Gefahr in sich barg. **Viele Hausbesitzer verkauften damals ihre Häuser an Ausländer.** Die Überfremdung dieses Teiles des Nationalvermögens nahm erheblichen Umfang an. Nicht nur Engländer, Amerikaner, Dänen, Rumänen und andere Ausländer, sondern auch aus dem Osten zugewanderte Elemente kauften zu Spekulationszwecken Häuser zusammen, die sie für geringe Summen ihrer hochwertigen Devisen erhielten. Auf diese Weise beförderte die deutsche Wohnungsgesetzgebung, die einen inneren Schutz darstellen sollte, die Verschleuderung des deutschen Nationalgutes an das Ausland.

Eine ungeheure Spannung zwischen Hausbesitzer und Mieter war die Folge all dieser Zustände. Beide betrachteten sich wie zwei durch eine höhere Gewalt aneinandergefesselte Todfeinde, die augenblicklich, wenn sie sich begegneten, bereit waren, auf Tod und Leben miteinander zu kämpfen. Ein regelrechter Kleinkrieg wurde geführt. Bald verübte diese Partei eine Attacke, bald ging jene zum Angriff über. In blinder Kampfeswut kehrte man sich nicht mehr an die verhängnisvollen Folgen des Hausfriedensbruches, man drang gegenseitig in die Wohnungen ein und schlug, stach, schoß sich halb oder ganz tot. Ging einer in den Keller, stand der andere mit der erhobenen Axt hinter der Tür und versuchte seinem Gegner den Schädel zu spalten. Die raffiniertesten Schikanen wurden gegeneinander erdacht und ausgeführt. Fenster wurden zertrümmert, Wohnungen verwüstet. Selbst Brandstiftungen gehörten nicht zu den Seltenheiten. Im großen ganzen hatte die schöne Sentenz: "Mein Haus ist mein Heim" die Variation erfahren: "Mein Haus ist meine Hölle."

Man soll dem nicht entgegenhalten, daß die Verurteilungen wegen Hausfriedensbruches im Jahre 1923 auf ein Drittel dieser Verurteilungen im Jahre 1912 zurückgegangen sei; wie ja denn überhaupt die Zahl der Verurteilungen wegen der Antragsdelikte (Hausfriedensbruch, Beleidigung, Sachbeschädigung, leichte Körperverletzung) nicht ganz zwei Drittel der Verurteilungen von 1912 erreichte (83 153 : 133 334). Sehr häufig wurden keine Anzeigen von der betroffenen Partei erstattet aus Angst, den Haß des Gegners zu steigern. Auch trugen die deutschen Gerichte in weitgehendem Verständnis durch Milde dieser traurigen Not der Deutschen Rechnung.

Andererseits entlud sich der Groll des gequälten Volkes vor allem auch gegen **die betreffenden Behörden.** Die Mieteinigungsämter und Wohnungsämter wurden die Schauplätze schrecklichster Auftritte, und nie hat der Revolver eine so bedeutungsvolle Rolle gespielt wie bei der Regelung von Mietsstreitigkeiten. Der sanfteste Mensch wurde zum blutdürstigsten Tiger, der sich mit haßfunkelnden Augen auf seinen Gegner stürzte, sobald er in die Tür trat. Verzweifelte Bluttaten, herzzerreißendes Elend spielte sich ab. **Besonders gefährlich wurden diese Vorgänge dadurch, daß sie stets mit einer politischen Note versehen wurden.** Der Hausbesitzer sah in dem von ihm be-

kämpften Mieter gewöhnlich immer den "roten Hund", und viele Mieter bezeichneten ihren Gegner meist als "reaktionären Hausagrariar und Haustyrannen". Die kommunistische und sozialdemokratische Presse erläuterte dann derartige Vorgänge mit einem breiten, hetzerischen Kommentar. **Wollten doch die Linksparteien nichts anderes, als aus der Not der Zeit die vollständige Sozialisierung des Hausbesitzes herbeiführen.** - Viele Ströme von Blut und Tränen ergossen sich aus diesem Bette in die trübe Flut der Inflation!

Verfall der Häuser

Die wirtschaftliche Entrechtung des Hausbesitzes brachte **einen starken Verfall der Häuser mit sich.** Von den zementierten Fassaden der Großstadtmietshäuser, deren Erbauung in die siebziger und achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts fällt, hatte sich der Putz in großen Flächen gelöst. Die nackte Backsteinmauer schimmerte aus der Durchlöcherung, und ganze Straßenzüge boten ein Bild trauriger Verwahrlosung. Der Sturm deckte das Dach ab, der Regen tropfte durch die Zimmerdecke, deren Putz zu Boden fiel, ohne daß eine Ausbesserung vorgenommen wurde. Zerbrochene Fensterscheiben wurden nicht ersetzt. Der Eindruck der großstädtischen Straßen wurde von Jahr zu Jahr trauriger, verkommenen. Es kam vor, daß Bewohner zwei Stockwerke hoch durch die morschen Dielen in den Keller hinabfielen, wobei sie sich einige Gliedmaßen brachen. Bei manchen Häusern bestand eine so große Einsturzgefahr, daß sie durch die Feuerwehr mit starken Pfosten von der Straße aus gestützt werden mußten, wenn sie nicht vorher von der Behörde geräumt worden waren. Ein Schild verkündete dann: "Wegen Einsturzgefahr geräumt", um alle die, welche die Gelegenheit, eine leere Wohnung zu finden, begrüßten, zu warnen. **So war schon der oberflächlichste Eindruck, den ein Fremder beim Betreten einer Stadt gewann, der, daß die Zeit der Inflation für Deutschland eine Zeit tiefen Verfalles war.** -

Steuerpolitik und Steuerlast

Eine besondere Erschwerung für die Existenznot des deutschen Volkes bildete die **Überbürdung mit Steuern und die Schärfe ihrer Eintreibung**, die um so intensiver wurden, je mehr die Mark verfiel. Es war eine Fülle von Einnahmequellen, die sich Reich, Länder und Gemeinden schufen. Während der Inflation zahlte das deutsche Volk etwa die Hälfte seines gesamten Nationaleinkommens an Steuern jeder Art! Am furchtbarsten drückten die **Besitzsteuern**, eine Folge des verlorenen Krieges und der sozialdemokratischen Herrschaft. - Da wurden zunächst durch erzwungene Abgaben, die außerordentliche Kriegsabgabe für 1919, die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs und das Reichsnotopfer, große Teile der Vermögen, oft bis zur Hälfte, von Staats wegen konfisziert. Dann verwirklichte **Erzberger ein Steuersystem, in dem er die großen Steuern vom Besitz allein dem Reiche vorbehielt:** die Einkommensteuer, Körperschaftssteuer, Vermögenssteuer und Zwangsanleihe, welche durch den Steuerkompromiß vom Frühjahr 1922 aufgelegt wurde. Auch die sehr fruchtbare Kapitalertragssteuer behielt die Reichsregierung für sich. Mit einem wahrhaften Eifer bemühten sich die Staatsmänner, immer neue Steuern zu erfinden. Eine tausendfältige, fast unübersichtliche Vielseitigkeit zeigte sich in den Steuern von Verkehr und Verbrauch. Allein drei Steuern erfaßten den Vermögensverkehr: die Erbschaftssteuer, Grunderwerbssteuer und Kapitalverkehrssteuer. Der Personen- und Güterverkehr auf der Eisenbahn wurde ziemlich bis zu einem Sechstel des Fahrpreises besteuert. Kraftfahrzeuge, Versicherungen, Rennwetten, Lotterien, Wechselstempel und zahllose kleine Stempel erwiesen sich als gute Steuerobjekte. Der Verbrauch von Tabak, Bier, Wein, Schaumwein, Essigsäure, Zucker, Salz, Zündwaren, Spielkarten, Beleuchtungsmittel war mit hohen Steuern belegt, die in Prozenten des Verkaufspreises erhoben wurden, so bei Zigaretten mit 40 Prozent, beim Schaumwein mit 30, bei Wein und Zigarren mit 20 Prozent. Eine barbarische Grausamkeit für das gesamte Volk, welches auf Kohle angewiesen war, aber eine gute Einnahmequelle für die Regierung, die Geld brauchte, stellte die **40prozentige Kohlensteuer** dar, die 1917 eingeführt, 1920, 1921, 1922 verlängert wurde und erst im Oktober 1923 verschwand. Sie sowohl wie die **zweiprozentige Umsatzsteuer** belasteten von vornherein jeden Verbrauch. Luxussteuer, Zölle, Branntwein- und Süßstoffmonopol wurden zu ergiebigen Einnahmequellen gesteigert. Was gab es in Deutschland, das nicht besteuert gewesen wäre?

Dadurch, daß sich das Reich durch Erzbergers Steuerreform die ergiebigsten Steuern vorbehalten hatte, vor allem aber die Einkommensteuer als sein Monopol betrachtete, **waren Länder und Gemeinden**, dieser ihrer besten Einnahmequelle aus früheren Zeiten beraubt, **gezwungen, die**

ihnen verbleibenden Steuern vom Ertrag, Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern, übermäßig anzuspannen, wozu noch die für den besonderen Zweck der Linderung der Wohnungsnot geschaffene **Hauszinssteuer** oder Wohnungsbaubgabe kam. Geradezu erfinderisch wurden die Parlamente, wenn es eine neue Steuer zu ersinnen galt. Es gab Gemeinden, die besteuerten den Besitz eines Klaviers, das Halten von Dienstpersonal, ja sogar die Markisen vor den Schaufenstern der Kaufläden. In einigen Orten wurden auch die trunkfesten Männer und seßhaften Skatspieler zu ihrem Kummer mit Steuern bedacht, indem man von ihnen eine sogenannte Hockersteuer erhob, wenn sie nach einer bestimmten Stunde im Wirtshaus angetroffen wurden.

Auch diejenigen, **die aus Arbeitsleistung ein Einkommen hatten in Form von Gehalt oder Lohn**, spürten die mit der Inflation zunehmende Bedrückung.

Einkommensteuer

Ließ das Einkommensteuergesetz vom 29. März 1920 ein Einkommen von 1500 Goldmark steuerfrei, so wurde es nach dem **Gesetz vom 23. Dezember 1922** mit mehr als zehn Prozent besteuert! Bei 5000 Goldmark wurde die Steuer versiebenfacht, von drei auf 22 Prozent erhöht! Bei 15 000 Goldmark wurde sie verdreifacht, während die Steigerungen bei den höheren Einkommen verhältnismäßig niedriger waren. Ein Einkommen von 500 000 Goldmark mußte nach Gesetz von 1920 die Hälfte, seit 1922 drei Fünftel an Steuern abführen! Wieviel leichter und gleichmäßiger war die Besteuerung der Einkommen verheirateter Steuerpflichtiger in anderen Ländern! Im Jahre 1922 zahlte ein verheirateter Steuerpflichtiger mit zwei Kindern folgende Einkommensteuer:

Einkommen in Papiermark	Amerika v. H.	England v. H.	Frankreich v. H.	Italien v. H.	Deutschland v. H.
100 000	-	-	1,68	14,25	8,1
500 000	-	-	3,68	16,39	10,5
1 000 000	-	-	6,04	17,21	15,7
5 000 000	1,10	14,09	10,04	19,89	36,7
10 000 000	4,12	19,89	15,14	21,86	46,9
20 000 000	7,71	28,71	21,62	24,43	53,4
50 000 000	15,95	40,02	36,11	29,18	57,4
100 000 000	27,79	45,41	45,05	34,22	58,7

Dabei entsprach das Einkommen von fünf Millionen Papiermark einem solchen von 15 000 Goldmark.

Der Ruhrkampf bewirkte eine weitere Vermehrung des Steuerdruckes.

Ruhrkampfsteuer

Der Geldmangel konnte nicht allein durch die Notenpresse der Reichsbank behoben werden, er forderte auch erhebliche Opfer von den Besitzenden. So wurden die berühmten **Steuergesetze vom 11. August 1923** geschaffen, die in grausamer Weise vor allem auch den Grundbesitz heranzogen. Danach wurde eine sogenannte "**Landwertabgabe**" in Höhe von etwa einem Prozent des Wehrbeitragswertes erhoben, die sechs Monate lang in Goldwert zu entrichten war, vom September bis Februar. Jedoch für die zwei letzten Monate unterließ man die Einziehung, da der Erfolg geradezu einer Erdrosselung der Landwirtschaft gleichkam. Daneben wurde noch eine besondere "**Rhein-Ruhr-Abgabe**" in der Gestalt einer doppelten Einkommen- und Kraftfahrzeugsteuer zur Mitfinanzierung des passiven Widerstandes beschlossen. Unter gewaltigsten Opfern wurde von den Besitzenden nahezu eine Milliarde Goldmark aufgebracht, die vom Reiche zur Unterstützung der Ruhrindustrie und -arbeiterschaft verwandt wurde. In der Tat war im Spätsommer 1923 im deutschen Wirtschaftsleben der Zustand des Weißblutens erreicht, der dann auch einen Hauptgrund für die Aufgabe des passiven Widerstandes bildete.

Wer möchte leugnen, daß außer all den vielen anderen Nöten der Inflation auch die **Steuerpolitik des Reiches, der Länder und Gemeinden sich zu einem wesentlichen Faktor der gegenseitigen Verbitterung, zu einer Quelle von Unzufriedenheiten, Vergehen und Betrügereien entwickelte?** Die Besitzenden, welche sich der Überzeugung hingaben, daß ihr seit Generationen erhaltener Besitz täglich der Gegenstand neuer Bedrückungen und Opfer wurde, sannten darauf, sich ihren Verpflichtungen zu entziehen. Sie versuchten, den Steuern zu entfliehen, indem sie ihren Besitz zu

niedrig einschätzten oder ihn über die Grenze ins Ausland brachten. Es bildete sich **ein großartiges System der Kapitalflucht** heraus, welches in wenigen Jahren Werte in der Höhe von sieben bis acht Milliarden Goldmark über die Grenzen abschob. Auch die drakonischsten Strafbestimmungen der Reichsregierung, welche geradezu mit Vermögenskonfiskation drohte, vermochten hieran nichts zu ändern. Die besitzlosen Lohnempfänger dagegen grollten, sie allein hätten die ganze Steuerlast zu tragen, ihnen könnte man das unzureichende Einkommen auf Heller und Pfennig nachrechnen, ihnen würden die Steuern bereits abgezogen, ehe sie ihren Lohn ausgezahlt erhielten, und so seien sie nicht in der Lage, auch nur einen Pfennig zu hinterziehen, wie dies die "Reichen", die Besitzer der Sachwerte, täglich im großen Stile täten!

Die Steuern der Inflation waren nicht zuletzt die Ursache, daß sich ein tiefer Grimm im Volke ausbreitete, ein Neid und eine Mißgunst der einzelnen Volksschichten gegeneinander, die in furchtbarer Weise alle sittlichen Grundlagen zerrütteten. Der Kaufmann schmähte den Beamten, der Arbeiter den Landmann, der Mieter den Hausbesitzer. Und wie die Wohnungsämter, **so wurden die Finanzämter öfter zu Schauplätzen erschütternder Tragödien**. Der Steuerzahler wurde von einem wilden Haß gegen das erbarmungslose, inquisitorische Vorgehen der Behörde gepackt, die ihrerseits von der unerbittlichen Not der Regierung getrieben wurde. Oft kam es vor, daß der ganze Besitz eines Mannes vom Finanzamt gepfändet und versteigert wurde, um rückständige Steuern einzuziehen. Der verzweifelte Steuerzahler stürmte mit dem Revolver auf das Finanzamt, griff die Beamten an, oder er kam mit seiner Familie und schoß sie und sich vor den Augen der Beamten tot. Wie viele offene und geheime Verzweiflungstaten quollen in jenen Jahren aus der blutigen Steuernot, in jenen grauenvollen Jahren, da das deutsche Volk nicht für sich arbeitete, sondern für den Moloch Inflation Frondienste tat! -

Doch die **deutsche Reichsregierung selbst spürte die ungünstigen Folgen der Inflation**. Das von Steuern und Abgaben bedrückte Volk warf ihr vor, sie wirtschaftete zu kostspielig. Tatsächlich waren die Ausgaben des Reiches für seine innere Verwaltung geringer als 1914. Sie betragen im Mittel etwa zwei Milliarden Goldmark, während sie im letzten Vorkriegsjahre noch um 500 Millionen höher waren. Der **furchtbare Druck ergab sich aus der Erfüllung des Versailler Vertrages, der etwa vier Milliarden Goldmark verschlang**. Es waren lediglich die Ausgaben für Eisenbahn und Post, für Polizei- und Finanzverwaltung gestiegen, während diejenigen für Heer und Marine kaum den zwanzigsten Teil der Kosten des Jahres 1914 betragen. Fast 70 Prozent aller Summen, die Deutschland aufzubringen hatte, mußten an die Alliierten ausgeliefert werden!

*Druck des
Versailler Vertrages*

Ebenso chaotisch wie die sittlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der Inflationszeit war auch **das deutsche Geld selbst**. Nicht nur das Reich, auch die Gemeinden und Provinzen, ja sogar die Industrieunternehmen gaben "**Notgeld**" heraus. Fast jede Stadt hatte ihr eigenes Notgeld, druckte ihre Assignaten. Man glaubte sich in die Zeiten des frühesten Mittelalters versetzt, als Hunderte von kleinen und kleinsten Potentaten ihre eigenen Münzen prägten. Kam man von Halle nach Leipzig, so konnte man das Hallesche Notgeld nicht verwerten, und in Magdeburg wies man die Scheine von Hannover oder Braunschweig zurück. Der beschränkte Geltungsbereich dieses lokalen "Notgeldes" erschwerte außerordentlich den wirtschaftlichen Verkehr, auf der anderen Seite hatte sich die Fabrikation solchen Notgeldes zu einem regelrechten Industriezweig entwickelt. Die Reichsdruckerei in Berlin arbeitete Tag und Nacht und spie unaufhörlich einen wahren Bergstrom von Papierscheinen aus. Sie entwickelte dabei eine Mannigfaltigkeit von geradezu überwältigendem Eindruck. In den ersten Jahren wurde das Zettelgeld noch mit einer gewissen Sorgfalt und künstlerischen Form ausgestattet. Farbenprächtige, große Scheine mit eingepreßtem Wasserzeichen und bunten Fasern zeigten auf der vorderen und rückwärtigen Seite Ornamente, mit Männerköpfen nach Bildnissen alter deutscher Meister verziert. Man trug auf diese Weise dem Bildungsdrange des Volkes Rechnung und popularisierte die Kunst. Allmählich jedoch ließ diese künstlerische Gestaltung nach, die Scheine wurden kleiner im Format, nüchterner in ihrer ästhetischen Wirkung. Die ornamentalen Beigaben fehlten, man beschränkte sich darauf, Wasserzeichen, den Wert der Note angehend, einzupressen und am

*Charakter
des Geldes*



Inflation 1922 - 1923. [Photo Scherl?]



wintersonnenwende.com

Stahlhelmmotgeld, Aluminiumgeld, Teuerungsgedenkmünzen. [Photo Scherl?]

bunten Rande zum Schutz gegen Falschmünzerei die herkömmliche Faserung anzubringen. Schließlich sah man auch hiervon ab, man stellte Scheine her, die auf der Vorderseite den Wert angaben und auf der Rückseite unbedruckt blieben. Ein solcher Zettel, acht Zentimeter hoch und zwölf breit, sagte zum Beispiel: "Fünfhundert Millionen Mark zahlt die Reichsbankhauptkasse in Berlin gegen diese Banknote dem Einlieferer."

Oft war die Reichsbank gar nicht in der Lage, die genügende Anzahl von Scheinen mit den erforderlichen hohen Werten herzustellen. Dann mußten die Löhne und Gehälter in kleinen Werten gezahlt werden, was zur Folge hatte, daß ungeheure Mengen davon gebraucht wurden. **Im Jahre 1923 glichen die Empfangsräume der Banken gleichsam Bahnhofswartehallen.** Die Kassierer der Behörden und Betriebe erschienen mit Koffern und Körben, in denen sie zentnerweise das bedruckte, beschnittene und gebündelte Papier verpackten, unbesehen und ungezählt. Dem glücklichen Gehaltsempfänger wurden dutzendweise gebündelte und stoßweise geschichtete Papiernoten ausgehändigt, die er ebenso unbesehen und ungezählt hinnahm. Da es unmöglich war, solche Mengen in Geldtaschen unterzubringen, wurden sie in Aktentaschen befördert. Oft kam es vor, daß Bankhäuser während der Geschäftsstunden schlossen, weil ihr Papiervorrat erschöpft war. Waggonweise wurden die Banken täglich von der Reichsbank mit dem Zettelgeld des Reiches beliefert.

Einige zaghafte Versuche wurden auch mit der Ausgabe von **Metallgeld** gemacht. Man wählte, in verständiger Würdigung, hierzu ein leichtes und billiges Metall, dessen erste Eigenschaft dem Empfänger, die zweite dem Hersteller, dem Reich, zustatten kam: **man stanzte Aluminium in Münzform.** So erschienen 1922 Fünzigpfennigstücke, die auf der Rückseite vor einer Ährengarbe die Devise "Sich regen bringt Segen" führten. **1923 gab es kleine Aluminiummünzen über 200 Mark,** deren Rückseite den Reichsadler zeigte mit der Umschrift: "Einigkeit und Recht und Freiheit." Dieses federleichte Idealgeld hatte nur den einen Fehler, daß hundert von ihm auf eine Goldmark gingen schon zur Zeit der Ausgabe. Wer 2000 Mark in Zweihundertmarkstücken in der Tasche trug, war keineswegs vom Gewicht beschwert.

Kluge Praktiker verkauften die Masse kleiner Geldscheine, welche im täglichen Leben nicht mehr verwendet wurden, als Altpapier an den Lumpenhändler und erzielten einen Erlös, der vielleicht doppelt, dreimal oder noch größer war als der Nennwert der unbrauchbaren Scheine! Was keine Bank vermochte, das brachte der Lumpenhändler zustande: er verzinste das Kapital in einer bis dahin ungekannten Weise! - Andere wieder zündeten sich die Zigarette mit Tausendmarkscheinen an, da diese im Kurs niedriger standen als Streichhölzer, oder sie hefteten ein Bündel Banknoten zusammen, um einen billigen Notizblock zu haben! Witze, wie sie schon zur Zeit der französischen Revolution umherschwirrten, lebten wieder auf: man erteilte einander den Rat, die Wohnräume mit Reichsbanknoten zu tapezieren, da es augenblicklich keine billigere und zeitgemäßere Wandbekleidung gebe!

Für die Regierungen und für die Behörden war **die Inflation ein Problem, dessen Lösung durch Palliativmittel sich sehr bald als unmöglich erwies.** Es hat keine deutsche Regierung gegeben, die nicht die furchtbare Not des Volkes erkannt und auf Mittel zur Abhilfe gesonnen hätte. Wirth, Cuno und Stresemann haben des öfteren in ihren Reichstagsreden das Elend geschildert. Der **Reichskanzler Cuno** führte am 24. November 1922 folgendes aus:

**Ansichten der
Regierung**

"Unsere Mark ist bis auf einen winzigen Bruchteil des Friedenswertes gegen den Dollar gesunken. Diese Entwertung der Mark schmälert immer mehr die Einfuhr notwendiger Rohstoffe und Lebensmittel und läßt die Preise im Inland sprunghaft in die Höhe schnellen. Dies alles bedeutet eine ungeheure Umschichtung der Lebenslage unseres Volkes, wie sie noch nie in so kurzer Zeit erlebt wurde, Entschuldung derjenigen, die Goldmarkschulden in Papiermark zurückzahlen, Enteignung der Gläubiger, die an Privatleute und besonders an den Staat hochwertige Mark in gutem Glauben hingegeben haben. Löhne und Gehälter können bei weitem nicht dem Sinken des Geldwertes angemessen werden, die Mark hat ihre Geltung als Mittel der Werterhaltung und -bemessung verloren. Die Folge ist, trotz des

äußeren auf die Papiermark gegründeten und daher irreführenden Scheins der Prosperität mancher Unternehmungen, fortschreitende Minderung der Substanz, ist steigende Kreditnot, die alsbald die Beschaffung von Rohstoffen und damit die volle Beschäftigung der Arbeiter gefährdet, ist eine außerordentlich gesteigerte Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln, verabscheuenswürdig da, wo nur für spekulative Zwecke gekauft wird, volkswirtschaftlich berechtigt bei den mit der Einfuhrwirtschaft verbundenen Betrieben, ist ferner die Tötung des alten Sparsinns, eine vielfach unberechtigte Flucht in Waren, und zwar nicht bei dem breiten Durchschnitt des Volkes, dessen Lebenshaltung immer tiefer sinkt; in gewissen Kreisen eine für Volkswirtschaft wie Volkssitte gleich schädliche Flucht in den Genuß mit all den unerfreulichen Bildwirkungen, die im Inland verbittern, den ausländischen Beobachter aber irreführen."

Und am 9. Juni 1923 erklärte Cuno:

"Die Verworrenheit unserer Wirtschaftslage hat wertvolle Schichten unseres Volkes zum Sinken gebracht und weiterhin schwere Not verbreitet. Manche häßliche Erscheinung von Wohlleben und Ausschreitungen erregen die Notleidenden nicht allein gegen diejenigen, die solche Erscheinungen zur Schau tragen, sondern auch gegen den Staat, dem man Mangel an Willen und Kraft zum Vorwurf macht."

Cunos Nachfolger, der **Reichskanzler Dr. Stresemann, wies besonders auf den Untergang der deutschen Kulturschicht hin.** Am 22. August gewährte er dem Arbeitsausschuß des Schutzkartells für die notleidende Kulturschicht Deutschlands eine Unterredung, in der er sagte:

"Der Verlust der Kulturschicht, zu deren Ersetzung wir sehr viel längere Zeit brauchen als zum Aufbau von Ruinen, ist für uns völlig untragbar. Ich erkenne durchaus die Pflicht des Staates an, diesen Schichten in erster Linie zur Seite zu stehen, denn wenn diese Schichten ins Elend gekommen sind, so sind sie in erster Linie ins Elend gekommen wegen ihrer Staatsgesinnung. Sie waren die Träger des Patriotismus, sie waren die Träger der Kriegsanleihen, damit vor allem auch die Träger aller Vermögen, die dahingeschwunden sind. Sie waren ferner die Träger der seelischen Auffassung des deutschen Lebens, die sich nicht in Spekulationen, sondern in Spareinlagen und Hypothekeneinlagen äußerte; und alles, was in Deutschland an Vermögenswerten dahingeschwunden ist, hat diese Schicht getragen, die von der Spekulation nichts wissen wollte, die nichts anderes wollte als eine gesunde Vermögensgrundlage aus dem Ertrag eines arbeitsreichen Lebens. Wenn der Staat nicht in der Lage war, diesen Währungsverfall, die Folge eines verlorenen Krieges und einer brutalen Weitervergewaltigung des deutschen Volkes, die sich bis in die letzten Tage weiter auswirkt, aufzuhalten, so hat der Staat mindestens die Verpflichtung, diejenigen, die in diese Notlage gekommen sind, in erster Linie bei der Gesetzgebung zu berücksichtigen, hindernd und fördernd, hindernd, indem er sie vor weiterer Belastung schützt, aber auch fördernd in der Wiedererlangung ihrer Stellung... Infolge unseres Währungsverfalles sehen wir auf der einen Seite eine immer größere Zusammenfassung der ganz starken Kräfte und auf der andern Seite eine immer größer werdende Zahl der abhängigen Existenzen... Eine starke geistige Mittelschicht in Deutschland ist auch ein Aktivposten in unserer auswärtigen Politik... Der Wiederaufbau wird nicht kommen auf der Grundlage der Wirtschaft und Politik, wenn ihm nicht der Wiederaufbau der geistigen Kräfte in unserem Vaterlande vorangeht."

Die Reichsregierung versuchte, soweit es in ihrer allerdings sehr beschränkten Macht stand, die täglich sich vergrößernde Not nach Möglichkeit zu lindern. Sie gab Unterstützungen an **verarmte und erwerbsunfähige Rentner**, sie stellte Summen zur Verfügung, die zur **Verbilligung der notwendigsten Lebensmittel** verwendet wurden. Um die Beamten einigermaßen vor der Geldentwertung zu schützen, wurde statt der vierteljährlichen, die monatliche Gehaltszahlung eingeführt, wobei man durch Vor- und Nachschüsse die Inflationsverluste auch während dieser kurzen Spanne möglichst herabzumindern suchte, ein Verfahren, das übrigens auch in den Privatbetrieben angewandt wurde. Ja, bei vorgeschrittener Inflation ging man zu vierzehntägiger, oder gar wöchentlicher

Gehaltszahlung über. In Form von **Vorschüssen** wurden Beträge in namhaften Höhen ausgezahlt, die aber bereits zum Termin der ordentlichen Gehaltszahlung derart entwertet waren, daß ihr Abzug gar nicht mehr empfunden wurde. Andererseits aber konnte das Reich auch gewissen Härten nicht aus dem Wege gehen. Die **ständige Erhöhung der Beiträge zur Sozialversicherung, der Eisenbahnfahrpreise und Postgebühren** wurde vom Volke mit Unmut hingenommen. Seit dem April 1923 wurden **die Steuern der Geldentwertung angepaßt** und wertbeständig festgesetzt, um die großen Verluste des Reiches infolge verzögerter Steuerzahlung zu vermeiden.

Besonders schwierig war es, die verbotene, aber heimlich um so stärker betriebene Valutaspekulation zu unterbinden. Der Besitz von ausländischen Zahlungsmitteln war in beschränktem Umfange nur den Exporteuren gestattet. Es mehrte sich aber die Zahl derjenigen Leute, die keine Exportgeschäfte trieben, jedoch auf alle mögliche Weise in den Besitz von Devisen zu kommen suchten, um feste Werte zu besitzen oder damit zu spekulieren. Gegen diese dunklen Treibereien richtete sich die **Valutaspekulationsverordnung vom 8. Mai 1923**, welche durch eine Verordnung vom 22. Juni ergänzt wurde. Hiernach wurde mit Gefängnis bis zu drei Jahren und Geldstrafe bis zum Zehnfachen des Wertes der ausländischen Zahlungsmittel derjenige bestraft, der gegen Reichsmark amtlich in Berlin nicht notierte Devisen erwarb. Auf diese Weise wollte man den unkontrollierbaren internationalen Schleichhandel mit deutschem Gelde lahmlegen, der einen erheblichen Anteil an der Zerrüttung der Mark hatte. Doch die verwegenen und routinierten Devisenschieber umgingen die Bestimmungen, und das Reich hatte nur sehr geringe Erfolge bei seiner Bekämpfung der Valutaspekulation. Auch ließ sich nicht immer infolge der besonderen Verhältnisse der Inflation die Grenze zwischen erlaubtem Handel und Spekulation scharf ziehen, so daß schon diese Tatsache die Wirkung der Valutaverordnung sehr stark beeinträchtigte.

**Kampf gegen
Valutaspekulation
und Wucher**

Auch der **Kampf gegen den Wucher** wurde von den Regierungen des Reiches und der Länder aufgenommen. Im September 1922 waren die **Lebensmittelpreise** bereits auf den dreihundertfachen Vorkriegspreis gestiegen. Die Linksparteien beschuldigten in gewissenloser Weise die Landwirtschaft des Lebensmittelwuchers. **In Wahrheit waren es jene dunklen Zwischenhändler in den Städten, jene Neureichen, jene Lebensmittelschieber**, welche die Waren an sich rafften und dann zu ungeheuren Preisen verkauften. Dieser früher unbekannte, verbrecherische Typ der Inflationsdrohnen, den ich bereits oben schilderte, schob sich in Gestalt von Aufkäufern und Großhändlern zwischen den ländlichen Erzeuger und den städtischen Verbraucher und verteuerte die Lebensmittel in ungeheuerlicher Weise. Was nützten die Drohungen der Regierung, die Strafen, die von den Gerichten verhängt wurden? Diese Bande von Wucherern ohne Ehre und Scham ließ sich durch keine Strafe von ihrem anrühigen Handwerk abschrecken, wurde doch in der Auffassung dieser Leute ein Jahr Gefängnis vollkommen aufgewogen durch einen Verdienst von Hunderttausenden, der meist schon in Sicherheit gebracht war, ehe ihn der Staat konfiszieren konnte. Immerhin wachten **Wuchergesetze**, die nach den Bestimmungen der Verordnungen gegen die Preistreiberei arbeiteten, darüber, daß die Preise nicht höher stiegen, als dies mit einem verhältnismäßigen Anstieg der Löhne und Gehälter in Einklang zu bringen war. Vielfach wurden aber hierdurch die ehrlichen Kaufleute in ihrer Existenz erschüttert, während die richtigen Wucherer kaum gefaßt werden konnten.

Verwehrte man den Gewerbetreibenden für die Waren, die sie verkauften, den Preis zu fordern, der nötig war, um dieselbe Ware in derselben Güte wiederzukaufen, den sogenannten Wiederbeschaffungspreis, im Hinblick darauf, daß auch die Löhne und Gehälter trotz ihrer dauernden Steigerungen in ihrer inneren Kaufkraft sanken, so entbrannte ein anderer Streit darum, ob **Kapitalien, die in Goldmark angelegt worden waren, mit dem gleichen Nennwert in Papiermark zurückgezahlt werden durften.** In dieser Frage standen sich zwei Anschauungen gegenüber; die eine bejahte, die andere verneinte. Es war vorauszusehen, daß die Kapitalrentner eines Tages die Forderung nach Aufwertung ihrer Kapitalien stellen würden. Sie stützten sich dabei auf den **Grundsatz von Treu und Glauben**, der im Bürgerlichen Gesetzbuch ausgesprochen und die Grundlage des ganzen deutschen

**Haltung der Gerichte:
"Mark gleich Mark"**

Wirtschaftslebens sei. **Die deutschen Gerichte aber waren anderer Auffassung.** Bei den zahllosen Prozessen, die in dieser Angelegenheit geführt wurden, brachte der Richter zunächst das Argument vor, daß eine Aufwertung nach dem Dollarstande überhaupt nicht in Frage kommen könne, da dies ein ungerechtfertigter Vorteil den Lohn- und Gehaltsempfängern gegenüber bedeute, deren Lebenshaltung täglich sinke. Dann aber sagten die Juristen, die "Mark" sei das einzige gesetzliche Zahlungsmittel in Deutschland, und **es sei unstatthaft, zwischen Goldmark und Papiermark einen Unterschied zu machen.** Diese Unterscheidung gebe es wohl im Wirtschaftsleben, doch im Rechtsleben sei sie weder durch Herkommen noch durch Gesetz irgendwie begründet. Für den Richter gelte der Grundsatz: **Mark gleich Mark.**

Diese **rein formale Gleichsetzung von Goldmark und Papiermark war die Quelle all des vielen Elends, das den deutschen Mittelstand und die deutsche Kulturschicht traf.** So machten sich Bestrebungen bemerkbar, welche diesem drückenden Zustande auf gesetzlichem Wege ein Ende bereiten wollten. Anfang Juli 1923 legte Dr. Düringer, ein Abgeordneter der Deutschen Volkspartei, dem Reichstag einen **Gesetzentwurf zum Schutze der Hypothekengläubiger** vor. Hier aber versagte die Reichsregierung. Der Reichsjustizminister **Dr. Heintze** bekämpfte den Entwurf als undurchführbar. Schwere Erschütterungen müßte ein solches Gesetz für die Wirtschaft mit sich bringen, da ihr hierdurch neue Zinslasten auferlegt würden zu einer Zeit, in der sie überhaupt kaum lebensfähig sei. Auch der spätere Reichsfinanzminister **Hilferding**, der dem unabhängigen Flügel der Sozialdemokratie angehört hatte, bekämpfte entschlossen jede Aufwertung. Wenn etwas dieser Art in Frage käme, so könne es sich lediglich um eine rein charitative Fürsorge für die Enteigneten handeln. Die Sozialdemokratie mußte ja aus Prinzip den Verfall der Kapitalvermögen als einen großen Fortschritt auf ihrem Wege zur Sozialisierung des Privatbesitzes betrachten! Auch das Reich und die Staaten erklärten kurzerhand ihre Unfähigkeit, zeitgemäße, der Geldentwertung angepaßte Zinsen für Vorkriegsanleihen aufbringen zu können. So opferte das Deutsche Reich seine Sparer, weil man keine Möglichkeit sah, die Mittel zur Tilgung goldwerter Schulden und ihrer Zinsen zu beschaffen. **Erst am 23. November 1923, nachdem die Rentenmark eingeführt war, bejahte das Reichsgericht in einer Entscheidung die rechtliche Zulässigkeit der Aufwertung von hypothekarisch gesicherten Darlehnsforderungen auf Grund des Bürgerlichen Gesetzbuches § 242, der von der Beachtung von Treu und Glauben durch den Schuldner handelt.** -

Man hat häufig gegen die deutschen Reichsregierungen im Inland und Ausland den Vorwurf erhoben, **sie hätten absichtlich die Inflation herbeigeführt oder befördert,** um sich den Versailler Verpflichtungen zu entziehen und um den deutschen Besitz zu zerstören. Diese Vorwürfe waren ungerecht. Die Inflation war eine Art höherer Gewalt, eine notwendige Folge des verlorenen Krieges, eine Folge des auf utopischen Illusionen aufgebauten grenzenlosen Trugschlusses der Sozialdemokratie von der allgemeinen Völkerversöhnung und der Beseitigung des Klassenstaates, sie war das Produkt, das mit geschichtlicher Notwendigkeit sich ergab aus der ganzen gewitterschwülen Atmosphäre des zwanzigsten Jahrhunderts. **Sie war, wenn ich mich einmal so ausdrücken darf, die Lava all der politischen und sozialen Vulkane, die seit Jahrzehnten unter dem Abendlande wühlten und schütterten.** Weit mehr als die Inflation des bolschewistischen Rußland, war die deutsche Inflation eine **europäische Katastrophe** von generellem Charakter, traf sie doch eines der kulturell und wirtschaftlich am höchsten entwickelten Völker.

Die deutsche Regierung hat **verschiedene Versuche unternommen, die Inflation aufzuhalten.** Schon Ende 1921 war der **Reichskanzler Wirth** deshalb mit der deutschen Industrie und mit den Banken in Verbindung getreten. Man glaubte, durch eine **Auslandsanleihe** die Mark stützen, sie stabilisieren zu können. Der Versuch schlug fehl. Ein **zweiter Schritt**, der in derselben Richtung bei der Reparationskommission **im Frühjahr 1922** unternommen wurde, endete mit dem gleichen Mißerfolg. Nun wurde im Juli eine **Zwangs-anleihe** aufgelegt, um die schwebende Schuld tilgen zu können. Was aber konnte man von einer Anleihe erwarten, deren Wert sich selbst mit der ständig abwärts gleitenden Währung verringerte? **Im Herbst 1922 berief Wirth einen Sachverständigenausschuß nach Berlin,** der die Frage der Markstabilisierung untersuchte und ebenfalls drei Mittel hierfür vorschlug: eine äußere Anleihe,

**Versuche der
Regierung**

eine innere Anleihe und ein Moratorium für Wiedergutmachungsleistungen. Auch Wirths Nachfolger, der **Reichskanzler Cuno**, hielt an diesen Gedanken fest. **All diese Bestrebungen hingen in ihrem Erfolg aber zu sehr vom Auslande ab**, von der Anleihe und vom Moratorium. Da das Ausland aber beides ablehnte, konnten die Stabilisierungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden.

Der **Ruhreinbruch der Franzosen** und das damit verbundene weitere unaufhaltsame Sinken der Mark zeigten auch dem hoffnungsfreudigsten Optimisten zweierlei: erstens, daß **an eine Hilfe des Auslandes überhaupt nicht mehr zu denken war**, und zweitens, **daß es verlorene Liebesmühe war, die schrecklich gestürzte Mark zu retten oder sie gar aufzurichten**. So blieb dann nur noch ein letzter Ausweg übrig, nämlich der, **daß Deutschland aus sich selbst von innen heraus eine neue gesunde Währung hervorbrachte**. Mannigfach waren die Versuche, welche seit dem Frühjahr 1923 hierin unternommen wurden. Der Ruf des Volkes nach **wertbeständigen Zahlungsmitteln** wurde immer lauter. Die Industriewerke gaben Schuldverschreibungen heraus, die nicht mehr auf Mark, sondern auf **Zentner Kohle** lauteten. Die landschaftlichen Banken gaben Pfandbriefe nicht mehr auf Mark, sondern auf **Zentner Roggen** heraus. Diesem Beispiel folgte die Reichsregierung, als sie **Ende Juli** eine sogenannte **wertbeständige Anleihe** auflegte, welche den breitesten Volksschichten die Möglichkeit bieten sollte, das Sparbedürfnis zu befriedigen, sich gegen die Entwertung zu sichern und so dem ungesunden Ansturm auf Warenvorräte und Devisen entgegenzuwirken. Neben dieser Roggenrentenanleihe wurde eine Roggenzwanganleihe ausgegeben, die nach der Verordnung vom 25. August mit Devisen und anderen ausländischen Vermögensanteilen bezahlt werden und zur Sicherung der Brotversorgung verwandt werden sollte.

All dies waren **Notbehelfe**, die nicht an den Kern der Sache herankamen, aber doch dem neuen Gelde den Weg bereiten halfen, nachdem auch Hilferdings veralteteter, an Wirthsche Traditionen anknüpfender Gedanke einer Marktstabilisierung überwunden worden war. Nach monatelangen Vorarbeiten trat **Helfferrich mit seinem Plan der Roggenmark an die Öffentlichkeit**. Unter all den unmöglichen Vorschlägen, das Reich solle Vorräte an Getreide, Kohle, Kali und anderen Erzeugnissen in Verwaltung nehmen, um darauf ein neues Geldmittel zu stützen, wirkte Helfferrichs genialer Plan höchst einfach und einleuchtend. Er baute das neu zu schaffende Geld auf einer Verpfändung des landwirtschaftlichen und industriellen Besitzes auf, der etwa nach Art der friderizianischen Pfandbriefe in Geld verwandelt werden sollte. **Helfferrich gab dem Rentenbankgesetzentwurf die grundlegende Fassung**; er war es, der durch seine Tatkraft, sein Ansehen, seinen sittlichen Ernst Landwirtschaft und Industrie bewog, das Opfer der Belastung durch Rentenbankbriefe auf sich zu nehmen. Ihm zur Seite trat **Schacht, der großartige Finanzpraktiker**, der die lediglich auf ein landwirtschaftliches Produkt gestützte Roggenmark Helfferrichs in die auf Gold basierte Rentenmark umwandelte. **Sein Verdienst war der Erfolg des neuen Geldes**, das er in sicherer und verständiger Weise dem Volke zuführte.

**Helfferrichs
Plan**

So hatte die düstere Zeit der Inflation im November 1923 ihr Ende erreicht. Mit ihr war die **Epoche der inneren Unruhen und Erschütterungen abgeschlossen**. Das goldene Zeitalter wirtschaftlicher, kultureller, politischer und krimineller Verbrechen, die alle letzten Endes ihre Quelle in der Inflation hatten, war vorüber. Den Franzosen wurde das Recht entzogen, weitere Quälereien gegen Deutschland zu verüben. In seiner tiefsten Not fand Deutschland durch die Tatkraft und Einsicht hervorragender Männer und den Opfermut seiner staaterhaltenden Schichten wieder den Mut und die Kraft, sich zu erheben; es eröffnete sich ihm ein Ausblick in hoffnungsvollere, ruhigere Zeiten. Das deutsche Volk hatte den Weg durch eine finstere und blutige Nacht zurückgelegt, aus seinem Innern strömte der gewaltige Wille, zurückzukehren zur Ruhe und zur Ordnung, dessen erstes Manifest die Einführung der Rentenmark war. Der Besitzende und der Arbeiter betrachteten dieses Ereignis in gleicher Weise als eine Befreiung, als eine Erlösung: Befreiung von jenen Inflationsparasiten, den Raffkes, Erlösung von jener grausamen, zermürbenden Seelennot, stündlich über dem Abgrund der individuellen Vernichtung zu schweben.

**Ende der
Inflation**





Aus unserem Versandbuchhandel:

Das Versailler Diktat.
Vorgeschichte, vollständiger Vertragstext,
Gegenvorschläge der deutschen Regierung



Mehr aus unserem Archiv:

Der Abgrund von Versailles



Die Schandverträge



Das Ultimatum der Entente
Vollständiger Text der Mantelnote
und der Antwort auf die deutschen Gegenvorschläge
Amtlicher Wortlaut



Was Deutschland gezahlt hat
Die bisherigen deutschen Leistungen auf Grund des Vertrages von Versailles



Wer hat das Versailler Abrüstungsversprechen gebrochen?



Zehn Jahre Versailles

